This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

JN
3946
.N27
W47

B 1,372,535

Die Geschichte der Nationalsozialen

von 1895 bis 1903

M. Wenck

Geburtsjahr 1860

Störmtal in Sachsen, Gutsherrschaft von Watzdorf -

Lichtenstein, Gutsherrschaft Fürst von Schönburg-Waldenburg, Ort der Weber und Strumpfwirker

Leipzig, Nikolaischule 1874 - 76 in dem Zimmer des Grossvater Ahlfeld

Meissen, Fürstenschule 1876 - 79. Hier stellt sich zuerst das Asthma ein, von dem er nie mehr im Leben frei geworden ist. Viel Freude an den Zeichenstunden. Er schwankt sehr zwischen Mathematik und Theologie.

Leipzig, Studentenjahre 1879 - 81. Im letzten Jahr Erinnerungsfeier an das 10 jährige Bestehen des Reiches und Gründung des Vereins deutscher Studenten unter der Leitung von Dietrich Hahn. Fritz war im Vorstand.

Erlangen, 1881 - 82. Besonders beeindruckt von dem Theologen Frank.

Leipzig, letztes Semester 1882/83.

Rauhes Haus Horn bei Hamburg 1884, wo 1883 der alte Wichern zuerst in die verfallene Bauernhütte eingezogen war, die ihm Dr. Sieveking überlassen hatte. Aus den ersten 12 hilfsbedürftigen Kindern waren es nun 200 und statt einer einzigen Hütte 30 Gebäude geworden, in denen Zöglinge aller Stände gelehrt und behütet wurden.

1884 reicht Dr. Wichern unter Beihilfe von Naumann seine Vorschläge für die Organisation der Arbeitslosen und Bettlerfürsorge ein. Jeder Arbeiter soll anstaltmässig so vollkommen versorgt werden, dass er niemand anzubetteln braucht. Es ist unrecht, wenn überhaupt einem Bettler etwas gegeben wird.

Pfarrei in Dorf Langenberg in Sachsen, wo er besonders die Hausindustrie unter seiner Gemeinde kennen lernt. Infolgedessen Uebertritt aus dem Pfarramt in den Dienst der Inneren Mission als
1887 Vereinsgeistlicher in Frankfurt:

1894 die "Hilfe" gegründet mit dem Motto: Nächstenhilfe, Staatshilfe, Gotteshilfe. (Göhre, Maurenbrecher, Weinhausen, Schneider, Heile, Dr. Bäumer, Prof. Götz - Zschorlich, Schlaikjer, Wenk, Prof. Rhein, Pfannkuche, Bonus, Schubring - Prof. Sohm, Weber, Brentano - von Gerlach, Damaschke.)

1896 bis 1903 nationalsozialer Verein.

1900 die Zeitung "Zeit" unter Redaktion von Herrn von Gerlach und M.

1901 die "Zeit", Wochenschrift unter Leitung von Rohrbach.

1901 - 1912 Patria

1903 Freisinnige Vereinigung (Dr. Barth, Schrader, Mommsen, Gothein)

1903 Reichstagswahl von Herrn von Gerlach, Naumann durchgefallen.

1906 Liberale Vereinigungsversammlung der drei Gruppen: Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei, Süddeutsche demokratische Partei.

Dubc.

Die Geschichte der Nationalsozialen

von

1895 bis 1903

Von

Martin Wenck,

Pfarrer a. D.

(Früher Sekretär des nationalsozialen Vereins)

1905

Buchverlag der „Hilfe"

Berlin-Schöneberg

JN
3946
.N27
W47

013-235123

Vorwort.

Die nachfolgende Geschichte der Nationalsozialen von 1895—1903 besteht aus zwei Aufsätzen, die in verschiedenen Jahren in der „Patria", dem Jahrbuch der „Hilfe", erschienen sind. Ihr Verfasser ist der langjährige Sekretär des nationalsozialen Vereins, Pfarrer a. D. Wenck, jetzt in Leipzig. Er ist einer derer, die die Fusion mit der Freisinnigen Vereinigung nicht mitgemacht haben. Das mag einigen Stellen seiner Arbeit einen etwas anderen Ton geben, als sie erhalten hätten, wenn ein jetziges Mitglied des „Wahlvereins der Liberalen" diese Geschichte geschrieben hätte. Aber ein Schaden ist das nicht. Für uns alle ist der Versuch einer eigenen nationalsozialen Parteigründung mit dem Jahre 1903 abgeschlossen. Auch dort, wo heute der Name „nationalsozial" weitergeführt wird, sind die, die ihn führen, zu Bestandteilen liberaler Parteien geworden. Es war unmöglich, zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus eine neue Zwischenform einzuführen.

Worin lag diese Unmöglichkeit? Keineswegs darin, daß unsere Gedanken an sich falsch waren. Sie sind auch heute nach dem Aufgeben der eigenen Parteibildung nicht schwächer geworden. Kein einsichtiger Beurteiler der heutigen politischen Entwicklung wird leugnen, daß sowohl in der Sozialdemokratie wie im Liberalismus Strömungen vorhanden sind, die ungefähr dasselbe wollen, was uns im nationalsozialen Verein beschäftigt hat. Alle Probleme, mit denen wir uns auf unseren Parteitagen beschäftigt haben, stehen heute mehr als je auf der allgemeinen Tagesordnung, und die von uns gearbeiteten Einzelprogramme sind in der politischen Gesamtarbeit schon heute bemerkbar. Nicht die Ideen sind gestorben, sondern die parteimäßige Form war unhaltbar. Es war kein Platz für eine neue Partei. Dazu war die Massenkraft der Sozialdemokratie viel zu groß. Auch solche Arbeiter, die im Grunde nationalsozial dachten, gingen einfach zum großen Körper. Und mit einigen Tausend aus der Bildungsschicht, so wertvoll sie qualitativ und intellektuell sind, läßt sich keine Partei gründen. Wir hätten mit größter Anspannung vielleicht noch einen Wahlkampf durchmachen können, aber die Entscheidung war doch 1903 gefallen. Eine Partei, die diesen Namen verdient

hätte, war trotz größter Hingabe nicht zu schaffen. In dieser Lage blieb uns zweierlei übrig. Entweder wir ließen die vorhandene Form langsam verfallen, oder wir brachen sie mit Bewußtsein ab. Das letztere war schwerer aber richtiger. Die allermeisten der früheren Mitarbeiter haben heute erkannt, daß wir unseren Idealen am besten gedient haben, als wir offen erklärten: eigene Partei können wir jetzt nicht sein.

Über das, was sich seit dem Ende des nationalsozialen Vereins begeben hat, habe ich an dieser Stelle nicht zu reden. Hier ist es nur am Platze, der Zeiten zu gedenken, wo wir in alter Form zusammen waren. Vergessen wird sie keiner von uns bis an sein Lebensende. Wir alle haben etwas erlebt, was unser ganzes Denken und Wesen bestimmt hat. Wir haben den Stoff der Politik ohne alte Parteitraditionen neu mit eigenen Kräften durchgearbeitet. Das ist in einer Zeit, die sonst an politischem Denken arm ist, nichts geringes. Wir haben gelernt, daß zur Politik prinzipielle Vertiefung gehört. Mit bloßen Oberflächlichkeiten ist's nicht getan. Wer wirken will, muß Wahrheit suchen. Und er muß warten können. Einer unserer Freunde hat den Wahlspruch: „alle Dinge kommen zu dem, der warten kann." Das ist ein schlechtes Wort für unsere Lage. Wie Carlyle sagt: arbeiten und nicht verzweifeln! Die Form ist gebrochen, der Inhalt schüttet sich aus. Das Samenkorn wird in die Erde geworfen, damit es ersterbe und wachse. Der Verein ist zu Ende, aber die Menschen, die zu ihm gehörten, sind nicht geknickt und verkümmert. An verschiedenen Stellen schaffen sie weiter und wissen, daß ihrer Hoffnungen Morgenröte sich schon am Himmel der Geschichte zeigt.

Und so sei denn diese buchförmige Ausgabe der Geschichte des nationalsozialen Vereins in erster Linie ein Gruß an alle, die mitgearbeitet haben. Ein Händedruck allen alten treuen Freunden! Ein herzlicher Dank allen denen, die Mühe, Geist, Geld geopfert haben! Ein letzter Abschied von den Jugendjahren unserer politischen Tätigkeit! Der nationalsoziale Verein ist heute zur geschichtlichen Erinnerung geworden. Es ist aber möglich, daß er auch in dieser Form noch recht lebendig wirken kann. Das wünschen wir ihm. Besonderen Dank aber sprechen wir dem aus, der diese Blätter schrieb, unserem verehrten und lieben früheren Sekretär H. Wenck.

Fr. Naumann.

Einleitung.

Kann auch heute noch nicht von einem abschließenden Urteil über die Bewegung des nationalen Sozialismus die Rede sein, da diese Bewegung noch nicht abgeschlossen vor uns liegt, so erlauben es doch besondere Zeitumstände, den Versuch einer zusammenfassenden geschichtlichen Darstellung der bisherigen Entwicklung des nationalen Sozialismus zu machen. Denn mit der im Sommer 1903 erfolgten Auflösung einer selbständigen nationalsozialen Parteiorganisation und dem kurz darauf vollzogenen Anschluß der überwiegenden Mehrheit der Nationalsozialen an den bürgerlichen Liberalismus ist zweifellos ein bedeutungsvoller Abschnitt in der Geschichte des nationalen Sozialismus erreicht worden. Und so ist die Möglichkeit gegeben, zurückblickend das Werden einer gesonderten politischen Organisation des nationalen Sozialismus aus ihren ersten unpolitischen Anfängen in einem wesentlich religiös bestimmten christlichen Sozialismus heraus zu schildern und daran dann die politische Geschichte des nationalsozialen Vereins anzuschließen. Diese Aufgabe soll durch die nachfolgenden Ausführungen gelöst werden.

Freilich nicht in dem Sinn als würde damit etwas ganz Neues geboten. Der Verfasser hat schon im Jahre 1901 für den ersten Jahrgang der Patria die Entwicklung der jüngeren Christlichsozialen darzustellen versucht, und er hat dann dieser Arbeit für die Patria 1905 einen zweiten Artikel folgen lassen, der die Überschrift trägt „Die Geschichte der Nationalsozialen". Diese beiden Historiographien erscheinen hier im Neudruck als zu einer einheitlichen Arbeit zusammen geschlossen.

Die Entwickelung der jüngeren Christlichsozialen bildet im Verein mit einer Übersicht über andere Vorläufer des nationalen Sozialismus die Vorgeschichte der Nationalsozialen, an die sich dann die eigentliche Geschichte der Nationalsozialen von ihrem 1896 in Erfurt abgehaltenen ersten Kongreß bis zur Auflösung des nationalsozialen Hauptvereins im Sommer 1903 anschließt. So nur ist die Möglichkeit gegeben, eingehender und übersichtlicher als bisher ein Bild von dem zu bieten, was an Gedankeneinheit und politischer Arbeit als nationaler Sozialismus im letzten Jahrzehnt des vorigen und in den ersten

Jahren dieſes Jahrhunderts geleiſtet worden iſt. Denn der nationale Sozialismus iſt nicht aus einer Schar auch nur in den allerwichtigſten politiſchen Fragen von vornherein gleichgeſinnter Perſönlichkeiten herausgeboren worden. Für die einen war der Ausgang ihrer politiſcheu Betätigung der chriſtliche Gedanke, für andere der nationale, für wieder andere der ſoziale, teils im Sinne der bürgerlichen Sozialreform, teils in dem des mehr oder weniger von Marx beeinflußten Sozialismus. Wiederum andere gingen von einer ſozialreformeriſchen Spezialidee, z. B. der bodenreformeriſchen, aus. Wie ſie ſich entwickelten und dann zuſammen fanden in der Verbindung des Nationalismus und Sozialismus, zu einem Teil zuerſt und recht ſcharf die chriſtliche Grundlage betonend, dann mehr und mehr auf einem rein politiſchen Prinzip fußend, und wie ſie dann von dieſer Vereinigung aus eine einheitliche, feſte Stellung gewannen zu den politiſchen und wirtſchaftlichen Tagesfragen, das macht zu einem guten Teil die Geſchichte der Nationalſozialen aus und hat darum ein politiſch hiſtoriſches Intereſſe. Es hat aber zugleich auch für die ſchließliche praktiſche Löſung des Problems einer Zuſammenſchweißung des Nationalismus und Sozialismus mindeſtens den Wert eines intereſſanten parteipolitiſchen Experiments, wenn nicht gar, wie der Verfaſſer hofft, den Wert eines Vorbildes für eine künftige Parteibildung, die ſich unter günſtigeren politiſchen Konſtellationen ſiegreicher Bahn bereiten mag, als es dem Verſuch in der nationalſozialen Bewegung vergönnt geweſen iſt.

Leipzig, Anfang 1905.

Martin Wenck.

Inhalt.

Seite

Vorwort III

Einleitung V

Erster Teil: Vorläufer des nationalen Sozialismus 1

I. Die Entwickelung der jüngeren Christlichsozialen 1

II. Sonstige Vorläufer des nationalen Sozialismus 41

III. Die Gründung der Tageszeitung „Die Zeit“ 47

Zweiter Teil: Die Geschichte des nationalsozialen Vereins . . . 53

1. Die Gründung des nationalsozialen Vereins 53

2. Das Ende der „Zeit“ und die Gegensätze im Verein 77

3. Der erste Ausbau des Programms 84

4. Die ersten Kämpfe um parlamentarische Vertretung 90

5. Fünf Jahre stiller Entwickelung des Vereins 97

a) Programmatische Entscheidungen 97

b) Agitation und Organisation 1898—1903 102

c) Die Stellung zu den politischen Parteien und Tagesfragen in den Jahren 1898—1903 106

d) Der Abschluß des Programmausbaues 116

6. Die Reichstagswahlen 1903 128

7. Die Auflösung des nationalsozialen Vereins 135

I. Teil.

Vorläufer des nationalen Sozialismus.

I. Die Entwicklung der jüngeren Christlichsozialen.

Kann man auch formell mit Recht einen in den Tagen vom 23. bis 25. November 1896 in Erfurt abgehaltenen Kongreß, der später als der erste Vertretertag der Nationalsozialen bezeichnet wurde, als den Geburtsort der nationalsozialen Bewegung bezeichnen, so muß doch zu seinem Verständnis vorausgeschickt werden, wie es zu einem solchen Kongreß kam. Und das führt uns sogleich auf die verschiedenen Gruppen von Männern und Frauen, die sich dann im nationalsozialen Verein zusammen gefunden haben.

Als die Hauptgruppe darf man dabei die jüngeren Christlichsozialen bezeichnen. Das Recht hierfür liegt zuerst in dem rein äußeren Umstand, daß sie der Zahl nach die stärkste Gruppe waren und daher über eine große Organisation verfügten, die zum Kongreß vorbereitete, dann aber in dem Umstand, daß Friedrich Naumann ihr Führer war, dessen soziale und politische Anschauungen auf die anderen Gruppen erst die Anziehungskraft ausübten, die zu einem Zusammenschluß führte.

Wir haben uns darum auch zuerst mit der Entwicklung der jüngeren Christlichsozialen und ihres Führers Friedrich Naumann eingehender zu beschäftigen.

1.

Friedrich Naumann wurde am 25. März 1860 als der Sohn eines sächsischen Geistlichen in Störmthal geboren. Zu der christlichreligiösen Erziehung im Elternhaus trat die seiner Schuljahre in der Nikolaischule zu Leipzig und der Fürstenschule zu Meißen, sowie der geistige Einfluß seines Großvaters mütterlicherseits, des berühmten Kanzelredners Friedrich Ahlfeld. Dennoch hatte er zuerst größere Neigung, Mathematik als Theologie zu studieren, und erst die Anregung, die er von dem Erlanger Professor der Theologie Dr. Franck empfing, ließ ihn volles Interesse für das theologische Studium gewinnen. Der theoretischen Vorbildung zum Pfarramt auf den Universitäten Leipzig und Erlangen folgte eine praktische, als er in der Stellung eines Erziehers (Oberhelfers) im Rauhen Hause zu Horn bei Hamburg die Arbeit der Innern Mission kennen lernte und jene geistige Luft einatmete, die von dem Vater der Innern Mission, Johann Heinrich Wichern, ausging. Evangelisches Christentum als Tat der barmherzigen Bruderliebe und einen offenen Blick für die sozialen Nöte nahm er als Erbe Wicherns in seine sächsische Heimat mit. Und dort fand er reiche Gelegenheit zu einer Betätigung dieses Christentums. Seine erste Pfarrstelle lag in einer armen Landgemeinde, die stark unter dem Druck des sozialen Elendes der Hausindustrie stand. Täglich trat ihm die Not der Weber entgegen, die zu ihm um Rat und Hilfe kamen, und nicht minder gingen ihn die wandernden Handwerksburschen an, die durch seine Gemeinde zogen. Er wurde der Pastor der armen Leute. Und das sprach sich nicht nur in seiner vielseitigen Gemeindearbeit aus. Er griff auch zur Feder, um den Gedanken Ausdruck zu geben, die ihm über dieser Arbeit und der ihm so eigenen scharfen Beobachtung der Verhältnisse kamen. So handelt denn auch eine seiner ersten Schriften von den „Armen Reisenden“ (1887, bei Oeser, Neusalza), und eine Reihe gedruckter Predigten, die in diesen Jahren erschienen sind (Arbeiter-Predigt 1888, eine Predigt beim Bibelfest in Zwickau 1888 u. s. w.), geben Zeugnis davon, wie lebhaft er sich mit den sozialen Verhältnissen beschäftigte. Wir verstehen es darum auch, daß er ein besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit „christlicher Volkserholungen“ richtete. Er sprach über sie in einer großen Anzahl deutscher Städte und legte seine Anschauungen in einer gleichlautenden Schrift nieder, die bei Perthes in Gotha in einem theologischen Sammelwerk erschien. Ja, er betätigte sich selbst an der Darbietung guter Volkserholungen, so u. a. mit

der Bearbeitung eines alten „Christspiels", das er für eine Aufführung unter seinen Gemeindegliedern umdichtete. Und doch sind all diese Schriften nur Einzeläußerungen der (nicht im Parteisinn!) christlichsozialen Gesinnung, die sich bei ihm herausbildete. Ihre Pulsschläge empfinden wir weit gewaltiger bei der Lektüre der drei Schriften, die Naumanns Namen in weitere Kreise trugen.

Die erste von ihnen ist schon eine programmatische Aussprache seines christlichen Sozialismus. Es ist der im Jahre 1888 erschienene Arbeiterkatechismus mit dem Titel „Arbeiterkatechismus oder wahrer Sozialismus, seinen arbeitenden Brüdern dargebracht". (Calw und Stuttgart 1888, im Buchhandel vergriffen). Er verrät den Einfluß Wicherns in dem Suchen nach sozialen Hilfsmitteln zur Hebung des Arbeiterstandes auf anderen Wegen, als sie die Sozialdemokratie eingeschlagen hat. Er verrät auch Stöckers Einfluß, der naturgemäß für Naumann eine Persönlichkeit geworden war, von der er dankbar alles annahm, was ihm, dem Theologen, dem Pastor, als Wegweiser in der Verbindung religiöser und sozialer Gedanken von Bedeutung scheinen konnte. Zugleich zeigt aber schon der Arbeiterkatechismus den jungen Christlichsozialen, der zu einer anderen Beurteilung der Sozialdemokratie gekommen war als seine beiden Lehrer Wichern und Stöcker. Er steht der Sozialdemokratie durchaus unbefangen, vorurteilslos gegenüber und mit einer Belesenheit der sozialdemokratischen Schriften, wie sie damals in kirchlichen Kreisen noch selten war.

> Das erste Kapitel des Arbeiterkatechismus anerkennt in kurzen, ergreifenden Schilderungen die Not des Arbeiterstandes. Not werde zwar immer in der Welt sein; aber Pflicht sei es, eine gleichmäßigere Verteilung irdischer Leiden und Freuden herzustellen. Die Versuche hierzu nennt er Sozialismus. Die nächsten Kapitel dienen der Erläuterung sozialdemokratischer Lehren und Schlagworte: Ehernes Lohngesetz, Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit werden behandelt und jedesmal die Grenzen gezogen, wo Wahrheit und Übertreibung sich berühren. Vom Privateigentum sagt er, Eigentum muß sein — die Abschaffung alles Privateigentums würde das größte Elend über die menschliche Gesellschaft bringen; aber das Anwachsen großen Kapitals soll unmöglich gemacht, und neben dem Eigentum des Geldes soll ein neues Eigentum geschaffen werden, ein Eigentum unveräußerlicher persönlicher Rechte. Die Beschränkung des Kapitals soll durch progressive Steuern, namentlich Erbschaftssteuer, durch Börsensteuer und Luxussteuer erfolgen. Als die unveräußerlichen persönlichen Rechte nennt er Einnahmerechte der Arbeiter: Kranken- und Unfallversicherung, Alters- und Invaliditäts-

versicherung und das Recht auf Arbeit. Unter den Schutzrechten stehen ihm obenan Sonntagsruhe, Abschaffung der Kinderarbeit, Beschränkung der Frauenarbeit, Normalarbeitstag, gesundheitliche Vorschriften über Fabriken und Arbeiterwohnungen. Ein besonderes Kapitel widmet er dem Schutz und der Pflege des Familienlebens, um dann in dem 9. Kapitel von den neuen Bedürfnissen zu reden, die sich der Arbeiter angewöhnen soll, aber nicht Wirtshausausgaben und Kleiderluxus sondern nützliche Sachen, als da sind: gute Wohnungen, Ausgaben für Kunst und Belehrung, erhöhter Lebensstand.

Naumann ist sich bewußt, daß er mit all diesen Forderungen einen Mittelweg einschlägt zwischen Reaktion und Revolution. So heißt es im 10. Kapitel: der Kampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft schädigt das ganze Volk. Darum ist etwas anderes als Kampf notwendig — was ist dies? Beiderseittge Liebe! Alle Glieder des Volkes sollen sich lieben. Werden sie es tun? Wir wollens hoffen und unsererseits dazu mithelfen. Neben diesem ausgesprochenen christlichen Standpunkt läßt er zugleich den nationalen und monarchischen zum Wort kommen. Er rühmt die soziale Gesetzgebung der kaiserlichen Regierung und anerkennt die Notwendigkeit der bestehenden Heeresmacht. Den Schluß des Katechismus bilden eine Erörterung über die segensreichen Taten der Kirche, die die Sozialdemokratie verkenne, eine Darstellung der Bibel als Arbeiterbuch, wobei er in trefflicher Weise das 7. Gebot: Du sollst nicht stehlen, gerade auch auf die Arbeitgeber anwendet, und endlich eine kurze Empfehlung der christlichen Arbeitervereine.

Wir haben den Inhalt des Naumannschen Arbeiterkatechismus v. J 1888 so ausführlich wiedergegeben, weil er so überaus charakteristisch ist für den Ausgangspunkt der Naumannschen Sozialpolitik. Das eigentümliche ruht in der starken christlichen Stimmung, die über dem ganzen ausgegossen liegt, und die sich mit einer proletarischen Stimmung vereinigt, wie sie weder Wichern noch Stöcker eigen ist. Dieses „proletarische Christentum", das hier pulsiert, bewegt sich zwar noch in denselben sozialpolitischen Bahnen wie der konservative christliche Sozialismus; aber es verrät — denken wir nur an Zugeständnis einer berechtigten Unzufriedenheit der Arbeiterklasse — einen weit demokratischeren Zug. Noch aber überwiegt der Pastor weit den Sozialpolitiker. Es fehlt das Verständnis für die Notwendigkeit des Klassenkampfes, die „Liebe" soll alles tun. Es ist der Mann der Innern Mission, der zwar anfängt, in der Sozialpolitik ein Mittel zu sehen, ohne welches dem Arbeiter nicht geholfen werden kann, der dieses Mittel aber weniger hoch wertet als die Ethik.

War der Arbeiterkatechismus an die Arbeiter gerichtet, so wendet sich die 1899 erschienene Schrift, „Was tun wir gegen die glaubenslose Sozialdemokratie?“ an die Gebildeten und zwar, da diese Schrift den Inhalt eines am 13. Juni 1889 bei der Generalversammlung des Schlesischen Provinzialvereins für innere Mission in Liegnitz gehaltenen Vortrags wiedergibt, vornehmlich an die Gebildeten unter den kirchlich gesinnten Christen. Sie offenbart das religiöse letzte Motiv für Naumanns ganze soziale Gesinnung, „Wie retten wir Christenseelen aus der ungeheuren Gewalt des Unglaubens, die in dem Worte Sozialdemokratie verschlossen liegt“? „Wäre die Sozialdemokratie nichts als eine politische Partei, so würden uns ihre Erfolge nicht im tiefsten Herzen bewegen. Was uns betrübt, ist eben die Schädigung vieler tausend und hunderttausend Seelen. Es kämpft in der Sozialdemokratie eine neue Welt gegen die alte, und die neue Welt will ohne Christentum sein“. Und nun beurteilt er in seiner Schrift die Sozialdemokratie unter diesem Gesichtspunkt. Sie ist für das Christentum bedrohlich durch ihre materialistische Weltanschauung — aber nicht durch ihr politisches Programm. Der Christ als solcher steht diesem Programm neutral gegenüber — er nimmt zu ihm nur Stellung als Staatsbürger.

> Als Christen haben wir dem von der Sozialdemokratie verbreiteten Geist Gottes Geist gegenüber zu stellen, ihrem Zukunftsreich das Reich Gottes, aber dieses dargestellt in seinen für unsere Zeit besonders geeigneten sittlichen Forderungen gegenüber den sozialen Verhältnissen. Es gilt darum, einmal durch apologetische Vorträge vor den Arbeitern die christliche Gedankenwelt zu verteidigen, wobei eine große Kenntnis der sozialdemokratisch-materialistischen Literatur Voraussetzung ist, und dann gilt es, in unserer Eigenschaft als christliche Staatsbürger das Vertrauen der durch soziale Not bedrängten durch wirkliches Eintreten für sie wiederzugewinnen. Wir müssen aus christlicher Liebe und Gerechtigkeit mit aller Kraft an der Beseitigung der Volksnot arbeiten, auch selbst dann, wenn wir damit niemand gewinnen können. Dazu bedarf es, daß auch die Innere Mission ihre Arbeit erweitert. Hat sie bisher in patriarchalischer Weise durch Barmherzigkeitsübung den Notleidenden geholfen, so muß, wie es schon Wichern als zweite Periode für die Arbeit der Inneren Mission gefordert hat, nun der ernsthafte Versuch gemacht werden, die Hilfsbedürftigen zu organisieren, damit sie selbständig durch Selbsthilfe die Not überwinden.

Naumann hat dabei eine ernste sozialpolitische Arbeit vor Augen, in die durch christliche Assoziation der Hilfsbedürftigen fortan die Innere Mission einzutreten hat. Er sieht als gute Anfänge hierfür an Stöckers Auftreten,

von dem er urteilt, „er hat wie ein Löwe gekämpft“, und dann die Bewegung der evangelischen Arbeitervereine. Freilich gesteht er zugleich, „viele jauchzen Stöcker zu, aber nur wenige arbeiten mit“ — und von der Kirche urteilt er, „es fehlte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Mut und Eifer, den wirtschaftlich politischen Fragen näher zu treten. Wir beklagen dies tief und möchten gern aufrufen zu gemeinsamer Arbeit. Unsere Grundsätze dabei sind: „ein biblisches Programm gibt es nicht, aber es gibt biblische Motive zur Behandlung sozialpolitischer Probleme“. Einen „schwachen Versuch“, nach diesen Grundsätzen zu arbeiten, sieht er in seinem Arbeiterkatechismus. Aber ein weit größerer Versuch wurde von ihm bald nach seinem Liegnitzer Vortrag unternommen. Er ist in der letzten jener drei Schriften enthalten.

Von dem Zentralausschuß für innere Mission aufgefordert, schrieb er für den im Jahre 1890 in Nürnberg veranstalteten großen Kongreß für Innere Mission „das soziale Programm der evangelischen Kirche“ (A. Deichert, Leipzig, 1890). Es war die Interpretation einer von jenem Zentralausschuß schon 1885 erschienenen Denkschrift, die den Titel führte: „Die Aufgabe der Kirche und ihrer inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart“. So ungemein interessant durch ihre Kraft und Originalität diese (bis zum Erscheinen der „Asia“ 1898 und „Demokratie und Kaisertum“) umfangreichste Naumannsche Schrift auch ist, so bietet sie doch für unseren politischen Stoff nichts Neues in Naumanns Entwickelung. Sie stellt nur eine glänzende Ausführung seines christlichsozialen Grundsatzes dar, „ein biblisches Programm der Sozialpolitik gibt es nicht, aber es gibt biblische Motive zur Behandlung sozialpolitischer Probleme“, und sie enthält einen gewaltig ergreifenden Appell an die evangelische Kirche, sich ihrer sozialen Pflichten bewußt zu werden.

Und um dieselbe Zeit, als diese dritte Schrift Naumanns aus dem Ende der 80er Jahre in kirchlichen Kreisen das größte Aufsehen erregte und neben heftigem Widerspruch begeisterte Zustimmung vornehmlich unter jüngeren Theologen fand, eröffnete sich ihm ein neues Gebiet der persönlichen Arbeit, das für sein Leben und seine politische Entwickelung von entscheidender Bedeutung werden sollte. Naumann wurde als „Vereinsgeistlicher für innere Mission“ nach Frankfurt a. M. berufen. Er vertauschte sein stilles Dorf im sächsischen Erzgebirge mit der Großstadt. Gibt es schon unter den verschiedenen geistlichen Ämtern der Kirche und ihren freien Vereinsbestrebungen kaum eins, welches so geeignet ist, Armut, Krankheit, Elend aus nächster Nähe an der Einzelperson und im Zusammenhang mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen kennen zu lernen als gerade das Amt eines Vereinsgeistlichen

in einer großen Stadt, welches in der Armenpflege, dem Vereinswesen, der Aufsicht über Wohlfahrtseinrichtungen und in der schlichtesten Predigtübung aufgeht, wie viel mehr mußte Naumann ein solches Amt bieten nach seinen sozialen Erfahrungen unter den Proletariern des Erzgebirges und bei seinem Besitz so reicher Kenntnisse der sozialen Bewegung. Der „Pastor der kleinen Leute" wurde hier bald zum „Anwalt der kleinen Leute". Aus der Fülle der wirtschaftlichen Erkenntnis heraus, die Macht der sozialen Verhältnisse vor Augen, wandte er sich immer mehr von jenem pfarrherrlichen Standpunkt ab, der so oft die Schuld für Leiden und Elend nur bei dem Sünder selbst sucht, anstatt die Verhältnisse zu prüfen, unter denen der Elende geworden ist, als was er sich nun zeigt. Und das führte ihn immer tiefer in das Verständnis unseres von wirtschaftlichen Ursachen abhängigen sozialen Massenelendes hinein. Dazu kam die Bekanntschaft mit einer großstädtischen Sozialdemokratie, die er geflissentlich aufsuchte, um in ihren Versammlungen durch Rede und Gegenrede zu lernen. Nehmen wir endlich dazu, daß ihm trotz einer großen Berufsarbeit doch noch Zeit verblieb, sich nationalökonomisch zu vertiefen, Karl Marx und bürgerliche Sozialpolitiker immer gründlicher zu studieren, so verstehen wir, daß er immer stärker daran zweifeln mußte, dem Massenelend der sozialen Nöte gegenüber mit den Mitteln der inneren Mission: Verkündigung von Gottes Wort und Übung der Wohltätigkeit, auszureichen. Dennoch ließ er zunächst nicht von dem ihm lieben Gedanken Wicherns, die Hilfsbedürftigen in christlichen Assoziationen zu sammeln und ihren wirtschftlichen Nöten durch Genossenschaftsbildungen aller Art entgegenzuwirken. Auf einer großen Reihe von christlichen Konferenzen vertrat er diesen Gedanken. Es entspann sich ein lebhafter Kampf der Geister, wollten doch die Vertreter der „alten" innern Mission von diesen sozialpolitischen Neuerungen nichts wissen. Die seit einem halben Jahrhundert gangbaren Wege der Wohltätigkeit an Kranken, Armen, Verwahrlosten, Hilfsbedürftigen aller Art waren ihnen neben der mannigfachen Weise der Evangeliumverkündigung „die" Innere Mission. Sie strichen lieber Wicherns orginelles Programm von der „christlichen Assoziation der Hilfsbedürftigen zur Selbsthilfe" oder deuteten es in ihrem Sinn um, als daß sie dem Neuerer zustimmen wollten, der in vollem Bewußtsein mit dem konservativpatriarchalischen Charakter der inneren Mission brach, der so schonungslos soziale Notstände aufdeckte, der sich nicht scheute, die Versäumnisse nicht nur der Kirche sondern auch ihrer tatkräftigen Hilfstruppe, der inneren Mission, rücksichtslos aufzudecken, ja, der so „übertrieben" gerecht war, auch in der Sozialdemokratie berechtigtes zu finden und zu einer ruhigen und sachlichen Beurteilung dieser gewaltigen Volksbewegung aufforderte.

Naumanns im Zusammenhang mit diesen Kämpfen erschienene Schriften sind vor allem; „Was kann die innere Mission zur Belebung der Gemeinden beitragen?“ und „das christliche Vereinswesen“.

Bei dieser Auseinandersetzung mit der „Inneren Mission“, in deren Dienst er bis zum Jahre 1897 stand, bezeichnete Naumann seinen Standpunkt als den des christlichen Sozialismus. Damit war eine notwendige Auseinandersetzung mit Adolf Stöcker gegeben, der als der Führer der Christlichsozialen galt und mit vollem Recht als dieser Führer angesehen wurde. Naumann hat denn auch niemals bestritten, daß er Stöcker in der Anregung zu christlichsozialer Gedankenarbeit sehr viel verdankte; aber er ist ebensowenig jemals ein Mitglied der christlichsozialen Partei Stöckers gewesen. Abgesehen davon, daß Naumann in jenen Jahren trotz seiner lebhaften Arbeit zur Schaffung einer christlichen Sozialpolitik wohl nicht das unmittelbare parteipolitische Interesse hatte, welches zum Anschluß an eine Parteigruppe führt, war er, wie schon aus seinem Arbeiterkatechismus hervorgeht, viel zu sehr einseitiger Vertreter der Arbeiterinteressen, als daß er christlichsozial im Parteisinn hätte werden können; hatte doch damals die christlichsoziale Partei schon ihre Wandlung von einer Arbeiterpartei zu einer bürgerlichen Reformpartei mit christlicher Grundlage vollzogen. Dazu kam die enge Verbindung Stöckers mit den Konservativen, die schon in seiner Zugehörigkeit zum Elferausschuß der Partei und zu den konservativen Fraktionen des Reichstages und Landtages zum Ausdruck kam, aber auch politisch grundsätzlich für Stöcker vorhanden war. Ihm schwebte noch das Ideal vor, die christlichkonservativen Kreise mit sozialem Geist zu erfüllen, die konservative Partei vor der Einseitigkeit der agrarischen Interessenvertretung zu bewahren und durch eine starke Dosis Staatssozialismus, für die er jene Kreise zu gewinnen hoffte, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Dazu kam Stöckers Kirchenpolitik, die ihn an die Seite der Konservativen zwang, und das Interesse der Berliner Stadtmission, die von jenen konservativen Kreisen nicht nur finanziell unterstützt, sondern auch durch ihre rege religiöse Anteilnahme getragen wurde. Nimmt man dazu, daß Stöcker bei allem weiten Blick für die sozialen Bedürfnisse der ärmeren Volksklassen doch auch darin grundsätzlich den Konservativen nicht verleugnete, daß er für die Wahrung geschichtlich gewordener Autoritäten in Staat und Kirche überaus scharf eintrat, wodurch seine Stellung zur Sozialdemokratie eine direkt feindliche wurde — daß er die Bedeutung des Großgrundbesitzes in durchaus konservativem Sinn wertete und schließlich auch einen guten Teil der konservativen Mittelstandspolitik sowie deren Antisemitismus mitmachte — (für letzteren waren ihm freilich weit weniger wirtschaft-

liche Gesichtspunkte oder gar der Gedanke des Rassenkampfes als vielmehr religiös-sittliche Gesichtspunkte maßgebend), so waren dies alles Momente, die ihn an der Seite der Konservativen festhielten. Naumanns scharfes Auftreten für die Arbeiterinteressen ohne zarte Rücksichtnahme auf konservative Kreise zogen Stöcker den Vorwurf zu, der christliche Sozialismus liebäugele mit der Sozialdemokratie, er leiste eine sozialdemokratische Vorarbeit in kirchlichen, christlichen Kreisen unter den Gebildeten. Stöcker übte darum wiederholt eine scharfe Kritik an Naumann, und als der evangelisch-soziale Kongreß 1890 gegründet wurde, der nicht zum wenigsten Stöcker seine Entstehung verdankte, und nun Naumann in der Folge der Zeit als Mitglied des erweiterten Kongreßausschusses und als Redner bei den Tagungen des Kongresses auftrat, so war hier das natürliche Feld für die Auseinandersetzungen eines „älteren" und eines „jüngeren" christlichen Sozialismus gegeben.

Die Differenz zeigte sich weniger auf dem religiösen Gebiet. Zwar hat Naumann niemals an Stöckers Kirchenpolitik teilgenommen. Im Unterschied von Stöcker schied er staatlichpolitische und kirchlichpolitische Tätigkeit auf das allerschärfste und beteiligte sich an letzterer so gut wie gar nicht; aber in der Verbindung christlicher und sozialer Gedanken waren sie im großen und ganzen einig, mochte auch hier Naumanns starke Betonung der Persönlichkeit Christi als vorbildlichem christlichem Volksmann ein anderes Tempo des christlichen Sozialismus bedeuten als die allgemein biblisch-sozialen Gedanken, welche Stöcker vertrat. Nein — die Differenz lag auf dem politischen Gebiet. Sie trat vor allem in der Beurteilung der Sozialdemokratie zu Tage.

Stöckers langjährige erbitterte Kämpfe mit der Berliner Sozialdemokratie, seine starke Betonung des Autoritätsgedankens, seine prononziert monarchische Stellung, seine Doppelstellung als kirchlicher und weltlicher Politiker, seine schon parteimäßig festgelegte scharfe Abgrenzung als Konservativer gegenüber der Sozialdemokratie, endlich auch ein Teil seines Antisemitismus, der ihn einen vorwiegend jüdischen Einfluß in der Sozialdemokratie wirksam sehen ließ, machten ihn bei aller aufrichtigen christlichen Liebe zu den von der Sozialdemokratie „betörten christlichen Volksgenossen" zu einem ganz anders gearteten Politiker, als es Naumann war. Naumann trat ohne alle parteipolitische Vergangenheit und politisch völlig unabhängig lediglich als Freund der Arbeiter an die Beurteilung der Sozialdemokratie heran. Er anerkannte darum das, was die Sozialdemokratie für die Arbeiterbewegung geleistet hat, in ihrer wenn auch oft demagogischen Aufweckung der bis dahin in sozialem Elend und politischer Ohnmacht trägen Arbeiterschaft, in ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation, in ihrer schonungslosen Kritik an vorhandenen Miß-

lichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern". Dieser Satz schließt eine energische Vertretung der Arbeiterinteressen aus. Darüber gibt sich niemand einem Zweifel hin, der die Berechtigung auch nur der gewerkschaftlichen, geschweige denn der politischen Organisation der Arbeiter zugibt. Und das Verständnis für die Notwendigkeit der selbständigen Berufsorganisation der Arbeiter, die notgedrungen als Kampforganisation wirken muß, hatte Naumann mehr und mehr gewonnen im Unterschied von jenen Gedanken des Arbeiterkatechismus, der von der gegenseitigen opferwilligen Liebe der Berufsstände zu einander das Entscheidende erhoffte. Es war dies eine Frucht seiner Frankfurter Studien in Gewerkschaftskreisen und der Erkenntnis der sozialpolitischen Lage, die durch das scharfe Auftreten Stumms und seiner Gesinnungsgenossen gegen jede selbständige Arbeiterbewegung beleuchtet wurde. Ein sozialpolitisches Programm nun mußte Forderungen enthalten, die auch ohne Rücksichten auf das „friedliche Verhältnis zu den Arbeitgebern" für die Arbeiter eintreten, sollte dieses Programm überhaupt ein Arbeiterprogramm sein. Und darum war von vornherein gegeben, daß in jenen rheinisch-westfälischen Arbeitervereinskreisen ein Mißtrauen gegen die Naumannsche Richtung obwaltete. Dennoch gab man dem Drängen Naumanns und seiner Freunde nach und beschloß, daß der im Jahre 1891 gegründete Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands bei seiner Jahresversammlung 1893 ein solches Programm aufstellen solle.

Dieses Programm kam zustande durch eine geistige Vorarbeit Naumanns und seiner Freunde. Und hier ist die Stelle, wo wir dem engeren Freundeskreis Naumanns eine kurze Charakteristik widmen müssen. Von Naumanns Auftreten im evangelischsozialen Kongreß an hatten sich um ihn namentlich jüngere Theologen, aber auch Angehörige anderer Berufsstände geschart, die seine Ansichten teilten. Der älteste dieser Freunde war Paul Göhre, dessen Bekanntschaft mit Naumann schon von der Fürstenschule in Meißen datierte, dann während Naumanns letzten Studienjahren in Leipzig gefestigt wurde und schließlich nach Göhres „dreimonatlicher Fabrikarbeit" in Chemnitz und dem Antritt seiner Stellung als Generalsekretär des evangelischsozialen Kongresses immer enger und dauernder wurde. Naumann und Göhre waren das Dioskurenpaar, das wir jüngeren Christlichsozialen persönlich auf das höchste schätzten, und dessen geistige Überlegenheit wir immer willig anerkannten, mochten wir auch an unserem Teil das eine oder das andere zur Gedankenarbeit beitragen. Göhres Temperament entsprechend, kam die christlichproletarische Gesinnung, die uns damals alle beherrschte, bei ihm am stärksten zum Ausdruck. Eine vielfach freudlose und sorgenvolle Jugend, ein bitterer Kampf

um eigenes wirtschaftliches Fortkommen während der Studentenzeit ließen ihn sich selbst als Proletarier fühlen, wo wir nur mit ihnen empfanden. Erinnerungen hieran hat Arthur Bonus in einem Aufsatz der Gesellschaft (Jahrgang 1899, erstes Aprilheft) festgehalten, die Göhre besser charakterisieren, als wir es hier tun können, und die auch geeignet sind, Göhres ganzen politischen Werdegang verständlicher zu machen. Er war und ist bei all seiner Fähigkeit zu scharfer Gedankenarbeit Gefühlspolitiker, der mit der Masse des arbeitenden Volkes empfindet, leidet, kämpft, haßt, und der darum in all den Augenblicken seines Lebens groß war, wo er aus dieser Stimmung heraus dachte, schrieb oder redete. Er sah darum in vielleicht noch stärkerem Maße als Naumann in der Sozialdemokratie die einmal gegebene Arbeiterbewegung, die weniger zu bekämpfen als umzubilden oder vielmehr fortzubilden sei. Gerade Göhre, der in der Folge der Zeit ja selbst zur Sozialdemokratie übergegangen ist, hat in jenen Tagen, als der Naumannsche Freundeskreis zur Verbreitung jenes Programms (Mai 1893) zusammentrat, durch seine scharfe Kritik am Marxismus den Bann gebrochen, der vielfach noch in sozialistisch-utopistischer Richtung auf uns lag. Er war es, der dafür eintrat, daß wir uns keiner bestimmten nationalökonomischen Formel verschreiben dürften, sondern daß es gelte, einer Menge von einzelnen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen Geltung zu verschaffen, welche geeignet seien, der Arbeiterbewegung zum politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zu verhelfen. Unsere theoretische Aufgabe bleibe es, dabei den Marxismus wissenschaftlich völlig zu überwinden und jene Phase des Sozialismus vorzubereiten, welche nach dem Marxismus kommen müsse. Diese Göhresche Gedankenreihe, die sich mit Naumann berührte, hat uns damals gewonnen, als wir das Programm der evangelischen Arbeitervereine zu entwerfen versuchten, und bis zu dem Augenblick von Göhres Austritt aus der nationalsozialen Organisation hat er diesem Gedanken nicht weniger scharfen Ausdruck verliehen als Naumann.

An der Vorarbeit jenes Programms wirkten ferner mit Dr. phil. Ernst Lehmann, damals Stadtvikar in Mannheim, später Stadtpfarrer in Hornberg; Walther Götz, damals Sekretär des evangelischen Arbeitervereins in Cöln, jetzt Pastor in Bremen; Stadtpfarrer Theodor Traub in Stuttgart, der Herausgeber der Württembergischen Arbeiterzeitung; Pastor Dr. Lorenz, Leiter des Erfurter Arbeitervereins; Pfarrer Battenberg in Frankfurt a. M.; Pastor Ebert in Hamburg, ebenfalls in evangelischen Arbeitervereinskreisen tätig; endlich der Schreiber dieser Ausführungen, welcher damals den Verband der evangelischen Arbeitervereine führte und als Vereinsgeistlicher für innere Mission in Karlsruhe, später in Darmstadt angestellt war.

Schon der theologische Berufsstand der Mehrzahl jener näheren Freunde Naumanns brachte es mit sich, daß man in dem Programm sich nicht nur mit sozialpolitischen Forderungen beschäftigte, sondern auch ihr Verhältnis zum Evangelium, zum Christentum behandelte. Es entsprach dies aber überhaupt der sozialpolitischen Gesinnung der jüngeren Christlichsozialen. In dem ersten, niemals veröffentlichten Entwurf des Programms ging man geradezu von dem Begriff des Reiches Gottes aus, der dem modernen Theologen ja weniger überweltlich ist, als vielmehr eine Darstellung der christlichen Gemeinschaft auf Erden, die nun auch zu den sozialpolitischen Fragen eine den sittlichen Anforderungen des Evangeliums entsprechende Stellung einnehmen sollte. Man ließ aber diese zu theologisch gefaßte Formulierung fallen und erklärte schlicht und einfach als Ausgangspunkt des ganzen Programms: „wir stehen auf dem Grunde des evangelischen Christentums". Aus dieser Stellungnahme wurde ein doppeltes gefolgert: „Bekämpfung der materialistischen Weltanschauung und Bekämpfung der Ansicht, daß das Christentum es ausschließlich mit dem Jenseits zu tun habe".

Dem Evangelium wies man nicht nur die Aufgabe zu, die ihm Stöcker zuerkannte, die am Wirtschaftsleben der Nation beteiligten Personen zu durchdringen und dieses Wirtschaftsleben damit selbst in eine ethische Atmosphäre zu bringen — nein mehr! „Nicht nur die Menschen sollten aus dem Geiste des Evangeliums heraus geboren werden sondern auch die öffentlich-wirtschaftliche Einrichtung. Man glaubte an die Möglichkeit, allein aus den Sittenforderungen des Evangeliums heraus dauernd zu eigentümlichen, charakteristischen, von allen anderen unterschiedenen und mehr als alle anderen segensreichen ökonomischen Organisationen gelangen, also eine Art evangelischer Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis schaffen zu können." So urteilt Göhre selbst über dieses Programm, welches ihm einen hauptsächlichen Teil seiner Formulierung verdankt. Zwar ist damit der frühere Naumannsche Standpunkt in seinem Katechismus nicht verlassen, daß die Bibel nicht unmittelbare Anweisungen für Sozialpolitik gibt, denn davor hütete man sich auch hier; aber der Versuch, ihre sittlichen Ideen mit wirtschaftlichen Fragen systematisch zu verschmelzen, wird doch als realisierbar und wünschenswert hingestellt. Damit hatte der jüngere christliche Sozialismus seinen Höhepunkt in dem Versuch einer Verschmelzung des religiösen und sozialen erreicht! Er hatte aber auch zugleich seine Unfähigkeit bewiesen, diese Verschmelzung durchzuführen; denn sehen wir uns nun das Programm in seinen Einzelheiten an, so wird eben in demselben gerade dieser Versuch *nicht* gemacht, sondern die hier aufgestellten sozialpolitischen Forderungen sind einfache Produkte derjenigen *wirtschaftlichen* Erkenntnis, welche die Verfasser des Programms erfüllte.

In sozialpolitischer Richtung legte man sich auf keine nationalökonomische Theorie fest. Hier hatte, wie schon oben angedeutet, die wirtschaftliche Erkenntnis Göhres und Naumanns über den Marxismus hinweggeführt. Man suchte von der modernen Nationalökonomie Schritt vor Schritt zu lernen, wollte weder Staatssozialist, noch Kommunist, noch Manchestermann sein, sondern von Fall zu Fall seine Forderungen aufstellen. Das Ziel dabei war: dem Übelstand, den die „wachsende Konzentration des Kapitals in wenigen Händen" darstelle, entgegenzuarbeiten und andererseits, unter voller Anerkennung des in der Großindustrie enthaltenen technischen Fortschritts, dem in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter zur Besserung seiner sozialen Stellung zu verhelfen. Aber man war in den evangelischen Arbeitervereinen, für die das Programm zunächst allein gelten sollte, der Zusammensetzung der Vereine entsprechend, nicht nur auf Arbeiter des Großbetriebes angewiesen, sondern auch auf kleine Kaufleute und Handwerker. Ihnen wurde darum auch ein Abschnitt im Programm gewidmet, der einen gewissen Einfluß der Mittelstandspolitik verriet. Und das entsprach dem damaligen Stand der jüngeren christlichsozialen Bewegung. So weit auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Klassenkampfes des erwachten Proletariats vorhanden war: man nahm doch noch einen starken Barmherzigkeitsstandpunkt ein: den kleinen Leuten, den auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen, kapitallosen Kreisen der Bevölkerung wollte man helfen. Aus dieser Stimmung, denn das war es mehr als ein bewußter Grundsatz, erklärte sich jener Mischmasch von Arbeiter- und Mittelstandpolitik, der erst langsam, erst innerhalb der nationalsozialen Bewegung überwunden worden ist. Das muß man bei der Beurteilung jenes Programms mit in Betracht ziehen.

Die Gruppe Naumann-Göhre hatte es nicht leicht, mit diesem Programm in dem Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine durchzudringen. Hatte es schon 1892 bei der jeweils mit der Tagung des evangelischsozialen Kongresses verbundenen Jahresversammlung jenes Gesamtverbandes heftige Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen der „Alten" und „Jungen" gegeben, so drohte dies erst recht für das Jahr 1893. Liz. Weber von München-Gladbach, ein Christlichsozialer Stöckerscher Richtung, der Führer der „Alten", war dem Naumannschen Programm wenig geneigt, noch weniger der ältere christlichsoziale Pastor Rahlenbeck, der ein in jenem Sinn entworfenes Programm vorlegte. Aber es gelang mit Hilfe eines Kompromisses, die Einigkeit des Gesamtverbandes zu erhalten. Naumanns Programmentwurf wurde mit wenigen Abänderungen angenommen — aber er sollte — und das war das Zugeständnis nach rechts — nur gelten „als Anhalt für Vorträge und Diskussionen

in den evangelischen Arbeitervereinen"; auch wurde ihm ein weiterer Teil als „Arbeitsprogramm" für die evangelischen Arbeitervereine angefügt, der den religiösen, sittlichen, patriotischen Aufgaben der Vereine gerecht wurde und neben der Wichtigkeit der sozialpolitischen Ziele auch die Selbsthilfe der Vereine im Hilfskassenwesen betonte. Wir lassen nun dies so angenommene Programm an dieser Stelle in seinem Wortlaut folgen:

A. Grundlinien für ein evangelisch-soziales Programm als Inhalt für Vorträge und Diskussionen in den evangelischen Arbeitervereinen.

Wir stehen auf dem Grunde des evangelischen Christentums. Wir bekämpfen darum die materialistische Weltanschauung, wie sie sowohl zu den Ausgangspunkten als zu den Agitationsmitteln der Sozialdemokraten gehört, aber auch die Ansicht, daß das Christentum es ausschließlich mit dem Jenseits zu tun habe. Das Ziel unserer Arbeit sehen wir vielmehr in der Entfaltung seiner welterneuernden Kräfte in dem Wirtschaftsleben der Gegenwart. Wir sind der Überzeugung, daß dieses Ziel nicht schon erreicht werden kann durch eine nur zufällige Verknüpfung von allerhand christlichen und sozialen Gedanken, sondern allein durch eine organische, geschichtlich vermittelte Umgestaltung unserer Verhältnisse gemäß den im Evangelium enthaltenen und daraus zu entwickelnden sittlichen Ideen. In diesen finden wir auch den unverrückbaren Maßstab rückhaltloser Kritik an den heutigen Zuständen wie kraftvolle Handhaben, um bestimmte Neuorganisationen im wirtschaftlichen Leben zu fördern. Wir werden danach streben, daß diese Organisationen bei ihrer Durchführung in gleichem Maße sittlich erzieherisch wirken, wie technisch leistungsfähig und für alle Beteiligten nach dem Maße ihrer Leistung wirtschaftlich rentabel sind. Wir vermeiden es, unsere Forderungen aus irgend einer einzelnen national-ökonomischen Theorie herzuleiten. Dagegen erkennen wir eine unserer Hauptaufgaben darin, unsere Freunde vollständig und vorurteilslos über die schwebenden wirtschaftlichen Probleme aufzuklären. Wir erblicken in der wachsenden Konzentration des Kapitals in wenigen Händen einen schweren wirtschaftlichen Übelstand; wir fordern daher vom Staate, daß er dieselbe nicht befördere, sondern ihr auf alle gesetzliche Weise entgegenwirke, auch auf dem Wege der Steuergesetzgebung. Unsere Forderungen werden wir formulieren von Fall zu Fall, nach dem Maße der wachsenden wissenschaftlichen Erkenntnis des Wirtschaftslebens. Zur Zeit stellen wir im einzelnen folgende auf:

1. Für den Großbetrieb:

Wir erkennen die hauptsächlich durch die Fortschritte der Technik hervorgerufene Großindustrie als wirtschaftliche Notwendigkeit an, halten es aber für unsere Pflicht, die im Großbetrieb beschäftigten Arbeiter im Streben nach Erhöhung und Veredelung ihrer Lebenshaltung, um größere ökonomische Sicherheit und den Schutz ihrer persönlichen Güter in Leben und Gesundheit, Sittlichkeit und Familienleben, zu unterstützen.

Als Stärkungsmittel sehen wir an:

1. die bisherige staatliche Arbeiterversicherung, deren Vereinfachung und Ausdehnung wir wünschen;
2. die bisherige staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung, deren Ausgestaltung wir fordern in bezug auf:
   a) angemessene Kürzung der Arbeitszeit (Maximalarbeitstag),
   b) Einführung einer Sonntagsruhe von mindestens 36 Stunden,
   c) gesunde Arbeitsräume,
   d) Einschränkung aller dem Familienleben, der Gesundheit und Sittlichkeit schädlichen Frauen- und Kinderarbeit,
   e) Verbot der Nachtarbeit außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt einen fortlaufenden Betrieb nötig machen;
3. die Einführung obligatorischer Fachgenossenschaften bezw. gesetzlich anerkannter Gewerkschaften;
4. die Sicherheit des vollen Koalitionsrechtes der Arbeiter;
5. die Einführung von Arbeitervertretungen oder Ältestenkollegien in den einzelnen Fabriken;
6. die Umgestaltung der Staatsbetriebe in Musterbetriebe bei Gewährleistung der vollen persönlichen Freiheit der Arbeiter und Angestellten.

2. Für den Kleinbetrieb sowie Handel und Gewerbe:

Die Vereine sind nicht der Meinung, daß der gesamte Kleinbetrieb dem Untergange verfallen ist. Sie treten daher für ihn ein, soweit er sich durch Ansätze energischer Selbsthilfe als lebensfähig erweist. Sie fordern:

1. für das Handwerk die Einführung einer korporativen Organisation und die Begründung und Förderung genossenschaftlicher Vereinigungen;

2. für den redlichen Handel und Gewerbebetrieb Schutz durch Beschränkung und Beaufsichtigung des Hausierhandels und der Abzahlungsgeschäfte, sowie durch Beseitigung der Wanderlager und Schleuderbazare;

3. eine Börsenordnung, durch die alle Börsengeschäfte soweit als möglich wirksamer staatlicher Aufsicht unterstellt werden, und durch die besonders dem Mißbrauch der Zeitgeschäfte als Spielgeschäfte, namentlich in den für die Volksernährung wichtigen Artikeln, entgegengetreten wird.

B. Arbeitsprogramm für die evangelischen Arbeitervereine.

1. Die Vereine suchen die religiöse, geistige und sittliche Bildung ihrer Mitglieder zu heben.

2. Die Vereine fördern mit aller Kraft die Anhänglichkeit an Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland.

3. Die Vereine suchen mit allen Kräften das Familienleben zu fördern, an dessen gottgewollter Ordnung sie festhalten. Sie treten darum nachdrücklich für Schaffung ausreichend großer, freundlicher, gesunder und billiger Wohnungen ein. Sie hoffen insbesondere die Unterstützung von Arbeiterbaugenossenschaften durch die Mittel des Staates (Geld- oder Altersversicherung), der Kommunen und reicher Kirchengemeinden.

4. Die Vereine nehmen sich auch der zeitweiligen wirtschaftlichen Notstände ihrer Mitglieder an durch Einführung von Darlehenskassen, Unterstützungskassen in Krankheits- und Sterbefällen, Arbeitsnachweisung, Arbeitslosenversichernng u. s. w. Diese Einrichtungen werden möglichst von Arbeitern selbst geleitet und sollen zugleich als Mittel dienen, sie in ihrem wirtschaftlichen Urteil zu schulen.

5. Sie wollen eine edle Geselligkeit und treue Kameradschaft unter ihren Mitgliedern pflegen.

Mehr konnte von den „jungen" Christlichsozialen nicht erreicht werden. Standen sie auch an geistiger Produktivität und Begeisterung für ihre Überzeugung sowohl im Kreis des evangelischsozialen Kongresses als in den evanlischen Arbeitervereinen in der ersten Reihe; die Masse gehörte in den Arbeitervereinen dem mehr konservativen Flügel an. Für die Naumann-Göhresche Ideen traten im wesentlichen ein, außer dem Frankfurter Arbeiterverein, die Mehrzahl der badischen Vereine unter Wencks Führung, der württembergische unter Traubs Leitung, einzelne Vereine und Führer in Mitteldeutschland und im Saargebiet, auch in Altona bezw. Hamburg und Sachsen, darunter der Dresdener Verein, solange er unter dem Einfluß Dr. Schevens stand. Das von ihm redigierte Dresdener Arbeiterblatt, die badische (Wenck) und württembergische Arbeiterzeitung (Traub) waren zugleich die Zeitungen, welche im Gegensatz zu dem offiziellen Organ des Gesamtverbandes, dem Evangelischen Arbeiterboten (Hattingen), den christlichsozialen Standpunkt der „Jungen" vertraten.

Naumann selbst schrieb im „Sonntagsgruß", einem Frankfurter Sonntagsblatt, welches ihm aber nur in bescheidener Weise die Möglichkeit bot, seine sozialpolitischen Anschauungen zu vertreten. Um so wichtiger war es, daß die „Jungen" ein anderes litterarisches Unternehmen beginnen konnten, welches ihnen Gelegenheit gab, ihre Anschauungen zu verbreiten. Es war dies die im Verlag von Vandenhoeck und Ruprecht herausgegebene Arbeiterbibliothek, eine Nachahmung der sozialdemokratischen Berliner Arbeiterbibliothek. Das erste Heft derselben führt den Titel „Jesus als Volksmann". Es zeugt davon, wie es Naumann, trotz jenes programmatischen Versuchs einer grundsätzlichen Verbindung religiöser und sozialpolitischer Gedanken, doch weit mehr darauf ankam, die hohe Bedeutung der Persönlichkeit Jesu auch für die moderne Zeit mit ihren wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund zu stellen, als eine soziale Ethik zu schreiben. Und sicherlich hat dieses Schriftchen dem Gedankenkreis des jungen christlichen Sozialismus weit mehr Anhänger zugeführt als jener prinzipielle Teil des Arbeitervereinsprogramms. Alle weiteren Schriften der Göttinger Arbeiterbibliothek, die mehrere Jahre hindurch fortgeführt worden ist und im Ganzen zwei Bände zu je 10 Heften umfaßt, enthalten volkswirtschaftliche und allgemein belehrende Abhandlungen. Daß aber Naumann es nebenher als eine wichtige Aufgabe ansah, gerade auch in den gebildeten Kreisen soziales Verständnis zu wecken, dafür zeugten seine 1895 bei Vandenhoeck und Ruprecht erschienenen „Soziale Briefe an reiche Leute". (Vergriffen!)

Der im Herbst d. J. 1893 in Berlin abgehaltene sozialpolitische Kursus des Evangelisch-sozialen Kongresses führte zu einem engeren Zusammenschluß der intimeren Freunde Naumanns. Man beschloß, von Zeit zu Zeit kleinere Zusammenkünfte zu veranstalten, um die gemeinsame Gedankenarbeit fortzusetzen. Es wurde auch der Versuch gemacht, in einer größeren Versammlung von Kursusteilnehmern die Gedanken des jüngeren christlichen Sozialismus auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Ostens anzuwenden, eine Forderung, welche namentlich Göhre erhob. Aber unter den zahlreich anwesenden Geistlichen jenes großen Landgebietes mit seinen traurigen Landarbeiterverhältnissen war nur in sehr bescheidener Weise ein wirkliches Verständnis für den Gedanken zu finden, daß über den Rahmen der berühmten patriarchalischen Fürsorge des Großgrundbesitzers hinaus eine Reform von nöten sei, die auch mit der Organisation der Arbeiter rechnet. Andererseits gab jener Kursus den jüngeren Christlich-sozialen Gelegenheit, sich öffentlich in einer großen Volksversammlung klar und deutlich von dem Theologen Theodor von Wächter zu scheiden, dessen christliche Gesinnung ihn bewogen hatte, Sozialdemokrat zu werden. Damit bekundete man, daß der Weg des christlichen Sozialismus auch bei den radikalen Forderungen der „Jungen" nicht in die Sozial-

demokratie führe. Aber auch bei zwei anderen Gelegenheiten sollte der eigenartige Standpunkt der jüngeren Christlichsozialen gerade auf dem Boden des Evangelisch-sozialen Kongresses zur Geltung gekommen. Das erste Mal 1893 hatte Naumann bei der Tagung des Kongresses ein Referat, welches die Familie behandelte, und zwar in einer durchaus sozialen Auffassung, die der individuellen Anschauungsweise direkt entgegentrat. Es wird der Zweck der Ehe in der Kindererzeugung erfaßt und dementsprechend die Konsequenz in Forderungen sozialer und wirtschaftlicher Richtung gezogen, nicht aber das seelische, geistige Verhältnis der beiden Individuen, welche die Ehe eingehen, als das Hauptmoment gewertet. Erfuhr dies Referat neben starkem Beifall auch akademisch-theoretischen Widerspruch, so war dies anders bei dem Vortrag Prof. Max Webers und Paul Göhres auf dem Frankfurter Evangelischsozialen Kongreß 1894, der die wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiter namentlich auf den ostelbischen Gütern behandelte. Hier prallten die Gegensätze schroff aufeinander. Die jüngeren Christlichsozialen erschienen mit ihren sozialreformerischen Forderungen als Revolutionäre, die von den Verteidigern der Großgrundbesitzer auf das schärfste zurückgewiesen wurden; ja es schien eine Zeit lang, als sei nach dieser Tagung des Kongresses dessen Bestand ernstlich gefährdet. Für die jüngeren Christlichsozialen, die gern bereit waren, zur Sicherung des Kongresses beruhigende Erklärungen abzugeben, war dieser Vorgang der Anlaß, sich immer ernster mit den ländlichen Verhältnissen zu befassen, und wenn auch jene vorhin erwähnte Zusammenkunft bei dem nationalökonomischen Kursus des Kongresses im Oktober 1893 wenig praktischen Erfolg versprach, so um so mehr die theoretische Beschäftigung mit landwirtschaftlichen Fragen, wie sich schon im ersten Jahrgang der „Hilfe“ 1895 zeigen sollte.

Das Jahr 1894 brachte aber auch ein neues Naumannsches Buch, das unter dem Titel „Was heißt Christlichsozial?“ ohne systematischen Aufbau die wichtigsten Gedanken der jüngeren Christlichsozialen zusammenfassen wollte. (Was heißt Christlichsozial? Band I 1894 bei A. Deichert (G. Böhme) Leipzig.) Gleich der erste dieser Aufsätze ist höchst bezeichnend für das Wesen des christlichen Sozialismus.

Während Naumann darauf hinweisen kann, daß für die einen (Stöckers Freunde) christlicher Sozialismus identisch ist mit dem konservativen Tivoliprogramm, wiederum andere den Begriff kirchlich fassen, indem sie die Innere

Mission oder die Kirchgemeinde zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit machen, bezeichnet er seine Gruppe als diejenige, die erst nach einem Programm sucht und zwar nach einem Programm, welches die von der Sozialdemokratie aufgeworfenen Fragen beantworten möchte.

> „Uns ist (darum) das Christlichsoziale nichts Fertiges, sondern etwas Werdendes." „Wir haben kein fertiges Handbüchlein oder etliche wenige Hauptsätze, die unseren Kasten füllen, sondern die Zukunft umgiebt uns wie ein Nebel voll geistiger Zeugungskraft. Wir fühlen, daß nicht wir das Christlichsoziale besitzen, sondern das Christlichsoziale hat uns, es schiebt uns, hebt uns, trägt uns, läßt uns rudern und ringen, läßt uns jauchzen und seufzen, es kommt über uns als Kraft und Gnade, als Zwang und Druck. Wir wählen nicht einen Weg, weil er uns klug erscheint, sondern eine neue Welle des Volkslebens rauscht heran, und wir liegen zufällig gerade da im Wasser, wo sie sich beängstigend emporhebt!"
>
> „Gerade jetzt, wo wir so viele Parteien haben, die nur noch durch Sätze, aber nicht mehr durch die innere Gewalt zusammengehalten werden, ist es eine Grundfrage, ob eine neue Bewegung einen eingeborenen Schöpfungstrieb hat, oder ob sie entsteht wie ein Rezept, in welchem etwas Sozialismus und etwas Monarchismus mit etlichen Gramm Kirchlichkeit und einem kleinen Zug Aufklärung nach bestem Wissen sorgfältig gemischt werden." „Wir müssen (darum) die Noten finden zu dem stürmischen Frühlingsgesang, der unsere Seele füllt. Ohne diesen Prozeß der Umsetzung des Gefühls in Worte nützt die Begeisterung gar nichts. Dieser Prozeß ist aber erst im Beginnen. Daher können wir unsern Lesern beim besten Willen noch keine Auskunft auf jede einzelne Frage geben, die im Volksleben auftaucht. Wir sind froh, wenn die christlichsoziale Satzbildung richtig begonnen hat."

Mag dieser mystische Zug, der hier in Naumanns Sätzen hervortritt, wie Schwarmgeisterei klingen, ein Umstand, den seine Gegner reichlich ausgenutzt haben, gerade der hier so fest ausgesprochene ernste Wille, Gefühle in Worte umzusetzen, aus dem „Nebel von geistiger Zeugungskraft" Wege und Bahnen zu nüchterner praktischer Arbeit zu finden, entkräftet diesen Vorwurf. Und Naumann wußte, was er wollte, wenn er auch zu gewissenhaft war, sein Programm aus so und so vielen anderen Programmen zusammenzusetzen.

> Er sieht klar, „die christlichsoziale Zeit kommt erst nach der sozialdemokratischen Zeit. Wir halten es für vergeblich, wenn man das christlichsoziale Pferd vor den Wagen der alten Ordnung spannen will. Wie die Sozialdemokratie den Liberalismus beerbte, so wird das Christlichsoziale die Sozialdemokratie beerben." „Was vor der Sozial-

demokratie steht, die bürgerliche Weltanschauung, das heutige Gesellschaftsgefüge, das ist nicht das Ziel unseres Denkens". Aber auch nicht das sozialdemokratische Zukunftsideal, welches nur das „Produkt einer systematisch durchdachten Nationalökonomie ist, die zum Dogma geworden ist, als wäre Dogma ewig." „Sie theoretisiert, wir müssen Detailarbeit treiben. Sie denkt immer an die Gesamtgesellschaft, wir müssen an die Teile dieser Gesellschaft, an Arbeitslose, Tagearbeiter, Industriearbeiter, Bauern, Handwerker, Kaufleute, Beamte in ihrer Besonderheit denken. Was wir aber dabei von der Sozialdemokratie übernehmen müssen, ist der Gesichtspunkt ‚von unten her'. Wir bearbeiten die soziale Frage vom Standpunkt der Bedrängten, für die Bedrängten und mit den Bedrängten. Nur so sind wir ehrlich ‚Christlichsozial'".

Dieser von uns schon mehrfach charakterisierte proletarische Standpunkt wird hier am deutlichsten ausgesprochen. Ihm entsprechen denn auch die weiteren Ausführungen jenes Buches: die Aufforderung an die Gebildeten, die Welt einmal vom Standpunkt des Hungrigen aus anzusehen, an die Geistlichen, sich mit Nationalökonomie zu beschäftigen, um das wirtschaftliche Leben zu verstehen, welches so tief in das soziale und geistige Leben einschneidet. Dem entspricht, daß Naumann als die soziale Frage die beiden Kernfragen bezeichnet: die Kapitalfrage und die Organisationsfrage, d. h. der Kampf gegen die Übermacht des Kapitals und deren üble Folgen und die Organisation der notleidenden Stände, wobei es ihm zunächst ganz gleichgültig ist, wer diese organisiert. Ferner entspricht dem die gerade in christlichen Kreisen bisher unerhörte Stellung Naumanns zur Maschine, zum Fortschritt der Technik:

„Gott will den technischen Fortschritt, er will die Maschine," gerade sie kann die Menschen, trotz aller Verheerungen, die sie jetzt anrichtet, in weit bessere Lebenslage bringen, wenn ihre Verwendung nur unter christlichsozialem Gesichtspunkt „für die armen Leute" geschieht. Er behandelt in diesem Zusammenhang auch die Wohnungsfrage mit deutlichem Anklange an bodenreformerische Gedanken und präcisiert schließlich noch einmal seine Stellung zur Sozialdemokratie. „Sie spielt nur eine Melodie für Stadt und Land, für Industrie, Handel, Handwerk, Kunst: die eine große Melodie vom großen Tage der allgemeinen Vergesellschaftung." In diesem Sinne hatte er auch 1893 auf dem Evangelischsozialen Kongreß die Sozialdemokratie als einen weltlichen Chiliasmus bezeichnet. Hier ist es wirtschaftlich die erneute Absage an den Marxismus, der zwar ein wichtiger Durchgangspunkt im nationalökonomischen Denken sei, ohne welchen auch der christliche Sozialismus nicht auskomme, der aber eben überwunden werden müsse durch eine neue Epoche des Sozialismus, welcher in der Einzelarbeit seine Auf-

gabe sieht, und darum auch schon für die Gegenwart und nicht erst für eine traumhafte Zukunft denen zu gute kommt, für welche der Sozialismus Hilfe sein will.

Mit dieser kurzen Skizzierung des I. Bandes von Christlichsozial können wir den zweiten Abschnitt der Entwickelung des jüngeren christlichen Sozialismus abschließen. Sie bietet in Verbindung mit dem Programm der evangelischen Arbeitervereine das Resultat der Gedankenentwickelung bis zum Erscheinen der „Hilfe".

3.

Im Herbst d. J. 1894 war der Plan Naumanns, eine eigene christlichsoziale Wochenschrift zu gründen, mehr und mehr gereift. Die geringe publizistische Möglichkeit, welche ihm der „Sonntagsgruß" als ein Sonntagsblatt der Innern Mission bot, drängte dazu, und die Zahl der Gesinnungsgenossen schien ihm stark genug, ein eigenes journalistisches Unternehmen tragen zu können. Auch an Mitarbeitern fehlte es nicht. Neben dem Kreis von Männern, die wir bei der Abfassung des Programms der evangelischen Arbeitervereine nannten, fand sich eine stattliche Anzahl, deren Namen in der ersten Probenummer der „Hilfe" aufgezählt sind. Diese Namen muten heute eigentümlich an. Es sind darunter einmal Vertreter der Innern Mission und des Evangelischsozialen Kongresses zu finden, die von ihrem Gesichtspunkt aus Naumanns Arbeit für unterstützungswert hielten, und dann Politiker und Theologen der verschiedensten Parteien:

Pastor von Bodelschwingh, Hofprediger von Braun in Stuttgart, Pastor Mahling in Hamburg, Konschel in Königsberg; Hauptvertreter des Evangelischsozialen Kongresses wie die Professoren Harnack, Kaftan, von Soden, Generalsekretär Völter; Pfarrer Battenberg-Frankfurt, Pfarrer Bonus-Luckenwalde, Professor Cremer in Greifswald, Professor Weiß-Marburg, Professor Titius-Kiel, Pfarrer Doerries in Hannover, D. Rade, der Herausgeber der christlichen Welt, dazu die Christlichsozialen verschiedenster Schattierung: Pastor Arndt-Vollmarstein, Biernatzky-Neumünster, Cörper-Dudweiler, Dietz-Bischofsheim (Hessen), Hüpeden-Cassel, Kötzschke-Sangerhausen, Fabrikant Lechler-Stuttgart, Pfarrer Werner-Beckendorf, Gymnasiallehrer Dr. Lindt-Darmstadt, Domprediger Wilhelmi in Güstrow. Ferner die Nationalökonomen Professor Oldenberg, Rathgen, von Schultze-Gaevernitz, Max Weber; die Bodenreformer Professor Flegler-Bensheim, Pfarrer Zollmann in Atzendorf. Von nationalliberaler Seite: Professor Baumgarten-Kiel, Landgerichtsrat Kuhlemann, Professor Hartwig und Trommershausen in Frankfurt. Dazu die Professoren Rein in Jena, Geh. Kirchenrat Fricke-Leipzig,

Schriftsteller Sohnrey-Berlin, Fabrikant Freese und endlich unter den Führern der evangelischen Arbeitervereine auch Liz. Weber München—Gladbach.

Für sie alle war Naumanns Persönlichkeit das Programm der „Hilfe". Auf ein anderes Programm hätte man diese verschiedenartigen Geister, von denen eine ganze Anzahl dann in schärfsten Gegensatz zu den Nationalsozialen traten, nicht vereinigen können. Aber daß sie damals ihre freundschaftliche Zustimmung zu der Gründung der „Hilfe" gaben, ist zugleich ein Zeichen dafür, wie ihnen eine Gedankenentwickelung im Sinne des von Naumann vertretenen christlichen Sozialismus wertvoll erschien, wie wenig sie aber zugleich mit diesem „christlichsozial" den Begriff einer Parteischablone verbanden. Freilich — wenige Nummern der Hilfe haben genügt, um bei dem einen oder anderen mindestens innerlich heftigen Widerspruch zu wecken. Die „Hilfe" ging von Anfang an, was dann immer ihre Eigenart gewesen ist, ihren festen, sicheren Gang, unbeirrt von den Rufen links und rechts.

In keiner der beiden Probenummern (10. Dezember und 20. Dezember 1894) war ein ausgeklügeltes Programm enthalten. Nur allgemeine Zielpunkte wurden in der zweiten Nummer aufgestellt: über das Religiöse, das Politische, das Sozialpolitische. Vom Religiösen wird gesagt, daß es neben dem Wirtschaftlichen die Hauptsache sei. Damit wird nur der alte Ausgangspunkt des ganzen Naumannschen christlichen Sozialismus festgehalten, auch das eigentlich Politische tritt in den Hintergrund. Es hatte wie für Naumann so auch für die anderen Mitarbeiter noch nicht ein lebhaftes Interesse. Sie waren christliche Männer, denen die Not des Volkes, das soziale Elend auf dem Herzen brannte und die hier „helfen" wollten, die nach den Mitteln der Hilfe suchten. Das Religiöse wird dabei weitherzig gefaßt: die gemeinsame Grundlage aller Artikel muß zwar der lebendige evangelische Glaube sein — aber da das Blatt keine Theologie treiben, sondern von dem praktischen Glauben reden will, sind die verschiedenen theologischen Richtungen gleichberechtigt. „Im Angesichte der sozialen Not müssen wir Evangelischen Einigkeit lernen. Das will Gott von uns."

Die Sozialpolitik ist gedacht als Zusammenwirken von Staatssozialismus, Berufsorganisation und Wohlfahrtseinrichtung. Die geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes wird für ebenso wichtig gehalten wie die wirtschaftliche. Die weitere Klärung soll eben die „Hilfe" erst suchen.

In politischer Hinsicht wird gesagt: die Grundlage ist das Festhalten an der vorhandenen Verfassung, geschichtliche Erklärung des Gewordenen, größere Mitwirkung der Besitzlosen bei Landtagen und Kommunalverwaltungen.

Dem nationalen Gedanken werden nur die Worte gewidmet: „nationale Gesichtspunkte gegenüber übertriebener Internationalität.“ Der christliche Sozialpolitiker empfand wohl, daß auf nationalem Gebiet Aufgaben lagen, aber sie wurden nur erkannt im Gegensatz zum „übertriebenen“ Internationalismus, als scheidendes Moment gegen die Sozialdemokratie — nicht als eigener, wichtiger, politischer Faktor. Aber so allgemein diese Grundsätze gehalten waren, so wenig Neigung war vorhanden, sie auch nur in farbloser Allgemeinheit auf die politischen Zustände anzuwenden.

Wie die erste Andacht Naumanns in einer geradezu einzigartigen Weise dem Bedürfnis nach Religion Worte verlieh, aus einer Zeit des veraltenden Materialismus heraus, so wies die erste politische Wochenschau die Zielscheibe auf, in die das neue politische Geschoß, die Gedankenarbeit der Hilfe, hineinbringen mußte. Jene Wochenschau nahm aufs schärfste Stellung gegen die damals drohende Umsturzvorlage! Naumann hielt ihr die vier Sätze entgegen:

1. Zwangsgesetze helfen nichts, solange die Notstände fortdauern, und sie sind überflüssig, sobald die Notstände beseitigt werden.
2. Gerade durch die Zwangsgesetze wird die Sozialdemokratie im Gegensatz gegen die geordnete Sozialreform verstärkt.
3. Anarchistische Verbrechen werden durch Vereinsgesetze nicht verhindert.
4. Es ist Tatsache, daß von manchen Seiten die neuen Gesetze benutzt werden sollen, um auch die christliche und vaterländische Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Als Beweis diente ihm ein von der nationalliberalen Presse verbreiteter Artikel der Stummschen „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“.

Damit war die politische Haltung der Hilfe und ihrer Anhänger in einer folgerichtigen Klarheit ausgesprochen: Kampf gegen die reaktionären Einflüsse des Freiherrn von Stumm und seiner Gesinnungsgenossen im konservativen und nationalliberalen Lager und andererseits ruhige Entwickelung für die Sozialdemokratie von der Zuversicht aus, daß sie dadurch zur radikalen Reformpartei sich durchmausern werde. Und diese beiden Gedanken blieben für die Hilfe Leitworte durch ihr ganzes Bestehen hindurch. Sie führte sie in die Kämpfe ein, die alsbald losbrachen.

Wie Naumanns Ruf gegen die Umsturzvorlage in jener zweiten Probenummer von einem besonderen Artikel gegen dieselbe aus der juristischen Feder des Landgerichtsrat Kuhlemann begleitet war, so auch die andere Seite desselben: die Zuversicht auf eine Mauserung der Sozialdemokratie durch einen Artikel des Pfarrers Wenck in Darmstadt, in welchem auf Grund der Erfahrungen des sozialdemokratischen Parteitages von 1894, dem Wenck ange-

wohnt hatte, Georg von Vollmar als der Führer der Sozialreformer im sozialdemokratischen Lager charakterisiert wurde. Beide Artikel, sowie Naumanns Wochenschau und eine sehr unschuldige Notiz über das Unwürdige mancher Armenbescherungen an Weihnachten gaben dem Freiherrn von Stumm Anlaß, am 9. Januar 1895 einen Feldzug gegen die „Hilfe" im Reichstag zu eröffnen, der sofort von der konservativen Presse, zum teil auch von der nationalliberalen aufgenommen und fortgesetzt wurde. Es ist dies dieselbe berühmte Rede, in welcher der König des Saargebiets sich als „treuen Sohn der evangelischen Kirche" bezeichnete.

Für die „Hilfe" war dieser öffentliche Angriff, der sich wochenlang in allen möglichen Variationen in den Spalten der Stummschen Presse wiederholte, die denkbar günstigste Einführung in die politische Öffentlichkeit. War ihr Abonnentenstand nach den beiden Probenummern bei Beginn des I. Quartals 1895 durchaus kein übermäßig günstiger, so stieg er fortan von Woche zu Woche, von Tag zu Tag. Überall wollte man den gefährlichen Pfarrer kennen lernen, der schlimmer sei als die Sozialdemokratie. Ihm und seinen Gesinnungsgenossen flogen von allen Seiten Zustimmungserklärungen zu für den Kampf gegen den Freiherrn von Stumm, und die Blätter der unabhängigen Presse trugen Naumanns Antwort an den Gewaltigen des Saargebietes weit über den Kreis der „Hilfe" hinaus und machten sie damit schon in den ersten Wochen ihres Bestehens zu einem allbekannten Wochenblatt. Der Vollständigkeit wegen darf aber an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß der Sturm, der über die Christlichsozialen jetzt dahinbrauste, auch sein Opfer haben sollte. Das Hessische Oberkonsistorium gab der konservativen Opposition gegen Wencks Artikel über Georg von Vollmar Gehör. Wenck durfte vier Wochen lang nicht amtieren; aber nicht nur die „Hilfe", auch ein großer Teil der liberalen Presse nahm sich seiner an, auch der größere Teil der hessischen Geistlichkeit. Für ihn aber hatte es die innere Folge, daß er nach zwei Jahren weiterer Tätigkeit, in der er ernstlich das Für und Wider prüfte, das geistliche Amt aufgab, um als Sekretär des 1896 gegründeten nationalsozialen Vereins sich ganz der Politik zu widmen.

Nach dieser zwar stürmischen, aber so überaus günstigeu Einführung der „Hilfe" begann für sie die eigentliche Werktagsarbeit. Sie mußte nun auch vor den aufmerksamen Augen der Öffentlichkeit zeigen, was sie zu leisten imstande war. Und sie blieb originell und damit interessant. Sie war durch und durch modern. Das tritt zunächst in der Art ihres christlichen Charakters hervor. Ich brauche hier nur zu erwähnen, daß sie ja die bekannten Naumannschen Andachten brachte, denen noch heute niemand, ob Freund oder Gegner, den Charakter des Originellen und Modernen abstreiten wird und die

damals noch den besonderen Vorzug hatten, als etwas ganz Neues zu erscheinen, wo sie jetzt als abgeschlossenes Werk vor uns liegen. Aber auf sie beschränkte sich der religiöse Charakter des Blattes nicht. Man wollte die religiöse Frage dem modernen, vom Materialismus befangenen Arbeiter wieder nahe bringen. Und so entstanden eine Reihe wertvoller Aufsätze, die hier nur dem Titel nach genannt werden können: Briefe an einen Arbeiter über die Frage, „wer war Jesus von Nazareth?“ es wurde die Frage, ob Religion Privatsache sei, eingehend erörtert (Professor Kaftan-Berlin), und desgleichen das andere schwierige Problem „Religion und Wissenschaft“ (von demselben). Man bemühte sich, die Wichtigkeit der Religion für die verschiedensten Lebenslagen zu besprechen, ihre starken sozialen Impulse hervorzuheben, dem praktischen Christentum in Innerer Mission und Wohltätigkeit volle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Bei den sozialpolitischen Erörterungen trat natürlich das Interesse für den Arbeiter in den Vordergrund. Dennoch handelten verhältnismäßig wenig besondere Artikel von seiner Lage. Aus dem ersten Jahrgang der Hilfe sind eigentlich nur zu nennen: Erörterungen über die Arbeitslosigkeit und das Recht auf Arbeit. Ferner kamen die Ideen des Fabrikanten Freese zum Ausdruck, welcher über Arbeiterausschüsse schrieb, auch ein Artikel über Gewinnbeteiligung der Arbeiter findet sich; Traub-Stuttgart behandelte den Normalarbeitstag; der Reform der Alters- und Invaliditätsversicherung wurde das Wort geredet, und die Verhandlungen des Evangelischsozialen Kongresses in Erfurt 1895 gaben Naumann Anlaß, über die sozialen Aufgaben des Staates in seinen Betrieben zu schreiben. Bei aller Gegnerschaft gegen herrschsüchtige Fabrikanten im Sinne Stumms anerkannte man gute Wohlfahrtseinrichtungen wie diejenigen Krupps. Das Schwergewicht des Arbeiterstandpunktes der „Hilfe“ lag aber weniger in solchen einzelnen Aufsätzen als in der gesamten Haltung: Freiheit für die Arbeiterbewegung, mehr Einfluß für die Masse des arbeitenden Volkes, Anerkennung der Berechtigung des Klassenkampfes. Die Gewerkschaftsbewegung wird aufmerksam verfolgt, namentlich seitdem Herr Weinhausen als zweiter Redakteur in die Redaktion eingetreten war. Aber noch trat eine unverkennbare Vorliebe für christliche Gewerkschaften hervor; bezeichnet es doch Naumann in einem Rückblick auf das Jahr 1894 als einen besonderen Fortschritt, daß es zu einer Vereinigung der christlichen Bergarbeiter gekommen sei, und knüpft daran die Worte: „Noch immer verstehen viele nicht, wie wichtig es ist, ob es gelingt, auch anderwärts lebensfähige Arbeiterorganisationen zu schaffen. Die Sozialdemokratie hat ihrerseits viel für die Organisation der Arbeiterschaft gethan, nun fragt es sich, ob der christliche Sozialismus auf demselben Gebiet auch etwas leisten kann.“ Das

ist im Hinblick auf die heutige Stellung der Nationalsozialen mit ihrem offenen Bekenntnis zu unpolitischen, nicht konfessionellen Berufsvereinen der Arbeiter ein großer Unterschied! Das Ideal der neutralen Gewerkschaften war noch nicht herausgearbeitet.

Neben der Arbeiterfrage wurde die Handwerkerfrage selbständig behandelt. So wurde dem trefflichen Werk des Landgerichtsrates Kuhlemann „Das Kleingewerbe, Not und Abhilfe" eine eingehende Berücksichtigung in einer Wochenschau gewidmet und seinem Gedankengang im wesentlichen zugestimmt. Naumann untersuchte an anderer Stelle, welchen Branchen wohl der von konservativer Seite empfohlene Befähigungsnachweis helfen kann, und kam zu dem Resultat: Er nützt im einzelnen vielleicht manches, aber er vermehrt nicht die Arbeitsgelegenheit gegenüber dem, was der Großbetrieb übernommen hat. Ein Artikel gegen die Gefängnisarbeit als Konkurrentin des Handwerks wurde geschrieben, Barzahlung empfohlen und auf die große Wichtigkeit des Genossenschaftswesens für die Handwerker hingewiesen. Ganz vortrefflich ist eine Einzeluntersuchung über die Lage einer Branche — der Schuhmacher — die leider vereinzelt geblieben ist, obgleich die „Hilfe" wieder und wieder darauf hinwies, daß es kein Allheilmittel für die sozialen Nöte gäbe, sondern detaillierteste Arbeit in dieser vielverzweigten und verwickelten Zeitfrage.

Ganz außerordentlich bemerkenswert ist die Beschäftigung der Hilfe mit den landwirtschaftlichen Fragen. Die erste Probenummer der Hilfe gab einen Artikel „Bauernsorgen" aus Sohnreys Feder. Er fußt noch durchaus auf dem Satz: „Hat der Bauer Geld, so hats die ganze Welt" — ein Satz, der dann später von Naumann in den anderen gekehrt wurde: „hat der Arbeiter Geld, so hats die ganze Welt". Dazwischen liegt die Wandlung vom Standpunkt eines Gegners der Handelsverträge in eine solche des eifrigen Verfechters derselben. Sohnrey schrieb noch in der „Hilfe": „Wir haben (durch die Handelsverträge) im Ausland wenig gewonnen und dafür im Inland viel verloren, die Kaufkraft unserer Bauern hat sich in unheilvoller Weise vermindert." Dieser Artikel sah die Welt unter dem Gesichtspunkt des größeren Bauern an. Die entscheidende Wendung hat auf diesem Gebiet erst der Vertretertag des nationalsozialen Vereins zu Darmstadt 1898 gebracht, unter dem Einfluß der Vorträge von Schultze-Gaevernitz und Pohlmann. Für das damalige erste Jahr der Hilfe war aber diese ganze Frage noch nicht das wesentliche — entscheidend war die Formulierung: „Bauern — nicht Großgrundbesitzer" und „für die Landarbeiter". Darum formulierte Naumann die ganze landwirtschaftliche Frage in den Satz: „Wie erreicht man es, daß eine möglichst große Zahl von Deutschen auf dem Lande ein auskömmliches Leben hat?" Er hat diese Frage dann in die Forderung umgestellt: „das Land der Masse". Ein

Gedanke, der zu den stärksten Kämpfen gegen ihn auch von älterer christlich-sozialer Seite aus führte, der als „revolutionär“ und „schwarmgeistig“ bezeichnet wurde und doch im Zusammenhang der Naumannschen Darstellung nichts anderes war als „Kolonisation Ostelbiens mit Bauerngütern“. Und diesem Gedanken wurde nach den allerverschiedensten Richtungen hin in der „Hilfe“ Ausdruck verliehen. Die eingehendste Erörterung landwirtschaftlicher Fragen rief aber eine ausführliche Besprechung des sozialdemokratischen Agrarprogramms hervor, welches dem sozialdemokratischen Parteitag 1895 vorlag. Ihm widmete Naumann eine Artikelserie, die auch als Separatabdruck in Form einer Broschüre erschienen ist. (Zum sozialdemokratischen Landprogramm von Fr. Naumann. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1895, 40 S., Preis 0,10 Mk.) Die Beurteilung Naumanns erfolgte von sieben verschiedenen Gesichtspunkten aus: deutsche Nationalität, Staatsgedanke, politische Weckung des Landvolkes, geschichtlicher Standpunkt, Betriebsfortschritt, Kampf gegen den Kapitalismus, monarchischer Standpunkt.

Gerade angesichts des im Herbst 1900 unter der Mitwirkung Naumanns vom nationalsozialen Parteitag angenommenen Parteiprogramms wäre es gewiß besonders interessant, seinen 1895 geäußerten Gedankengängen nachzugehen. Allein das würde an dieser Stelle zu weit führen und Späterem zu sehr vorgreifen. Hier sei nur konstatiert, daß Naumann damals noch und zwar vom Standpunkt der deutschen Nationalität aus, bei allem Gegensatz zum Großgrundbesitz, für Getreidezölle eintrat. Er griff die Sozialdemokratie wegen ihrer Gegnerschaft gegen die Grundsteuer an, wollte deren Vermehrung, weil die Grundrente arbeitsloses Einkommen sei, und sah ein hauptsächliches Hilfsmittel in dem Genossenschaftswesen. Dann entwirft er sein Idealbild eines Landprogramms:

> „Man darf das Landprogramm nicht behandeln, als wären die Menschen nur Nummern und Puppen. Sie sind Seelen, von deren Spannkraft, Freudigkeit und Lust unendlich viel abhängt, mehr als in der Industrie. Was die einzelnen Menschen froh und voll Hoffnung machen kann, das ist ein gutes Landprogramm. Der einzelne muß wissen, wo er mit seiner Familie stehen und bleiben soll. Er darf nicht zusammenbrechen unter Schulden und darf nicht mehr ein Dienstmann auf fremdem Boden sein. Er muß sagen können, mein Boden ist meine Heimat, er erfordert meine ganze Kraft, aber er ernährt mich auch, ich habe ihn sicher, soweit menschliche Dinge sicher sein können, und ich kenne ihn in jedem Winkel mit Stein und Kraut, mit Land und Wasser. Wer ein solches persönliches Verhältnis der Menschen zum Boden herstellen kann, der wird mehr tun, als wer sonst viele gute Einrichtungen trifft“.

Das ist der Christlichsoziale, wie er leibt und lebt. Kein System, welches fein abgerundet und einheitlich durchgeführt, den Beifall des scharfen Verstandes auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet findet, ist das Ziel der Arbeit, sondern die Fürsorge für Menschen, mögen die Hilfsmittel bald von hier, bald von dort genommen und gefunden werden. Es bricht in diesen Zeilen wieder die ganze christliche Fürsorge hervor, die das Charakteristische auch noch für die Sozialpolitik der „Hilfe" war. Man will Menschen helfen, weil sie unsere Brüder sind.

Unter den Hilfsmitteln, die nach diesen Grundsätzen genannt werden, stehen die vier voran:

Verstaatlichung der Hypothekenbanken,
Verbot des Privatgeschäfts in Hypotheken,
Feststellung einer Verschuldungsgrenze,
Verwandlung der Hypothekenzinsen in Amortisationen,

Hilfsmittel, die dem verschuldeten Bauern helfen wollen und ihn vor drückender Verschuldung bewahren und die so in Verbindung mit dem alten Losungswort „das Land der Masse, innere Kolonisation" das christlichsoziale Landprogramm des Jahres 1895 ganz eigentlich als ein Bauernprogramm charakterisieren. Man fragt sich unwillkürlich, wo bleiben die Landarbeiter? Naumann antwortet:

> „die Besserstellung des ländlichen Arbeiters ist sehr zu wünschen, aber sie ist nur möglich, wenn die Landwirtschaft überhaupt gebessert wird."

Er hat aber auf politischem Gebiete auch für die Landarbeiter unmittelbare Forderungen. So wenig sich Naumann in dem letzten Abschnitt seiner Besprechung jenes Programms vom Standpunkt der Königstreue aus mit der Forderung „Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde" einverstanden erklärte: dem stärkeren Einfluß der „Unangesessenen" auf dem Lande, der Landarbeiter u. s. w., bei der Verwaltung in Gemeinde und Staat redet er kräftig das Wort, um ihnen zum Ausdruck ihrer Wünsche zu verhelfen.

So viel von Naumanns damaligem Landprogramm.

Wir kehren nun zur Haltung der „Hilfe" im Jahre 1895 zurück und versuchen dieselbe in ihrer Stellung zu den rein politischen Fragen darzustellen. Daß die Haltung gegenüber der Umsturzvorlage nur von durchaus freiheitlichem Geiste erfüllt war, hoben wir schon hervor. Ebenso verhielt es sich bei all den mehrfachen Versuchen staatlicher und kirchlicher Reaktion, sozialreformerisch gesinnten Beamten, namentlich Geistlichen, Schwierigkeiten zu bereiten. Die „Hilfe" entwickelte hier immer schärfer ihren liberalen Charakter in

der richtigen Erkenntnis, daß der Begriff sozial, auf das politische Gebiet übertragen, zum politischen Liberalismus führt. Aber nicht ohne weiteres zum Demokratismus im Sinne des Republikanismus! Schon die Geburtstagsfeier Kaiser Wilhelm II. 1895 gab Naumann Anlaß, sich als Monarchisten zu bekennen, einmal, indem er gerade diesen Tag wählte, um auf die Notwendigkeit einer deutsch-vaterländischen Gesinnung hinzuweisen gegenüber Partikularismus und Internationalismus, dann indem er in der gleichen Nummer einem Artikel des Gymnalsialdirektors Hartwig-Frankfurt a. Main Aufnahme verlieh, der in ruhiger, sachlicher Erwägung Republik und Monarchie verglich und unter der Hervorhebung der Vorzüge der Monarchie dieser den Preis zuerkannte. Der nächste Schritt war das Bekenntnis zum sozialen Kaisertum. Nicht als wenn sich Naumann in jener Zeit erst zu demselben hindurchgearbeitet hätte, nein, die Tatsache, daß in dem Zeitraum vom Februar 1890 bis ebendahin 1895 die völlige Umwandlung des „Arbeiterkaisers" zu dem Kaiser, der Stumm und Genossen sein Ohr lieh, sich vollzogen hatte, ließ die „Hilfe" ihre Stellung zum sozialen Kaisertum präzisieren mit dem schon im Arbeiterkatechismus vorhandenen freimütigen Bekenntnis eines starken Glaubens an die sozialreformerischen Grundneigungen des Kaisers. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Auffassung vom sozialen Kaisertum als ein Stöckersches Erbe bezeichnen, welches die jüngeren Christlichsozialen trotz ihrer liberalen Richtung übernahmen. Aber sie gaben ihm einen anderen Inhalt. Das geht aus Naumanns Ausführungen hervor.

> „Wir können uns Deutschland nicht ohne Kaiser denken, nachdem die Wünsche vieler Geschlechter unserer Ahnen sich endlich erfüllt haben. Auch in Trauerzeiten halten wir die Königstreue fest. Uns graut vor dem Wirrwarr, der sein müßte, wenn wir kein Königtum hätten, und wir haben die Zuversicht, daß auch die Monarchen sich dem Geist der Zeit nicht auf die Dauer werden widersetzen können. Der Sozialismus kommt, er fordert sein Recht, er klopft an die Türen der Schlösser, er pocht auch an die Herzen der Könige, er dringt auch durch hundert Ritzen in ihren Kopf ein. Er wird zuerst abgewiesen, weil er sehr schwierig ist, und weil die Löwen um den Thron herum noch immer stehen wie einst, aber, abgewiesen, ist er nicht tot, er meldet sich bei allen Gelegenheiten, er ist in der Luft, im Papier, in allen Regierungsfragen, er steht wieder auf und dann feiern wir noch einmal ein Jubiläum der kaiserlichen Erlasse — gebe Gott, daß es dann nicht zu spät ist.

Wir haben gerade diese Aussprüche über das soziale Kaisertum abgedruckt, weil sie zeigen, wie ohne die Anerkennung des „Königtums von Gottes Gnaden" dennoch an der Monarchie

festgehalten wird und zwar in der Überzeugung, daß ein Bündnis zwischen ihr und dem Sozialismus politisch notwendig werden wird, mag ein solches Bündnis in der Neigung des Monarchen liegen oder auch ohne dieselbe unter dem Druck der Verhältnisse zustande kommen. Dieser Gedanke wird hier zum erstenmal angeschlagen, um dann durch alle Jahrgänge der Hilfe durchgeführt zu werden. Er hat auch im nationalsozialen Ideenkreis seinen Platz gefunden und seine letzte Fortführung und schärfste Ausprägung, wenn auch in anderer Form und in eingehender Begründung, in Naumans Buch „Demokratie und Kaisertum", (Verlag der Hilfe, Schöneberg-Berlin 1900) gehabt.

Weniger herausgearbeitet erscheint 1895 der nationale Gedanke. Sicherlich wird eine vaterländische Gesinnung gefordert und dem Internationalismus der Sozialdemokratie, wo er zur Schädigung nationaler Interessen führt, widersprochen. Die „Hilfe" teilte auch nicht die demokratische Gegnerschaft gegen den Militarismus, anerkannte vielmehr die Wichtigkeit eines starken Heeres und der damit notwendig verbundenen Einrichtungen, aber das Nationale ist noch kein gewichtiges Moment in der Politik der jüngeren Christlichsozialen. Der Ausgangspunkt für alle Gedanken ist entweder das Christentum oder das Interesse der „kleinen Leute", bei denen in erster Linie an die Arbeiter gedacht wird, unter denen man aber all das zusammenfaßt, was in dem sozialdemokratischen Sprachgebrauch als Proletariat auftritt. Erst ganz allmählich im Laufe des Jahres 1895 begann eine ernstere Beschäftigung mit den nationalen Fragen, und erst im Anfang des Jahres 1896 fingen diese Fragen an, von programmatischer Bedeutung zu werden. Wie wenig Gewicht noch im Frühjahr 1895 auf sie gelegt wurde, zeigt der Versuch Naumanns, unmittelbar vor dem evangelischsozialen Kongresse dieses Jahres „Gedanken zum christlichsozialen Programme" zusammenzustellen. Bei diesen Gedanken fehlt der nationale vollkommen. Auch den Verfassungsfragen werden nur einzelne wenige Worte am Schluß gewidmet: man bekennt sich zur bestehenden Verfassung unter Beifügung folgender Worte:

> „Mit der Anerkennung der Grundlagen unserer Verfassung sind Änderungen im einzelnen nicht ausgeschlossen, insbesondere mangelt es an geeigneter Vertretung der Besitzlosen in den Landtagen der Einzelstaaten und in den Kommunalverwaltungrn."

Um so breiteren Raum nehmen alle möglichen anderen Fragen ein. Jesus Christus wird als der für die sozialen Bewegungen bedeutungsvolle Volksmann in den Vordergrund gestellt. Dem Materialismus wird die Anerkennung gewidmet, daß er kommen mußte, weil die christliche Lehre das Materielle unterschätzt hatte, aber die Einwirkung von Personen ist ebenso

wichtig wie die Einwirkung von Verhältnissen, und der Materialismus ist nicht imstande, eine soziale Sittenlehre zu schaffen. Auf volkswirtschaftlichem Gebiet wird — wie schon bisher — jede Zauberformel zur Lösung aller Fragen abgelehnt, aber die Wissenschaft als notwendiges Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme anerkannt. Als die Hauptprobleme werden Kapital und Organisationsfrage bezeichnet und die wachsende Ansammlung des Kapitals in wenigen Händen als schwerer wirtschaftlicher Übelstand erkannt. Dabei wird der Zinsgenuß als sittlich niedrig stehender als der Lohn für Arbeit bezeichnet. Dies entspricht ganz der stark antikapitalistischen Stimmung, die damals alle Christlichsozialen beherrschte, mochten sie von rechts oder von links kommen, von den Konservativen mit ihrem Gegensatz gegen das nicht im Großgrundbesitz angelegte Kapital oder von sozialdemokratischen Ideen mit dem Proletarierhaß gegen den Geldbeutel. Die Organisationsfrage wurde auf alle Berufe ausgedehnt: ein Zusammenschluß der Berufsgruppen erscheint im Interesse der gesamten Leistungskraft des Volkes wünschenswert. Ja es schleicht sich in diese Programmgedanken konsequent auch der von dem älteren christlichen Sozialismus noch heute vertretene Gedanke des Berufsparlaments ein, wenn es auch nur für Berufsfragen gedacht war. Im übrigen kehren dieselben Ideen wieder, die wir schon darlegten: Zusammenwirkung von Staatssozialismus, Genossenschaftswesen, Erhaltung und Vermehrung des Privatgrundbesitzes auf dem Lande, Arbeiterschutzgesetzgebung, soziale Steuergesetzgebung in Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftssteuer. Dieses vielseitige Programm behandelt endlich auch die Almosenfrage, und hierbei wird der Standpunkt der Innern Mission endgültig mit dem Grundsatz verlassen: „es ist besser, bestimmte Rechte als Almosen zu gewähren."

Diese Programmgedanken haben niemals den Charakter eines anerkannten Programms angenommen. Sie boten auch neben den sozialpolitischen Gedanken so viele andere, religiöse wie ethische, daß sie mehr eine Art von Grundlinien darstellen, nach denen der Herausgeber der „Hilfe" seine Gedankenarbeit vollziehen wollte. Aber daß bei diesem Quodlibet das Nationale fehlt, zeigt die geringe politische Bedeutung, die man ihm zuschrieb. Und doch fing gerade um diese Zeit das nationalpolitische Prinzip an, Naumann zu beschäftigen. Es war der Einfluß der beiden Professoren Delbrück und Max Weber, der sich hier geltend machte. Gelegentlich des Erfurter Evangelischsozialen Kongresses, für welche jene oben erwähnte Zusammenstellung christlichsozialer Gedanken erfolgte, machte Delbrück Naumann auf die Wichtigkeit des nationalpolitischen Gedankens für den Sozialismus aufmerksam, und dieser Einfluß wurde verstärkt durch die Schrift Max Webers „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik" (akademische Antrittsrede in Freiburg 1895, G. T. B. Mohr,

0,75 Mk.), welche unter dem 14. Juli 1895 eine eingehende Besprechung in der „Hilfe“ fand. Der Grundgedanke dieser Arbeit war folgender:

> Das letzte Wort in Wirtschaftsfragen wird nicht durch das Streben nach Verwirklichung des erträumten Menschenglücks bestimmt, sondern es muß von dem Standpunkt der nationalen Macht und Lebenskraft gesprochen werden. Für Deutschland heißt dies: deutsches Volk, deutscher Geist, deutsche Arbeit sollen erhalten bleiben. Demnach muß die Wirtschaftspolitik einen nationalen Charakter tragen. Wer soll sie in Deutschland leiten? Das Junkertum vermag es nicht mehr, es liegt selbst in einem wirtschaftlichen Todeskampf. Das städtische Bürgertum ist nach Erringung der deutschen Einheit träge geworden, politisch gesättigt. Als Großbürgertum verkennt es die Notwendigkeit der sozialen Reformen in der Angst vor der Sozialdemokratie; als Kleinbürgertum steckt es völlig in politischer Spießbürgerei. Als Erbe der bürgerlichen Ideale meldet sich aber in stolzem Selbstbewußtsein das Proletariat. Es könnte zur Leitung der nationalen Wirtschaftspolitik berufen und fähig sein, fehlte ihm nicht die politische Reife, und daß es diese nicht besitzt, liegt in seinem Mangel an nationaler Leidenschaft — es fehlen ihm die nationalen Machtinstinkte, die ein Volk zu seiner Lebensentfaltung braucht. Darum ist die politische Lage Deutschlands so traurig. Die bürgerlichen Klassen als Träger der Machtinteressen der Nation scheinen zu verwelken, und es ist noch kein Anzeichen dafür da, daß die Arbeiterschaft reif zu werden beginnt, an ihre Stelle zu treten.

Der Eindruck dieser Gedanken auf die jüngeren Christlichsozialen, auf Naumann selbst vor allem, war groß. Es eröffnete sich ihnen eine ganz neue politische Perspektive. Bisher war das proletarische Christentum der Ausgangspunkt gewesen. Erbarmen mit den kleinen Leuten und von hier aus Denken mit den kleinen Leuten, von ihnen aus die Welt beurteilen, von ihnen aus wirtschaftliche und politische Forderungen stellen, um sie wirtschaftlich, politisch und sozial, zuletzt geistig und sittlich vorwärts zu bringen! Das war die Stimmung, die Gesinnung gewesen, die in der nationalökonomischen Wissenschaft nach den Hilfsmitteln suchen ließ, um zum Ziel zu kommen. Nationales kam nur in betracht in seinem ethischen Wert als Vaterlandsliebe, die sich in der Stellung zum Monarchen, dann zum Monarchismus verdichtet. Nun aber trat das Nationale als politischer Machtfaktor in den Gedankenkreis und erfüllte ihn bald ganz und gar.

Naumann urteilt kurz und bündig über Webers Gedanken:

> „Hat er nicht recht? Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen? Wer innere Politik treiben will, der muß erst Volk, Vaterland und Grenzen sichern, er muß für nationale Macht sorgen.“

Hat er bisher als den schwächsten Punkt der Sozialdemokratie ihre Stellung zur Religion, dann den Doktrinarismus im Festhalten an der Marxischen Lehre bezeichnet, so sagt er jetzt:

> „Hier (in der Stellung zur nationalen Machtpolitik), liegt der schwächste Punkt der Sozialdemokratie. Wir brauchen einen Sozialismus, der regierungsfähig ist. Regierungsfähig heißt: fähig, bessere Gesamtpolitik zu treiben als bisher. Ein solcher Sozialismus ist bisher nicht vorhanden. Ein solcher Sozialismus muß deutschnational sein."

Und von dieser Stunde an begann der Aufbau des nationalen Sozialismus aus dem christlichen Sozialismus heraus.

Naumann beschäftigte sich eingehend mit nationaler Geschichte. Sein Studium richtete sich vor allem auf Treitzschke. Der Gedanke der nationalen Macht, dessen ein Volk zu seinem Leben unter den anderen Völkern bedarf, ringt mit dem sozialen, der für Naumann wie für den ganzen jüngeren Sozialismus nicht ein humaner Gedanke bleibt, von dem aus die oberen Stände den unteren helfen sollen, sondern der der Gedanke des Sozialismus ist: selbständige Emporarbeit der arbeitenden Masse im wirtschaftlichen und politischen Kampf. Beide Gedanken scheinen unvereinbar, weil jene, die den nationalen Machtgedanken pflegen, Gegner der Arbeiterbewegung sind, und weil die Arbeiterbewegung wiederum nur in der Sozialdemokratie politisch hervortritt und hier ohne alles Verständnis für die nationalen Fragen ist. Und doch liegt in der Vereinigung beider Gedanken, ohne daß dem einen oder anderen etwas von seiner Schärfe genommen wird, die Lösung des politischen Problems für die Zukunft Deutschlands.

Am schärfsten ausgeprägt finden wir diesen neuen Gedanken in der Neujahrsnummer der „Hilfe" 1896. Hier wird als die politische Aufgabe der Christlichsozialen bezeichnet, einen regierungsfähigen Sozialismus vorzubereiten.

> Bei dem Wachsen der sozialistischen Gesinnung im deutschen Volk wird ein Punkt kommen müssen, wo es für eine deutsche Regierung gar nicht mehr möglich sein wird, ohne eine große Änderung weiter zu regieren. Will die Regierung nicht einen Verfassungsbruch begehen, so muß sie, um für die Lebensfrage der Nation (Heer, Marine, Zollpolitik) im Parlament die richtige Lösung zu finden, auf die Hilfe der Sozialisten rechnen können, ihnen darum entgegenkommen durch die Rückkehr zu der Sozialreform.
>
> Damit aber dann der Sozialismus auch für die nationalen Ideen ist, ohne welche eine Regierung nicht mit ihm gehen kann, bedarf es nationaler Sozialisten. Die Gedanken derselben werden kurz formuliert:

1. Wir wollen das Vaterland schützen, als Vaterland fleißiger Arbeit.
2. Wir wollen den Kaiser ehren, weil er ein Kaiser der tätigen Stände sein wird.
3. Wir wollen jede Reform vertreten, die der Arbeit im Kampf gegen Zins und Rente helfen kann.
4. Wir glauben an die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeit in Stadt und Land.
5. Wir fördern jede freiwillige Berufsorganisation, sie heiße, wie sie wolle.

Danach folgt dann eine Erörterung über die religiöse Aufgabe, welche die „Hilfe" und ihre Freunde sich stellten. Sie wird erörtert in ihrer Stellung zu den Erkenntnissen der neueren Wissenschaft, zur materialistischen Geschichtsauffassung, zum Gemeinschaftsleben der Menschen. Aber die Religion, so große Aufgaben ihr hier auch zugewiesen werden, ohne daß wir näher darauf eingehen können, wird ohne Beziehung zur Politik gefaßt! Ja, im Zusammenhang des ganzen Artikels spricht es Naumann geradezu aus, daß

> „die Christlichsozialen zwei Aufgaben haben, welche sich nahe berühren, aber nicht miteinander verwechselt werden dürfen: die eine Aufgabe ist die politische und die andere ist religiös. Jetzt werden beide Aufgaben in denselben Vereinen (auf diese Vereine kommen wir noch!) gepflegt; es ist aber nicht unmöglich, daß später einmal zweierlei Vereinigungen nötig werden, um nicht die Religion durch die Einzelheiten der Politik zu schädigen, und um nicht an politischer Verbindung mit solchen Leuten gehindert zu werden, die einen anderen religiösen Standpunkt einnehmen als wir."

Es konnte ja auch nicht anders sein. Mit dem nationalen Faktor war ein politischer Faktor ersten Ranges in die politische, christlichsoziale Gedankenarbeit eingetreten, hinter welchem der nicht politische sondern ethische Faktor der Religion zurücktreten mußte.

Zu diesem Prozeß, der seine volle Abklärung und seinen vorläufigen programmatischen Abschluß erst bei der Versammlung aller nichtkonservativen Christlichsozialen 1896 in Erfurt finden sollte, wo zugleich die Gründung des nationalsozialen Vereins vollzogen wurde, trug schließlich auch der Einfluß eines Mannes bei, der dann zu einem Führer der Nationalsozialen werden sollte, der Einfluß des Geh. Hofrats Professor Dr. Sohm in Leipzig. Ohne daß wir auf die von ihm über das Verhältnis von Politik und Religon entwickelten Gedanken hier näher eingehen wollen, weil ihrer erst in der Fortsetzung dieser Arbeit bei Besprechung jener Erfurter Tagung eingehend gedacht

werden soll, sei darauf hingewiesen, daß der von ihm in Posen auf dem 28. Kongreß für Innere Mission gehaltene Vortrag über innere Mission und Politik durch seine scharfe Begriffsformulierung von Politik und Religion von nicht unwesentlichem Einfluß auf die reinliche Scheidung beider Gebiete in den Kreisen der jüngeren Christlichsozialen gewesen ist.

In der gleichen Zeit nun, in welcher sich die Herausarbeitung einer grundsätzlich politisch bestimmten Gruppe aus dem christlichsozialen Lager anbahnte, vollzog sich auch mehr und mehr die offensichtliche Scheidung der älteren von den jüngeren Christlichsozialen. Aber durchaus nicht um dieser Stellung zur Religion willen sondern auf rein politischem Gebiet.

Wir hatten schon hervorgehoben, daß gleich das erste Erscheinen der „Hilfe" in der Öffentlichkeit von Angriffen der konservativen Partei begleitet gewesen war, und daß die mit den Konservativen durch vielerlei Fäden verbundenen Stöckerschen Christlichsozialen schon früher um konservativer Angriffe willen, die sich gegen Naumannsche Schriften oder Reden wandten, ihre Eigenart neben dieser jüngeren Richtung zu wahren versucht hatten, um nicht für den „Radikalismus der Jungen" verantwortlich gemacht zu werden. Derartige Plänkeleien zogen sich durch das Jahr 1895 hin, ohne einen ernsten Charakter anzunehmen. Anders wurde es, als die „konservative Korrespondenz" im Oktober 1895 einen offiziösen Artikel der konservativen Partei mit einer regulären Kriegserklärung gegen die jüngeren Christlichsozialen brachte. Ihr Auftreten wurde folgendermaßen geschildert:

> „Sie erblicken ihren Beruf in der Aufspürung von sozialen Mißständen, die sie dann verallgemeinern und, in möglichst schwarzen Farben ausgemalt, in der Öffentlichkeit selbstgefällig breittreten, um den Arbeitern vor Augen zu führen, wie übel augenblicklich ihre Lage sei, und wie sie alles aufbieten müßten, um sich bessere Zustände zu erzwingen.
>
> Diese friedenstörende Tätigkeit beruht einzig auf der verwerflichen Absicht, die Arbeiter zu umschmeicheln und sich nach Art der Sozialdemokratie einen möglichst zahlreichen Anhang von Unzufriedenen zu schaffen."

Als besondere Sünden werden dann aufgezählt, daß diese bösartigen Agitatoren für das Koalitionsrecht der Arbeiter eintreten, das Reichstagswahlrecht auch für die Landtage fordern, „gegen die Junker aufreizen und der staatlichen Autorität hohnsprechen". Dabei begnügte sich der Artikel nicht damit, diese Kreise als die um „das Publikationsorgan" des Pfarrers Naumann, „die Hilfe", gruppierten Herren zu bezeichnen, hob vielmehr ausdrücklich hervor, daß es meist jüngere Geistliche seien und nannte sieben solcher mit Namen,

wobei dem wohlunterrichteten Zentralorgan der konservativen Partei das Unglück passierte, neben Naumann, Göhre, Kötzschke, Hahermann, Rauh auch den politisch gar nicht hervorgetretenen Pastor Wittenberg-Liegnitz zu nennen und den noch viel unschuldigeren Pastor Wagner-Pritzerbe, der durchaus nicht zu Naumanns Kreis gehörte. Alle sieben wurden den Kirchenbehörden denunziert!!

Für die jüngeren Christlichsozialen hätte es dieses großen Bannes aus dem konservativen Lager nicht bedurft — sie rechneten sich auch nicht im Traume zu den Konservativen; aber die älteren Christlichsozialen sahen bei dieser Auseinandersetzung die Stunde gekommen, um die Grenzlinie zwischen den beiden christlichsozialen Gruppen zu verschärfen. Stöcker schrieb in seiner Kirchenzeitung unter der Überschrift „konservativ und christlichsozial" einen Artikel, der es als wünschenswert bezeichnete, Klarheit zu schaffen. Und was er dabei über die Unterschiede beider Richtungen schrieb, war auch völlig klar und richtig, Wir geben es in seinen Hauptgedanken wieder:

> „Der grundsätzliche Unterschied zwischen beiden Gruppen liegt darin, daß die „Jungen" in einer gewissen Annäherung an Sozialdemokratie und Liberalismus die Sache des Proletariats vertreten und im Sinne des Christentums wie der Monarchie die Arbeiterbataillone zum Klassenkampf einexerzieren. Wir dagegen denken daran, die uns verwandten Elemente in allen Schichten der Bevölkerung, in allen Ständen und Berufsarten zu sammeln und für die christlichsoziale Arbeit zu gewinnen. Darum schließen wir uns an die konservative Richtung des sozialpolitischen Lebens an und sehen unser Ziel darin, innerhalb der konservativen Bewegung als eine selbständige Gruppe handeln zu können."

Damit war sicherlich der Kern der Frage getroffen. Im weiteren Verlauf des Artikels verschärft sich freilich der Ton. Wenn Stöcker auch für ein weiteres Zusammenarbeiten auf dem Boden des evangelischsozialen Kongresses eintritt und alle persönlichen freundschaftlichen Beziehungen erhalten wissen will, so wirft er doch den „Jungen" Friedensstörung vor und zwar wegen ihrer Stellung zum Großgrundbesitz, wegen ihrer Parole „das Land der Masse", die trotz ihrer durchaus reformerisch gedachten Ausführung als „revolutionär" bezeichnet wird. Namentlich war es Stöcker höchst bedenklich, daß in den Kreisen der „Jungen" Geistliche Arbeitervereine auf dem Lande gründen und für den sozialen Klassenkampf erziehen wollten. Dann sucht der Artikel die Stellung der Geistlichen in den sozialen Kämpfen zu präzisieren, Stöckers sozialreformerische Ideen für die ländlichen Verhältnisse darzulegen

und die Schärfe wie auch die Unrichtigkeiten der konservativen Korrespondenz zurückzuweisen.

> „Wir bedauern lebhaft die sozialpolitische Haltung, welche einige Christlichsoziale beobachten; aber wir können die Bewegung gegen die Heißsporne nur dann für aussichtsreich halten, wenn man ihre wohlmeinenden Absichten anerkennt, um ihren Radikalismus desto wirksamer zu bekämpfen."

Der Schluß des Artikels enthielt eine Polemik gegen die Schärfe, mit der Naumann den konservativen Angriff beantwortet hatte. Seine Antwort hatte den Gedanken vertreten, man kann nicht christlichsozial und konservativ sein — denn die konservative Partei ist arbeiterfeindlich. Stöckers eigenes Schicksal innerhalb der konservativen Partei hat dann gezeigt, wie richtig hier Naumann geurteilt hatte. Trotzdem lag ihm nichts ferner als eine weitere Verschärfung des Verhältnisses zu Stöcker von sich aus herbeizuführen. Wie er schon ein halbes Jahr früher in einem ausführlichen Artikel der „Hilfe" dargelegt hatte, welchen reichen Dank die jungen Christlichsozialen Stöcker als dem ersten Bahnbrecher des christlichen Sozialismus schuldeten, trotz aller Differenz in der politischen Auffassung, so gehörte er auch nicht zu denen, die bei dem großen Scherbengericht über Stöcker anläßlich seines bekannten „Scheiterhaufenbriefes" herfielen. Er suchte Stöckers Verhalten zu erklären und damit zu entschuldigen. Auch an dem Ausscheiden Stöckers aus dem Evangelischsozialen Kongreß, welches sich Frühjahr 1896 vollzog, war er unschuldig, wenn er auch damals erklärte, es sei nicht leicht, noch mit Stöcker zu gehen. Andererseits war ihm klar, daß sich die Scheidung immer reinlicher vollziehen mußte. Die Unterschiede waren zu groß. Und mehr noch als Naumann selbst drängten hierzu seine Gesinnungsgenossen.

Wir wiesen gelegentlich jener Aufstellung des evangelischen Arbeitervereinsprogramms schon auf den Kreis hin, der sich um ihn geschart hatte. Er war seit Entstehung der „Hilfe" zu einem Kreis der Mitarbeiter dieses Blattes geworden. Dieser Kreis versammelte sich seit 1894 ein- bis zweimal jährlich zu intimen Besprechungen teils in besonderen Zusammenkünften (Eisenach, Erfurt), teils im Anschluß an den Evangelischsozialen Kongreß. In diesem Kreis trat der Gedanke, eine eigene politische Organisation zu schaffen, immer deutlicher hervor. Die evangelischen Arbeitervereine, in denen diese jüngeren Christlichsozialen wirkten, in denen sie wie in Baden, Hessen, Württemberg eine führende Rolle inne hatten, genügten nicht, konnten nicht genügen, weil man ihren unpolitischen Charakter wahren wollte. Eine christlichsoziale Organisation war zwar im Dezember 1895 in Frankfurt a. M. ent-

standen, und der „Frankfurter Volksbote“, welcher seit Mitte 1895 als Beiblatt der „Hilfe“ erschien, unterstützte sie; aber sie hatte trotz weit verzweigter Anhängerschaft in Hessen doch nur lokale Bedeutung. Aber man schreckte auch wieder vor dem Gedanken der Parteigründung zurück. Das Schicksal der älteren Christlichsozialen wie der Antisemiten konnte hierzu nicht ermutigen.

Da entwickelte Naumann im Frühjahr 1896 eben in jenem kleinen Freundeskreis einen Gedanken, der sofort Anklang fand: Bildung einer Organisation, die als politischer Verein der künftigen Parteibildung dieselben klärenden und vorbereitenden Dienste thun solle, wie sie einstmals in der deutschen Geschichte der Nationalverein der nationalliberalen Partei getan hat. Auch hierbei wollte man indessen immer noch nicht den vollen Bruch mit den Kreisen des älteren christlichen Sozialismus. Es wurde damals, Frühjahr 1896, bei jener Erfurter Besprechung sogar eine Kommission gewählt, die in freundschaftlicher Weise mit Stöcker verhandeln sollte. Ehe jedoch diese Kommission in Verhandlungen eintreten konnte, kam es zu einer Verschärfung der Gegensätze, die von Stöckers Seite ausging. In der politischen Tageszeitung seiner Partei „Das Volk“ waren die beiden Herren Oberwinder und von Gerlach als Redakteure tätig. Sie folgten nur widerstrebend der sich immer klarer vollziehenden Scheidung zwischen Stöcker und Naumann, standen doch beide Naumann näher als ihrem Parteichef. Als nun verlangt wurde, sie sollten im „Volk“ die jüngeren Christlichsozialen als „grundsätzliche Gegner“ ansehen, also nicht nur etwaige „Extravaganzen“ der „Heißsporne“ bekämpfen, erfolgte der Bruch zwischen ihnen und Stöcker, bezw. dem Verleger des „Volk“.

Sowohl durch diese letzte Verschärfung der Scheidung zwischen den beiden christlichsozialen Richtungen als durch die beiden freigewordenen politischen Kräfte, Oberwinder und von Gerlach, wurde die Situation eine andere. Der Gedanke, eine eigene Tageszeitung zu gründen, trat zu jenem anderen Plan der eigenen Organisation hinzu. Schlag auf Schlag fielen die Ereignisse. Die notwendigen Geldsummen schienen leicht beschafflich, an agitatorischen Kräften fehlte es nicht, an fröhlichem Optimismus noch weit weniger. Noch einmal versammelte sich jener Freundeskreis um Naumann. Es war am 6. August 1896 in Heidelberg. Obgleich in einer mehrstündigen Beratung noch viele Bedenken mancherlei Art auftauchten, wurde der entscheidende Doppelbeschluß gefaßt! Vom 1. Oktober d. J. 1896 an, sollte in Berlin ein eigenes Tageblatt erscheinen unter dem Titel „Die Zeit“, Organ für nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage, und für den Spätherbst sollte eine Einladung an alle nicht konservativen Christlichsozialen ergehen, um jenen Gedanken einer neuen politischen Organisation im Sinn des alten Nationalvereins zu verwirklichen. Mit diesem Beschluß hatte die jüngere christlich-

soziale Bewegung ihr Ende gefunden. Als „Die Zeit“ erschien, war es nicht mehr der christliche Sozialismus, dem sie diente, sondern der sich entwickelnde nationale Sozialismus, und nur der Zusatz „auf christlicher Grundlage“ erinnerte an den Ursprung der Bewegung. Als aber gar die Tagung jener Versammlung zur Gründung einer eigenen Organisation begann, da war die christlichsoziale Bewegung nur eine von den politischen Bewegungen, die im nationalen Sozialismus ausliefen.

Neben sie traten Gruppen von Männern, die ihre eigene, vom jüngeren christlichen Sozialismus mehr oder weniger selbständige Geschichte hatten.

II. Sonstige Vorläufer des nationalen Sozialismus.

Der hier nächstliegende Kreis war gebildet von solchen Mitgliedern der älteren christlichsozialen Partei, die Stöckers scharfe Ablehnung der Naumannschen Richtung, wie sie von ihm in einem Artikel seiner Kirchenzeitung unter der Überschrift „Konservativ und christlichsozial“ ausgesprochen worden war, mißbilligten. Zu ihnen gehörten neben den beiden Redakteuren des Stöckerschen „Volk“, Heinrich Oberwinder und Hellmuth von Gerlach, vor allem ein reichbegabter Vertreter des Arbeiterstandes: Lithograph Chr. Tischendörffer aus Berlin und der schriftstellerisch tätige Pfarrer Erwin Gros, damals in Hartenrod, später in Esch (Taunus), dessen tapfere Betätigung einer christlichsozialen Gesinnung ihn mit seiner Kirchenbehörde in Konflikt gebracht hatte. Ein dritter Kreis, der schon bisher persönliche Beziehungen mit Naumann, vor allem durch den Evangelischsozialen Kongreß, unterhalten hatte, bestand aus jüngeren Nationalökonomen, unter denen Professor Max Weber schon als der Mann genannt worden ist, durch dessen Schrift „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik“ den jüngeren Christlichsozialen, vor allem Naumann selbst eine ganz neue politische Perspektive eröffnet worden war: die Erkenntnis des Nationalen als politischen Machtfaktors. Zu diesen Männern gehörte auch Dr. Klumker, damals noch in Leipzig. Gerade hier in Leipzig sind dann weitere Kreise zu nennen: einmal eine Gruppe von Mitgliedern des Evangelischen Arbeitervereins, aus denen hervorragten Lithograph Kreutziger und Maurermeister Moritz Naumann. Dann aus dem Kreis der Leipziger Sozial-wissenschaftlichen Vereinigung die beiden akademischen Lehrer Geh. Hofrat Prof. Dr. Sohm und Prof. Dr. Gregory. Stellten jene eine schätzenswerte Vertretung des Arbeiterstandes dar, so war in Professor Sohm der Vertreter und Führer einer Gruppe von Gebildeten gegeben, deren Einfluß auf die Entwicklung der nationalsozialen Bewegung von Bedeutung werden sollte. Ihnen fehlte die stark proletarisch gerichtete Stimmung, die die jungen Christlichsozialen in Verbindung mit christlichen Motiven fast

ausschließlich beherrscht hatte, bis sie zu einer größeren Wertschätzung des nationalen Moments kamen. Sie waren, wie Sohm in einem öffentlichen Leipziger Vortrag am 16. Mai 1896 bekannte, geleitet von dem Gedanken der sozialen Pflicht der Gebildeten dem Arbeiterstand gegenüber. Er führte damals aus — und das war für ihn und für seine ganze spätere Tätigkeit im nationalsozialen Verein charakteristisch —: „wir haben die Aufgabe, den vierten Stand zu erziehen."

> Ein jeder Stand, der herrscht, hat die Aufgabe, sich selber der Alleinherrschaft zu entkleiden. Er darf bei Todesstrafe seine Bildung und damit seine Macht nicht für sich allein behalten. Diese Erziehung des vierten Standes muß als Ziel haben innere und äußere Freiheit. Die innere Freiheit gibt uns das Christentum: gebildet nach dem Ebenbild Gottes, ihn allein in der Welt zu fürchten. Die äußere Freiheit heißt hier rechtliche Freiheit für den vierten Stand, damit er imstande sei, die eigenen Kräfte zum Emporsteigen zu gebrauchen (Vereinsrecht, Wahlrecht). Nur der selbsterarbeitete Besitz ist von erziehendem, befreiendem, bildendem Wert. Wir stehen infolge der sozialdemokratischen Bewegung bereits mitten im Kampf um das Recht, um die Art der Fortentwicklung der geltenden sozialen Ordnung. Da gilt es, die richtige Erkenntnis der wirtschaftlichen Ordnungen zu gewinnen; da gilt es, sozial gebildet zu sein, um führend in die große Bewegung einzugreifen.
>
> Denn das ist ganz gewiß: darauf kommt es an, daß wir, die Gebildeten, die Führung des vierten Standes in unsere Hand bekommen, daß wir die sozialdemokratischen Führer von ihrer Führerrolle entsetzen. Sonst werden wir nimmer die Sozialdemokratie zu überwinden imstande sein.
>
> Aber dazu ist eins nötig: Eintreten für die Gerechtigkeit im Sinne auch des vierten Standes und Opfer bringen! Wer von uns hat sich um die Fabrikarbeiter, um die Bäckergehilfen, um die Kellner, um die Buchdrucker und wie sie alle heißen, gekümmert? Wir haben geschlafen, während die anderen arbeiteten. Diene Deiner Nation! Diene dem vierten Stande dadurch, daß Du Dich seiner annimmst, daß Du ihn vertrittst, und daß Du ihn erziehst! Erziehe ihn zur Freiheit, zur Freiheit eines Christenmenschen und zugleich zur Freiheit eines deutschen Mannes! Bilde Dich selbst, damit Du zu solcher Arbeit fähig seiest! Arbeite an Deiner christlichen, arbeite an Deiner sozialen Bildung!

Bedeutsam waren diese Ausführungen, abgesehen von der Gewichtigkeit, die sie durch die Persönlichkeit ihres Vertreters als namhaften Gelehrten erhielten, durch ihren aristokratischen Charakter, von dem sich der demokratische Grundzug der jüngeren Christlichsozialen, um dessenwillen sie sich von Stöcker getrennt hatten, in nicht zu unterschätzender Weise unterschied. Sohm zeigte hier, welcher Gedankengang von einer mehr konservativen Richtung, die er ja

auch in Sachsen politisch bis zu der Wahlrechtsänderung durchaus vertreten hatte, ihn zu Naumann hinüberführte, und wurde damit der Wegweiser auch für eine ganze Reihe von Akademikern.

Aber auch aus den liberaler gerichteten akademischen Kreisen bahnten sich in der Zeit unmittelbar vor Gründung des nationalsozialen Vereins Beziehungen zu Naumann an. So aus der nationalliberalen Partei in der Person des Professors Neumann in Tübingen, dann in dem namhaften Vertreter der Schulreform Prof. Rein in Jena. Er wie andere Jenenser Professoren und akademisch Gebildete waren schon ein Jahr vorher durch einen Cyklus von Vorträgen Naumanns interessiert worden und bildeten einen Stamm von Freunden, der in immer engere Beziehungen zu Naumann trat. Dazu kamen endlich noch zwei weitere Gruppen: einmal bürgerliche Sozialreformer mit bestimmten wirtschaftlichen Grundanschauungen und die Gruppe der politisch Heimatlosen, die sich von bisher vertretenen Anschauungen abgewandt hatten und nach einem neuen politischen Ideal suchten. Unter jener ersten Gruppe ist ein Mann vor allem zu nennen, der dann einer der führenden Köpfe des nationalsozialen Vereins geworden ist: Adolf Damaschke. Von den andern hat wenigstens eine kurze Zeit Max Lorenz eine Rolle gespielt. Erst ein Wort über ihn.

Lorenz (geb. 1871) war Sozialdemokrat und als solcher an mehreren sozialdemokratischen Zeitungen beschäftigt gewesen, zuletzt in Leipzig. Hier hatten zwischen Prof. Sohm und ihm hochinteressante öffentliche Diskussionen stattgefunden, teils auf religiösem, teils auf politischem Gebiet, die in Verbindung mit Lorenz' immer stärker sich anbahnendem Verständnis für die Bedeutung nationaler Machtfragen zu seinem Austritt aus der sozialdemokratischen Partei führten und ihm den Weg des Anschlusses an Naumann bahnten. Sein formeller Austritt aus der Sozialdemokratie erfolgte allerdings erst Mitte Oktober 1896. Lorenz' gewandte Feder und seine außerordentliche rhetorische Begabung ließen in ihm eine schätzenswerte Kraft für die politische Agitation vermuten. Aber wir werden in der Folge sehen, daß sich an ihm das Schicksal der Renegaten erfüllte, ihrer ersten geistigen Heimat sich völlig zu entfremden und nur noch deren Schattenseiten zu sehen. In diesem Fall führte es zu einer mit dem Charakter der nationalsozialen Bewegung unvereinbaren fanatischen Feindschaft gegen die Sozialdemokratie.

Und nun zu Damaschke! Über seinen Lebensgang sei folgendes vermerkt:

Adolf Damaschke wurde am 24. November 1865 als Sohn eines Tischlermeisters in Berlin geboren und genoß seine Schulbildung in einer Volksschule der preußischen Hauptstadt. Seine reiche Begabung ließ ihn das Pensum der

Schule rasch bewältigen, so daß sie ihm in den letzten Jahren wenig zu bieten vermochte und er sich eifrig allein fortbildete, bis er in das Berliner Lehrerseminar aufgenommen werden konnte, das er im Jahre 1886 verließ. Er war zuerst an einer Privatschule tätig. Dann trat er in den Berliner Stadtschuldienst, den er erst 1896 verließ, um sich als Schriftsteller und Redner ganz und gar der politischen Tätigkeit zu widmen. Hierzu war er während seiner Lehrerzeit durch sein lebhaftes Interesse für Fragen des öffentlichen Wohles innerlich immer mehr gedrängt worden. Das soziale Elend, das er in Berlin schon von seinem Elternhaus aus sah, gewann vor seinen Augen als Lehrer in der Großstadt immer mehr Gestalt. Noch beschäftigte er sich zunächst weniger mit wirtschaftlichen als mit volksgesundheitlichen Fragen. Er suchte und fand Anschluß an Vereine, die auf diesem Gebiet tätig waren, und da er keine nur theoretisch interessierte Natur war, vielmehr praktisch wirklich mitarbeiten wollte an der Aufklärung über eine naturgemäße und volksverständliche Gesundheitspflege, so übernahm er neben seiner anstrengenden Lehrertätigkeit die Redaktion eines Blattes, das diesen Aufgaben diente. — Politisch hatte sich Damaschke bisher wenig betätigt, abgesehen davon, daß er als liberal gesinnter Lehrer in den freisinnigen Bezirksvereinen verkehrte. Umsomehr aber begann er sich nun mit wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen, die ihn mit den bodenreformerischen Gedanken bekannt machten. Und hier sollte er bald nicht nur als ein rühriges Mitglied hervortreten sondern zu einem einflußreichen Führer werden.

Es würde zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle auf die bodenreformerische Bewegung überhaupt eingehen. Aber so weit muß es geschehen, um Damaschkes Stellung in ihr zu charakterisieren.

Die deutsche Bodenreformbewegung führt ihren Ursprung auf Dr. Th. Stamm zurück, der 1874 durch eine eifrige Agitation eine Organisation für Bodenreform, den „Verein für Humanismus", geschaffen hatte. Wie aber schon dieser Name andeutet, verquickte Stamm andere, namentlich freireligiöse Fragen mit denen der Bodenreform. Das hatte ein baldiges Ende der Organisation zur Folge, die dann einen Ersatz in der „Land-Liga" fand, mit dem ersten bodenreformerischen Preßorgan „Land". Als die „Land-Liga" unter dem Sozialistengesetz aufgehoben wurde, begab sich Stamm nach Wiesbaden. Das war dieselbe Zeit, in der der amerikanische Vertreter der Bodenreform, Henry George, mit seinem Meisterwerk „Fortschritt und Armut" neben Stamm und bald mehr als dieser Einfluß in Deutschland auszuüben begann und namentlich den schon von Stamm angeregten süddeutschen Großindustriellen, den Direktor der Gagenauer Eisenwerke, Michael Flürscheim, für sich gewann, von dem ihn dann freilich auch bald wieder Differenzen trennten, deren wir hier nicht gedenken können. Aber an Flürscheims agitatorische und organisatorische

Tätigkeit sei erinnert. Er war politisch süddeutscher Demokrat und suchte in diesem Sinn auch unter den Bodenreformern zu wirken. Das und ein weiterer Streit mit Stamm führte 1888 zu zwei getrennten bodenreformerischen Bewegungen. Dr. Stamm gründete den „Allwohlbund". Zwar schloffen sich ihm Männer wie Friedrich Bodenstedt an, aber die Vermischung mit religiösen Bestrebungen, die er auch jetzt wieder nicht lassen konnte, hinderten die Ausbreitung seines Bundes und nach seinem Tode verlor sich dieser ganz. Anders die Arbeit Flürscheims. Er vertrat mit großem Geschick seine Ideen in der Monatsschrift „Deutschland" und sammelte um sie viele Anhänger. Und als im Jahre 1888 dann der Bund für deutsche Bodenbesitzreform gegründet wurde, war es sein und des Fabrikanten Heinrich Freese Verdienst, daß alle religiösen und parteipolitischen Bestrebungen von den bodenreformerischen Aufgaben scharf getrennt wurden. Im Entgegenkommen gegen die schweizerischen Gesinnungsgenossen wurde kurz darauf für Organisation und Organ der Name „Freiland" für Deutschland gewählt und die Leitung nach Düsseldorf gelegt. Aber schon nach zwei Jahren (1890) trat eine abermalige Änderung ein. Das alles beherrschende Berlin wurde, als sich dort eine rührige Gruppe von Bodenreformern gebildet hatte, auch für die bodenreformerischen Bestrebungen der Mittelpunkt. Und die beiden Männer, die nun hervortraten, waren der Fabrikant Heinrich Freese und Adolf Damaschke, beide spätere Nationalsoziale. Freese übernahm das Präsidium des Bundes, Damaschke die Schriftleitung des Blattes, dann auch die Stelle eines ersten Schriftführers. So wirkte er bis zum Jahre 1896. Hier trat an ihn die Frage heran, ob er geneigt sei, die „Kieler Neuesten Nachrichten", eine dem Professor Lehmann-Hohenberg gehörende Tageszeitung, als Chefredakteur zu leiten, ebenso dessen Sonntagsblatt „Deutsche Volksstimme". Damaschke sagte zu und konnte alsbald mit dieser Tätigkeit die seiner Redaktion an dem Organ der Bodenreformer vereinigen, da die Hauptversammlung des Bundes beschloß, „Freiland" in der „Deutschen Volksstimme" aufgehen zu lassen. Erst damals schied Damaschke mit Berlin zugleich von seiner Lehrerstelle und verzog nach Kiel.

Die weiteren Ereigniffe, sowohl Damaschkes Ausscheiden aus der Redaktion der „Kieler Neuesten Nachrichten", die in den finanziellen Zusammenbruch, der Professor Lehmanns Vermögen vorübergehend traf, verwickelt wurden (1897), wie Damaschkes Rückkehr nach Berlin, liegen zeitlich schon nach der Gründung des nationalsozialen Vereins, ebenso die Wahl Damaschkes zum Vorsitzenden des Bundes deutscher Bodenreformer (Ostern 1898); aber wir dürfen an dieser Stelle einiges vorwegnehmen, vor allem auch die wachsende Bedeutung Damaschkes in der Bodenreformbewegung, die wiederum für seine Stellung im nationalsozialen Verein von Gewicht wurde. Damaschke ließ den

Theoretiker immer hinter den Praktiker zurücktreten, hinter das Bestreben, sozialpolitisch durchführbare Forderungen aufzustellen. Das zeigte sich an der Umgestaltung, die unter ihm das Statut des Bundes der Bodenreformer erfuhr. Es enthält wohl ein bestimmtes volkswirtschaftliches Bekenntnis, „der Bund sieht in der Grund- und Bodenfrage den wesentlichen Teil des sozialen Problems", aber es stellt zugleich die praktische Aufgabe:

> „Der Bund tritt dafür ein, daß der Grund und Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht."

Dem entsprach dann auch z. B. Damaschkes ständiges energisches Eintreten für das Vorrecht der Bauhandwerker bei Schuldfragen; seine energische Vertretung der Besteuerung der „Zuwachsrente" u. s. w. —, kurzum, sein ganzes praktisch sozialpolitisches Wirken, durch das es ihm gelang, auch bei theoretisch ihm auf dem Gebiet der Nationalökonomie widerstrebenden Männern Verständnis, Anklang, Zustimmung zu finden, und dadurch wurde sein Anschluß an Naumann für die sich bildende nationalsoziale Organisation so bedeutsam. Er gewann mit der Zeit grade durch diese praktische Verwertung bodenreformerischer Gedanken einen weitgehenden Einfluß auf die nationalsoziale Programmarbeit, vor allem auf das Gemeinde- und das Landprogramm. Erleichtert wurde ihm das später noch durch den Eintritt seines Gesinnungsgenossen Pohlmann in den nationalsozialen Verein, der außer seiner bodenreformerischen Überzeugung ein reiches praktisches Wissen mitbrachte, das er sich als Großkaufmann in Deutschland und im Ausland erworben hatte.

Wir sind mit diesen Ausführungen dem Gang der Ereignisse etwas vorausgeeilt.

Einstweilen diente der Sommer des Jahres 1896 dazu, zwischen diesen hier geschilderten Gruppen und späteren Wortführern der Nationalsozialen immer enger werdende Verbindungen anzuknüpfen und damit den jüngeren Christlichsozialen, die schon in einer ganzen Reihe von Städten und Landstrichen sich zu kleinen Vereinen organisiert hatten, die Möglichkeit einer politischen Gruppenbildung in größerem Stil zu geben. Wie sich dies vollziehen sollte, darüber beriet der engere Freundeskreis Naumanns am 6. August des Jahres 1896 in Heidelberg. Man kam dabei, wie schon kurz im ersten Teil der Arbeit bemerkt worden ist, zu einem doppelten Plan: einmal wurde beschlossen, eine Tageszeitung „für nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage" in Berlin unter dem Namen „Die Zeit" zu gründen,

und dann weiter im Herbſt des Jahres 1896 eine Einladung an alle „nicht konſervativ Chriſtlichſozialen“ zu einer Verſammlung ergehen zu laſſen, um den Gedanken einer neuen politiſchen Organiſation zu verwirklichen, die, ohne den Charakter einer neuen politiſchen Parteibildung zu tragen, doch etwa in dem gleichen Sinne für den nationalen Sozialismus politiſch wirken ſollte, wie es einſt der Nationalverein für die nationalen und liberalen Gedanken getan hat.

Verfolgen wir die Verwirklichung dieſer beiden Beſchlüſſe, ſo haben wir es zunächſt mit dem Zeitungsplan zu tun.

III. Die Gründung der Tageszeitung „Die Zeit“.

Die erſte Frage, die zur Erledigung ſtand, war natürlich die Geldfrage. Es würde ungerecht ſein, nachträglich dem Freundeskreis Naumanns, der den Beſchluß der Zeitungsgründung faßte, den Vorwurf zu machen, daß er in leichtſinniger Weiſe die Schwierigkeit der Geldfrage unterſchätzt habe. Dieſes ja dadurch naheliegende Urteil, daß die „Zeit“ ſchon nach Jahresfriſt wieder eingehen mußte, trifft nicht zu. Man war ſich vielleicht nicht in vollem Umfang bewußt, welche Geldmittel eine größere Berliner Tageszeitung erfordert; aber man hatte auch Grund zu der Annahme, daß die erforderlichen Mittel beſchafft werden und ſpäter nicht ausbleiben würden. Es war ein Kreis von Freunden der „Chriſtlichen Welt“ vorhanden, der ſchon längere Zeit den Wunſch verfolgte, eine Tageszeitung ins Leben zu rufen, die von einer höheren und freieren Warte chriſtlichen Urteils aus Tagesfragen beantwortete und allen modernen Bewegungen ſozialer, politiſcher, wiſſenſchaftlicher und künſtleriſcher Art ohne engherzige Voreingenommenheit entgegen kam. Dieſem Kreis, der zudem den Ideen des evangeliſchſozialen Kongreſſes nahe ſtand und Naumanns Tätigkeit hoffnungsvoll beurteilte, glaubte man in der „Zeit“ die gewünſchte Tageszeitung bieten zu können. Und die Unterſtützung von dieſer Seite iſt denn auch nicht ausgeblieben. Alsdann waren Geldgeber aus dem Kreis des evangeliſchſozialen Kongreſſes vorhanden, die, ohne daß hiermit der Kongreß ſelbſt irgendwie identifiziert werden darf, der neuen Zeitung ihr Intereſſe zuwandten. Dazu kam die Bereitwilligkeit Naumanns, ſeine Wochenſchrift „Die Hilfe“ mit der „Zeit“ zu verbinden. Und zog man in Rechnung, wie dieſes chriſtlichſoziale Wochenblatt es in den $1^1/_2$ Jahren ſeines Beſtehens zuſtande gebracht hatte, nicht nur einen anſehnlichen Abonnentenkreis zu gewinnen, ſondern auch vor allem ein viel beachtetes Preßorgan zu werden, das faſt in jeder Nummer Artikel brachte, die im zuſtimmenden oder im ab-

lehnenden Sinn von der Tagespresse aller Parteien gewürdigt wurden, so war es kein allzu vermessener Optimismus, diese Wirkung auch von der geplanten Tageszeitung zu erwarten. Und hatte man nicht auch sonst Grund genug, an die Werbekraft der „Zeit" zu glauben?

Das sozialpolitische Verständnis schien allenthalben in den Kreisen der Gebildeten immer stärker zu erwachen. Seit dem Auftreten Vollmars auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1894 in Frankfurt a. M. konnte man eine Wandlung in der Sozialdemokratie erwarten, die die Sympathie der sozial empfindenden Gebildeten für die Arbeiterbewegung erleichterte und in der Sozialdemokratie selbst dem Verständnis für nationalen Sozialismus die Bahn ebnete. Dazu kamen die Anstrengungen Stumms, des Königs im Saargebiet, der durch seinen Arbeitertrust in Verbindung mit seinem unheimlichen Einfluß in der Regierung und seiner Herrschaft über die Verwaltungsbehörden und leitenden kirchlichen Organe eine Opposition wach rief, als deren Organ ein Blatt wie die „Zeit" für nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage so geeignet wie irgend möglich erschien. Kurzum — man wird den „Gründern" der „Zeit" schwerlich den Vorwurf des Leichtsinns machen können. Ihr starker Idealismus, mit dem sie an dieses Werk gingen, konnte sich außer auf den Glauben an ihre gute Sache auf eine scheinbar überaus günstige Konstellation der Verhältnisse berufen. Dazu verfügte sie über journalistische und agitatorische Kräfte, die reiche Erfolge versprachen.

Naumann selbst beabsichtigte zunächst nicht, an die Spitze der neuen Zeitung zu treten. Er stand noch in seinem Amt als Vereinsgeistlicher der südwestdeutschen Konferenz für innere Mission in Frankfurt a. M. und wollte als Herausgeber der „Hilfe" dort bleiben. Aber er galt von vornherein als erster Mitarbeiter für die Leitartikel der „Zeit". Zum Chefredakteur wurde der schon kurz erwähnte bisherige leitende Redakteur des christlichsozialen „Volk", Heinrich Oberwinder, gewonnen. Im Jahre 1845 geboren, hatte er eine reiche politisch-journalistische Tätigkeit hinter sich, die ihn in Österreich und in Deutschland vielfach in Verbindung mit den Vertretern des Sozialismus, z. B. Lassalle, gebracht und ihm eine umfangreiche Kenntnis der politischen Verhältnisse vermittelt hatte. Er war im Zeitungswesen zu einem bestimmten politischen Charakter herangereift und mit seinen Anschauungen durchaus auf einen nationalen Sozialismus gerichtet, wie er vertreten werden sollte. Neben ihm war als Redakteur für die innere Politik Hellmuth von Gerlach der gegebene Mann. Als Sproß einer schlesischen Adelsfamilie (geb. 1866) war er naturgemäß in konservativen Anschauungen aufgewachsen, die sich bei ihm aber schon in seiner Studentenzeit (Leipzig, Berlin, Paris) mit starken sozialreformerischen Neigungen verknüpften, so daß er sich der Stöcker'schen Bewegung

anschloß. Als Regierungsassessor in Schleswig betätigte er sich als gegnerischer Redner in sozialdemokratischen Versammlungen und mußte schon damals die Erfahrung machen, daß preußischer Beamtenbureaukratismus dies nicht duldet. Die Tivoliversammlung der Konservativen 1890 gab ihm Gelegenheit, sich als extremen Reformer des Konservatismus zu zeigen, damals noch im Bann konservativer Anschauung mit antisemitischen Neigungen, und bei Gründung des Bundes der Landwirte war er wiederum mitbeteiligt, aber mit der ausgesprochenen Absicht, dem kleinen Grundbesitzer, dem Bauern, zu seinem Recht zu verhelfen. Um sich ganz der Parteipolitik zu widmen, schied er als Assessor aus dem Staatsdienst aus und trat in die Redaktion des Stöcker'schen „Volk" ein, demselben alsbald durch seine scharfe Polemik gegen Konservative und einen unsozialen Liberalismus in Verfolgung einer stark ausgeprägten Arbeiterfreundlichkeit eine radikalere Richtung gebend. Nur kirchlich hielt er an einer strengeren konservativen Anschauung fest. Aber das schützte ihn nicht davor, daß er und daß Stöcker seinetwegen von den politisch mehr konservativ gerichteten Kreisen unter den älteren Christlichsozialen angefeindet wurden, und daß Stöcker sich darum bemühte, ihn zu einer „zahmeren" Politik zu bewegen. Der letzte Versuch dieser Art, eine scharfe, ablehnende Haltung gegen die jüngeren Christlichsozialen zu erzielen, führte dann zu dem schon erwähnten Bruch Gerlachs mit Stöcker und führte ihn folgerichtig an die Seite Naumanns, wo ihm nun in der Redaktion der „Zeit" ein reiches Feld journalistischer Tätigkeit erschlossen werden sollte.

Ein dritter Redakteur, dem nach und nach in der „Zeit" die ganze Leitung der sozialpolitischen Abteilung, speziell der Arbeiterbewegung, übergeben wurde, war Friedrich Weinhausen (geb. 1868), ursprünglich Theolog, der aber schon als Kandidat auf die kirchliche Tätigkeit verzichtet hatte, zu Naumann nach Frankfurt gegangen war und als dessen redaktionelle Hilfskraft an der „Hilfe" mitarbeitete, bis er nun nach Berlin übersiedelte und ganz und gar Fachmann auf dem für eine Zeitung für nationalen Sozialismus so überaus wichtigen sozialpolitischen Gebiet wurde. Noch seien dann als weitere Redakteure der „Zeit" genannt Herr Roth, speziell für äußere Politik, daher parteipolitisch weniger hervortretend, und für das Feuilleton der bekannte Kritiker und Dichter Erich Schlaikjer sowie Hugo C. Jüngst.

Am 10., 20. und 24. September 1896 erschienen Probenummern der „Zeit", die, als Beilage zu verschiedenen Wochenschriften gegeben und an seit Wochen gesammelte Adressen versandt, die Werbearbeit für die neue Zeitung verrichten sollten.

Den programmatischen Artikel „Was wollen wir?" schrieb Naumann. Er ist später, etwas umgearbeitet, auch als Flugblatt des nationalsozialen Ver-

eins verwandt worden. Der Artikel erklärte frank und frei, daß es sich um langsame, aber zielbewußte Vorbereitung einer neuen Partei im öffentlichen Leben Deutschlands handle und zwar einer Partei für nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage. „Eine solche Partei ist nötig, wenn der Sozialismus unserem Volk zum dauernden Segen werden soll." Die Sozialdemokratie stellt diese Partei trotz ihrer Verdienste um die Organisierung des Arbeiterstandes nicht dar, weil sie die Bedeutung der vaterländischen Macht in den Kämpfen der Völker verkennt und von hier aus immer nur Oppositionspartei sein kann. So gilt es für uns, den Tag, der freilich noch fern ist, vorzubereiten, an dem der Sozialismus vaterländisch gesinnt ist und der Regierung als Stütze dienen kann, wozu auf die Dauer die in sich zusammensinkenden alten Parteien nicht ausreichen. Den Gegnern des Sozialismus muß ein für allemal die Waffe entwunden werden, daß sie sich allein für die staatserhaltenden ansehen. Das sind sie nicht mehr; sie wollen sich vom Staat erhalten lassen, und es fehlt ihnen an begeisterter Zukunftsfreudigkeit. — Der erste Schritt einer Partei des nationalen Sozialismus muß die Fortsetzung des in seinem Frühling erfrorenen Liberalismus sein durch Vertretung freiheitlicher Forderungen auf dem Gebiet des Vereins- und Koalitionsrechts sowie des Wahlrechts. Aber neben der Verwaltung dieses Erbes des Liberalismus ist auch die eines Erbes aus den konservativen Reihen von nöten: des Christentums, das in moderner und sozialer Auffassung dem absterbenden Materialismus entgegengesetzt werden muß. Darum erwartet die „Zeit" und mit ihr die um sie sich gruppierenden Gesinnungsgenossen ihre Mitarbeiter und Freunde von den drei Seiten: 1. Sozialisten, die mit der allgemeinen politischen Haltung der Sozialdemokratie nicht zufrieden sind, 2. Liberale, welche mit nationalem Liberalismus Ernst machen wollen, 3. Konservative, welche das praktische Christentum der Hilfe und der Tat fördern wollen. Erst dann, wenn alle drei zusammen gekommen sind, ist eine Partei im vollen Sinne des Wortes möglich. „Bis dahin heißt es: arbeiten, denken, reden, schreiben, organisieren und mit leuchtendem Auge der Zukunft entgegensehen."

Das war Naumanns Geleitwort für die „Zeit".

Es schlug in seinem politischen Teil ganz und gar den Ton an, der dann sieben Jahre hindurch durch alle nationalsozialen Artikel und Reden geklungen ist — Schaffung eines regierungsfähigen, darum nationalen Sozialismus, teils im Kampf gegen die Sozialdemokratie, teils in ihrer Beeinflussung auf vaterländisches Verständnis hin. Ebenso blieb lebendig und wurde ständig genährt der Gedanke der Wiederbelebung des nationalen Liberalismus. Dagegen sollte in der Folge der Zeit die dritte Gedankenreihe erblassen, die Vertretung christlicher Gedanken. Schon bei der Versammlung in Erfurt setzte

das ein. Charakteristisch aber war auch der Schluß des Artikels, die Erkenntnis, daß es noch vieler Gedankenarbeit und vieler Organisation bedürfen werde, ehe aus der Vorbereitung des nationalen Sozialismus die Partei dieses Sozialismus werden könne.

Einzelne Programmpunkte hatte Naumann nur gestreift. Der zweite Artikel der Probenummer aus Oberwinders Feder führte einige von ihnen auf: Eintreten für ein starkes Heer und eine starke Flotte, Erhaltung des Reichstagswahlrechts und Abwehr aller Ausnahmegesetze, und ließ sich dann eingehender aus gegen eine Mittelstandspolitik, die die großen Errungenschaften des Industrialismus verkennt, während es nur Aufgabe sein dürfe, die wirtschaftliche Entwicklung weder zu stören noch zurückzuschrauben, wohl aber die Wege zu zeigen, wie die großen technischen Errungenschaften dem Gemeinwohl dienstbar werden können, anstatt das Elend zu vermehren.

Von programmatischer Bedeutung war dann in der dritten Probenummer ein Aufsatz Paul Göhres über „Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften". Er führte hier aus, daß, während wir unsere politischen Ziele selbständig, ohne Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei, ja vermutlich sehr oft im Gegensatz zu ihr zur Geltung zu bringen haben, wir darauf angewiesen sein werden, bei unseren praktisch sozialen Bestrebungen mit den Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen. Denn meinen wir es mit unserem nationalen Sozialismus ehrlich und gründlich, so müssen wir uns auch an der Gewerkschaftsbewegung beteiligen. Er zog daraus den Schluß, daß es sich für die neue Bewegung nie um die Gründung eigener Gewerkschaften handeln könne, was nur zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung führen werde. Wohl aber solle man innerhalb dieser Gewerkschaften darauf dringen, daß sie ein politisch unparteiisches Feld werden für alle Arbeiter. Und diese Gedanken sind denn auch Gemeingut aller nationalsozialen Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiet geworden, unter Ablehnung aller Versuche, andersgeartete, z. B. spezifisch christliche Gewerkschaften, zu gründen und irgendwie zu unterstützen.

Mit diesen wenigen Strichen zur Charakterisierung des Programms, mit dem die „Zeit" an die Öffentlichkeit kam, sei genug gesagt. Eine ganze Reihe anderer Fragen, politischer und wirtschaftlicher Natur, sind zwar alsbald von der Redaktion oder aus dem Leserkreis heraus angeschnitten worden, aber zu einem großen Teil haben sie erst später, teilweise bei den einzelnen Vertretertagen ihre Erledigung gefunden, und dann wird Gelegenheit sein, sie zu besprechen. Die Darstellung ermüdet sonst allzusehr durch Wiederholungen. Zur Charakteristik der ersten Wochen, in denen die „Zeit" als Vertreterin des nationalen Sozialismus auftrat, sei aber kurz gesagt, daß sie neben einer ausgeprägt grundsätzlichen Haltung in Arbeiterfragen und teilweise auch in nationalen

Fragen recht stark den Charakter des Sprechsaals trug. Das war Folge einmal der lebhaften Mitarbeit, die die „Zeit“ sofort in ihrem weitverzweigten Leserkreis unter den Gebildeten fand; dann aber war es auch Folge der gleich nach dem ersten Oktober einsetzenden Vorbereitung für die von den jüngeren Christlichsozialen geplante Versammlung aller nicht konservativen Christlichsozialen. Denn für die Tagesordnung dieser Versammlung, speziell für das zu schaffende Programm, bekundete sich ein lebhaftes Interesse in einer Menge von Artikeln und kurzen Zuschriften an die Redaktion der „Zeit“.

II. Teil.

Die Geschichte des nationalsozialen Vereins.

1. Die Gründung des nationalsozialen Vereins.

Gleich eine der Probenummern der „Zeit“ hatte einen Hinweis auf diese Versammlung gebracht mit der Anzeige, daß man im November in einer Stadt Mitteldeutschlands tagen werde. Und zugleich war als Tagesordnung in Aussicht genommen die Programmfrage und die Organisation. Es werde sich hauptsächlich darum handeln, ob das christliche Glaubensbewußtsein, in welchem alle Beteiligten einig seien, sich zum politischen Unterscheidungsmerkmal dieser Richtung gegenüber anderen Richtungen eigne, dann darum, ob man eine bestimmte wirtschaftliche Interessenvertretung haben wolle oder nicht.

In diesen Ausführungen hatte das einladende Komitee, welches aus dem im August in Heidelberg versammelten engeren Freundeskreis Naumanns bestand, die Kernfragen vorausgesehen, um die es sich handeln werde. Noch vor Jahresfrist würden eben dieselben Männer, zu denen ja auch der Verfasser dieses Aufsatzes gehörte, darüber gar nicht im Zweifel gewesen sein, daß die speziell christlichsoziale Stellung sie von allen andern Richtungen als der älteren christlichsozialen trenne, und weiter, daß die reine Vertretung der Arbeiterinteressen den Unterschied gegenüber den älteren Christlichsozialen bezeichne, in Verbindung mit politisch liberalen Gedanken. Das Auftauchen des nationalen Gedankens bedrohte dann aber seit Jahresfrist schon, wie in früheren Darlegungen ausgeführt wurde, diesen ursprünglichen Charakter der Bewegung mit einer Beimischung ganz neuer Gedanken, und die Erkenntnis, daß in ihnen Konsequenzen liegen würden, die sich bei stärkerer politischer Ausprägung der Bewegung zeigen müßten, brach, wie schon in jenem programmatischen Artikel der Probenummer der „Zeit“, hier durch. Dazu kam, daß jenes Zusammentreffen Naumanns mit Prof. Sohm bei dem Kongreß für Innere Mission in Posen 1895, bei welchem Sohm die Verbindung christlicher Gesichtspunkte mit sozialpolitischen anders gewertet hatte als Naumann, schon voraussehen ließ, daß er seinen Standpunkt auch fürderhin geltend machen werde,

und zwar alsbald bei jener in Aussicht genommenen Konferenz. Und beides sollte sich vollauf bestätigen. Zunächst gab jener Ausschuß der jüngeren Christlichsozialen als Unterlage für die Programmberatung einen Programmentwurf heraus, der in der Nummer der „Zeit" vom 1. Oktober seine Veröffentlichung fand. Er lautete:

1. Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche wie politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach Außen für die Voraussetzung aller sozialen Reform im Innern halten. Wir wünschen eine feste und stetige auswärtige Politik und werden militärische, kolonialpolitische und ähnliche Fragen vom nationalen Standpunkte aus beurteilen, ohne auf eine freimütige Kritik unserer militärischen und kolonialen Einrichtungen zu verzichten.

2. Wir stehen auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir treten für die ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Volksgenossen ein.

3. Wir halten fest an der historisch gewordenen, das Privateigentum in sich schließenden Wirtschaftsordnung, innerhalb deren wir die Emporentwicklung der Arbeiterklasse wie des ländlichen Kleinbesitzes für möglich halten und verfechten werden. Als unpraktisch verwerfen wir die Utopien des radikalen Sozialismus, ebenso aber auch alle reaktionären Bestrebungen, die nicht mehr lebensfähige Rechtsformen und Wirtschaftsverhältnisse aufrecht zu erhalten oder wieder einzuführen suchen.

4. Wir verlangen eine tatkräftige Sozialreform in volkstümlichem und freiheitlichem Geiste. Wir sind für Aufrechterhaltung des allgemeinen Reichstagswahlrechts und gegen plutokratische Zusammensetzung der Einzellandtage. Wir fordern Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Vereinsfreiheit. Wir verlangen Selbständigkeit des Staates gegenüber jeder Gefährdung der Gesamtinteressen durch das Großkapital und die Großindustrie. Für den deutschen Osten wünschen wir unter gleichzeitiger Verhinderung fremdländischer Einwanderung innere Kolonisation und Einschränkung der Latifundien, in deren Ausdehnung wir eine nationale Gefahr erblicken, ebenso wie in dem politischen und sozialen Übergewicht ihrer Besitzer.

5. Wir sind für Regelung der Frauenfrage im Sinne weiterer Zulassung des weiblichen Geschlechts zu geeigneten Berufen und größerer Sicherung seiner persönlichen und ökonomischen Stellung auf dem Boden des bürgerlichen Rechts.

6. Wir wollen mitarbeiten an der Stärkung der idealen Mächte im Volksleben, in deren Mittelpunkt uns die evangelische Wahrheit steht. Zu diesem Zweck erstreben wir die Belebung des evangelischen Glaubens im Sinne der Reformation.

7. Wir vertreten das Aufsichtsrecht des Staates über die Schule. Wir wünschen im allgemeinen und mit Rücksicht auf geschichtliche und örtliche Verhältnisse den konfessionellen Charakter der Volksschule gewahrt zu sehen, erklären uns jedoch gegen jede kirchliche Bevormundung der Schule.

Die Aufforderung, sich zu diesem Programmentwurf zu äußern, fand einen überaus starken Wiederhall. Es zeigte sich dabei, wie stark schon die Gruppenbildung der jüngeren Christlichsozialen in den verschiedensten Teilen des Reiches vorgeschritten war. Und es zeigte sich weiter, wieviele Einzelpersonen auch außerhalb dieser Gruppen bereit waren, an der Programmarbeit teilzunehmen und ihre Kräfte in den Dienst der neuen Bewegung zu stellen. Es liefen nicht weniger als acht ausführliche Programmarbeiten ein, zu denen zweiundsechszig Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu dem veröffentlichten Entwurf kamen, teils eingebracht von Vereinen in Dresden, Stuttgart, Darmstadt, Sangerhausen, Staßfurt, Kiel, Elsaß-Lothringen, Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Jena, teils von Einzelpersonen aus allen Gegenden Deutschlands, ausgenommen den fernen Osten und Bayern.

Die ausführlichen Programmentwürfe lehnten sich zumteil an die genannte Vorlage an und brachten nur Änderungen oder Ergänzungen in Vorschlag, teils aber gingen sie weit über die Grenze dessen hinaus, was jene Vorlage bot. Sie enthielten nämlich nicht nur Grundsätze sondern detaillierte Programmforderungen. So gab ein Programmentwurf des Professors Dr. Neumann-Tübingen ein ausführliches Programm, wie nach dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit kapitalistische Auswüchse unserer neueren wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Boden der von alters her überlieferten Rechtsordnung beseitigt werden könnten, und wie namentlich die Steuerfrage zu lösen sei. So ergänzten sich andere Entwürfe im Ausbau von Spezialprogrammen, z. B. dem Schulprogramm, der Frauenfrage, staatssozialistischen Forderungen, bodenreformerischen Gesichtspunkten, dem Kommunalsozialismus, der inneren Kolonisation, der Agrarfrage. Und gar die Anträge einzelner Personen, die sich mit Gesetzanträgen beschäftigten, verliefen sich ins kleinste Detail. Wurde doch z. B. die Aufhebung des erblichen Adelstitels und die Einschränkung der Majestätsbeleidigungen durch Zurückziehung des Antragsrechts auf die Person des Kaisers selbst als Programmpunkt gefordert! So viel Gutes auch in dem einen oder dem andern Antrag enthalten war und auch hernach seine volle Berücksichtigung gefunden hat, als auf späteren Vertretertagen des nationalsozialen Vereins der Ausbau des Programms vorgenommen wurde — wohin hätte die sofortige Ausarbeitung eines solchen detaillierten Programms geführt? Nur zu einer überaus oberflächlichen Arbeit, oder wie Naumann treffend

gelegentlich der Debatte in Erfurt sagte, zu einer Art Warenhaus, wo jeder seine Qualität findet. Nicht auf ein schön dekoriertes Schaufenster kam es aber an sondern auf den inneren Lagerbestand der neuen Bewegung. Denn sie mußte vor allem Charakter, Grundsätze zeigen. Und hier kam es wiederum gar nicht in erster Linie darauf an, ganz neue Wahrheiten zu bieten; aber es mußten Gedanken, Sätze, Wahrheiten sein, die in demselben Zusammenhang nicht schon von einer andern Partei vertreten wurden. Daher war die für die erste Versammlung gegebene Aufgabe die, ein Generalprogramm vorzulegen und in gemeinsamer Arbeit zustande zu bringen. Die Ausarbeitung der Spezialprogramme konnte man getrost dem Laufe der Zeit überlassen. Da dieser Gedankengang, den Naumann in Erfurt vortrug und Professor Zimmer-Herborn in einem Antrag vorlegte, dann auch ohne erheblichen Widerspruch bei der Versammlung durchdrang, dürfen wir auch in dieser Darstellung von einer näheren Würdigung der Einzelprogramme absehen, wie sie im Laufe des Oktober und November bei den Redaktionen der „Zeit" und der „Hilfe" einliefen und dort veröffentlicht wurden. Wir werden es aber um so mehr zu tun haben mit der Ausgestaltung jenes „Generalprogramms", das auf dem oben veröffentlichten Entwurf fußte, wenn sie ihn auch dann zumteil recht umänderte, und wir werden dabei die wichtigeren Abänderungsanträge streifen

Als Versammlungsort hatte man Erfurt gewählt, als Zeit die Tage vom 23. bis 25. November. Das Lokal war der Kaisersaal, dort wo einst das Theater stand, auf dem man bei Napoleons Anwesenheit 1809 vor einem Parkett von Königen gespielt hatte.

So allgemein die Einladung zu der Versammlung gelautet hatte, „für alle nichtkonservativen Christlichsozialen", so war doch dafür gesorgt worden, daß nicht völlig beliebig jeder, der kommen wollte, Sitz und Stimme in der Versammlung haben könne. Das Verbindungsverbot politischer Vereine untereinander, das damals noch in einzelnen deutschen Bundesstaaten, namentlich in Preußen, bestand, und die Rücksicht auf noch nicht fest organisierte Freunde hinderten daran, nur Vereinsdelegierte zuzulassen. So ahmte man der Sozialdemokratie in der Bestimmung nach, daß aus jedem Reichstagswahlkreis bis zu fünf Delegierte gewählt werden könnten. Und so unvollkommen das einheitliche Netz der Organisation auch damals noch war — das Interesse für die Erfurter Tagung war doch so groß, daß aus über 60 Wahlkreisen über 100 Delegierte erschienen, dazu noch ungleich mehr Zuhörer, nicht nur aus Erfurt und seiner Umgebung sondern auch aus weiter Ferne.

Eine stimmungsvolle Versammlung geselliger Art eröffnete am Abend des 22. Novembers, einem Sonntag, die Zusammenkunft, wobei die Nachricht, daß dem als Mitarbeiter der „Zeit" schon mehrfach hervorgetretenen Pfarrer

Julius Werner in Beckendorf bei Magdeburg durch Veranlassung des preußischen Oberkirchamts die Teilnahme an den Beratungen untersagt worden war, nicht zum wenigsten zu einer kampfesfrohen Stimmung beitrug. Auch die amtliche Stellung des Schreibers dieser Geschichte der Nationalsozialen gestattete ihm damals nur als „Korrespondent" einer Frankfurter Zeitung dem Verbandstage anzuwohnen. So gefährlich erschien kirchlichen Kreisen die neue Bewegung!

Die Leitung der Verhandlungen wurde durch Akklamationswahl in die Hände zweier verdienter jüngerer Christlichsozialen gelegt, des Stadtpfarrers Theodor Traub in Stuttgart, der den Verband württembergischer evangelischer Arbeitervereine leitete und die „Württembergische Arbeiterzeitung" herausgab, und des Werkmeisters Bärrn aus Frankfurt a. M., des Vorsitzenden des Frankfurter evangelischen Arbeitervereins.

Die Eröffnung der ersten Verhandlung geschah Montag, den 23. November, durch Pfarrer Naumann mit einem Hoch auf den Kaiser, den Fürsten, in dem die Verkörperung deutscher Macht und Einheit gegeben ist, den Beschützer des deutschen Reichstagswahlrechts und den Mann, der die Februarerlasse von 1890 gegeben hat. Dann begannen sofort die Verhandlungen über das Programm. Hier überraschte Naumann die Versammlung mit einem neuen Programmentwurf, den er an die Stelle des von dem vorbereitenden Komitee gegebenen Entwurfs treten ließ. Er war dazu veranlaßt worden durch die von uns oben angeführten Gesichtspunkte, die für ein Generalprogramm sprachen, das nur Grundsätze, nicht aber Einzelforderungen enthalten sollte, während auch jener Programmentwurf z. B. Gedanken für ein Schulprogramm enthielt und Forderungen bezüglich des Großkapitals, der Großindustrie, des Ausschlusses fremdländischer Einwanderung, der inneren Kolonisation und Einschränkung der Latifundien aussprach. Aus dem gleichen Grund schied Naumann in dem neuen Entwurf auch die Frauenfrage aus.

Der Entwurf lautete:

§ 1. Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Inneren halten, zugleich aber der Überzeugung sind, daß die äußere Macht auf die Dauer ohne Nationalsinn einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann. Wir wünschen darum eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen.

§ 2. Wir wünschen eine feste und stetige auswärtige Politik, die der Ausdehnung deutscher Wirtschaftskraft und deutschen Geistes dient. Um sie zu ermöglichen, treten wir für die ungeschmälerte Durch-

führung der allgemeinen Wehrpflicht, für eine angemessene Vermehrung der deutschen Kriegsflotte sowie für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien ein. Im Interesse der vaterländischen Macht und Ehre werden wir Mißstände in unseren militärischen und kolonialen Einrichtungen stets offen bekämpfen.

§ 3. Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir sind für Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage und für Ausdehnung desselben auf Landtage und Kommunalvertretungen. Wir fordern Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Vereinsfreiheit und ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger.

§ 4. Wir wollen eine Vergrößerung des Anteils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land unter Männern und Frauen an dem Gesamtertrage der deutschen Volkswirtschaft hat, und erwarten dieselbe nicht von den Utopien und Dogmen eines revolutionären und kommunistischen Sozialismus, sondern von fortgesetzter politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Arbeit auf grund der vorhandenen Verhältnisse, deren geschichtliche Umgestaltung wir zugunsten der Arbeit beeinflussen wollen.

§ 5. Wir erwarten, daß die Vertreter deutscher Bildung im Dienst des Gemeinwohls den politischen Kampf der deutschen Arbeit gegen die Übermacht vorhandener Besitzrechte unterstützen werden, wie wir andererseits erwarten, daß die Vertreter der deutschen Arbeit sich zur Förderung vaterländischer Erziehung, Bildung und Kunst bereit finden werden.

§ 6. Im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht nach unserer Überzeugung der Glaube an Jesus Christus, der nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren soll.

Naumanns dreistündige Rede, mit der er diesen Entwurf begründete, verfolgte ungefähr folgenden Grundgedanken:

Es handele sich heute nach der Entwicklung seit 1870 um die Verteilung des Platzes auf der Erdkugel; dabei dürfe Deutschland nicht zu kurz kommen. Der Schwerpunkt internationaler Entscheidungen wird auf dem Meer liegen. Unser Brot wird an unseren Schiffen hängen. Das ist heute freilich noch ein unpopulärer Gedanke, dem sich die Masse verschließt, die im Staat nur ein kapitalistisches Unternehmen sieht. Und auf der anderen Seite will man nicht, daß der Staat seinen Bund mit dem Sozialismus macht. Wandlung der Ansicht ist hier und dort notwendig. Der Sozialismus muß, ohne in allem willfährig gegen oben zu werden, aus der reinen Oppositionsstellung heraus — um regierungsfähig zu werden. Und andererseits muß sich die Erkenntnis in den

herrschenden Kreisen Bahn brechen, daß die notwendige Kraftentfaltung des Reiches nach Außen ohne starken Nationalsinn der Massen im Innern nicht durchführbar bleibt. Darum ist beides zusammen: eine Politik nach Außen und die soziale Reform im Innern — unsere politische Konfession.

Des weiteren verbreitete er sich in seiner Rede über die Notwendigkeit des wachsenden Interesses für Fragen der äußeren Politik und der Kolonialpolitik, um dann in der Erläuterung von § 3 als die beiden wichtigen politischen Faktoren des Reiches das Kaisertum und das Reichstagswahlrecht zu nennen. Letzteres gab ihm Anlaß, die Ausdehnung dieses Rechts auch auf die Landtage und Gemeinden zu verlangen. Hier sei der Punkt, zu zeigen, ob es uns mit der sozialen Reform wirklich ernst ist; denn gerade auch in den Kommunen handelt es sich darum, daß der Sozialismus seine Vertretung findet. Ebenso muß sich unser Sozialismus bewähren in der Vertretung freiheitlicher Forderungen zu gunsten des Vereinsrechts und der Durchführung des Grundsatzes vom gleichen Recht aller Staatsbürger. Daher Aufhebung aller Ausnahmegesetze, die Katholiken, Polen u. s. w. treffen sollen, und Ablehnung der antisemitischen Forderungen, die dem Judentum eine besondere Stellung geben wollen. Der vierte Paragraph, der an die Stelle des dritten und vierten Paragraphen in dem ersten Entwurf trat, verzichtete auf ein bestimmtes wirtschaftliches Glaubensbekenntnis bezüglich der Wirtschaftsordnung und der Stellung zu dem Großkapital in der Industrie und Landwirtschaft. Er setzte an die Stelle eines theoretischen Bekenntnisses die grundsätzliche Forderung der Vergrößerung des Anteils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land unter Männern und Frauen an dem Gesamtvertrag der deutschen Volkswirtschaft hat. Wodurch die Arbeit, d. h. der Erwerb durch Arbeit im Gegensatz zum schon erworbenen Besitz, diesen größeren Anteil erhalten soll, darüber wurde nach zwei Seiten hin Auskunft gegeben. Es wurde abgelehnt der Gedanke, daß es möglich sei, im Sinne sozialistischer Utopien durch einmalige totale Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Ziel zu erreichen. Es wurde statt dessen hingewiesen auf die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Tätigkeit. — Der fünfte Paragraph behandelt dann die Stellung der Gebildeten zu den Arbeitern und der Arbeiter zur Bildung, sowie die Stellung der Nationalsozialen zum Christentum. Naumann führte hier bezüglich der Gebildeten folgenden Gedanken aus:

> Sie stehen nicht von vornherein inmitten einer bestimmten Interessengruppe, ausgenommen das Beamtenkorps, „das seine Aufgabe als formale Axe zu erfüllen hat, um die sich der Staatskörper dreht". Sie werden sich zu fragen haben, wo ihre eigenen und die Interessen der

Gesamtheit zur Zeit zusammenfallen, und wo sie darum zur Zeit hingehören; denn die Gebildeten sind und bleiben die Propheten und die Vertreter der Gesamtinteressen der Nation. Wenn der Gebildete zur Arbeiterbewegung kommt, dann sagt er: Im Interesse des Vaterlandes will ich dir helfen. Und eben im Interesse des Vaterlandes wollen wir Nationalsozialen in die soziale Bewegung eingreifen, der Volksmasse zu Freiheit, Recht und Besitz verhelfen. Darum ist für die Besitzenden Platz bei uns. Auf der andern Seite erwarten wir darum auch von den Vertretern der deutschen Arbeit, daß sie sich zur Förderung vaterländischer Erziehung, Bildung und Kunst bereitfinden werden.

Der sechste Paragraph in dem neuen Entwurf nimmt dann Stellung zur Religionsfrage. Sie war schon von Prof Sohm, der vor Naumann einleitend sprach, behandelt worden. Aber wir übergingen seine Ausführungen zunächst, um sie nun mit Naumanns Erklärung zum sechsten Paragraphen zusammen zu nehmen; denn beider Ansichten trafen im wesentlichen überein. Und dieser Punkt, die Religionsfrage, war es, der sofort nach Naumanns Referat die Generaldiskussion in erster Linie beherrschte. Das war bei dem in der Versammlung stark vertretenen christlichsozialen Element und der Vorgeschichte des nationalen Sozialismus nur natürlich. Wie viele von den in Erfurt Anwesenden waren nicht von ausschließlich religiösem Gesichtspunkte aus erst zu sozialen Gedanken und sozialer Arbeit gekommen! Auch Sohm bekannte das von sich, obwohl er ja nie christlichsozial gewesen war. Und Naumanns wie Göhres ganze persönliche Entwickelung bekundeten es. Und doch wurde mit Recht von Sohm und Naumann auf dem Erfurter Tag eine Auffassung von dem Verhältnis zwischen Christentum und Politik geltend gemacht, die zwar wie ein Bruch mit der Geschichte der jüngeren Christlichsozialen erschien, aber in dem Augenblick kommen mußte, wo man über eine mehr oder weniger unklare soziale Betätigung hinaus zu einer politischen Tätigkeit kommen wollte, Jetzt war man genötigt, klipp und klar auf die Frage: Sollen wir im Namen des Christentuus Politik treiben oder nicht? zu antworten. Sohm gab ein rundes „nein“ zur Antwort! Und zwar:

> Nicht blos deshalb, weil das Christentum auf die einzelnen technischen Fragen des Rechts und Wirtschaftslebens keine Antwort gibt; der Grund lag für ihn, den überzeugten Christen, viel tiefer. Die Politik kämpft um weltliche Güter mit weltlichen Mitteln, in der äußeren Politik mit dem Schwert, in der inneren, besonders der Sozialpolitik, unter wirtschaftlichen Kämpfen durch zwangsweise herbeigeführte Änderung der Machtverhältnisse, der Rechtsordnungen. Das Christentum aber fordert Scheidung des Geistlichen vom Weltlichen. Wo die Kirche das nicht befolgt hat der Politik gegenüber, hat sie unendlich durch ihre Verquickung des Christentums mit der Politik leiden müssen. Deswegen

können wir nicht im Namen des Christentums Politik treiben. Um unseres Volkes willen sind wir Politiker. Das Volk ist unser geborener Herr. Weil wir dem Volk gehören, sind wir dem Volk die Hingabe gabe unseres Lebens und der Volksordnung, d. h. der Rechtsordnung, Gehorsam schuldig. Fordern wir eine Änderung dieser Rechtsordnung, so können wir sie nur im Namen des Volkes fordern. Weil die heutige Verteilung der Machtverhältnisse das Volk krank macht, fordern wir ihre Änderung zwangsweise. Treiben wir Sozialpolitik, so können wir sie nur für das Volk treiben, in seinem Namen. Darum gibt es auch nur eine nationale Sozialpolitik, keine christliche. Aber für das neue Haus, das wir bauen wollen, gibt es keinen besseren Boden als den Felsenboden des christlichen Glaubens. Auf ihn gründen wir unser Einzelleben und das Leben unserer Organisation. Das Christentum hat mit seiner Liebe unsere Herzen zu dieser Arbeit entzündet. Diesen Drang und Mut zu unserer Tätigkeit gibt uns auch ferner der christliche Glaube. Aber wir können nicht in seinem Namen, von Gesichtspunkten aus, die er gibt, Politik treiben.

In ganz gleichem Sinne sprach Naumann: der Glaube verleiht uns die Kraft zu unserem Handeln, aber er darf nicht zur Parteisache gemacht werden. Und von hier aus formulierte er für seinen neuen Programmentwurf den Religionsparagraphen als letzten Paragraphen dahin, daß zwar nach unserer Überzeugung im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes der Glaube an Jesus Christus stehe, der sich im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren solle — jedoch er dürfe nicht zur Parteisache gemacht werden.

Aber es dauerte den ganzen ersten Tag der Verhandlungen und fast die Hälfte des zweiten, ehe man zu einer erträglichen Einigung über diesen Programmsatz kam. Der Widerstand kam von zwei Seiten: von denen, die überhaupt nichts von Christentum im Programm haben wollten, und von denen, die im Sinne des christlichen Sozialismus eine stärkere Hervorhebung christlicher Gesichtspunkte für die politische Arbeit forderten. Dazwischen gruppierte sich die Schaar der Kompromißler. Es war vor allem Damaschke, der unter teilweiser Unterstützung des Theologieprofessors Dr. Titius aus Kiel keine Erwähnung des christlichen Glaubens, überhaupt des Christentums nicht, forderte. Wolle man das Christentum, wie Naumann ausgeführt, nicht zur Parteisache machen, dann gehöre es auch nicht in das Programm hinein, wo von Aufgaben und Zielen geredet werden solle, nicht von Beweggründen. Nicht die Not einer Kirche sondern die des Volkes habe die Versammlung zusammengeführt. Deshalb solle man keine helfenden Hände irgend welcher religiösen Gesinnung zurückstoßen, aus unlauteren Motiven werde niemand kommen. Und Prof. Titius führte aus, man dürfe keinen Gewissenszwang ausüben, grade

um des Christentums willen, wenn er auch anerkenne und gutheißen würde, sollte die Versammlung ein Bekenntnis dahin ablegen wollen, daß die Mehrheit auf dem Boden des Christentums stehe.

Ganz anders Stadtpfarrer Traub aus Stuttgart, der Wortführer derer, die das christlichsoziale Bekenntnis forderten. Die politischen und die wirtschaftlichen Begriffe haben einen Anspruch auf ethische Verklärung durch das Christentum. Es müsse der Nerv der ganzen Bewegung bleiben und zwar als evangelisches Christentum im Sinne der Reformation, im Gegensatz zum Katholismus, der als Jesuitismus viel gefährlicher sei als die Sozialdemokratie. Das ging wieder andern zu weit, die die Katholiken nicht ausschließen wollten, und wieder andern, welche allen die Zugehörigkeit zu erschließen bereit waren, die die objektive Macht des Christentums anerkannten. Dabei war es durchaus nicht so, daß die Theologen, die die Mehrheit in der Versammlung bildeten, auf seiten Traubs standen. Wie Prof. Titius so wollten auch andere, z. B. Prof. Gregory-Leipzig und Pfarrer Battenberg-Frankfurt a. M., die Ausscheidung des Christentums aus dem Programm. Während grade aus Arbeiterkreisen heraus, neben dem Widerspruch gegen den Religionsparagraphen, sehr warm für seine Beibehaltung gesprochen wurde! Göhre stellte sich darin auf Sohms und Naumanns Seite, daß es keine organische Verbindung zwischen Christentum und Politik gebe. Aber zu bedenken sei doch zweierlei. Man brauche ein Gegengewicht gegen den Materialismus der Sozialdemokratie, und dazu komme die Rücksicht auf die christlichsoziale Vergangenheit.

Von den, wenn wir so sagen dürfen, „rechts" stehenden wurde dann in der Debatte die Forderung aufgegeben, daß ein Bekenntnis speziell zum evangelischen Christentum notwendig sei, ebenso, daß es noch heißen solle, Glaube an Christus. Es wurde als hinreichend anerkannt, wenn bekannt werde: „im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht uns das Christentum, das nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaft bewähren soll". Dahin änderte denn auch Naumann seinen Vorschlag, der noch den Glauben an Jesus Christus bekannt hatte, ab. Schwerer war es, die „linke Seite" zu einer Konzession zu bewegen. Zunächst wurde sie von Titius, Damaschke und Lizentiat Th. Eck dahin gemacht, daß man als Resolution annehmen solle: „die Versammlung erklärt, daß sie sich der Gefahr der Veräußerlichung bewußt ist, die jede Formulierung des christlichen Standpunktes in einem Programm mit sich bringt, daß sie aber die Annahme des betreffenden Paragraphen als durch die bisherige Entwickelung veranlaßt ansieht, jedoch dabei jeden, der aus idealen Motiven ehrlich mitarbeiten will, unbedingt anerkennt".

Mit Recht wurde indes hiergegen von Prof. Trommershausen aus Frankfurt a. M. geltend gemacht, daß die Versammlung unmöglich diese Gefahr der Veräußerlichung anerkennen könne. Er schlug deshalb einen anderen Ausweg vor, die Annahme folgender Resolution, die er mit Damaschke vereinbart hatte: „Der Delegiertentag erklärt ausdrücklich, daß der Paragraph 7 (diese Ziffer wurde ihm schließlich zu teil) nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ehrlich an der Erreichung unserer nationalen und sozialen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen".

Damit war die Versammlung einverstanden, und in der einstimmigen Annahme des Religionsparagraphen und dieser ihn einschränkenden Resolution kam die erste Einigung zustande. Das christlichsoziale Element war nicht ausgeschieden worden. Dazu wirkte die Vergangenheit zu stark nach. Es wurde in dem Religionsparagraphen auch mehr als eben nur in seiner historischen Bedeutung anerkannt, wenn es auch kein Glaubensbekenntnis sein sollte, das das Gewissen vergewaltigen könnte. Aber freilich von irgend welcher praktischen Bedeutung ist der Paragraph im Laufe der nächsten sechs Jahre auch nicht gewesen. Wenn es so blieb, daß sowohl in der „Zeit" wie in der „Hilfe" oft christliche Gesichtspunkte vertreten wurden und christliche Probleme zur Erörterung kamen, so ist es wohl nie geschehen in Erinnerung an jenen Paragraphen sondern einfach durch die christlich interessierten Persönlichkeiten, die diese Gedanken erörterten. Ebenso wenig aber haben diese Andersgläubigen und solchen, die religiösem Glauben überhaupt fernstanden, die Mitarbeit auch nur erschwert, geschweige denn verweigert. Dazu wurde das nationalsoziale Band zu stark.

Freilich wie dieses geschlungen werden sollte, im Überwiegen des nationalen oder des sozialen Gedankens, darüber ist nun noch mancher Streit gekämpft worden. Und gleich bei der ersten Erfurter Tagung, bei der weiteren Erörterung des Naumann'schen Programmentwurfs, hob der Streit an. Eingeleitet wurde er durch die Kritik, die der Nationalökonom Professor Dr. Max Weber aus Freiburg an Naumanns Programmentwurf im ganzen übte.

> Naumann wolle die Mitwirkung der Gebildeten. Aber was er hier biete, sei trotz aller nationalen Gesichtspunkte die Partei der Mühseligen und Beladenen, derer, die irgendwo der Schuh drückt, aller derer, die keinen Besitz haben und welchen haben möchten. Indem das Programm den Unterschied von Arbeit und Besitz konstruiere, mache es sich alle aufsteigenden Schichten des Volkes, die schon zu Besitz gekommen sind, auch die aufsteigenden Schichten der Arbeiterklasse, zu natürlichen Gegnern der nationalsozialen Bewegung. Nur der Bodensatz der Be-

völkerung gehöre wirtschaftlich dann zu den Nationalsozialen. Diese Partei der Schwachen könne es nie zu etwas bringen. Ein solcher Miserabilitätsstandpunkt mache die Nationalsozialen zu politischen Hampelmännern, zu Leuten, die, je nachdem ihnen der Anblick irgend eines wirtschaftlichen Elends auf die Nerven fällt, durch unartikulierte Bewegungen bald nach rechts, bald nach links, hier einmal gegen die Agrarier, dort einmal gegen die Börse und die Großindustrie reagieren. Zu dieser politischen Unklarheit sei man gekommen, weil man die im ersten Programmentwurf enthaltene Stellungnahme gegen den Großgrundbesitz verlassen habe. Es bleibe aber nur die Wahl, entweder die bürgerliche oder die agrarisch-feudale Klasse stützen zu wollen. Die Sozialdemokratie hat durch ihr Vorgehen gegen das Bürgertum der Reaktion nur die Wege geebnet. Derselbe Fehler droht hier. Man entschließe sich darum, eine neue nationale Partei der bürgerlichen Freiheit werden zu wollen, die ihren Standpunkt zugunsten der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung nimmt. Denn was uns fehlt, ist eine nationale Demokratie, der wir die Leitung Deutschlands durch unsere Wahlstimmen anvertrauen können, weil wir der Wahrung der nationalen und wirtschaftlichen Machtinteressen in ihrer Hand sicher sein werden. Die Wahrung der nationalen Machtinteressen muß dabei freilich in aller Schärfe erfolgen und mit aller Konsequenz, z. B. auch in der Polenfrage. Denn auch der nationale Standpunkt verträgt sich nicht mit dem des Miserabilitätsstandpunktes. Wer irdische Politik treiben will, muß illusionsfrei sein und die fundamentale Tatsache des ewigen Kampfes der Menschen untereinander anerkennen.

Der nur sehr vereinzelte Beifall, den diese zweifellos ausgezeichnete Rede fand, zeigte, wie stark damals die überwiegende Mehrheit auf dem „Miserabilitätsstandpunkt" stand. Im wesentlichen stimmten Weber bei, aber auch nur unter gewissen Voraussetzungen, Max Lorenz und Dr. Klumker, ersterer nur in dem Sinn, daß es töricht sein würde, das Programm auf einen Kampf gegen jeden Kapitalismus zuzuschneiden. Es würde töricht sein, der wirtschaftlichen Notwendigkeit entgegenzuarbeiten, daß Deutschland den Höhepunkt kapitalistischer und speziell großindustrieller Entwicklung erreicht. Das fordern vielmehr unsere Handelsinteressen auf dem Weltmarkt, deren Sieg von der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie abhängig ist. Und auch das Interesse der Arbeiter fordert es, denn nur der kapitalkräftige Unternehmer kann die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllen. Dr. Klumker aber faßte den Weberschen Gedanken von einer andern Seite.

Soll unser Programm dem sozialdemokratischen gewachsen sein, so muß es ihm an Einheitlichkeit und Geschlossenheit gleichkommen. Doch ruht diese geschlossene Einheitlichkeit darin, daß das ganze Erfurter Programm von einem einzigen wirtschaftlichen Gedanken ausgeht. Wir

kennen keine solche alles beherrschende Idee, die das ganze Wirtschaftsleben bestimmt; vielmehr erkennen wir, daß eine ganze Reihe von Tendenzen nebeneinander und durcheinander wirksam sind, und wollen wir dafür das fundierende Hilfsmittel nennen, so haben wir nur den blassen Ausdruck Sozialreform, der nicht imstande ist, ein ganz bestimmtes Ziel unserer Bewegung zu geben. So können wir in den Mittelpunkt unseres Programms nicht wirtschaftliche Forderungen stellen. Wir brauchen einen rein politischen Gedanken als Ausgangspunkt. Der ist auch in § 1 des Naumann'schen Programms gegeben: Wir stehen auf nationalem Boden. Aber nun soll der Gedanke nicht weiter heißen: „indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach Außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Innern halten," denn damit gehen unsere Gedanken vom Sozialen zum Nationalen hin. Nein — wir müssen sagen: Wir stehen auf nationalem Boden. Wir sind überzeugt, daß die äußere Macht der deutschen Nation auf die Dauer ohne Nationalsinn einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann. Dieses politische Interesse der Volksmasse kann aber nur auf grund weitgehender sozialer Reformen geweckt werden, die die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der Nation nach Außen zur Voraussetzung haben. Wir wünschen darum eine Politik der Macht nach Außen, die sich nach Innen auf die große Masse des Volkes stützt. So allein gewinnen wir einen leitenden, zentralen Gedanken, den nationalen, von dem aus wir zur Notwendigkeit sozialer Reformen geführt werden. Nationale Macht und soziale Reform bedingen sich hier wechselseitig. Ihre Beziehung ist aber durch einen politischen Gedanken vermittelt.

Naumann stimmte dem bei, daß diese wechselseitige Beziehung vorhanden sei. Der Gebildete werde von seinem Standpunkt aus dabei vom Nationalen ausgehen; aber aus historischen, psychologischen und praktischen Gründen unserer Bewegung werde man den Gedanken von „unten" aus durchführen müssen, wo die Volksmasse fragt, „wie geht es uns besser, wie schaffen wir soziale Reformen"? Und von hier aus werde man zum nationalen Gedanken kommen, indem soziale Reform nur möglich sei in einem starken Reich, das politisch wie wirtschaftlich seine Stellung unter den Völkern auf dem Weltmarkt behauptet.

Die Zusammensetzung der Versammlung war viel zu sehr auf den Gesichtspunkt einer vor allem sozialreformerisch gerichteten Tätigkeit der neuen Bewegung gestimmt, wobei auch die mehr humanitär als christlichsozial gerichteten Vertreter sich zustimmend verhielten, als daß nicht der Naumann'sche Gedankengang hätte durchdringen müssen. So sprach sich Dr. Scheven gegen die Verquickung von Macht und sozialer Reform aus, Prof. Flegler-Bensheim wollte gar ein Gegengewicht haben gegen „umlaufende chauvinistische

Anſchauungen", und von Gerlach-Berlin trat ſcharf für die von Weber verworfene Miſerabilitätspolitik ein. Die Nietzſche-Herrenmoral werde er in der Politik nie mitmachen. Wir gehören an die Seite des Proletariats. „Die Großinduſtriellen des Weſtens und die Großgrundbeſitzer des Oſtens ſind für mich eine reaktionäre Maſſe." Prof. Sohm nahm eine Poſition für ſich ein, die namentlich durch die Stellung zur Sozialdemokratie bedingt war. „Wir wollen die ſozialdemokratiſche Führung ablöſen," ſagte er.

> Wir wollen uns ſelbſt, wenn möglich, an die Spitze der Arbeiterbewegung ſtellen. Das Feldzeichen wird dabei, wie wir dem Materialismus das Chriſtentum entgegenſtellen, im politiſchen Kampf der nationale und monarchiſche Gedanke ſein. Gerade darum aber iſt es nicht unſere Abſicht, formell eine Arbeiterpartei zu gründen, eine Partei nur zum Wohle des vierten Standes. Dieſes Ziel iſt nicht groß genug. Wir wollen, daß das ganze Volk gedeiht. Der Arbeiterſtand kann nur gedeihen, wenn das ganze Volk gedeiht. Beſonders aber wollen wir die Hebung des Arbeiterſtandes, weil ſie ein Mittel zur Hebung des ganzen Volkes iſt.

Das Reſultat der Debatte war, was wiederum aus dem Überwiegen der chriſtlichſozialen Elemente erklärlich iſt, die Annahme der Naumann'ſchen Formulierung der erſten Programmparagraphen unter Ablehnung der von Dr. Klumker vorgeſchlagenen Form. Aber damit war die Frage nach dem Überwiegen des nationalen oder des ſozialen Gedankens eben nicht entſchieden. Sie wirkte weiter fort und iſt wiederholt, am ſtärkſten ſchon auf dem nächſten Vertretertag der Nationalſozialen, wenn auch in anderer Form, in der Frage nämlich nach der Stellung zur Sozialdemokratie, wiedergekehrt, und ſie iſt nie ganz überwunden worden. Denn von der theoretiſchen Erörterung, über die man ſchließlich hinwegkam, iſt ſie in die praktiſchen Probleme hinübergegangen und hat z. B. bei der Frage, wie man ſich in Stichwahlen zwiſchen bürgerlichen und ſozialdemokratiſchen Kandidaten zu verhalten habe, noch eine recht wichtige Rolle geſpielt. Doch davon ſpäter.

Noch eine Anzahl anderer Differenzen der Meinungen traten dann bei der Fortſetzung der Programmberatung auf politiſchem Gebiet hervor, deren wichtigſte, wenigſtens zur Charakteriſtik der Zuſammenſetzung der konſtituierenden Verſammlung der Nationalſozialen, hervorgehoben ſein mögen. Gegen die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Landtagswahlen, beſonders aber auf die Gemeindewahlen, ſprachen einzelne mehr konſervativ gerichtete Herren ernſte Bedenken aus. Dadurch, daß zu den Wortführern dieſer Gruppe der aus der Sozialdemokratie herübergekommene Max Lorenz gehörte, der nament-

lich die Gefahr einer Sozialdemokratisierung der Leitung der Landgemeinden fürchtete, wurde zugleich zum ersten Mal ersichtlich, wie er geneigt war, möglichst weit von seinen bisherigen Parteigenossen abzurücken. Seine Stellung teilte Verlagsbuchhändler Dr. Rupprecht in Göttingen und Lizentiat Everling-Crefeld, der mehr die Gefahr der Zentrumsleitung für die Städte des Rheinlands betonte, die durch das allgemeine, gleiche und geheime Kommunalwahlrecht heraufbeschworen werden würde. Göhre wollte Streichung des ganzen Passus; denn es käme doch noch die Frage eines besseren Wahlrechts als das zum Reichstage in betracht. Allein der Widerstand namentlich aus Süddeutschland und dann auch die sozialen Gesichtspunkte waren in der Versammlung zu mächtig, als daß man hier eine Verwässerung des konsequent liberalen Gedankens zugegeben hätte. Naumanns Vorschlag siegte mit starker Mehrheit. Doch ist bei der Beratung eines Kommunalprogramms 1899 die Frage nach dem Gemeindewahlrecht noch einmal aufgeworfen, dann aber ebenfalls im Sinn des Reichstagswahlrechts entschieden worden.

Daß auch antisemitische Stimmungen vorhanden waren, die sich mit hakatistischen Neigungen gegen das Polentum verbanden, zeigte weiter eine kurze Debatte über die Forderung „ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger". Aber sie wurde ebenfalls gegen 16 Stimmen angenommen, und die antisemitische Frage hat dann nur noch einmal in einer Preßfehde der „Zeit" Meinungsverschiedenheiten gezeitigt, indem man die Mitwirkung von Juden vorübergehend aus einem kleinen Kreis Nationalsozialer heraus vergeblich anfocht. Endlich sei noch hervorgehoben, daß der Frauenfrage entgegen dem Programmentwurf Naumanns ein besonderer Paragraph zugebilligt wurde. Hierbei trat Frau Gnauck-Kühne in einer eindrucksvollen Rede auf. Was sonst noch an Änderungen des Programms vorgenommen wurde, war nebensächlicher Art. Es gelangte schließlich gegen zwei Stimmen zu einer unter großem Beifall aufgenommenen einheitlichen Annahme in dem Sinne, daß dieses Programm als Grundlinien gedacht sei, deren Ausbau in Spezialprogrammen der Zukunft vorbehalten werden solle. Der Wortlaut dieser Grundlinien lautete nunmehr:

> § 1. Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Innern halten, zugleich aber der Überzeugung sind, daß die äußere Macht auf die Dauer ohne Nationalsinn einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann. Wir wünschen darum eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen.

§ 2. Wir wünschen eine feste und stetige auswärtige Politik, die der Ausdehnung deutscher Wirtschaftskraft und deutschen Geistes dient. Um sie zu ermöglichen, treten wir für die ungeschmälerte Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, für eine angemessene Vermehrung der deutschen Kriegsflotte, sowie für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien ein. Im Interesse der vaterländischen Macht und Ehre werden wir Mißstände in unseren militärischen und kolonialen Einrichtungen stets offen bekämpfen.

§ 3. Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir sind für Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage und für Ausdehnung desselben auf Landtage und Kommunalvertretungen. Wir fordern Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Vereinsfreiheit und ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger.

§ 4. Wir wollen eine Vergrößerung des Anteils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land unter Männern und Frauen an dem Gesamtertrag der deutschen Volkswirtschaft hat, und erwarten dieselbe nicht von den Utopien und Dogmen eines revolutionären marxistischen Kommunismus, sondern von fortgesetzter politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Arbeit auf grund der vorhandenen Verhältnisse, deren geschichtliche Umgestaltung wir zu gunsten der Arbeit beeinflussen wollen.

§ 5. Wir erwarten, daß die Vertreter deutscher Bildung im Dienst des Gemeinwohls den politischen Kampf der deutschen Arbeit gegen die Übermacht vorhandener Besitzrechte unterstützen werden, wie wir andererseits erwarten, daß die Vertreter der deutschen Arbeit sich zur Förderung vaterländischer Erziehung, Bildung und Kunst bereitfinden werden.

§ 6. Wir sind für Regelung der Frauenfrage im Sinne einer größeren Sicherung der persönlichen und wirtschaftlichen Stellung der Frau und ihrer Zulassung zu solchen Berufen und öffentlich rechtlichen Stellungen, in denen sie die fürsorgende und erziehende Tätigkeit für ihr eigenes Geschlecht wirksam entfalten kann.

§ 7. Im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht uns das Christentum, das nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren soll.

Zweierlei blieb nun noch der Entscheidung der Versammlung vorbehalten: einmal, ob es sich hier um eine Vereinsgründung oder um eine Parteigründung handeln solle, und dann, welche Form man dieser Organisation geben wolle.

Über den ersten Punkt entbrannten die Meinungen ziemlich heftig. Naumann hatte schon in seiner großen Rede eindringlich vor einer voreiligen Parteigründung gewarnt. Das Ziel sei sicher die Partei.

> Aber eine Partei ist von nachhaltigem Einfluß erst, wenn sie über eine Million Wahlstimmen auf sich vereinigt. Jetzt gehören im besten Fall 10 000 Menschen zu uns, bei einer ersten Wahl kaum über 50 000. Der Weg ist also lang. Freilich ist aber auch jede Minorität geeignet, Majorität zu werden, wie die Marxisten, die 1871 mit 39 000 Stimmen anfingen, zeigen. Nur ungern erscheine er als der Mann an der Bremse. Stimmung mag für die Partei vorhanden sein; aber es fehle noch an dem Metall, das notwendig ist. Uns fehlt auch noch die politische Durchbildung. Tun wir uns zu früh schon groß auf, dann erziehen wir unsere Leute zur Ungründlichkeit. Auch haben wir keine Berufspolitiker, die eine Partei braucht. Erst dann ist diese möglich, wenn die Parlamentsvertretung da ist. Die ältere christlichsoziale Partei und die Antisemiten sollen uns warnen, zu früh Partei werden zu wollen.

Die Freunde einer sofortigen Parteigründung machten hiergegen geltend, daß Partei zugkräftiger sei als Verein, daß man sich selbst in der Entwicklung zurückschraube, wenn man nicht sofort parteibildend vorgehe. So sprachen sich für die Partei Professor Gregory, Gerlach, Pfarrer Eisenwein, Deismann, Maurerpolier Naumann, Lorenz aus. Göhre plaidierte für „Bund". Unsere Vorschläge seien noch nicht abgeklärt genug für die Partei. Aber auch dieser Vorschlag schlug nicht durch. Man lehnte Göhres Antrag und den Eisenweins auf Gründung einer Partei ab und nahm den Antrag Naumanns an: „Wir gründen heute einen politischen Verein als Vorbereitung zu einer Partei."

Aber welchen Namen sollte der Verein tragen? Noch einmal trat als Wortführer christlichsozialer Gesinnungen ein Redner, der Dichter Pfarrer Fedderſen-Niebüll, auf und wollte dem Wort christlichsozial seinen guten Klang erhalten. Aber der Widerhall, den er fand, war gering. Die Stellung, die man dem Christentum im Programm gegeben, paßte dazu nicht mehr, und es schien auch wünschenswert, daß jeder Verwechselung mit der Stöcker'schen christlichsozialen Organisation vorgebeugt werde. So schlugen Pfarrer Battenberg aus Frankfurt a. M. und Professor Gregory aus Leipzig gemeinsam vor „nationalsozialer Verein". Göhre wollte lieber „Verein für nationalen Sozialismus". Er hob hervor, daß sozial schon jeder sei, der täglich Suppe zur Speisung der Armen gibt, aber sozialistisch kennzeichne schärfer unsere Arbeiterfreundlichkeit. Indeß der Antrag fand keinen Anklang. Die Versammlung stimmte für „nationalsozialer Verein" und schloß ihre Erfurter Tagung, indem sie nun den vierten Tag ihrer Beratungen noch auf

die Schaffung des Organisationsstatuts dieses nationalsozialen Vereins verwandte.

Chefredakteur Oberwinder und Göhre hielten hierzu einleitende Referate. Der praktische Erfolg war, kurz gesagt, der, daß in Rücksicht auf das damals noch bestehende Verbindungsverbot politischer Vereine davon abgesehen wurde, Ortsvereine zu gründen, die in dem einen nationalsozialen Verein zusammengeschlossen wurden. Vielmehr sollte er sich als ein Verein über ganz Deutschland erstrecken und von einer Zentrale aus geleitet werden. Zu dieser Leitung wurde außer einem besoldeten Sekretär ein Vorstand aus sieben Herren bestimmt. Leipzig schien die hierfür geeigneten Persönlichkeiten zu besitzen, und so wurde auch Leipzig zur Zentralstelle gewählt. Folgende waren die damals gewählten Vorstandsmitglieder: Friedrich Naumann als erster Vorsitzender, der einzige, der nicht am Sitz des Vorstandes wohnte, Paul Göhre als zweiter Vorsitzender, der daran war, sein Pfarramt in Frankfurt a. O. aufzugeben, und sich bereit erklärte, nach Leipzig zu ziehen. Dann die Leipziger: Professor Sohm und Professor Gregory, Maurerpolier Naumann und Lithograph Kreuziger. Die siebente Stelle wurde offen gelassen, als für einen Herrn bestimmt, der geeignet sei, als Rechner des Vereins tätig zu sein. Er wurde im Laufe des ersten Jahres in der Person des Kaufmanns Georg Vogel in Leipzig gefunden. Für die Stelle des Sekretärs, dessen Amt berufsmäßig und daher auch besoldet sein sollte, wurde schon in Erfurt der Verfasser dieser Geschichte der Nationalsozialen in Aussicht genommen, der aber aus seinem geistlichen Amt in Darmstadt erst im März des Jahres 1897 ausscheiden und nach Leipzig verziehen konnte. Bis dahin nahm sich Professor Gregory der Sekretariatstätigkeit an. Für den Eintritt in den nationalsozialen Verein wurde als Bedingung festgesetzt: der Besitz deutscher Reichsangehörigkeit, der Volljährigkeit und Unbescholtenheit sowie die Bereitwilligkeit, einen Jahresbeitrag zu entrichten, dessen Höhe in das Belieben des Einzelnen gestellt war, wobei man aber annahm, daß, wer ein Jahreseinkommen von mehr als 3000 Mk. habe, nicht unter 5 Mk. zahlen werde. Jährlich sollte eine Delegierten-Versammlung stattfinden, die man später „Vertretertag" genannt hat. Die Wahlen für sie fanden von den Mitgliedern immer je eines Reichstagswahlkreises statt, die bis zu fünf Vertreter entsenden durften. Die Geschäftsführung des Vorstandes, der jährlich zu wählen war, wurde unter die Aufsicht einer Kontrollkommission gestellt. Dies die Grundzüge der Organisation des nationalsozialen Vereins, der nach ihrer Annahme am 25. November 1896 in Erfurt sich als konstituiert erklärte und nun an die politische Arbeit gehen sollte, für die er sich in seinen „Grundlinien" zu einem Programm die politisch grundsätzliche Basis geschaffen hatte.

Der Empfang, der der neuen politiſchen Organiſation in Deutſchland von den Parteien durch ihre Preſſe bereitet wurde, war nicht gerade ermutigend. Man hatte die Erfurter Verhandlungen durchweg einer ſehr eingehenden Berichterſtattung gewürdigt, auf die nun eine zumeiſt aus Böswilligkeit und Mißverſtändniſſen zuſammengeſetzte Kritik folgte, der gegenüber ſich nur wenige Zeitungen auf den vornehmeren Standpunkt ruhiger Sachlichkeit ſtellten. Es würde zu weit führen, auch nur die bemerkenswerteſten Urteile der politiſchen Preſſe anzugeben. Nur ſo viel ſei geſagt, daß man rechts wie links gleich damals die Inſtrumente auf ganz dieſelbe Tonart ſtimmte, in der man dann all die Jahre hindurch das Kriegslied gegen die Nationalſozialen geſpielt hat. Auf der rechten Seite wurde die ehrliche nationale Stellung als Phraſe bezeichnet und das Hinübergleiten in die Sozialdemokratie prophezeit; auf der äußerſten Linken hatte man Spott und Hohn bereit für die Wirrköpfe, Schwarmgeiſter, Phantaſten und weiſſagte eine Wendung nach rechts unter Sohms Einfluß. Der Freiſinn und die bürgerliche Demokratie ſtießen ſich teils an den ſozialiſtiſchen Neigungen; teils anerkannten ſie, wie z. B. die „Frankfurter Zeitung", den ſozialpolitiſchen Willen, tadelten aber den „Autoritätsglauben", der zur Reaktion führen werde. Im einzelnen verfielen die Gegner auch gleich in die dann ſpäter ſo beliebte Praxis, die Erfurter Tagung nicht nach ihren Beſchlüſſen ſondern nach einzelnen redneriſchen Ausführungen, die man aus dem Zuſammenhang riß, zu beurteilen. So z. B. die „Nordd. Allg. Ztg.", die gerade die abgelehnten radikalen Anträge gegen die Nationalſozialen ausſpielte. Im übrigen ſah ſie die Hauptgefahr der neuen Partei in der Mitwirkung ſo vieler Paſtoren und Profeſſoren, „die in ihrem Wirkungskreis großen Einfluß haben".

Erfreulicherweiſe beſaß man auf nationalſozialer Seite von vornherein die ruhige Gelaſſenheit, die den gegneriſchen Hieben gegenüber allein am Platz iſt, ſelbſt wenn ſie mit Lüge und Denunziation vergiftet werden. Die „Zeit" vor allem bewies durch die Objektivität, mit der ſie ſolche und ähnliche Preßſtimmen abdruckte, daß man nicht geſonnen ſei, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Man wollte vielmehr durch die Politik, die man verfolgte, zeigen, welches politiſchen Geiſtes Kind man ſei, und hiernach wollte man gerecht beurteilt werden.

Und gleich das erſte Jahr nach Gründung des nationalſozialen Vereins gab nach allen Seiten hin reiche Gelegenheit, unzweideutig Farbe zu bekennen.

Zunächſt auf gewerkſchaftlichem, ſozialem Gebiet.

Kaum daß die Erfurter Tagung vorüber war, entbrannte in hellen Flammen der Hamburger Hafenarbeiterstreik, ein Streik, wie ihn an Größe und Bedeutung Deutschland seit dem Bergarbeiterausstand 1889 nicht gesehen hatte, zuerst scheinbar nur ein lokaler und beschränkter Lohnkampf der Schauerleute, dann durch die Solidaritätsgefühle der Seeleute und Hafenarbeiter aller Art ein Kampf, der auch internationales Gepräge erhielt, wie andererseits die scharfe Zurückweisung vonseiten der Arbeitgeber ihm den Charakter eines Kampfes um die Macht gab. Es hat zwar nicht an Schwankungen innerhalb des Leserkreises und der sich langsam sammelnden Mitgliederschar des nationalsozialen Vereins gefehlt, die über der Frage, „auf wessen Seite steht in diesem Kampf das Recht"? zu keiner klaren Entscheidung kamen und darum die wachsende Sympathie für die Streikenden, die die Führer des Vereins und vor allem die „Zeit"-Redaktion bekundete, anfechten zu müssen glaubten. Ihnen kam man auch darin so weit entgegen, daß einer der Redakteure der „Zeit" nach Hamburg entsandt wurde und dort an Ort und Stelle die Sachlage genau prüfte und darüber in der „Zeit" dann berichtete. Aber in der prinzipiellen Entscheidung konnte es für den nationalsozialen Verein und sein Preßorgan keinen Zweifel geben. Die Nationalsozialen gehörten an die Seite der kämpfenden Arbeiter. Es wäre eine glatte Verleugnung der gewerkschaftlichen Stellungnahme der Nationalsozialen in ihren Grundlinien gewesen, hätten sie von dem Augenblick an, wo die Generalkommission der Gewerkschaften für die Streikenden eintrat, sich noch neutral verhalten oder gar auf die gegnerische Seite gestellt. Und wo wären sie mit ihrer Forderung von der Vermehrung des Anteils, den die Arbeit an dem Gesamtertrag der deutschen Volkswirtschaft haben soll, geblieben, wenn sie hier nicht ihren Mann gestellt hätten, wo die Möglichkeit vorhanden war für einen Erfolg der Arbeiter innerhalb des jetzigen Staats und unserer Gesellschaftsordnung? Erschwert wurde die Stellungnahme durch die Parteinahme des Kaisers, der bei einem Essen, das der Reichskanzler gab, seine Freude darüber aussprach, daß die Arbeitgeber den „unberechtigten Forderungen" entschieden entgegengetreten seien und einen Arbeitgeberbund in diesem Sinne für die Zukunft anregte. Ließ sich mit der monarchisch-nationalen Haltung des nationalsozialen Vereins nun noch eine öffentliche Unterstützung der Streikenden rechtfertigen? War das nicht zugleich das Ende des Bekenntnisses zu einem sozialen Königtum? Die Antwort fand man in dem Appell an die kaiserlichen Februarerlasse von 1890, denen gegenüber diese Haltung des Kaisers denn doch nur ein vorübergehendes Abweichen von der arbeiterfreundlichen Grundstimmung sei, und zugleich in der Erkenntnis, daß uns ein Kaiserwort nicht hindern kann, „unserer staatswirtschaftlichen Einsicht und unserem Gewissen zu folgen unter Wahrung der

Treue zum Kaiserhaus". Und so hat die „Zeit" bis zuletzt auf Seite der streikenden Arbeiter gestanden, und über das geschriebene und gesprochene Wort hinaus hat man von nationalsozialer Seite aus auch eine Geldsammlung für die Streikenden veranstaltet, ungeachtet der geringen Geldmittel, über die man für die eigenen Organisationszwecke gerade damals erst verfügte, wo die Organisationsarbeit noch in den Kinderschuhen steckte. Und ebenso verhielt man sich konsequent ablehnend gegen den christlichen Gewerkverein der Bergarbeiter, weil er trotz der persönlichen Sympathieen, die sein christlicher Charakter in den Reihen der Nationalsozialen wecken mochte, eben doch nur geeignet war, die Einheitlichkeit und damit die Tatkraft der gewerkschaftlichen Bewegung zu schwächen.

Mit der gleichen Folgerichtigkeit gelangte man aber gleich in diesen ersten Monaten politischer Tätigkeit aus dem nationalsozialen Grundgedanken zu einer überaus bestimmten Stellung in der Flottenfrage. Sie wurde durch die neuen Flottenforderungen angeschnitten. Und hatten die Nationalsozialen auch nicht Gelegenheit, ihren Standpunkt im Parlament zu vertreten, so hatten sie doch die Pflicht, sich zu dieser Kernfrage neudeutscher Machtpolitik klar zu äußern. Max Lorenz war es, der (am 7. März 1897) den ersten grundsätzlichen Artikel schrieb und in ihm den Gedankengang schon im wesentlichen festlegte, der dann für die nationalsoziale „Flottenbegeisterung", über die die Flottengegner später so oft spotteten, typisch geworden ist.

> Die deutsche Industrie wächst empor und muß auf lange Zeit noch weiter wachsen. Der deutsche Export wächst stark empor und muß auf lange Zeit noch weiter wachsen, und der deutsche Handel wird mehr und mehr zum Welthandel. Wir müssen uns auf dem Weltmarkt siegreich behaupten, wenn wir unseren Nationalreichtum vermehren und unseren Menschen neue Arbeitsgebiete verschaffen wollen. Könnten wir das nicht, so wäre es nicht zuletzt ein namenloses Unglück auch für die arbeitenden Klassen unseres Volkes, deren materielles Wohlergehen gegenwärtig ohne Zweifel mit der Entwicklung und Ausdehnung deutscher wirtschaftlicher Macht verquickt ist. Diese Ausdehnung kann aber nur geschehen und sich der Konkurrenz gegenüber siegreich behaupten, wenn im entscheidenden Augenblick eine starke Militärmacht dahinter steht. Der deutsche Welthandel bedarf darum der deutschen Kriegsflotte.

Aber wie Bedenken aus nationalsozialen Kreisen gegen die Haltung im Hafenarbeiterstreik zum Ausdruck kamen, so auch hier. Sie wurden namentlich von religiösen Gesichtspunkten aus motiviert. Wie kann man als Christ eine humane Politik nach Innen und eine inhumane nach Außen vertreten? Es hat lange gedauert, bis dieses Bedenken unter der Erkenntnis schwand, daß die größte Humanität doch wohl die ist, die Kinder des eigenen Volkes zu

schützen so gut man es immer kann! Noch bei der Chinadebatte im Jahre 1900 kehrten diese Bedenken wieder, wenn auch damals schärfer provoziert durch einen Ausspruch Naumanns, der das Kaiserwort von dem „Nichtpardongeben" in Schutz nahm.

Wurde der nationalsoziale Verein im Winter 1896/97, nachdem er eben erst an der Seite sozialdemokratischer Arbeiterorganisationen für Streikende gekämpft, durch die Flottenfrage wieder zu den „nationalen Parteien" hingedrängt, so zeigte es sich doch alsbald, daß die nationalpolitische Stellung der Nationalsozialen anders geartet war als die der alten „Kartellparteien". Es trat dies in der Polenfrage zu Tage, in der man sich zwar von nationalsozialer Seite aus durchaus für den Kampf des deutschen Elementes gegen das Überwuchern des Polentums erwärmte, aber in Konsequenz liberaler Grundanschauungen nicht einen Kampf der Gesetzgebung und der Verwaltungsbehörden gegen die Polen gutheißen wollte, der gegen die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz verstieß. Ganz so beurteilte man auch die Dänenfrage.

Diese Angaben mögen genügen, um die politische Haltung der Nationalsozialen im Winterhalbjahr ihres ersten Vereinsjahrs zu charakterisieren.

Nur langsam kam in der gleichen Zeit die organisatorische Tätigkeit vorwärts. An agitatorischen Kräften fehlte es freilich nicht. Außer Naumann hielten von Gerlach, Professor Sohm, Max Lorenz u. a. wiederholt größere öffentliche Versammlungen bald in dieser, bald in jener Stadt ab, vor allem in Leipzig und Berlin, und die „Zeit" konnte unter ihren Vereinsberichten auch von einer stattlichen Anzahl kleiner Versammlungen in den verschiedensten Teilen des Reiches Nachricht geben. Aber die große Schwierigkeit, an der außer der Sozialdemokratie alle Parteien zu kranken haben, trat auch dem jungen nationalsozialen Verein entgegen: über Sympathie und Freundschaft hinaus Gesinnungsgenossen zum festen Anschluß an die bestehende Organisation zu bewegen! Wohl hatte es alsbald nach der Erfurter Tagung nicht an einem entsprechenden Aufruf vonseiten des Vorstandes gefehlt, und auch Professor Gregory wie Paul Göhre bemühten sich nach Kräften, in der „Zeit" wiederholt auf die Wichtigkeit der Organisation als Basis aller politisch wirksamen Arbeit hinzuweisen. Aber erst nach der Schaffung eines berufsmäßig auf Stärkung und Ausbreitung der Organisation gerichteten Sekretariats wurde es möglich, vorwärts zu kommen.

Als Anfang März 1897 der Verfasser dieser Arbeit als Sekretär des Vereins nach Leipzig übersiedelte, zählte der nationalsoziale Verein in ganz Deutschland formell erst 350 Mitglieder, mochten auch nebenher in Ortsgruppen und namentlich in den evangelischen Arbeitervereinen und dann vereinzelt ungleich mehr Gesinnungsgenossen sich ihrer Überzeugung nach zu den National-

sozialen rechnen. Zugestanden muß aber auch werden, daß seit der Erfurter Tagung mancher, der damals noch zu dem „Kreis um Naumann" zählte, sich zurückgezogen hatte, darunter sogar solche, die als Delegierte in Erfurt waren. Um nur zwei bekannte Namen zu nennen: sowohl der Vorsitzende in Erfurt, Stadtpfarrer Traub in Stuttgart, wie Pfarrer Julius Werner hielten sich von weiterer Mitarbeit zurück: ersterer, weil ihm der spezifisch christliche Charakter der Bewegung zu stark aufgegeben und die soziale Arbeit durch die politischen Gesichtspunkte zu sehr beeinträchtigt schien. Und so mag es noch bei manchem gewesen sein, dessen Name darum nicht für die Liste des Vereins angemeldet wurde. Es galt darum jetzt, wo das Sekretariat begründet war, die organisatorische Tätigkeit in gewissem Sinne von neuem zu beginnen. Das geschah durch Gewinnung von Vertrauensmännern in brieflichem und persönlichem Verkehr durch den Sekretär, der zugleich genaue Instruktionen für diese freiwilligen Beamten des Vereins ausarbeitete und das notwendige Material an Listen, Mitgliedskarten u. dergl. beschaffte und versandte. Auch die Geldmittel des Vereins waren entsprechend dem Mangel an Mitgliedern um diese Zeit äußerst gering. Wurde doch, als das Sekretariat ins Leben trat, der ganze Kassabestand des Vereins von circa 300 Mark gebildet. So gering hätte selbst das geringschätzigste Urteil der Gegner damals die numerische und finanzielle Kraft der Nationalsozialen nicht gewertet! Aber es wurde auch bald besser. Die Mitgliederzahl hob sich allmählich. Sie hatte sich schon im Mai 1897 mehr als verdoppelt, und das Vertrauen auf den finanziellen Opfermut der Gesinnungsgenossen war so groß, daß man neben dem Sekretär noch Max Lorenz als Agitator vertragsmäßig anstellte. Er unternahm dann auch in den Frühlings- und den ersten Sommerwochen dieses Jahres wiederholt Reisen, die teils Vorträgen dienten, teils von ihm benutzt wurden, um einzelne Wahlkreise genauer kennen zu lernen, deren politische und wirtschaftliche Struktur für den Erfolg einer nationalsozialen Agitation bei den nächsten Reichstagswahlen zu sprechen schien.

Inzwischen hatte der Verein auch Gelegenheit, öffentlich einer aktuellen politischen Frage gegenüber grundsätzlich Stellung zu nehmen. Von reaktionären Elementen gedrängt, brachte die preußische Regierung ein Vereinsgesetz ein, dessen kautschukartige Bestimmungen in Verbindung mit dem Polizeigeist, der es beherrschte, ihm den Charakter einer Vereinigung von Sozialistengesetz und Umsturzvorlage gaben. Nicht nur die „Zeit" war sofort auf dem Platz, um mit aller Schärfe Stellung gegen die Vorlage zu nehmen. Auch im Verein selbst wuchs die Erregung so an, daß man an die Einberufung eines außerordentlichen Vertretertages dachte. An seine Stelle trat dann aber ein am 18. Mai 1897 „An die Nationalsozialen in Preußen" gerichteter Aufruf des

Vorstandes, der in wuchtiger Sprache das reaktionäre Attentat geißelte. Es heißt da:

> Jeder, der den Wert deutscher Freiheitsrechte erkannt hat, bäumt sich auf gegen diesen neuen Versuch der Vergewaltigung reifer, politischer Männer. Wir Nationalsozialen wissen, wohin wir in diesen Tagen gehören: auf die Seite derer, die bereit sind, diesem abermaligen Vorstoß der Reaktion in Preußen zu begegnen. Alle Gegensätze zwischen den dagegen ankämpfenden Parteien müssen zur Zeit in den Hintergrund treten, wenngleich wir niemals aufhören werden, gegen alles, was die Größe Deutschlands beeinträchtigt, den notwendigen Kampf zu führen. Jetzt gilt es, was alle gleichermaßen angeht, den Schutz der allerselbstverständlichsten Volksrechte, die die Verfassung des ersten und mächtigsten deutschen Bundesstaates bisher gewährleistet hatte.

Daran schloß sich die Aufforderung, an allen Protestversammlungen gegen die Vorlage teilzunehmen und solche auch selbst zu veranstalten.

Die besondere parteipolitische Bedeutung dieses Aufrufs aber lag darin, daß sie zu einer sehr scharfen Absage der Nationalsozialen gegen die Konservativen führte, deren Wünschen dieses Gesetz entsprungen war. Naumann faßte sein Urteil in die Worte zusammen: „Die Herrschaft der Konservativen ist ein nationales Unglück ersten Ranges." Er charakterisierte aber zugleich auch die Situation treffend dahin, daß diese Herrschaft nicht zum wenigsten ermöglicht werde durch das feindliche Verhalten der Sozialdemokratie dem Staat gegenüber, als deren Erhalter und Beschützer sich dann die Konservativen empfehlen. Er sagte geradezu:

> „Die Sozialdemokratie hat durch ihre revolutionären und antinationalen Redensarten die bürgerlichen Kreise reaktionär gemacht und damit den Boden bereitet, auf dem jetzt das Unkraut des preußischen Vereinsgesetzentwurfs erblüht. Deshalb müssen wir eben an die Stelle eines revolutionären einen staatserhaltenden Sozialismus setzen."

Aber kaum hatte man so Gelegenheit genommen, an einer aktuellen politischen Frage von neuem sich über die Notwendigkeit und die Richtigkeit des nationalen Sozialismus zu orientieren, so fiel ein erster schwerer Schlag auf die junge, von Hoffnungen und Kampfesmut erfüllte Bewegung. Das weitere Fortbestehen der „Zeit" wurde in Frage gestellt. Für nahezu alle Nationalsozialen kam dieses Unglück gänzlich überraschend. Auch der Vorstand ahnte davon wenig, trotzdem es ihm bekannt war, daß finanzielle Sorgen bestanden.

2. Das Ende der „Zeit“ und die Gegensätze im Verein.

Man kann nicht anders sagen, als daß die „Zeit“ an sich einen ganz netten Aufschwung genommeu hatte. Sie zählte zu jener Zeit 5200 feste Abonnenten: eine Zahl, die noch nicht bedrohlich war, wenn die nötigen Geldmittel vorhanden waren, die über die ersten schweren Jahre hinweg halfen. Die Redaktion hatte am 1. April eine Änderung erfahren. Oberwinder hatte sich entschlossen, von der Leitung zurückzutreten, und Naumann war von Frankfurt am Main nach Berlin übergesiedelt. Eine neue redaktionelle Kraft war in Damaschke gewonnen worden, nachdem die „Kieler Neuesten Nachrichten“ im ersten Quartal 1897 durch finanzielle Schwierigkeiten seinen Austritt dort notwendig gemacht hatten. Die Redaktion leistete Tüchtiges. Aber die Geldausgaben waren unvorhergesehen groß geworden, und die Zuschüsse, auf die man von verschiedenen Seiten glaubte rechnen zu dürfen, blieben aus! So war eine Schuldenlast entstanden, und das fernere Betriebskapital war nicht gesichert. Man stand vor dem Konkurs. Sein Ausbruch würde gleichbedeutend mit dem Ende des nationalsozialen Vereins gewesen sein. So mußte man zum mindestens suchen, alle finanziellen Verpflichtungen, etwa 23000 Mark, zu decken und, wenn möglich, durch neue Geldmittel dann eine neue Basis für dieses Zeitungsunternehmen aufzubauen. Diese Lage schilderte Naumann eingehend am 30. Mai in einer Vorstandssitzung zu Leipzig. Er konnte dabei auch mitteilen, daß sich ein Kreis wohlhabender Freunde in Westdeutschland gefunden habe, der bereit sei, das Defizit zu decken, aber zugleich die Bedingung stelle, daß dann die „Zeit“ am 1. Juli eingehe. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß man unmöglich auf den Fortbestand der „Zeit“ verzichten dürfe, ohne den Mitgliedern des Vereins und dem Leserkreis des Blattes wenigstens die Möglichkeit geboten zu haben, durch finanzielle Opferwilligkeit die für den Fortbestand der „Zeit“ notwendigen Mittel aufzubringen, und zugleich auch noch einen kapitalkräftigen Verleger zu suchen, der bereit sei, mit oder ohne diese Unterstützung den Verlag der „Zeit“ zu übernehmen. Beides ist dann auch versucht worden. Die Verhandlungen mit Verlegern haben noch bis in den September hinein fortgedauert; aber obwohl es mehrmals nahe daran war, daß ein Abschluß zustande kam, scheiterte dieser Plan. Von größerem Erfolg begleitet schien der Beschluß zu sein, an die Opferwilligkeit der Freunde des Vereins und der „Zeit“ zu appellieren. Auf einen vom Vorstand in der „Zeit“ veröffentlichen Aufruf hin, durch Geldzeichnungen den Bestand der „Zeit“ wenigstens auf ein weiteres Jahr zu garantieren — nur in dem Fall, daß die hierfür notwendige Summe im ganzen gezeichnet würde, sollten die Einzelzeichnungen verbindliche Kraft erhalten — ging eine

Menge von kleinen und größeren Geldzeichnungen beim Sekretariat ein, zumeist unter den wärmsten und begeistertsten Bekenntnissen der treuen Anhänglichkeit für das in seinem Bestand gefährdete Blatt. Die so garantierte Summe betrug 32000 Mark, dazu 18000 Mark, die Naumann direkt versprochen wurden sowie das Versprechen einer noch ebenso großen Gesamtsumme für den Fall, daß ein geeigneter Verleger gefunden werde. Diesem hätten demnach 100000 Mark zur Verfügung gestandeu. Aber er war nicht zu finden. So stand man vor der Tatsache, über nur etwa 50000 Mark verfügen zu können, eine Summe, die teils zur Deckung des Defizits, teils zur Weiterführung verwandt werden konnte. Das aber reichte nicht aus. Mußte man doch für ein weiteres Jahr auf 80000 Mark Zuschuß rechnen und dazu auf die Deckung des Defizits mit 23—25000 Mark. Man entschloß sich vonseiten des Vorstandes gemeinsam mit der Kontrollkommission dazu, die Geldzeichner nochmals zu befragen und zwar in dem Sinne, ob sie ihre Summe auch dann geben wollten, wenn die „Zeit" wenigstens noch ein Quartal fortgeführt werde, wobei man sich der Hoffnung hingab, daß es am Ende doch in diesem Quartal gelingen werde, einen Verleger und noch höhere Geldsummen zu finden. Diese Hoffnung schlug zwar fehl; wohl aber waren die Geldzeichner bereit, ihre Zeichnungen aufrecht zu erhalten, auch wenn etwa die „Zeit" nur noch bis zum 30. September bestehen bleiben könne.

Es waren Wochen banger Sorge und angespanntester Versuche, neue Mittel und Wege zur Erhaltung der „Zeit" zu finden, die nun anbrachen. Bald glaubte man einen Rettungsweg zu finden; bald enttäuschte auch er wieder. Die Protokolle der Vorstandssitzungen zeugen davon, wie man nichts unterließ, um das Ereignis abzuwenden, daß die Tageszeitung eingehe. Es war vergeblich! Anfang September mußte man die Hoffnung aufgeben.

Man hatte sich auch eine zeitlang mit dem Plan getragen, das Blatt in kleinerem Umfang erscheinen zu lassen oder statt als täglich erscheinende Zeitung nur dreimal die Woche. Aber gewichtige Gründe sprachen dagegen. So machte man sich immer mehr mit dem Gedanken vertraut, auf die Tageszeitung zu verzichten und den Vorschlag Naumann's anzunehmen, daß vom 1. Oktober an „Die Hilfe" in erweitertem Umfang (16 Seiten) zum Preis von Mk. 1,50 im Vierteljahr erscheinen solle, aber in Rücksicht auf die Vereinsorganisation unter Erhaltung des Agenturbetriebes, der einen persönlichen Verkehr mit den Abonnenten leichter ermöglichte, als dies bei dem Postabonnement der Fall ist.

Als der September seinem Ende zuneigte, war die Zeit der „Zeit" vollendet — ihre letzten Nummern konnten gerade noch Berichte über den zweiten

Vertretertag des nationalsozialen Vereins bringen, der wie der erste in Erfurt tagte.

Stand dieser zweite Vertretertag durch den Eingang der „Zeit" naturgemäß unter einem niederdrückenden Gefühl, so war er zugleich berufen, neben der nun beginnenden Ausgestaltung des nationalsozialen Programms neuere Zwistigkeiten im Verein zum Austrag zu bringen, die in mittelbarem Zusammenhang mit der Krisis standen, der die „Zeit" zum Opfer fiel.

Pflegen schon gemeinhin äußere Schicksalsschläge, die eine Organisation treffen, zu einer Kritik auch an dem innern Bestand eben dieser Organisation zu führen, so lag dies hier um so näher. Hatte die „Zeit" auch am Schluß ihres Bestandes mit ca. 6000 Abonnenten ihren Höchstbestand erreicht, so ließ sich doch klar erkennen, daß der Abonnentenstand in dem verlaufenen Jahr bis auf einen kleinen treuen Stamm stark gewechselt hatte. Nötigte das nicht zu der Erkenntnis, daß Mängel in der Haltung des Blattes vorlagen? Diese Meinung wurde gleich unter der ersten Nachricht von der Bedrohung der Existenz der „Zeit" vielfach ausgesprochen, sowohl innerhalb des Vorstandes wie in vielen Zuschriften, die beim Sekretariat einliefen. Und zwar teilten sich hier die Anschauungen im wesentlichen nach den beiden Richtungen, deren Nebeneinander schon bei der ersten Erfurter Tagung hervorgetreten war.

Die einen vermißten das Vorherrschen des nationalen Gedankens in allen Fragen, auch auf dem sozialen und dem parteipolitischen Gebiet. Ihnen schien darum die Stellungnahme der „Zeit" gegenüber der Sozialdemokratie nicht scharf genug, während sie es zugleich mißbilligten, daß sich der Kampf vornehmlich gegen die rechtsstehenden Parteien gerichtet habe. Das Eigentümliche und Richtunggebende müsse für den nationalsozialen Verein trotz aller Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sie sich rücksichtslos z. B. in der materiellen und ideellen Unterstützung der Hamburger Hafenarbeiter gezeigt habe, in der Bekämpfung der Sozialdemokratie gesehen werden. Das sei Pflicht nicht nur im Interesse des Deutschen Reiches sondern gerade auch der Arbeiterbewegung selbst, deren größtes Hemmnis die Sozialdemokratie sei. Weil man dies versäumt habe, habe die „Zeit" nicht den Anklang in den Kreisen der Gebildeten finden können, der zu ihrer Ausbreitung notwendig gewesen wäre. Der Wunsch dieser Gruppe, der in einer Resolution dem Vertretertag unterbreitet werden sollte, ging darum darauf hinaus, daß der Vorstand für die Zukunft das öffentliche Vorgehen des Vereins in diesem Sinne regeln möge. Geführt wurde diese Gruppe von Professor Sohm, dem sich in Leipzig vor allem Max Lorenz angeschlossen hatte, und in ihr

traten neben Dr. Rupprecht-Göttingen und Professor Trommershausen-Frankfurt a. M. vor allem akademische Lehrer in Marburg hervor: die Professoren W. von Blume, Carl Sartorius, Johannes Weiß und Karl Rathgen. Die Aussprache ihrer Gedanken in der „Hilfe“ rief die Abwehr von der anderen Seite unter der Führung Paul Göhres hervor. Er wünschte die Beibehaltung der bisherigen Taktik. Der Beruf der Nationalsozialen müsse sein und bleiben ihre eigenartige und energische Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes. Darum anerkennen sie trotz des Bewußtseins vieler und großer Unterschiede zur Sozialdemokratie unumwunden deren große Verdienste um die Emporentwicklung der arbeitenden Bevölkerung. Insbesondere finden sie in der Sozialdemokratie, namentlich in der letzten Zeit, in immer stärkerem Maße Ansätze zu einer Entwicklung nach der nationalen und praktisch reformerischen Seite hin. Die Hoffnung und Arbeit der Nationalsozialen müsse darum nicht hauptsächlich auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie gehen sondern auf eine innere Umwandlung dieser Partei in der Richtung der nationalsozialen Gedanken.

Verschärft wurden diese Gegensätze noch erheblich durch Publikationen von beiden Seiten. Göhre hatte in der „Wahrheit“ einen Artikel voll scharfer Angriffe gegen das konservative Agrariertum geschrieben, und Professor Sohm nannte in einem seiner Hilfeartikel die Masse (und zwar jede Masse) „dumm“. So gab es heftige Erregungen innerhalb des nationalsozialen Vereins, und der zweite Vertretertag schien, wenn es nicht gelang, die beiden Richtungen auszusöhnen oder einen modus vivendi zu finden, den Bestand des Vereins unmittelbar noch stärker zu gefährden als der Eingang der „Zeit“.

So ging man dieser Tagung nicht ohne ernstliche Sorge entgegen. Sie fand vom 26. bis 29. September 1897 in Erfurt statt. Gerade aber die rückhaltlose Aussprache von beiden Seiten in Verbindung mit dem guten Willen, von den beiden gegensätzlichen Ausgangspunkten „national“ und „sozial“ die Vereinigung im nationalen Sozialismus zu finden, haben die Krisis, in der der nationalsoziale Verein stand, zu überwinden gewußt.

Ungemein erleichtert wurde dies durch den Vortrag, mit dem Professor Sohm die Verhandlungen eröffnete. Völlig unabhängig von der bestehenden Streitfrage legte er in einem glänzenden Referat über das allgemeine Wahlrecht als Grundlage der inneren und äußeren Politik ein so überzeugendes Bekenntnis seiner von nationalen Gesichtspunkten aus gewonnenen sozialen Gesinnung und politisch freiheitlichen Überzeugung ab, daß damit schon eine Brücke zu dem „linken“ Flügel der Partei geschlagen wurde. Er führte ungefähr folgendes aus:

Die praktischen Früchte des bestehenden Reichstagswahlrechts sprechen in den Augen eines nationalen Mannes nicht für dieses Wahlrecht. Es hat das Zentrum und die Sozialdemokratie stark und einflußreich gemacht. Auch der Theoretiker kann viel gegen dieses Wahlrecht einwenden. Die Gleichheit, die es fordert, besteht nach Besitz und Bildung nicht unter denen, denen es verliehen ist. Aber es ist heute das allein mögliche Wahlrecht, weil es dem heutigen Wesen der Gesellschaft entsprechend ist. Sie ist die Großmacht im Staate und ist darauf angelegt, ständig zu wachsen. Einst war sie nur vom Adel gebildet, die andern waren Masse. Dann wuchs in sie das Bürgertum hinein; heute ist in sie der Arbeiterstand eingetreten, und sie hat die Gesellschaft unter Führung der Sozialdemokratie demokratisiert. Das ist eine Tatsache, die nicht mehr rückgängig zu machen ist. Ihr aber entspricht allein ein demokratisches Wahlrecht. Damit braucht der Staat selbst noch nicht demokratisch zu werden. Das würde ihn zum Parteistaat machen. Dagegen schützt ihn die Monarchie; aber neben ihr soll das Volk mitregieren. Es bedarf des Bundes mit der Gesellschaft. Und wie das allgemeine Wahlrecht allein dem heutigen Zustand der Gesellschaft entspricht, so ist es auch heute das allein gerechte. Jedes Klassenwahlrecht führt zum Klassenstaat. Wir aber wollen den Volksstaat. Nur er ist der gerechte Staat, der alle als Bürger, niemand als Knecht behandelt. So ist das allgemeine Wahlrecht heute allein gerecht. Gewiß sind die Fähigkeiten aller nicht gleich. Aber auf der Fähigkeit der Menge beruht auch der parlamentarische Staat nicht sondern auf der Notwendigkeit, daß die Interessen aller einen Mund haben sollen. Jeder hat das gleiche Interesse, daß dieser Staat so funktioniert, daß auch seinen Bedürfnissen das gerechte Maß der Befriedigung zuteil werde. Und dann noch eins. Das allgemeine Wahlrecht bedeutet die Freiheit der Geltendmachung jeder Uberzeugung. Bei ihm haben darum die vorhandenen natürlichen Ungleichheiten die freieste Bahn, sich geltend zu machen. Um so mehr ist es gerecht. Es legt den Gebildeten die Pflicht auf, den Interessen des ganzen Staates zu dienen. Darum wird es die Macht des Staates stärken. Wenn wir für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintreten, werden wir für die Gerechtigkeit wie für die Größe und Macht des deutschen Volkes eintreten.

Mochte auch dieser Vortrag Anlaß zu einer Debatte geben, die wieder die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Landtage und namentlich die Gemeinden streifte und damit den vereinzelten Gegnern dieser Ausdehnung zum Wort verhalf, ohne daß sie einen Erfolg hatten, seine Bedeutung lag in der Vorbereitung der Aussprache über die Prinzipiendebatte, die formell im Anschluß an Naumanns politischen Jahresbericht erfolgte.

In dieser Debatte führte Professor Sohm aus, sein Wunsch, der Verein möge eine andere Taktik verfolgen als bisher, gehe von zwei Gesichtspunkten

aus, von einem praktischen und einem theoretischen. Praktisch frage er sich, wen wollen wir gewinnen?

> Die bisherige Taktik wollte die Arbeiter gewinnen; darum habe man den Gegensatz gegen die Sozialdemokratie verschleiert und den Kampf vor allem gegen rechts geführt. Es gelte aber vornehmlich, die Gebildeten zu gewinnen, deren geistiger Leitung der Staat unterliegt. Sie können wir nur gewinnen, wenn wir zeigen, daß in unseren Ideen die Macht liegt, die Sozialdemokratie zu überwinden. Und theoretisch betrachtet sei es ebenfalls falsch, den Feind bei den Konservativen zu suchen, die trotz mancher Mängel an sozialem Geist sich doch nicht so prinzipiell wie die Sozialdemokratie der Sozialreform der Regierung entgegengestellt, sie vielmehr unterstützt habe. Die Sozialdemokratie sei als Klassenpartei unsozial und vergifte das deutsche Volk mit ihren Anschauungen über das Nationale, das Religiöse und die Moral.

Göhre hielt dem entgegen, daß man auf nationalsozialer Seite immer den Kampf nach zwei Fronten gefordert habe. Wolle man aber fragen, wohin er schärfer sich zu richten habe, so müsse man sich dessen erinnern, daß wir grade als „Nichtkonservative Christlichsoziale" im Widerspruch gegen rechts ins Leben getreten sind.

> Und das mit Recht, denn von dort aus sind wir verfolgt und geächtet worden. Dazu bedenke man doch, wie von dort jetzt die Reaktion drohe. Wolkenschieber der Reaktion aber dürfen wir niemals werden. Bei aller Gegensätzlichkeit zur Sozialdemokratie ist diese anzuerkennen als ein Hort der Freiheit und der Fortentwickelung, wenn auch oft in falscher Weise. Wie könne man bei dem engen Zusammenhang zwischen Arbeiterschaft und Sozialdemokratie auf diese losschlagen, ohne jene zu treffen? Wir müssen vielmehr auf die Umwandlung der Sozialdemokratie hoffen, und darnach könne unsere Taktik nur die sein: abweisend gegen die revolutionäre Richtung innerhalb der Sozialdemokratie, annähernd an die reformerische. Sohms Taktik würde aus den Nationalsozialen eine Kohorte von Sozialistentötern machen. Das dürfe nicht geschehen.

Diese beiden Gedankenreihen, von den Führern, wenn ich so sagen darf, der beiden Richtungen vorgetragen, kehrten mehr oder weniger präzis auch in der weiteren Diskussion wieder, ohne daß nennenswerte neue Momente hervorgetreten wären. Naumann hatte seinen Standpunkt im politischen Jahresbericht selbst ausgesprochen, indem er in der Defensive gegen die Extreme von rechts und links hervorhob, daß je nach den politischen Fragen man doch stets vom Verein und dessen Presse aus den nationalen und den sozialen Standpunkt betont habe. Was dem einen dort, sei dem andern hier zu viel gewesen. Man habe ehrlich versucht, den Mittelweg zu gehen, nicht im Sinne der Ab-

schwächung der einzelnen Gedanken sondern im Sinne der konsequenten Durchführung der Gedankenreihen. Das Problem sei, die beiden Grundgedanken zu einer Einheit zu bringen. Und darin sei doch schon ein Fortschritt zu verzeichnen; noch ein, zwei Jahre, und die Legierung wird vollständig sein.

> Indem wir mit zwei Augen schauen, mit dem nationalen und dem sozialen, geben doch beide Augen ein einheitliches Bild. Der Vorwurf zu großer Freundschaft zur Sozialdemokratie treffe nicht zu. Grade von der sozialdemokratischen Seite aus sei ja in diesem Jahr das Wort vom Zerschneiden des Tischtuchs gegenüber den Nationalsozialen gefallen. Und in jener Versammlung, wo dies geschah, als Bebel über äußere Politik sprach und Englands Freundschaft empfahl, während Lorenz und er (Naumann) Bebel gegenüber Rußland als politischen Zukunftsfreund empfahlen, habe es sich deutlich gezeigt, daß es sich um zwei politische Weltanschauungen handle zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialen.

Schließlich nahm die Debatte den Verlauf, daß man den Versuch machte, durch vermittelnde Resolutionen die beiden Standpunkte auszugleichen. Das gelang denn auch und zwar, indem man zwei Resolutionen annahm, eine von dem mehr rechten und eine von dem mehr linken Flügel, die sich ergänzten.

Die eine Resolution, von Dr. Rupprecht eingebracht, lautete:

1. Wir lehnen es ab, eine einseitige Interessenvertretung des Arbeiterstandes zu sein, weil das egoistische Ziel einer solchen unverträglich wäre mit unserem nationalen und sozialen Grundgedanken, und weil der Arbeiterstand ganz besonders, aber keineswegs ganz allein, der Besserung seiner Lage bedarf.
2. Wir stehen in einem scharfen Gegensatze zur marxistischen Sozialdemokratie, weil diese Richtung nicht national und zugleich ein schweres Hindernis einer gesunden Entwickelung Deutschlands und des Arbeiterstandes ist. Wir werden daher die sozialdemokratische Partei mit allen tauglichen Mitteln bekämpfen. Wir halten aber Polizeimaßregeln nicht für tauglich sondern für schädlich und werden allen Versuchen, mit solchen vorzugehen, nachdrücklich entgegentreten.
3. Von den „nationalen Parteien“ trennt uns ihr antisoziales Verhalten. Wir werden diese Parteien bekämpfen, soweit sie egoistische Klasseninteressen vertreten, und werden im nationalen und sozialen Interesse insbesondere uns zur Aufgabe machen, die Übermacht des mobilen Kapitals und des Großgrundbesitzes zu brechen. Wir wissen aber, daß innerhalb dieser Parteien weite Kreise soziales Verständnis haben, und werden deren Bestrebungen ebenso fördern wie die derjenigen Sozialdemokraten, die für den Gedanken einer nationalen Sozialreform empfänglich sind.

Der andere, von Tischendörfer-Berlin befürwortete Antrag, hat den Wortlaut:

> Im Hinblick auf mancherlei Aussprüche hervorragender Vereinsgenossen und vielfache Behauptungen verschiedener Volkskreise erklärt der Delegiertentag des nationalsozialen Vereins, daß derselbe
>
> 1. nur für offizielle Vereinsmitteilungen verantwortlich ist;
> 2. die Arbeiterfrage nur in Verbindung mit dem Gesamtinteresse des Volkes gelöst werden kann;
> 3. den sozialen Frieden nur von einem fortgesetzten, gründlichen Ausbau der Sozialreform erwartet;
> 4. sich in entschiedenem Gegensatz zur heutigen sozialdemokratischen Partei befindet und
> 5. alle antinationalen und antisozialen Bestrebungen der vorhandenen Parteien in ausdrücklicher Weise bekämpft.

Damit war der Streitpunkt aus der Welt geschafft, aber freilich nur formell, und indem man gegenseitig auf den guten Willen vertraute, sich in einander einzuleben und dadurch die Einigung zu finden. Es konnte dagegen nicht ausbleiben, daß die Differenz wiederkehrte. Und wo der Punkt sein werde, an dem sich die Meinungen widersprechen mußten, war leicht vorauszusehen und hatte schon in der Debatte angeklungen: bei den Wahlkämpfen, vor allem bei der Eventualität, daß sich Nationalsoziale in einer Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und einem nationalen Kandidaten entscheiden mußten. Gerlach hatte im Anschluß an Sohms Vortrag diese Frage gestreift und den Antrag gestellt, der auch angenommen wurde, wo keine nationalsoziale Kandidaten aufgestellt sind, nur für einen Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu stimmen. Aber damit war nur zum Teil eine Richtschnur gegeben, und daß auch sie nicht zureichte, um hier einem neuen Ausbruch von Differenzen vorzubeugen, sollte sich 10 Monate später zeigen, als man in einer Reihe von Wahlkreisen vor die Stichwahlfrage gestellt wurde.

3. Der erste Ausbau des Programms.

Die zweite Erfurter Tagung 1897 beschäftigte sich außer mit jenen prinzipiellen Streitigkeiten nun noch mit der positiven Arbeit weiterer Programmformulierung. Sie war für diesen Vertretertag nach drei Richtungen hin vorgesehen. Hatte das Sohm'sche Referat über das Wahlrecht eine Bekräftigung des politisch-liberalen Standpunktes der Nationalsozialen gebracht, so wollte man an zwei wirtschaftlichen Fragen den sozialfortschrittlichen und sozialreformerischen Charakter der Bewegung zeigen und zugleich an einer politisch-ideellen Frage sich als Vertreter moderner Anschauungen dokumentieren.

Man ging an die Aufstellung eines Genossenschaftsprogramms, versuchte sich an dem agrarischen Problem und entwarf ein Schulprogramm.

Bezüglich aller drei Punkte können wir uns kurz fassen. Den Vortrag über das Genossenschaftswesen hatte Goehre übernommen, der ein sehr eingehendes Referat gab, das zwar durchaus nicht in jedem Punkte Zustimmung fand; es gab vielmehr über die Handwerkerfrage, die Baugenossenschaften und und die Erwerbsgenossenschaften eine ausgiebige Debatte, und ebenso glätteten sich nicht sofort die Anschauungen über die Stellung der Genossenschaften zu religiösen and politischen Fragen. Aber im ganzen wurden die von Goehre aufgestellten bezw. von Berlin aus eingebrachten und von ihm unterstützten Anträge in etwas modifizierter Form angenommen, so daß es zu folgender einheitlicher Stellungnahme der Nationalsozialen zum Genossenschaftswesen kam:

1. Wir halten unter gleichmäßiger Ablehnung sozialdemokratischer Neutralität und genossenschaftlicher Schwärmerei eine kräftige Genossenschaftsbildung für ein Hauptförderungsmittel der von uns erstrebten schichtenweisen Emporentwicklung aller Volksgenossen und zugleich für eine ethisch bedeutsame Macht zur Pflege sozialer Gesinnung.

2. Wir unterstützen demgemäß jede geschichtlich bewährte (alte) oder praktischen Erfolg verheißende (neue) Form der Genossenschaftsbildung in Stadt und Land und machen es unseren Gesinnungsgenossen zur Pflicht, sich auf den bereits vorhandenen Genossenschaftsgebieten eifrig zu betätigen.

3. Wir sehen in starken politischen und beruflichen Organisationen notwendige Ergänzungen aller Genossenschaftsbildungen.

4. Wir erstreben Fernhaltung parteipolitischer und religiöser Gesichtspunkte aus den Genossenschaften.

5. Wir verlangen für alle lebensfähigen Genossenschaften, soweit Bedürfnis vorhanden ist, tatkräftige Unterstützung des Staates und der Gemeinden, unbeschadet der genossenschaftlichen Grundsätze der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung.

6. Von den zur Zeit in betracht kommenden Genossenschaftszweigen halten wir die ländlichen Genossenschaften für die aussichtsreichsten. Sie wollen wir daher in erster Linie unterstützen und nach unseren besten Kräften überall ausbreiten und ausbauen helfen, ohne Rücksicht auf die vorläufig noch verschiedenen Strömungen in ihnen.

Nächstdem verdienen die Arbeiter-Konsum- uud die Baugenossenschaften unsere kräftigste Mitarbeit. Wir werden dabei stets für möglichste Bewegungsfreiheit und weitgehendes staatliches und kommunales Entgegenkommen eintreten und alle verwaltungsrechtlichen Bestimmungen bekämpfen, die die jetzigen erfreulichen Anfänge dieser Genossenschaften bedrohen. Bei den Baugenossenschaften bevorzugen wir diejenigen, die ein dauerndes genossenschaftliches Eigentum für alle Mitglieder erstreben.

Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Kreditvereine, Rohstoff-, Magazin- und Werkschaftsgenossenschaften) sehen wir als kräftige Hilfsorganisationen für einen größeren Kreis ländlicher Besitzer und tüchtiger Handwerker und Kleinkaufleute an, die unsere Unterstützung da, wo sie einmal bestehen oder mit sicherem Erfolg ins Leben zu rufen sind, verdienen.

Die Produktionsgenossenschaften halten wir unter den gegenwärtigen Wirtschaftsformen für so wenig aussichtsreich, daß wir nur in ganz besonders günstigen Einzelfällen unseren Freunden eine Beteiligung und Unterstützung dieser Art von Genossenschaften empfehlen können.

Die Siedelungsgenossenschaften sind noch so wenig praktisch erprobt, daß wir uns zur Zeit außer Stande sehen, von Vereinswegen Stellung zu ihnen zu nehmen. Wir werden jedoch jeden praktischen Versuch nach dieser Richtung hin als wünschenswert begrüßen.

Ebenso nahm die Erörterung des Schulprogramms einen Verlauf, der die grundsätzliche Übereinstimmung in weitaus den meisten Fragen zeigte. Das Schulprogramm hatte eine kleine Vorgeschichte. Schon vor der ersten Erfurter Tagung hatte die „Zeit" in einem Aufsatz des Pfarrers Julius Werner Stellung genommen zu zwei der hauptsächlichsten Streitfragen. Er sprach sich zwar für die konfessionelle Volksschule, aber gegen die geistliche Schulaufsicht aus, das Recht des Staats vor dem der Kirche auf die Schule betonend. In ähnlichem Sinne lautete auch der Programmsatz in dem ursprünglich der ersten Erfurter Tagung vorgelegten Entwurf zu einem nationalsozialen Programm, ein Satz, der dann aber aus rein formellen Gründen bei der Aufstellung der Grundlinien ausgeschieden wurde, weil diese keine Einzelprogramme sondern nur Grundsätze enthalten sollten. Professor Rein aus Jena, der gewonnen worden war, um von nationalsozialem Standpunkt aus das Schulprogramm nun endgültig zu entwerfen, gab durch den Grundgedanken seines Entwurfs, der das Prinzip der Selbstverwaltung auch für die Schule fordert, in Verbindung mit einer Dezentralisation der einzelnen Schulinteressenten (Staat, Kirche, Gemeinde, Familie) bei ihren Ansprüchen an die Schule den idealen Weg an, die Frage nach der Konfessionalität der Schule zu lösen, indem den Familien die Freiheit der Bestimmung darüber zugeschoben wird, ob sie ihre Kinder in Simultanschulen oder konfessionelle Schulen senden wollen, wobei auch den Dissidenten volles Recht werden soll. In der anderen Streitfrage nach der Schulaufsicht wurde die Durchführung des staatlichen Oberaufsichtsrechts mit Fachaufsicht in allen Instanzen gefordert. Das größte Gewicht aber wurde gerade vom nationalsozialen Standpunkt aus auf die Einführung der allgemeinen Volksschule gelegt, d. h. eines allgemeinen Unterbaus für sämtliche Schulgattungen. Und ebenso entsprach es dem nationalsozialen Standpunkt, daß in aller Konsequenz für die allgemeine Fortbildungsschule

eingetreten wurde, und daß sich der Verein in seinem Schulprogramm ganz und gar auf die Seite des emporstrebenden Lehrerstandes stellte. Das Programm selbst erhielt folgende Formulierung:

1. Organisation. 1. Die Organisation des öffentlichen Erziehungswesens ist insofern Sache des Staates, als er das gesamte Schul- und Bildungswesen überwacht und gesetzgeberisch regelt. Dieses ist auf den Prinzipien der Gewissensfreiheit und der Selbstverwaltung in konstitutioneller Weise aufzubauen, um den beteiligten Interessen, den Familien, Gemeinden und religiösen Gemeinschaften, genügenden Platz für wirksame Mitarbeit zu schaffen, wie die Gefahren einer einseitigen Schulbüreaukratie zu vermeiden. Privatschulen unter staatlicher Aufsicht sind zuzulassen. 2. Wir verlangen einen gemeinsamen Unterbau für alle Schulanstalten, die allgemeine Volksschule, Beseitigung der Vorschulen an staatlichen und kommunalen Schulanstalten. Um sie lebensfähig zu gestalten, muß vor allem die Überfüllung der Schulklassen vermieden werden. Die Zahl der Kinder darf in einer Klasse nicht über 40 betragen. 3. Wir fordern Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel, ferner ausreichende finanzielle Ausrüstung aus öffentlichen Mitteln zum Besuch höherer Schulen für begabte Kinder unbemittelter Eltern. 4. Wir erstreben für die männliche und weibliche Jugend eine öffentliche erzieherische Fürsorge und eine gut eingerichtete allgemeine obligatorische Fortbildungsschule vom 14. bis 18. Lebensjahre, die nicht nur intellektuell fördernd sondern auch erzieherisch wirken soll. Ein weitergehendes Bildungsbedürfnis kann durch Volksschulen, Volks-Lesehallen, Volksbüchereien und gemeinnützige Vereine befriedigt werden.

2. Lehrerstand. Wir fordern für den Stand der Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen: 1. Für ihr Streben eine bessere Ausbildung, das heißt Vorbildung auf einer höheren Schule, Ausbildung in einer Fachschule, Gelegenheit zur Fortbildung auf der Universität (Errichtung pädagogischer Universitätsseminare mit Übungsschulen). 2. Für ihr Wirken: a) sachkundige Führung, d. h. vor allem Beseitigung jeder technischen Aufsicht durch Glieder irgend eines anderen Standes, b) Fachaufsicht von den unteren bis zu den oberen Instanzen, c) Sitz und Stimme im Schulvorstand auf grund freier Wahl. 3. Für ihr Leben ausreichendes Einkommen und rechte soziale Stellung, d. h. finanzielle und soziale Gleichstellung mit den mittleren Staatsbeamten. — Für den Stand der Lehrer höherer Schulen verlangen wir die Durchführung der finanziellen und sozialen Gleichstellung mit dem Richterstande.

Das dritte Thema, welches zum Zweck des Programmausbaues erörtert wurde, war ein agrarisches. Es sollte die Grundlage zu einem Agrarprogramm der Nationalsozialen abgeben. Auch dieses hatte seine Vorgeschichte und zwar grade für die Form, in der es in Erfurt auftrat und behandelt

wurde. Schon die jüngeren Christlichsozialen hatten in ihren Artikeln und Reden zum mindestens eine Agrarfrage gestreift, die Stellung zum Großgrundbesitz. Teils vom sozialpolitischen Standpunkt aus, besserer Schutz der Landarbeiter, teils von dem sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkt der inneren Kolonisation des Ostens mit deutschen Bauern, waren sie in scharfen Widerspruch zum Großgrundbesitz, zur Latifundienbildung, zum Vorrecht des Fideikommisses getreten. Göhre hat in diesem Sinne in glänzender Weise auf dem Frankfurter evangelisch-sozialen Kongreß geredet, als die von dem Kongreß veranstaltete Enquete über die Lage der Landarbeiter von ihm und Prof. Max Weber behandelt wurde. Und ganz in diesem Sinne hat denn auch der Entwurf des Komitees, welches die erste Erfurter Tagung vorbereitete, für den Osten gefordert: „unter gleichzeitiger Verhinderung fremdländischer Einwanderung innere Kolonisation und Einschränkung der Latifundien, in deren Ausdehnung wir eine nationale Gefahr erblicken, ebenso wie in dem politischen und sozialen Übergewicht ihrer Besitzer". Freilich war dieser Satz dann auch dem Prinzip zum Opfer gefallen, daß keine Spezialforderungen in die Grundlinien aufgenommen werden sollten, und auch Prof. Webers Wunsch, von einem scharfen Gegensatz gegen den Großgrundbesitz im Bekenntnis zu einer großindustriellen Entwickelung Deutschlands bei dem Programm auszugehen, war nicht durchgedrungen. Wohl aber wirkten all diese Gedanken so stark nach, daß sie zu einer baldigen Formulierung agrarpolitischer Forderungen drängten. Die Negation des Großgrundbesitzes um seines unerträglichen politischen und sozialen Übergewichtes willen und wegen seines Gegensatzes zu den bäuerlichen Interessen und denen der Landarbeiter setzte sich dabei ganz von selbst, zumal in Verbindung mit dem inneren Kolonisationsgedanken, in eine bauernfreundliche Haltung um, die auch rein praktisch dadurch gefördert wurde, daß die nationalsozialen Ideen in einzelnen bäuerlichen Kreisen, z. B. Hessens und Württembergs, auf fruchtbaren Boden gefallen waren. So kam man denn auf den Gedanken, das Agrarprogramm in der Richtung anzuschneiden, daß seine Grundforderung die „Erhaltung der Kleinbauern" sein müsse. Und man gewann auch einen hessischen Bauern, den Landwirt Wilhelm Möser aus Niedererlenbach bei Friedberg, für das gewünschte Referat.

Was er in seinem Vortrag gab, war ein teils aus seiner Praxis, teils aus dem Gegensatz eben gegen den Großgrundbesitz gewonnenes Programm, mit vielen guten Einzelforderungen. Sie betrafen die bessere Ausbildung des Landwirts, die staatliche Unterstützung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, die Reform des Hypothekenwesens mit Anklängen an bodenreformerische Gesichtspunkte. Sie erstrebten die allmähliche Umwandlung des „feudalen und kapitalistischen Großgrundbesitzes in Bauernland", die Einführung eines gleich-

mäßigen Erbrechts aller Kinder am elterlichen Boden unter Festsetzung einer Minimalgrenze zum Schutz gegen Zersplitterung in Zwergbetriebe, bessere landwirtschaftliche Versicherungen und Förderung aller Bestrebungen zur Hebung des religiössittlichen Empfindens und der Volksgesundheit der Landbewohner u.s.w. Kurzum, eine ganze Reihe von Forderungen, für die es von den nationalsozialen Grundlinien aus nicht an Verbindungslinien fehlte, und die dann auch zu einem guten Teil, wenn auch in anderer Form, später, als es im Jahre 1900 wirklich zu einem Landprogramm der Nationalsozialen kam, wiederkehrten und in dieses Programm aufgenommen worden sind. Aber was das Möserſche Programm unannehmbar machte, war die noch vorhandene Unklarheit über die agrarische Zollfrage. Er glaubte sie lösen zu können durch die Forderung „genügender Zollschutz für landwirtschaftliche Produkte unter gleichzeitiger Wahrung der Interessen der Konsumenten und und der auf den Export angewiesenen Industrie", eine Formulierung, die dem berühmten „Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit" entsprach, aber auch nur dadurch möglich war, daß es an einer grundsätzlichen Durcharbeitung sämtlicher hier in betracht kommenden wirtschaftlichen Fragen fehlte. Und das wurde den weiterblickenden nationalsozialen Führern, Naumann und Pohlmann, der hier zum ersten Mal auftrat, zum Heil der nationalsozialen Entwickelung klar. Letzterer sagte gradezu heraus: „der Vortrag habe ebenso gut auf einer Versammlung des Bundes der Landwirte gehalten werden können", und Naumann wies schlagend die Nutzlosigkeit der Zölle für die Landwirtschaft nach, so erklärlich ihre Forderung für den einzelnen Landwirt und seinen momentanen Nutzen sei. Ebenso empfand von Gerlach die Mängel des Vortrages, dessen Konsequenzen zu einer scharfen Differenz gegen unsere übrige soziale Haltung grade auch in Rücksicht auf die Arbeiterbewegung führen müßten. Er schlug darum vor, bei diesem Vertretertag von einer Beschlußfassung über die Thesen Mösers abzusehen, vielmehr eine Agrarkommission zu wählen, der sie als Material für die spätere Vorbereitung eines Agrarprogramms überwiesen werden sollten. Und dieser Vorschlag drang durch.

Damit war in heilsamer Weise die Festlegung auf ein Agrarprogramm vor dem Zeitpunkt vermieden worden, an dem sich der nationalsoziale Verein über die Kernfrage des deutschen Wirtschaftslebens klar geworden war, ob wir noch Agrarstaat sind und sein können, oder ob wir in der Entwicklung des Industriestaats stehen. Dadurch, daß man seine Meinung in nationalsozialen Kreisen über diese Frage ein Jahr später abklärte unter dem Einfluß der nationalökonomischen Anschauungen des Professors von Schulze-Gaevernitz, fand man dann die Möglichkeit, nach noch zwei weiteren Jahren unter gleichzeitiger Beeinflussung von bodenreformerischer Seite ein Landprogramm aufzustellen,

das in die nationalsoziale Gesamtauffassung neudeutscher Wirtschaftspolitik hineinpaßte.

Noch ein Punkt ist aus den Verhandlungen des zweiten Vertretertages zu erwähnen. Göhre schlug vor, die Resolutionen des vom 23. bis 28. August desselben Jahres abgehaltenen internationalen Kongresses für Arbeiterschutz als nationalsoziale Forderungen in das Programm aufzunehmen, ein an sich sympathischer Gedanke, dem aber zweierlei widersprach: einmal, daß man hier en bloc etwas annehmen sollte, was trotz der Mitwirkung von zwei nationalsozialen Delegierten, die in Zürich gewesen waren, Tischendörfer und cand. theol. Apelt, doch der Durchberatung bedurft hätte, und alsdann, daß der Antrag zu überraschend kam und taktisch aussah, als stünde er in Verbindung mit den prinzipiellen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen im Verein. Man folgte darum lieber einem Antrag der Berliner Nationalsozialen, nach welchem der Vorstand beauftragt wurde, die Abhaltung einer nationalen Arbeiterschutzkonferenz auf grund der Züricher Beschlüsse für das nächste Jahr anzuregen.

4. Die ersten Kämpfe um parlamentarische Vertretung.

Das zweite Jahr des nationalsozialen Vereins (1. Oktober 1897 bis 30. September 1898) erhielt seinen Charakter durch die Wahlkämpfe, an denen sich die Nationalsozialen beteiligten. Und zwar geschah dies nicht erst bei den für den Sommer 1898 fälligen allgemeinen Reichstagswahlen sondern schon im Spätherbst 1897. Freilich mehr durch einen Zufall als aus einer wohl überlegten Absicht heraus! Schon den ganzen Sommer hindurch hatte die Vorbereitung auf die Wahlen von 1898 die Vorstandssitzungen beschäftigt. Weder die Sorge um den Fortbestand der „Zeit" noch die innere Krisis hatten hieran gehindert. Aus wohl zwei bis drei Dutzend Wahlkreisen lagen Aufforderungen vor, nationalsoziale Kandidaten aufzustellen, und gewissenhaft wurden all diese Vorschläge geprüft. Stand das Endresultat dieser Prüfung am Anfang des neuen Vereinsjahres auch noch nicht fest, so war man sich doch schon über eine Reihe von Kandidaturen klar. Unter den noch zweifelhaften befand sich Kiel, wo ein tüchtiger Stamm von Anhängern gesammelt war, der auch eine Kandidatur wagen wollte, und wo Adolf Damaschke durch seine Tätigkeit als Redakteur der „Neuesten Nachrichten" bekannt war. Gegen die Kandidatur sprach freilich ihre wahrscheinliche Aussichtslosigkeit. Hierbei wollten Naumann und Damaschke gemeinsam das Feld auskundschaften, und bei dieser Gelegenheit war aus Versehen eine öffentliche Versammlung in einem Ort ausgesucht worden, der, wie sich dann herausstellte, zum benach-

barten Wahlkreis Plön-Oldenburg-Segeberg gehörte, wo gerade in jener Zeit die Vorbereitungen zu einer durch den Tod des konservativen Abgeordneten Graf von Holstein notwendig gewordenen Nachwahl stattfanden. Die freudige Zustimmung, die das nationalsoziale Programm in jener Versammlung fand in Verbindung mit der sich plötzlich auftuenden Möglichkeit, die jungen agitatorischen Kräfte in einem Wahlkampf zu erproben, den man als eine Art Vorgefecht für die allgemeinen Wahlen ansehen konnte — führte zur Proklamierung der Kandidatur Damaschke für diese Ergänzungswahl. Der fröhliche Kampfesmut stieß sich dabei wenig daran, daß die Nationalsozialen in diesem Wahlkreis so gut wie unbekannt waren und die „Hilfe" in ihm nur von etwa einem halben Dutzend Personen gelesen wurde. Auch die finanziellen Kosten machten wenig Sorge. Einmal kannte man noch nicht die Unsummen, die ein Wahlkampf verschlingt; dazu waren, noch ehe der Vorstand die Kandidatur definitiv aufstellte, über etwa 800 Mark gezeichnet von den 2000, auf die man die Wahl schätzte, und die Deckung des Restes durfte man wohl der Opferwilligkeit der Gesinnungsgenossen zumuten, die hierzu in einem besonderen Aufruf in der „Hilfe" aufgefordert wurden. Und so ging man fröhlich in den Wahlkampf hinein, der in seinem ganzen Charakter von nationalsozialer Seite einem kühnen Husarenstückchen glich, das ganz überraschende Erfolge hatte. Der Hauptfeind stand rechts in dem konservativen Besitz des Wahlkreises, den der ganze löbliche preußische Beamtenapparat zu sichern suchte. Die Sozialdemokratie arbeitete von Kiel und Hamburg aus mit einem Schwarm geschickter männlicher und weiblicher Agitatoren, und der früher stark freisinnig gerichtete Bauern- und Bürgerstand des Wahlkreises wurde von den beiden getrennten Lagern der freisinnigen Volkspartei und der Vereinigung unter Aufstellung gesonderter Kandidaturen berannt. In dieses parteipolitische Durcheinander fielen die nationalsozialen Ideen hinein — ein neues politisches Evangelium, das die nationale und monarchische Haltung der Konservativen mit der freiheitlichen Überzeugung des Liberalismus und den sozialen Tendenzen des Sozialismus verknüpfte, ein Kampf gegen Reaktion einerseits, gegen Verständnislosigkeit für die nationalen Machtfragen andrerseits. Hei — wie sich da die Geister schieden! Wie da in den Versammlungen gerungen und gestritten wurde, wie bis in die Reihen der unter großgrundbesitzerlicher Knechtschaft gebundenen Landarbeiter der feudalen Güter die neuen Gedanken blitzten! Damaschke überall voran als Kandidat, der in dem kleinen Dorfkrug, der mehr eine Wohnstube als eine Wirtsstube war, ebenso eingehend sprach wie in den großen Versammlungen zu Plön. Und daneben Naumann mit seinen großen Reden, zu denen die Wähler stundenweit kamen. Und von Gerlach, der Stratege

des Wahlfeldzugs, dessen Wahlrede als das Muster für die andern Reden auf dem Lande galt, und der die einzelnen Redner Göhre, Schaal, Tischendörfer, Wenck, bald hierin bald dorthin dirigierte und Kieler wie Hamburger Freunde zur Hilfe bei der Flugblatt- und Stimmzettelverteilung heibeizog. Plön war das Hauptquartier, zu dem man abends nach den rednerischen Schlachten zurückkehrte, wo Buchhändler Kundt aus Berlin das Wahlbureau versah, und wo dann auch am Abend des Wahltages die Nachrichten über die Erfolge eintrafen und zusammen gestellt wurden. Ein glänzender Achtungserfolg für die Nationalsozialen! Sie hatten von 16 210 abgegebenen Stimmen 2148 erhalten gegen 8177 konservative, 2695 sozialdemokratische, 1400 der freisinnigen Vereinigung und 1785 der Volkspartei. In allen Städten hatten die Nationalsozialen die höchste Wahlziffer. Nur die Unmöglichkeit, stärker in die Gutsbezirke mit den ausschlaggebenden Stimmen der Landarbeiter einzubringen, die von den Argusaugen der Inspektoren und Verwalter bewacht wurden — hinderte einen noch größeren Erfolg, wie er dann Damaschke im folgenden Jahr beschieden war; freilich auch dann ohne positiven Gewinn.

Der Ausgang der Plöner Wahl, die wir um ihres eigenartigen Charakters willen etwas eingehender schilderten, war nach zwei Richtungen von Bedeutung. Die Gegner hatten Respekt bekommen. Die Meinung, daß es nach Eingang der „Zeit" mit den Nationalsozialen rückwärts gehe, wurde durch den Plöner Achtungserfolg ausgelöscht. Andererseits aber wirkte dieser Erfolg auch auf die Nationalsozialen überaus belebend und anfeuernd. Ja, wir möchten fast sagen: er wirkte zu sehr anfeuernd! Hatte schon bisher ein falscher Wahloptimismus im Verein geherrscht, wie sich in den ersten Aufforderungen, Kandidaturen vorzubereiten, zeigte, so steigerte sich dies jetzt noch. Und das ist überaus verhängnisvoll für die ganze nationalsoziale Bewegung geworden. Gewiß hemmte der Vorstand, wo es nur immer ging. Aber auch die Mehrheit in ihm wie in der Kontrollkommission, die im Laufe der weiteren Vorbereitungen für die Reichstagswahlen zur Beratung herbeigezogen wurde, unterschätzte denn doch die Schwierigkeit, mit wenigen agitatorischen Kräften und einer noch geringen Wahlerfahrung eine größere Zahl von Wahlkreisen erfolgreich zu berennen! Dieser Fehler muß offen eingestanden werden.

Aber er allein verschuldete nicht, daß die Wahlen von 1898 für die Nationalsozialen wiederum nur einen Achtungserfolg brachten, nicht aber eine parlamentarische Vertretung. Ungünstig war die ganze politische Lage. Es fehlte an einer bestimmten Wahlparole. Die Flottenfrage spielte eine Rolle und die kommenden Kämpfe um die Handelsverträge bezw. einen neuen Zolltarif. War für die erstgenannte Frage auch die Stellung der Nationalsozialen

geklärt, so weit stand die Frage doch nicht im Vordergrund, daß sich mit ihr ein Wahlkampf machen ließ. Und der Handelspolitik gegenüber fehlte es an einem einheitlichen Programm. Man schwankte noch hin und her zwischen Konzessionen an das Agrariertum und industrieller Wirtschaftspolitik. Und dazu kam, daß die Berechnungen, die zur Aufstellung der Kandidaten geführt hatten, fehlschlugen oder durchkreuzt wurden. Nur Einzelnes davon sei genannt.

In Jena stand Naumanns Kandidatur seit 1895 in Aussicht, als sein sozialpolitischer Vortragscyklus dort einen sehr tiefen Eindruck gemacht hatte. Und der Beginn des Wahlkampfes ließ sich auch vielversprechend an. Aber als an die Stelle einer unbedeutenden Gegenkandidatur von nationalliberaler Seite die Kandidatur Bassermanns geplant und für sie unter Anspannung aller Kräfte gearbeitet wurde, erwies sich die Unmöglichkeit, den Wahlkreis mit über 300 Wahlorten kräftig durchzuarbeiten. Dazu kam eine fanatische Gegenagitation von Seiten der Sozialdemokratie. In Plön, wo Damaschke abermals kandidierte, war es ebenfalls gelungen, in der Person des Konsistorialpräsidenten Stockmann einen weit gefährlicheren Gegenkandidaten wie im Herbst 1897 zu finden, und während es Damaschke dieses Mal in hervorragender Weise gelang, auch in die Kreise der Landarbeiter einzudringen, versagte aus Angst vor dem Agrariertum zu einem großen Teil das liberale Bürgertum in den Städten. Fehl schlug auch die Gerlach'sche Kandidatur in Marburg, auf die man die besten Hoffnungen gestellt. Sie stammte eigentlich noch aus der christlich-sozialen Zeit Gerlachs und war von ihm in der Stille recht sorgsam vorbereitet worden. Aber es gelang zweierlei nicht: die Stadt Marburg versagte und ebenso der Kreis Frankenberg, dessen ärmliche Bewohner an sich für Gerlach waren, aber unter dem konservativen Druck zu keiner freien Betätigung kamen. Als durchaus verfehlt erwies sich auch die Kandidatur in Friedberg-Büdingen, die für Landwirt Möser ausersehen war, und in die nach dessen Rücktritt Sekretär Wenck eintrat, dessen früherer Charakter als Pfarrer aber gerade das Gegenteil von dem wirkte, was man erwartet hatte. Und so ließe sich manche falsche Rechnung aufweisen, die auch in den anderen Wahlkreisen gemacht war. Um aber noch einmal auf den ersten Mangel zurückzukommen: die agitatorischen Kräfte fehlten. Wo hätte man sie für 11 Wahlkreise hernehmen sollen? Kaum daß mehr als zwei Kräfte neben dem Kandidaten in einem Wahlkreis wirkten! Und noch schlimmer war der Mangel an einer wirksamen Presse. Denn den Kreisblättern und kleinen Zeitungen der Landstädte, die in den Wahlkreisen von Ort zu Ort, von Haus zu Haus wirkten und dies stets in gegnerischem, nur hier und da in neutralem Sinne, hatte man nichts anderes entgegen zu stellen als die wöchentlich einmal in Berlin er-

scheinende „Hilfe", die ohne allen lokalen Charakter für die Wahlkreise war. Und neben ihr die Flugblätter und Flugschriften, in zwei Wahlkreisen wohl auch Wahlzeitungen, die ebenso wie dann die Stimmzettel bei dem Fehlen einer durchgebildeten lokalen Organisation gegen teure Bezahlung von zumteil höchst unzuverlässigen Kräften verteilt wurden. Das Wahlresultat konnte unter diesen Umständen kaum anders sein, als es war: ein Achtungserfolg mit insgesamt 27200 Stimmen, die sich bei der Wahl am 16. Juni 1898 folgendermaßen verteilten:

Jena-Neustadt: Friedrich Naumann	4218	Stimmen,
Plön-Oldenburg: Adolf Damaschke	3981	„
(also Zunahme gegen November 1897 . .	1833	„),
Dithmarschen: Rentner Pohlmann	3727	„
Sangerhausen: Pastor a. D. Kötzschke . . .	3303	„
Frankfurt a. M.: Friedrich Naumann . . .	3295	„
Leipzig-Land: Rechtsanwalt Martin	2050	„
Marburg: Redakteur von Gerlach	1841	„
Friedberg-Büdingen: Parteisekretär Wenck . .	1337	„
Göttingen: Verlagsbuchhändler Dr. Rupprecht .	1187	„
Berlin I: Lithograph Tischendörfer	1008	„
Leipzig-Stadt: Schriftsteller Max Lorenz . .	809	„

Man hatte vergeblich gearbeitet, aber nicht umsonst. Naumann formulierte dies in der „Hilfe" so:

> Trotz des Mißerfolges haben wir doch etwas gewonnen: die Geister in unseren eigenen Reihen sind straffer und fester geworden. Die Kampfesluft war wie frischer Morgenwind. Aus der gefühlvollen Weichheit unserer Anfangszeit ist eine Organisation entstanden, die es gelernt hat, sich nach rechts und links ihrer Haut zu wehren. Man hat uns nicht sanft angefaßt; aber wir haben auch besser zufassen gelernt. Von jetzt ab wird die kleine Truppe der Nationalsozialen doppelt so viel wert sein wie vor den Wahlen. Sie weiß, was es kostet, den politischen Kampf um das Dasein zu kämpfen. Von baldigen, leichten, schnellen Erfolgen wird keiner mehr träumen; aber den schließlichen Erfolg läßt auch keiner von uns aus dem Auge. Es gilt, jahrelang zu ringen, jahrelang zu arbeiten und zu warten: doch — wir bleiben auf dem Posten.

Die unmittelbare Folge des Wahlkampfes war zunächst die Notwendigkeit, für die Stichwahlen eine Parole auszugeben. Mit dieser Aufgabe beschäftigte sich gleich am 18. Juni eine Konferenz in Leipzig, zu der außer den Vorstandsmitgliedern die bisherigen Reichstagskandidaten erschienen waren.

Und hier entbrannten von neuem die Gegensätze, die ein Jahr zuvor eine Krisis im Verein herbeigeführt hatten. Ein erster Antrag, den Wählern die Entscheidung ohne besondere Parole zu überlassen, mit der Begründung, der nationalsoziale Verein vertrete ein ganz neues Prinzip, das ihn gleich weit entfernt stelle von allen großen politischen Parteien, fand zwar theoretische Zustimmung. Von „rechts" und „links" gab man zu, daß dies an sich der Eigenart des Vereins entspräche. Ein Beweis dafür, wie man sich bewußt war, keine bürgerliche Partei und doch von der Sozialdemokratie weit getrennt zu sein! Aber die praktischen politischen Bedenken waren zu groß. Es war für Jahre hinaus voraussichtlich das letzte Mal, daß man als unmittelbarer politischer Faktor auftreten konnte, seine Macht zu zeigen vermochte. Dann blieb als zweite Möglichkeit, den Wahlkreisen nach ihren Verhältnissen die Entscheidung zu überlassen. Das hätte zum Eintreten für einen „nationalen" Kandidaten in dem einen, für einen sozialdemokratischen im anderen Wahlkreis führen können. Dem hielten die mehr rechts Stehenden entgegen, gerade jetzt müsse man, um sich für die Zukunft den Zuwachs aus den nationalen Parteien offen zu behalten, eine nationale Wahlparole ausgeben und das Tischtuch mit der Sozialdemokratie entgültig zerschneiden. Ja, man müsse so weit gehen, auch in Berlin I, wo die Stichwahl zwischen Freisinn und Sozialdemokratie stehe, dem Freisinn zu helfen, wie sich dort ja auch die „nationalen Parteien" hierzu schon bereit erklärt hatten. Davon wollte man von der anderen Seite nichts wissen. Hier stehe ein sozialdemokratischer Gewerkschaftler zur Wahl, der vor Langerhans den Vorrang verdiene. Überhaupt sei die Scheidung national und nichtnational viel zu flüssig angesichts der Schwierigkeit, daß es sich in einem Wahlkreis um reformerisch gerichtete Sozialdemokraten handle, in einem anderen um Antisemiten oder Konservative u. s. w. Man überlegte sich dann eingehend, ob sich die Bedingungen finden ließen, unter denen die Empfehlung eines Kandidaten erfolgen könne. So wurde für Jena (Bassermann) gefordert: Festhalten am bestehenden Reichstagswahlrecht und der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, für Hasse-Leipzig ebenfalls ersteres. Und von rechts wurde zugestanden, daß man gegen eine Parole für den Gewerkschaftler Pötzsch-Berlin gegen Langerhans nichts einwende, wenn sie aus dem Wahlkreis selbst erfolge ohne Verantwortung des Vorstandes. Unter diesem Hin und Her der Meinungen kam man schließlich zu dem Resultat, den Kandidaten nach Maßgabe der so gepflogenen Erörterungen die Entscheidung für die Stichwahl zu überlassen. Das praktische Resultat hiervon ist gewesen, daß man sich unter den obengenannten Bedingungen für nationalliberale Kandidaten statt der sozialdemokratischen entschied in Jena, Leipzig-Stadt, Dithmarschen und Göttingen (nationalliberal und Welfe), während man in

Berlin I (Sozialdemokrat und Freisinn), Sangerhausen (freikonservativ und Sozialdemokrat), Friedberg (nationalliberal und Sozialdemokrat) keine Wahlparole ausgab.

Hatte man sich durch diese Beschlüsse dem von neuem drohenden Konflikt innerhalb des Vereins entzogen, so wirkte doch die Niederlage bei den Wahlen ähnlich wie beim Eingang der „Zeit" dahin fort, daß abermals in der „Hilfe" wie in den Vorstandssitzungen erörtert wurde, wohin die Agitation weise, unter die Gebildeten mit Betonung des nationalen Ausgangspunktes oder unter die Arbeiter mit Betonung des sozialistischen. Professor Sohm forderte erneut ersteres, Göhre das Gegenteil. Und Naumann ließ keinen Zweifel darüber, daß er sich nicht berufen fühle, eine Partei der Gebildeten zu führen. vielmehr das andere, Einwirkung auf die Arbeiterschaft bezw. die Sozialdemokratie. Der Streit wogte hin und her, ohne wesentlich neue Gesichtspunkte zu bringen. Er war aber nicht in dem Maße wie ein Jahr zuvor dazu angetan, den Verein mit einer Krisis zu bedrohen, die seinen Bestand gefährdete, zumal Professor Sohm zugestand, daß nur so lange er als Vorstandsmitglied die Verantwortung für die politische Haltung trage, er auch in dieser Schärfe auf seinem Standpunkt beharren müsse. Gerade in jenen Wochen aber beschäftigte ein organisatorisches Problem den Vorstand, dessen Lösung zugleich dann noch den prinzipiellen Gegensätzen ihre Spitze genommen hat. Es hatte sich mehr und mehr als ein unerträglicher Zustand herausgestellt, daß der Vorstand des Vereins in Leipzig seinen Sitz hatte, die „Hilfe" aber in Schöneberg-Berlin erschien. Der Einheitlichkeit der politischen Aktion, selbst der zeitlichen Schnelligkeit mancher Maßnahmen trat dies als Hindernis entgegen. Als man darum am 25. September 1898 in Darmstadt zum dritten Vertretertag zusammentrat, wurde der Beschluß gefaßt, den Sitz des Vorstandes, damit auch das Sekretariat, in die Reichshauptstadt zu verlegen. Nur machte sich eine Opposition dahin geltend, daß man nicht von Berlinern allein den Verein geleitet sehen wollte. Einmal weil bei ihnen das radikalere Element überwog, dann weil auch hier die im Reich so verbreitete Abneigung gegen das „Berlinertum" mitspielte. So wurde denn der Vorstand anders aufgebaut. Er bestand fortan aus zwölf Mitgliedern (statt bisher sieben), von denen sieben in Berlin Ansässige den engeren Vorstand bildeten, die übrigen fünf aber, aus verschiedenen Teilen des Reichs gewählt, mit jenen sieben den erweiterten Vorstand ausmachten, der seltener zusammentrat, dessen Mitglieder aber zu jeder Sitzung auch des engeren Kreises Zutritt hatten und durch Übersendung der Tagesordnung vor und des Protokolls nach der Sitzung auf dem Laufenden erhalten wurden und die Möglichkeit hatten, jeder Zeit ihre Ansicht mit in die Wagschale zu werfen. Von Leipzig wurde nur noch der Rechner Herr Vogel

in den erweiterten Vorstand gewählt. Sohm und Göhre schieden damit aus. Damaschke wurde stellvertretender Vorsitzender.

Die Verlegung des Sekretariats von Leipzig nach Berlin konnte aus äußeren Gründen dann erst im März 1899 erfolgen.

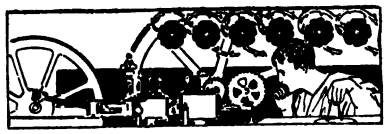
5. Fünf Jahre stiller Entwickelung des Vereins.

Man kann vom 3. Vertretertag (25.—28. September 1898 in Darmstadt) bis zu den Reichstagswahlen 1903 als von einer Zeit stiller Entwickelung des nationalsozialen Vereins reden, in dem Sinne, daß sie zwar ausgefüllt war von unausgesetzter agitatorischer und organisatorischer Arbeit und ständigem Ausbau des Programms, daß ihr aber erschütternde Ereignisse, wie sie der Eingang der „Zeit" und die ersten Wahlkämpfe, darstellten, fehlten. Denn auch der Austritt Göhres ist, wenigstens an seinen äußeren Folgen gemessen, ein solches nicht gewesen.

An der Schwelle dieser Epoche brachten die Darmstädter Verhandlungen zwei wichtige Entscheidungen des Vereins, von denen die eine die absolut zuverlässige Haltung der Nationalsozialen in Arbeiterfragen bestätigte, die andere den Verein in ein ganz bestimmtes wirtschaftspolitisches Fahrwasser leitete, das ihn stärker als bisher gemeinsame Interessen mit den Kreisen des bürgerlichen Liberalismus erkennen ließ.

a) Programmatische Entscheidungen.

Der Kaiser hatte am 6. September 1898 in Oeynhausen jene berühmte Rede gehalten, in der er in Anknüpfung an das Bielefelder Wort von 1897 über den notwendigen Schutz der Arbeitswilligen ein Gesetz ankündigte, „worin jeder Mann, sei er, wer er will, und heiße er, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig war, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik aufreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll". Das war eine Kriegserklärung gegen die ganze gewerkschaftliche Bewegung, mochte sie auch subjektiv vom Kaiser in durchaus arbeiterfreundlicher Richtung gedacht und empfunden sein. Eine gewaltige Erregung ergriff die Arbeitermassen. Sie sahen ihr an sich schon so unvollkommen durchgeführtes Koalitionsrecht bedroht, sich bei jedem Lohnkampf, bei jedem Arbeitsstreit mit Hilfe des Gerichts der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert. Daß in einer solchen Stunde die Nationalsozialen nicht schweigen durften, lag klar auf der Hand. Und wenn auch auf dem Darmstädter Vertretertag sich Bedenken dagegen erhoben, *vor* der Bekanntgabe des in Aussicht gestellten Gesetzentwurfs, und in der Schärfe, wie es Sekretär Wenck vorschlug, eine Resolution anzunehmen,



so drang sie doch mit überwältigender Mehrheit durch, und wird immer ein Dokument dafür bleiben, daß die von uns eingenommene Stellung zur Monarchie und zur nationalen Frage vereinbar ist mit einer ehrlichen Opposition gegen arbeiterfeindlich wirkende Regierungsmaßnahmen. Abgesehen von der Aufforderung, überall in Volksversammlungen Widerspruch gegen den angekündigten Gesetzentwurf zu erheben, enthielt die Resolution folgende Erklärung:

1. Angesichts der drohenden Verkümmerung des Arbeiterkoalitionsrechts durch eine in Aussicht gestellte Gesetzgebung, welche die Bewegungsfreiheit der Arbeiter, vor allem die Arbeitseinstellungen verhindern soll, erklären wir es als eine nationale und soziale Pflicht, gegen diese Gesetzgebung zu protestieren, da durch dieselbe dem Werk der Sozialreform entgegengearbeitet, die Zurückweisung von Arbeitswilligen durch Unternehmerverbände außer acht gelassen, dadurch der Vorwurf der Ungerechtigkeit herausgefordert, die Gegensätze verschärft und der internationalen Sozialdemokratie neue Kraft zugeführt werden wird.
2. Der notwendige Schutz der Arbeitswilligen, die sich eines Streiks enthalten wollen, ist durch die bestehenden Gesetze genügend gesichert. Jeder erneute Versuch in dieser Richtung führt zu einem Übermaß der Macht des Arbeitgebers und steht in direktem Widerspruch zu dem Geist der kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890, deren Verwirklichung wir gemeinsam mit allen sozialreformerisch gesinnten Kreisen nach wie vor für notwendig halten.

Vergleicht man diese Resolution mit der im gleichen Herbst vom sozialdemokratischen Parteitag angenommenen langatmigen Erklärung, so wird man in ihr inhaltlich nichts vermissen können, was zu gunsten des Arbeiterstandpunktes spricht. Dennoch genügte sie einigen Mitgliedern nicht, die ihren Austritt erklärten. Aber diese verlangten um der Oeynhausener Kaiserrede willen den Bruch mit den monarchischen und nationalen Prinzipien des Vereins. Das wäre nur richtig gewesen, wenn dieses Kaiserwort das letzte für alle Zeit sein mußte, in der der Kaiser seine Stellung zur Arbeiterbewegung bekundete. Dem widersprach Nauman in einer glänzenden Rede auf dem Vertretertag:

> Das sei historisch unmöglich. Des Kaisers Gesamtanschauung steht nicht auf konservativem Boden. Die Ziele seiner Weltpolitik widerstreiten dem Interessekreis der Konservativen. Darum muß der Tag kommen, wo sich das Kaisertum auf andere Volksschichten stützt als bisher. Das wird nicht sofort zum Sozialismus führen. Die nächsten Jahre werden zeigen, daß man zunächst alles andere versucht, namentlich eine stetige Verbindung mit dem Zentrum (wie richtig hat hier Naumann voraus gesehen!); aber auf die Dauer kann das deutsche Kaisertum an

Wittenberg nicht vorüber gehen. Der Moment wird einmal kommen, wo das Kaisertum sich nach den Massen umsehen muß. Aber die Voraussetzung dafür ist, daß diese Massen mit in die Machtpolitik hinein gehen. Und deshalb liegt die Zukunft nicht nur beim Kaisertum sondern gerade so gut in den Volksmassen. Diese Zukunft kommt nicht, weil wir sie wollen, sondern weil sie aus der Vergangenheit des Volkes selbst wächst wie Not, Qual und Notwendigkeit. Haben wir diese Überzeugung, dann können wir warten, auch wenn Tage noch größerer Entfremdung zwischen Kaisertum und Sozialismus kommen — warten und arbeiten, indem wir eine Vortruppe überzeugter Menschen sammeln, die für jene Zukunft arbeitet und sie zu begreifen versteht, wenn die neue Epoche der deutschen Entwicklung herankommt.

Dieser Gedankengang schied die Geister. Wer nicht warten konnte, ob das Kaiserwort von Oeynhausen das letzte war, schied sich von den Nationalsozialen. Es waren dies wenige Arbeiter, aber mit ihnen, wenn auch zeitlich ein halbes Jahr später — Paul Göhre.

Die andere Entscheidung des Darmstädter Vertretertages fiel nach der wirtschaftspolitischen Seite hin. Es erfolgte eine Klärung der bei der Beratung über den Agrarprogrammentwurf von 1897 noch so unklaren wirtschaftspolitischen Anschauungen und zwar unter Führung eines Gelehrten, des Professors Dr. von Schulze-Gävernitz, und eines in den Bestrebungen und Arbeiten des Großhandels aus eigener Praxis wohlerfahrenen Mannes, des früheren Großkaufmanns, Rentners Pohlmann in Hohenaspe (Holstein). Diesen beiden Herren waren die Referate über das Thema „Die Handelsverträge" übergeben worden. Der Akademiker gab die theoretische, der Kaufmann die praktische Beleuchtung der Frage. Sehen wir der Kürze wegen von den trefflich orientierenden historischen Ausführungen Schulze-Gävernitz's ab, die nachweisen, wie sowohl die Freihandelsepoche deutscher Wirtschaftspolitik als auch die Rückkehr zum System der autonomen Schutzpolitik (Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts) zurückzuführen waren auf die wirtschaftliche und politische Interessenpolitik des ostelbischen Agrariertums, Ende der 70er Jahre in Verbindung mit gewissen Verschiebungen im westdeutschen Bürgertum und dem Anfang einer als revolutionär beurteilten Arbeiterbewegung, so muß doch der entscheidende Grund näher hervorgehoben werden, der für den Umschwung in der Handelspolitik spricht. Er läßt sich auf die Formel bringen, daß Deutschland aus einem Agrarstaat, der wie jetzt noch Rußland landwirtschaftliche Produkte exportierte, zu einem Industriestaat geworden ist, d. h. zu einem Staat, bei welchem das dem Ausland gegenüber leitende Interesse, von dem aus die übrigen Interessen befruchtet werden, im letzten Grade der industrielle Export,

unsere Kapitalsanlagen im Ausland sind, nicht unsere Brotfrucht, welche die deutsche Volkswirtschaft vom Ausland bezieht.

> Dieses Interesse führt Deutschland dazu, sich nicht vom Ausland abzuschließen. Und da dies nicht mehr zu erreichen ist auf dem Wege des autonomen Freihandels, so bietet sich als Mittel dar, der Abschluß von Handelsverträgen. Für diese Politik einzutreten, zwingen den nationalsozialen Verein soziale wie nationale Gesichtspunkte. Gelingt es den Gegnern der Handelsvertragspolitik, unsere wirtschaftliche Entwicklung einzuschnüren, uns zum Schaden unserer Exportindustrie in Zollkriege zu verwickeln, die Getreidezölle zu erhöhen, das Leben der städtischen Bevölkerung zu verteuern, so bleiben wir ein Staat zweiten Ranges von nur europäischer Bedeutung. Wollen wir aber an der Weltpolitik teilnehmen wie die Weltreiche England und Amerika mit ihrer internationalen Bedeutung, dann müssen wir uns durch Handelsverträge freie Bahn schaffen. Wohl müssen wir dann auf das „Ideal" der Versorgung des Landes mit eigenem Getreide verzichten. Aber dieses „Ideal" ist nur durchzuführen durch das Übergehen zu einer Getreideproduktion im großen, welche auf dem Lande selbst möglichst wenig Mäuler erfordert, die das produzierte Getreide auffessen. Das Anwachsen der deutschen Städte und damit der deutschen Exportgewerbe ist aber nur dann ungefährlich, wenn eine wachsende Landbevölkerung den notwendigen physiologischen Nachwuchs nach der Stadt sendet. Die Folge hiervon aber ist, daß sich ein Agrarprogramm mit Handelsvertragspolitik nur verträgt, wenn es auf die Kleinbauern und Landarbeiter zugeschnitten wird, deren wirtschaftlicher Vorteil nicht mit hohen Agrarzöllen zusammenfällt, deren Interessenvertretung abseits von der des Bundes der Landwirte liegt.

Es ist offenbar, daß mit diesem Gedanken das Tischtuch zerschnitten war zwischen den wenn auch nur gemäßigten Freunden erhöhten agrarischen Zolltarifs innerhalb des nationalsozialen Vereins und der Vertretung dieses neuen Gesichtspunktes, von dem aus nur eine Wirtschaftspolitik unterstützt werden konnte, die das Handels- und Exportindustrieinteresse Deutschlands verfolgte, das identisch war mit dem nationalen Interesse an einer deutschen Weltpolitik und einem sozialen Interesse der agrarische Produkte konsumierenden Bevölkerung, unter der wiederum die Arbeitermassen den Hauptteil ausmachten. Der bäuerliche Interessenstandpunkt konnte von nun an nur Vertretung bei den Nationalsozialen finden, insofern der Bauer Interesse daran hatte, in einer gut entlohnten Arbeiterschaft Abnehmer für seine Produkte zu finden. Der alte Gedanke: hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt, wurde in sein Gegenteil verkehrt: kommt durch die industrielle Fortentwicklung Deutschlands, zu der in erster Linie Handelsverträge beitragen können, Geld unter die Massen der städtischen Bevölkerung, dann wird auch der Kleinbauer mit

den ihm eigentümlichen Produktionen: Vieh, Gemüse, Obst u.s.w. auf seine Rechnung kommen.

Es konnte nicht fehlen, daß diese Gedanken zum teil noch einigen Widerspruch fanden. Er wurde erst gehoben durch die zwei Jahre später stattfindende Aufstellung eines Landprogramms, welches erwies, daß sich im Rahmen auch dieser wesentlich liberalen Wirtschaftsanschauung mit Hilfe einer Reihe bedeutsamer Einzelforderungen auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet, vor allem unter Anwendung bodenreformerischer Gesichtspunkte, denn doch auch ein bäuerliches Programm aufstellen ließ, das zum mindesten dem Kleinbauern eine Vertretung seiner Interessen in der Arbeit des nationalsozialen Vereins sicherte.

Zugleich aber wurde durch diese Eingliederung des nationalsozialen Vereins in die Reihe der bewußt handelsvertragsfreundlichen Parteigruppen Deutschlands eine Annäherung auf wirtschaftspolitischem Gebiet an die freisinnigen Parteien angebahnt, die in der Folge der Zeit zunächst zu einem freundlichen Verhältnis zum Handelsvertragsverein und dann zu der freisinnigen Vereinigung geführt hat. Das war die parteipolitische Bedeutung dieser wirtschaftspolitischen Klärung innerhalb der Nationalsozialen. Programmatisch wurde diese Stellungnahme des Vereins in folgende Sätze zusammengefaßt:

1. Die Handelsvertragspolitik der deutschen Reichsregierung entspricht ihrer Grundrichtung nach den Interessen der großen Mehrzahl des deutschen Volkes und ist nach Kräften zu unterstützen.

2. Das Programm einer autonomen Freihandelspolitik ist zur Zeit utopisch.

3. Das Programm autonomer Schutzzollpolitik, d. h. der Erhöhung unserer Zölle, insbesondere der Getreidezölle, unter Kündigung der Handelsverträge, ist zu verwerfen:

a) in Rücksicht auf die große Mehrzahl des deutschen Volkes, insbesondere die arbeitenden Klassen, als Konsumenten;

b) in Rücksicht auf die deutsche Industrie, welcher die Produktionskosten verteuert und Absatzgebiete verschlossen würden, indem das Ausland sicherlich in der Erhöhung der Zölle uns nachfolgte;

c) in Rücksicht auf diejenigen Landwirtschaftsbetriebe, welche entweder mehr Getreide kaufen als verkaufen oder wenigstens keinen Getreideüberschuß auf den Markt bringen;

d) in Rücksicht auf die wünschenswerte Vermehrung der ländlichen Klein- und Mittelbetriebe, deren Ausbreitung auf Kosten des Großgrundbesitzes durch eine Erhöhung der Getreidezölle verlangsamt würde.

4. Innerhalb der Handelsvertragspolitik ist eine Förderung der Interessen der Landwirtschaft möglich und nach Kräften anzustreben.

Gehen wir nun zur Schilderung der Entwickelung des nationalsozialen Vereins in den „stillen Jahren" von 1898—1903 über, so empfiehlt es sich, von der Behandlung der einzelnen Vereinsjahre mit ihren Höhepunkten in den Vertretertagen abzusehen. Wir schlagen einen anderen Weg ein. Wir geben zuerst einen Überblick über die agitatorische und organisatorische Leistung dieser Jahre, dann über die Stellungnahme zu einzelnen politischen Tagesfragen und verfolgen schließlich den weiteren Programmausbau bis zum Herbst d. J. 1903.

b) Agitation und Organisation 1898—1903.

Als eine Hauptaufgabe der Organisation ergab sich mehr und mehr die Notwendigkeit, die straffe Zentralisation des Vereins zu ergänzen durch eine Dezentralisation unter Bildung von Provinzial- und Landesausschüssen, die von sich aus in ihren Arbeitsgebieten die Agitation im einzelnen leiten sollten. Aber erst als vom 1. Januar 1900 an durch Reichstagsbeschluß das Verbindungsverbot der politischen Vereine in ganz Deutschland aufgehoben war, ließ sich diese Dezentralisation wirksam durchführen und durch die Gründung von Ortsvereinen und Wahlvereinen, die in einem organisatorischen Zusammenhang mit dem Hauptverein standen, ein Netz von Organisationen schaffen, dessen Maschen von der mit dem Darmstädter Vertretertag geschaffenen Berliner Zentrale aus zusammengehalten wurden. Damit fand auch eine Neuregelung der Vereinsfinanzen statt, indem neben den Einzelpersonen, die nach wie vor dem Hauptverein angehören konnten, die Ortsvereine einen Teil ihrer Beiträge an die Berliner Hauptkasse abführten.

Im Sommer 1901 erfolgte ein Wechsel im Sekretariat. An die Stelle Wencks, der seine Tätigkeit mit einer mehr journalistischen vertauschen wollte und zu diesem Zweck die Leitung der Hessischen Landeszeitung in Marburg übernahm, trat als Sekretär Dr. phil. Max Maurenbrecher.

Er hatte dem Verein von seiner Gründung an, damals noch Student in Leipzig, angehört. Nachdem er sein theologisches Examen absolviert und in Nationalökonomie seinen Doktor gemacht, war er ein Jahr als Lehrer am Realgymnasium in Zwickau beschäftigt gewesen, wo er in sehr energischer und erfolgreicher Weise für die nationalsozialen Ideen agitiert und einen Kreis von Gesinnungsgenossen um sich gesammelt hatte. Die ständig wachsende Arbeit in der „Hilfe"-Redaktion, die bisher Naumann und Weinhausen allein besorgt, unter Hilfe Erich Schlaikjers für den Feuilleton-Teil, machte die Erwerbung einer neuen redaktionellen Kraft notwendig, die im Frühjahr 1899 in Dr. Maurenbrecher gefunden worden war. Zwei Jahre darauf trat er an Wencks Stelle und erhielt bald darauf in der Person des Buchhändlers Haupt eine ständige Hilfskraft, die ihm ermöglichte, sich agitatorisch stärker zu

beteiligen. Denn wenn auch Naumann, Damaschke, von Gerlach und zeitweilig auch Tischendörfer Vortragsreisen machten, so fehlte es bei der großen Nachfrage nach Referenten für öffentliche Versammlungen immer an rednerischen Kräften. Max Lorenz war schon im Herbst 1897 aus seiner Stellung geschieden, weil damals die finanziellen Mittel fehlten, um dieselbe zu erhalten. Er entfremdete sich mehr und mehr den Nationalsozialen, und als er einen der Hauptführer, Tischendörfer, 1901 ungemein scharf und ungerecht wegen dessen Stellung zu den Gewerkschaften angriff, war der Vertretertag nahe daran, eine Resolution gegen ihn zu fassen, unterließ es aber, weil seine Zugehörigkeit zur Organisation überhaupt nicht mehr feststand. Er wurde dann Herausgeber der antisozialdemokratischen Korrespondenz!

Auch in den Provinzialverbänden regte sich der Wunsch, eigene politische Berufsarbeiter zu haben. Aber nur für Hamburg und dann in Verbindung mit Hamburg für Schleswig-Holstein, kam es im vollen Sinne des Wortes zu einer solchen Berufskraft in der Person des Schriftsetzers Herrn Kuhlmann. Im Königreich Sachsen wurde dagegen wenigstens in Herrn Tittmann aus Oberlungwitz, der ebenfalls Arbeiterkreisen entstammte, eine Persönlichkeit gefunden, die durch regelmäßige Kolportage nationalsozialer Schriften eine agitatorische Tätigkeit ausübte.

Überraschend günstig entwickelten sich in jenen fünf Jahren die Preßverhältnisse des nationalsozialen Vereins. Freilich blieb trotz wiederholter Versuche der Wunsch unerfüllt, eine nationalsoziale Berliner Tageszeitung von neuem erstehen zu lassen. Dafür aber gelang es schon am 1. Oktober 1898, für den Marburger Wahlkreis in der bisher demokratischen „Hessischen Landeszeitung" ein täglich erscheinendes Blatt für die nationalsozialen Ideen zu gewinnen. H. von Gerlach wurde der Verleger und Eigentümer dieser Zeitung, die bis zum Frühjahr 1901 von Redakteur Erdmannsdörfer, dann bis Herbst 1903 von Wenck geleitet wurde. Ebenso wurde von Herrn von Gerlach in der Provinz Hannover ein Blatt gewonnen, die „Schüttorfer Zeitung", an der dann mehrere Jahre der leider nur zu früh verstorbene Herr Schaal, bis dahin Graveur in Berlin, gewirkt hat, neben Tischendörfer und Kuhlmann wohl der tüchtigste Vertreter aus dem Arbeiterstand, der sich dem nationalsozialen Verein anschloß. Eine weitere wertvolle Erwerbung geschah von Seiten des Herrn Pohlmann durch die Gründung des „Nordischen Kuriers" in Itzehoe, eines Blattes, das einen ungemein raschen Aufschwung nahm, geleitet von Redakteur Speer, der noch vor Schaal an der „Schüttorfer Zeitung" gewesen war. Und endlich gelang es den württembergischen Nationalsozialen, die „Schwäbische Rundschau" in Eßlingen am 1. September 1900 unter nationalsoziale Leitung, Redakteur Bayer, zu bringen. Daneben konnte eine Reihe

anderer Blätter als eng befreundet angesehen werden, neben Organen der evangelischen Arbeitervereine in Baden, Württemberg und Frankfurt a. M. die von einem eifrigen Nationalsozialen der Reichslande, Chefredakteur Wolff, geleitete „Straßburger Zeitung", der „Volkserzieher" Wilhelm Schwaners in Berlin, die „Thüringer Rundschau" in Jena und nicht zuletzt die „Deutsche Volksstimme" Adolf Damaschkes, das Organ der Bodenreformer. So war wenigstens in etwas dem Mangel an journalistischer Vertretung der nationalsozialen Gedanken abgeholfen, wenn es auch leider bis zu den Wahlen 1903 nicht gelang, in allen Wahlkreisen, in denen Nationalsoziale kandidierten, die für eine erfolgreiche Kandidatur unerläßliche Tagespresse zu beschaffen.

Das Hauptorgan blieb natürlich „Die Hilfe", die seit 1. Oktober 1898 in vergrößertem Umfang erschien. Ein Mangel aber haftete ihr von vornherein an. War sie während des Bestehens der Tageszeitung „Die Zeit" ein Organ für Arbeiter gewesen, für kleine Leute überhaupt, so sollte sie jetzt diesen Charakter mit dem des leitenden Organs der Bewegung verbinden, in dem auch zeitweise prinzipielle Fragen erörtert wurden. Diese Doppelstellung wurde mit der Zeit unerträglich. Alle Versuche, den Mißstand zu heben, scheiterten, bis sich Naumann im Sommer 1901 entschloß, neben einer nun wieder verkleinerten und verbilligten „Hilfe" eine zweite Wochenschrift „Die Zeit" ins Leben zu rufen, die den höheren geistigen Ansprüchen auf politischem, wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet entsprechen konnte. Und sie ist in den leider nur zwei Jahren ihres Bestehens diesen Anforderungen glänzend nachgekommen, ohne daß freilich die Bewegung stark genug war, sie mit der „Hilfe" weiter zu erhalten. Die Auflösung des Vereins nach den Reichstagswahlen von 1903 besiegelte ihr Ende, während die „Hilfe" auch dann noch fortgeführt wurde als „Nationalsoziales Wochenblatt", ein Titel, den sie seit Oktober 1898 führte.

Neben den periodisch erscheinenden Blättern entstand in den fünf Jahren von 1898—1903 eine umfassende nationalsoziale Literatur, teils direkt agitatorischen Inhalts, teils mehr wissenschaftlichen Charakters.

Es wurden vom Sekretariat eine Reihe von Flugblättern herausgegeben, die sowohl aktuelle politische Tagesfragen behandelten (Flottenfrage, Bernsteindebatte, Bauernfrage) als auch in kurzer Form die Stellung der Nationalsozialen zu anderen Parteien, ihre Ziele u. s. w. charakterisierten. Daneben erschien jährlich ein „Wegweiser", der kurz die Geschichte der Nationalsozialen behandelte, ihre Programmforderungen enthielt und über die Organisation und Literatur Auskunft erteilte. Einen ähnlichen Dienst leisteten die gedruckten Protokolle der Vertretertage (Erfurt 1896, 1897, Darmstadt 1898, Göttingen 1899, Leipzig 1900, Frankfurt a. M. 1901, Hannover 1902). Auch viele Nau-

mann'sche Vorträge in öffentlichen Versammlungen erschienen als kleine Zehnpfennighefte gedruckt. Von besonders gutem agitatorischem Wert erwiesen sich die Broschüre Damaschkes: „Was heißt nationalsozial?" und ebenso eine Broschüre Esenweins in Langenbeutingen, die das Landprogramm der Nationalsozialen (angenommen Leipzig 1900) erläuterte, während als Kommentar zum Gemeindeprogramm Damaschkes „Gemeindepolitik" dienen konnte. Zu dieser Literatur gehörten ferner zwei Broschüren des Professors L. Brentano in München: „Reaktion und Reform" (1899) und das „Freihandelsargument" (1900), ebenso Weinhausens Arbeit über die Gewerkvereine. Schließlich aber sei in diesem Zusammenhang genannt das von 1901 an erscheinende Jahrbuch der Hilfe die „Patria", Naumanns großes Werk: „Demokratie und Kaisertum" sowie „Norddeutsche Wirtschaftspolitik". Wahrlich — eine reiche Literatur für eine junge Bewegung in dem kurzen Zeitraum von 6—7 Jahren!

Ihre Verbreitung wurde wesentlich erleichtert durch die Gründung des „Hilfeverlags", in dem fast alle diese Schriften erschienen sind.

Nun noch ein Wort über die mündliche Agitation. Auch sie ist in diesen Jahren trotz des Mangels an agitatorischen Kräften außerordentlich stark gewesen. Jede Vorstandssitzung beschäftigte sich mit Vortragstouren einzelner Redner, und zu ihnen trat in den letzten Jahren die Veranstaltung von Vortragscyklen, in denen Naumann in einzelnen Städten z. B. Oldenburg, Göttingen, Kiel, Berlin im Zusammenhang über nationalen Sozialismus redete. Der Versuch, einen Kursus von Rednern aus dem Arbeiterstand abzuhalten, überhaupt einen sozialpolitischen Kursus zu veranstalten, wurde mehrfach angeregt und auch gefördert, kam aber schließlich nicht zur Ausführung. Das gleiche Schicksal hatte die Gründung einer nationalsozialen Zeitungskorrespondenz für die verschiedenen Blätter und die Herausgabe eines volkstümlichen Parteikalenders.

Ging die Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen mit Reden, nach denen grundsätzlich freie und uneingeschränkte Diskussionen gewährt wurden, alle Jahre ihren regelmäßigen Gang, so bildeten doch brennende politische Fragen wie der Kampf gegen die Zuchthausvorlage, für die Flotte und um den Zolltarif besondere Themata, für die in außerordentlicher Weise mit Reden gesorgt wurde. Und auch an der Beteiligung bei Wahlkämpfen hat es in diesem Zeitraum nicht ganz gefehlt. So bewarb sich von Gerlach im Herbst 1898 um das preußische Landtagsmandat in Schüttorf, wobei er der sonderbaren Koalition von Zentrum und Nationalliberalen unterlag. Zwei Jahre später gelang es, bei den Weimarer und Württemberger Landtagswahlen wenigstens in je einem Wahlkreis Achtungserfolge zu erzielen. Dazu kam die Beteiligung an Kommunalwahlen. Zweimal versuchte Damaschke, in Moabit-

Berlin ein Mandat zu erobern. 1899 erhielt er 316 Stimmen, ein Jahr darauf nach Ungiltigkeitserklärung des sozialdemokratischen Mandats 1134 Stimmen; aber auch dieses Mal unterlag er. Dagegen wurden in mehreren anderen Gemeinden: Dresden, Kassel, Schüttorf, Steglitz, Stuttgart, Schöneberg u.s.w. Erfolge erzielt, Nationalsoziale gewählt!

Drückend ruhte in all diesen Jahren die finanzielle Sorge auf dem Verein, besonders auf dem Vorstand. Obwohl in jedem Jahresbericht hervorgehoben werden konnte, daß die Mitgliederzahl ständig wuchs und der Abgang durch Tod und Austritt nur sehr gering war, blieben doch im ganzen finanzkräftige Kreise fern, und die Ansprüche an die Agitation stiegen ständig. So sparsam gewirtschaftet wurde, wiederholt mußten Schulden gemacht werden, und besondere Agitationen waren überhaupt nur möglich durch außerordentliche Sammlungen. Der Wahlkampf 1898 hatte ca. 40000 Mark gekostet, die aber verhältnismäßig leicht gedeckt wurden. Schwerer war es, die laufenden Ausgaben zu bestreiten, und man war schon froh, wenn die Einnahmen eines Jahres alles in allem auf 10—12 000 Mark stiegen bei schließlich etwa 3000 Mitgliedern, deren Beiträge allerdings zum Teil zu $^1/_3$ bis $^2/_3$ auf lokale Ausgaben verwendet wurden, die unter jener Summe nicht einbegriffen sind. Mehrmals mußte in sehr energischer Weise durch vertrauliche Briefe zu außerordentlichen Opfern aufgefordert werden. Und als der „Vorwärts" die Taktlosigkeit besaß, einen dieser ihm in die Hände gefallenen Briefe, von billigem Spott begleitet, zu veröffentlichen, erreichte er gerade das Gegenteil. — Im Nu waren die fehlenden Summen aufgebracht und noch darüber hinaus.

Es war neben Arbeitern und Handwerkern, die nur mittelmäßig besoldete Schicht von Beamten, Pfarrern, Lehrern, Ärzten, dazu einzelne reichere Kaufleute, Fabrikanten, Privatiers und hohe Beamte, die den Verein bildeten. Und mancher von ihnen hat über seine Kräfte hinaus sich Opfer auferlegt, ohne daß doch die Gesamtsumme ausreichte, um den Verein finanziell sorgenfrei zu stellen und ihm die Mittel zu gewähren, die zu einer an sich ausgiebigen Agitation, namentlich auch zur vermehrten Anstellung von politischen Berufsarbeitern notwendig gewesen wären.

c) Die Stellung zu den politischen Parteien und Tagesfragen in den Jahren 1898—1903.

Die brennende politische Tagesfrage, unter der der Vertretertag von 1898 stand, war die vom Kaiser in Oeynhausen angekündigte Zuchthausvorlage gewesen. Bekanntlich hat es fast $^3/_4$ Jahr gedauert, ehe sie formuliert vorlag. Sie erschien erst im Juni 1899, und ihre endgiltige Ablehnung im Reichstag

erfolgte dann am 20. November 1899. Aber schon den ganzen Winter 1898/99 beherrschte sie die politische Erörterung. Wie energisch arbeiterfreundlich die Stellung der Nationalsozialen in dieser Frage war, haben wir schon angeführt. Und es blieb darum auch nicht aus, daß man stärker als je die Nationalsozialen von seiten der konservativen Parteien mit der Sozialdemokratie in einen Topf warf. Der nationale und monarchische Charakter der Bewegung wurde ihr immer brutaler abgesprochen. Dennoch ist grade im Zusammenhang mit dieser Frage der Austritt Paul Göhres erfolgt. Er wünschte nach der Oeynhauser Kaiserrede eine „Revision unserer nationalsozialen Gesinnung, so weit sie monarchisch ist", und stellte das unterscheidende Moment, was die Nationalsozialen sein sollten: „proletarisch-sozialistisch", dem gegenüber, was sie leider geworden seien: „bürgerlich-sozial". Naumann hielt Göhre gegenüber daran fest, daß das Kaisertum geschichtlich gegeben sei, und daß wir um vorübergehender Trübungen und Enttäuschungen willen die monarchische Gesinnung nicht grundsätzlich ändern könnten. Auch um der Machtstellung Deutschlands willen gehe dies nicht; im Ausland gilt der Kaiser als Zentralpunkt Deutschlands. Was aber den zweiten Punkt Göhres anbelange, wir seien nicht proletarisch-sozialistisch, so wies Naumann darauf hin, daß es einen einheitlichen Begriff „Proletariat" nicht mehr gibt, wie das Aufsteigen einzelner Arbeiterschaften in das Bürgertum beweist. Göhre sei auch gar nicht in der Lage, uns Mängel in unserer Haltung der Arbeiterbewegung gegenüber vorzuwerfen. Nur stimmungsmäßig fühle er Differenzen, indem ihm die kräftigeren Gefühlsäußerungen der Sozialdemokratie sympathischer seien. — Anfänglich vollzog sich der Austritt nach solchen Auseinandersetzungen durchaus freundschaftlich. Naumann teilte ihn im Einverständnis mit Göhre in der „Hilfe" mit und fügte warme anerkennende Worte über Göhres Person und Tätigkeit hinzu. Es war von beiden Seiten nicht beabsichtigt, in eine öffentliche Kontraverse einzutreten. Diese forderte aber der „Vorwärts" heraus, indem er einen Artikel von Göhre augenscheinlich nahestehender Seite brachte, der es so darstellte, als habe es der „ehrliche Göhre" unter Naumanns Ägide nicht aushalten können, da dieser Mann erstens konfus sei und zweitens alle Grundsätze und Überzeugungen verrate und verleugne. Dazu wurden objektiv unrichtige Behauptungen aufgestellt, wie z. B., daß Göhre aus sachlichen Differenzen schon 1898 nicht zum Reichstag kandidiert habe, während er tatsächlich eine Kandidatur übernommen hatte, die dann nicht zustande kam, und er erklärte, lieber im Wahlkampf helfen zu wollen, was er auch getan hat. Naumann antwortete in der „Hilfe" mit der Zurückweisung der beleidigenden Unterstellungen und dem Hinweis darauf, daß man Göhre niemals Steine in den Weg gelegt zur Vertretung seines Standpunktes, ja, daß gerade Prof. Sohm

der sachlich sein schärfster Antipode war, ihm durch seine Ablehnung erneuter Wahl in den Vorstand 1898 Gelegenheit gegeben habe, sich voll zu betätigen. — Der Streit ging dann in unerquicklichster Weise weiter, indem Göhre die „Zukunft" benutzte, um seinen Austritt zu rechtfertigen, und hierauf Antworten von Naumann und Wenck in der „Hilfe" erfolgten. Sie änderten nichts an der Tatsache, daß Göhre die stärker proletarisch-sozialistische Stimmung im nationalsozialen Verein vermißte, die — und darin hatte er Recht — bei den jüngeren Christlichsozialen vorhanden war. Sie mußte aber notgedrungen zurücktreten, seit man sich entschlossen hatte, dem nationalen Gesichtspunkt größere Geltung einzuräumen, während diese Wandlung durchaus nicht bedingte, daß man in Arbeiterfragen anders stand als die Sozialdemokratie. Und daß dies möglich war, zeigte das Eintreten gegen die Zuchthausvorlage und die spätere Haltung der Nationalsozialen bei der Zolltarifvorlage.

In den Jahren 1898—1903 blieb das Verhältnis der Nationalsozialen zur Sozialdemokratie im ganzen auf der seit Erfurt 1897 vorgezeichneten Linie. Man kämpfte mit ihr Schulter an Schulter beim Widerspruch gegen die Zuchthausvorlage, bei jeder reaktionären Welle, die sich bemerkbar machte, beim Zolltarif vor allem, wo man auch die Obstruktion billigte. Dabei war man bestrebt, den rechten Flügel zu stützen, indem man jeder Zeit seine kluge politische Haltung pries. Ja — man kann sagen, daß ein guter Teil national-sozialer Arbeit in diesen Jahren gerade hierauf verwendet worden ist, die Löcher aufzuweisen, die der Marxismus mehr und mehr offenbarte, die Bernstein, die Heine, Vollmar, Auer und Schippel, Arons und David in ihrer wohltätigen revisionistischen Tätigkeit zu charakterisieren und darüber ständig mit ihnen selbst und den unbelehrbaren Marxisten zu diskutieren. Und wenn die Hoffnungen, die man hier anfänglich zu stark hegte, sich auch allmählich etwas abkühlten, weil man bei den Revisionisten die notwendige Energie vermißte, weil man erkannte, daß der ganze Prozeß der Umwandlung in der Sozialdemokratie noch lange Zeit brauchen werde, so hat man doch bis zuletzt diese Taktik beibehalten. Man hat sich von ihr weder abbringen lassen durch den Spott der bürgerlichen Scharfmacher noch durch die Abschüttelungs-versuche, deren sich die Revisionisten den Nationalsozialen gegenüber befleißigten. Und die Geschichte wird hier einmal gerechter und anerkennender über die Nationalsozialen urteilen, als es der Gegenwart im Kampf der Parteien beliebt.

Zu einer zeitweise sehr scharfen Stellung der Nationalsozialen gegen die Sozialdemokratie kam es aber in diesen Jahren durch die Flottenfrage des Jahres 1901. Nicht als wenn man die Sozialdemokratie im Styl der „nationalen" Parteien als „vaterlandslose Gesellen" bekämpft hätte. Aber man suchte gerade ihnen gegenüber nachzuweisen, daß „unser Brot an den

Schiffen" hängt, daß das mit der Weltpolitik und dem Welthandel zusammenhängende Arbeitsinteresse eine flottenfreundliche Stellung der Arbeiterbewegung verlangt. Das wurde in Flugblättern und Flugschriften, in der Presse und in der mündlichen Agitation vertreten, die wiederum fast eben so oft in sozialdemokratischen wie in nationalsozialen Versammlungen geschah. Daraus ergab sich ganz von selbst, daß während des Kampfes um die Flottenfrage die Front der Nationalsozialen an der Seite der „nationalen" Parteien gegen die Sozialdemokratie genommen wurde. Im Zusammenhang damit bahnte sich auch ein freundschaftliches Verhältnis der Nationalsozialen zu dem Flottenverein an, der unter seiner damaligen Leitung auch den nationalsozialen Ideen freundlich gesinnt war. Es sprach sich dies auch darin aus, daß einzelne Nationalsoziale Vorträge für den Flottenverein übernahmen und z. B. auch als Diskussionsredner im Verein mit einer Reihe von „Flottenprofessoren" mitwirkten, als die Sozialdemokratie in Berlin in 19 großen Volksversammlungen gegen die Flottenvorlage protestierte. Der Spott und Hohn, der sich für diese ganze Agitation über die Nationalsozialen als über die „Flottenschwärmer" und „Flottenenthusiasten" und über den „Marinepastor" ergoß, wurde natürlich wie der Ehrenname der Geusen ertragen. Aber als die Flottenvorlage angenommen war und diese eminent nationalpolitische Frage verdrängt wurde durch den sich erhebenden Kampf um den Zolltarif, änderte sich auch die politische Situation für die Nationalsozialen von grund aus.

Getreu ihrer 1898 in Darmstadt festgelegten handelvertragsfreundlichen Stellung, die noch durch das Landprogramm von 1900 gestärkt worden war, bekämpften sie den drohenden Brotwucher. Ihre Front wandte sich wieder gegen rechts. Vom Bund der Landwirte her über das Zentrum bis zum Bassermannschen Flügel der Nationalliberalen hin standen ihre Gegner. Dabei erfolgte auch der endgiltige Bruch mit einer Berliner Tageszeitung, der „Täglichen Rundschau", deren Abonnement einst die „Zeit" kurz vor ihrem Eingehen 1897 als Ersatz für eine Berliner nationalsoziale Tageszeitung empfohlen hatte, und die man bisher trotz aller gelegentlichen Reibereien als ein sozial gesinntes Blatt angesehen hatte. Sie stellte sich aber durchaus in die Richtung, die der Zolltarif vorschlug, und zu dem sachlichen Kampf, der sich darüber entspann, gesellten sich gehässige, schwere persönliche Angriffe, die auch auf dem Vertretertag 1901 zu Frankfurt a. M. zur Sprache kamen. Eben dieser Vertretertag führte auch zu einer Resolution gegen den Zolltarif, die in trefflicher Kürze die Stellung des Vereins charakterisierte. Sie lautete:

> Die Nationalsozialen sind auf keine handelspolitische Doktrin eingeschworen. Sie sind der Ansicht, daß es von der wirtschaftlichen Lage

eines Landes abhängt, ob Schutzzoll oder Freihandel nützlicher wirkt. Deutschlands Entwicklung ist jedoch heute so weit gediehen, daß es zu den Ländern gehört, die das größte Interesse an der allmählichen Abkehr vom Schutzzollsystem haben. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf zeigt dagegen eine hochschutzzöllnerische Tendenz, die, in die Wirklichkeit umgesetzt, auf dem Gebiete der Industrie der Kartell- und Syndikatsbildung Vorschub leisten, auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu einer künstlichen Steigerung der Grundrente führen und so die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft selbst auf die Dauer schwer schädigen müßte. Deshalb verwerfen wir den Zolltarif in seiner Gesamtheit. Insbesondere mißbilligen wir die Minimalsätze für Getreide, die ein Ausnahmegesetz zu gunsten der vom Getreideverkauf lebenden kleinen landwirtschaftlichen Minderheit darstellen und dabei den Abschluß von Handelsverträgen auf's äußeste gefährden würden.

Mit derselben Entschiedenheit, mit der wir für einen wirksamen Schutz des Bauernstandes nach den Forderungen unseres Landprogramms, insbesondere für eine grundlegende Hypothekarreform, eintreten, wenden wir uns gegen eine Zollpolitik, die auf die Großgrundbesitzer zugeschnitten, für die übrige Bevölkerung aber vom Übel ist. Der Triumph dieser Zollpolitik würde gleichbedeutend sein mit einer Aera wirtschaftlichen Rückgangs, sozialen Stillstandes und reaktionärer Gesamtpolitik. Aus sozialen wie aus nationalen Gründen fordern wir unsere Freunde auf, in Wort und Schrift, durch Unterzeichnung von Petitionen und durch Besuch von Protestversammlungen, durch eigene Kundgebungen oder durch Unterstützung anderer Kundgebungen alles zu tun, um den Zolltarif zu Fall bringen.

Das ist die wichtigste nationalsoziale Aufgabe des Augenblicks.

Der Kampf um den Zolltarif hat dann die Tätigkeit der Nationalsozialen bis in die Wahlkämpfe von 1903 beherrscht. Und er hat auch zu einer weiteren parteipolitischen Klärung geführt. Den Konservativen gegenüber war dies nicht weiter notwendig. Aber Bassermanns korrekte Haltung bei der Zuchthausvorlage hatte zeitweilig in ihm einen näher stehenden Politiker vermuten lassen, als sich dann bei seiner die Gewaltpolitik während der parlamentarischen Verhandlungen über den Tarif beschönigenden Haltung und seiner ganzen Stellung zur Zollfrage zeigte. Man wußte fortan, daß man auch ihm und seinen Freunden bei den Wahlen nur als Gegner gegenüber stehen konnte.

Ganz ungeklärt war bisher das Verhältnis zum Zentrum gewesen, schon aus dem Grunde, weil man in katholischen Gegenden wenig oder gar nicht agitiert hatte. Wohl versuchten Nationalsoziale wiederholt, schon bei den ersten Vertretertagen, im Sinne des Evangelischen Bundes gegen das Zentrum mobil zu machen. Die überwiegende Mehrheit lehnte dies stets ab. Und zwar, weil man von dem Gesichtspunkt ausging, daß schon jede wahrhaft

liberale politische Betätigung im Staatsleben alle klerikalen Bestrebungen bekämpft, ohne daß dies besonders hervorgehoben werden muß. Weiter aber, weil man durch eine Politik im Sinne des Kulturkampfes mit Ausnahmegesetzen und in ihrem Geist gehandhabten Verwaltungsmaßregeln dem liberalen Prinzip der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz leicht widerstreitet und dadurch nur den verfolgten Teil stärkt. Aus diesem Grunde war man konsequenter Weise auch für die Aufhebung von § 2 des Jesuitengesetzes. Aber sobald das Zentrum Miene machte, durch die lex Heinze seine Ideen zu verwirklichen, und als es durch seine Stellung bei der Flottenfrage und dem Zolltarif einen verhängnisvollen Einfluß auf die Reichsregierung bekam, der nur illiberal und unsozial wirken konnte — wurde die Stellung zum Zentrum schroffer. Man erkannte in ihm die Partei mit der verhängnisvollen Politik der mittleren Linie bei allen Fragen der Gesetzgebung!

Weiter wirkte der Zolltarifkampf dahin, daß die Nationalsozialen ihre Stellung zum Freisinn einer Revision unterzogen. Man hatte ihn in seinen beiden Richtungen, in der Vereinigung und in der Volkspartei bei der Plöner Wahl 1897 scharf und mit Erfolg bekämpft. Nicht weniger 1898 ebenfalls in Plön, dann auch in Dittmarschen und Sangerhausen. Der Gesichtspunkt war dabei der gewesen, daß sich in dem Freisinn das unsoziale freiheitliche Bürgertum verkörperte, wozu bei der Eugen Richter'schen Partei noch die ablehnende Stellung nationalen Machtfragen gegenüber kam. Die Organe seiner Partei erwiderten denn auch diese Gesinnung durch eine überaus scharfe Bekämpfung des nationalen Sozialismus.

Anders gestaltete sich mit der Zeit das Verhältnis zur freisinnigen Vereinigung, deren Parteitag 1899 ein Verständnis für die sozialen Aufgaben zeigte. Das Auftreten namentlich Rösike's und Barth's berührte sympathisch. Und auch von jener Seite aus machte sich schon im Herbst 1899 eine freundlichere Beurteilung der nationalsozialen Bestrebungen geltend, vor allem in einem Artikel Barth's in der „Nation" und in Urteilen Heinrich Rickert's, des greisen Führers der Vereinigung. Sowohl bei der Zuchthausvorlage wie bei den Flottenfragen hatte sich politische Übereinstimmung gezeigt und das nun vollends bei der Zolltarifvorlage. Man hatte sich darum schon 1900 nnd dann immer wieder im Vorstand des nationalsozialen Vereins mit der Frage beschäftigt, ob sich nicht ein freundschaftliches Verhältnis mit der Vereinigung anbahnen lasse. Aber es ist über unverbindliche Verhandlungen bis über die Wahlen von 1903 nicht hinaus gekommen; denn auf beiden Seiten bestanden starke Gegenströmungen, die von irgend einer Annäherung beider Gruppen nichts wissen wollten. Immerhin war dadurch 1903 die Frage: Wie stehen die Nationalsozialen zum bürgerlichen Liberalismus? so brennend geworden,

daß man sie auf die Tagesordnung des Vertretertages in Frankfurt a. Main setzte. Und hier kam man nach einem Vortrag Naumann's und reger Diskussion zu folgender Stellungnahme. Man anerkannte, daß der sozialpolitische, handelspolitische und staatspolitische Fortschritt des deutschen Volkes, den die Sozialdemokratie allein nicht zu stande bringen kann, einmal um ihres Radikalismus willen und dann wegen der Übermacht des Agrariertums — einer industrialistisch gerichteten politischen Organisation des bürgerlichen Liberalismus bedarf. Diese ist jetzt nicht vorhanden, weil es dem Liberalismus an einem einheitlichen Wirtschaftsprogramm fehlt, weil er nur ein ungenügendes Bauernprogramm besitzt, ihm das Verständnis für die soziale und politische Bedeutung der Arbeiterklasse abgeht und zum teil auch das Verständnis mangelt für den Machtkampf der Völker und Staaten. Deshalb muß ein vereint vorgehender proletarischer und bürgerlicher Liberalismus bei Stärkung aller Freiheitstendenzen nationale Gesamtpolitik vom Standpunkt der industriellen Entwickelung aus bieten.

> Von da aus muß er den Zusammenhang des steigenden Wachstums des Nationalwohlstandes mit der Belebung bäuerlicher und handwerksmäßiger Betriebe durch die gesteigerte Konsumkraft der arbeitenden Massen einerseits und Durchführung eines auf Genossenschaft und Entschuldung gerichteten Landprogramms andererseits in den Vordergrund stellen, um Vertreter der wirtschaftlichen Gesamtinteressen der Nation werden zu können.
>
> Der Herbeiführung dieses Zieles dienen innerhalb der Sozialdemokratie die Bernsteinianer, außerhalb derselben die Nationalsozialen, die führenden Kräfte der freisinnigen Vereinigung und gewisse Unterströmungen in den beiden Volksparteien. Diesem Ziele stellt sich am meisten entgegen der marxistische Radikalismus in der Sozialdemokratie, der bürgerlich-liberale Doktrinarismus Eugen Richters und die übermächtigen agrarischen Einflüsse bei den Nationalliberalen.

Die Nationalsozialen haben nach Maßgabe ihrer Kräfte die Aufgabe, innerhalb der liberalen Gesamtbewegung die Idee der einheitlichen Organisation von proletarischen und bürgerlichen Elementen zu stärken, und müssen diejenigen Teile des Liberalismus und der Sozialdemokratie bekämpfen, die dieser Idee entgegenstehen.

Mit dieser Beantwortung der Frage, wie sich die Nationalsozialen zu dem bürgerlichen Liberalismus zu stellen haben, wurde ihnen scheinbar eine ganz neue Aufgabe gestellt. Sie sollten mit dazu helfen, daß die Basis geschaffen werde, auf der Bürgertum und Arbeitertum zusammen eine politische Macht würden, gegenüber der agrarischen und klerikalen Reaktion auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet. Aber diese Aufgabe war nur „zum teil"

eine neue. Sie veränderte nichts an der alten Aufgabe, den Sozialismus national und regierungsfähig zu machen. Nur, daß jetzt klar ausgesprochen wurde, daß die Mithilfe des Bürgertums notwendig sei, und daß man daran verzweifelte, daß die ganze Sozialdemokratie hierfür zu gewinnen sei. Das war die Frucht der dreifachen Erkenntnis, einmal von einem beginnenden Verständnis liberaler bürgerlicher Kreise für die Arbeiterbewegung, wie es sich bei Dr. Barth und Roesicke zeigte, dann die Erkenntnis von der nur langsam fortschreitenden Mauserung der Sozialdemokratie und drittens von der politischen Machtlosigkeit des Sozialismus ohne bürgerliche Unterstützung.

Daß man hier von seiten der Nationalsozialen trotz der bisher festgehaltenen Stellung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie anfing, sich als ein Teil des Liberalismus zu fühlen, war dabei parteipolitisch keine Wandlung, da man die eigene Organisation durchaus festhielt zwischen jenen beiden Gruppen und darum keineswegs in das bürgerliche Lager hinüber schwenkte. Erst nach der Auflösung der selbständigen Organisation, die das Bekenntnis zum Sozialismus einschloß, konnte davon geredet werden. Bis dahin wahrte sich der nationale Sozialismus dieselbe Unabhängigkeit vom liberalen Bürgertum wie der Sozialismus eines Jaurès in Frankreich, unbeschadet der von ihm erkannten Notwendigkeit der gemeinsamen Aktion mit dem Bürgertum gegenüber dem Klerikalismus. Aber freilich hat diese Selbständigkeit des nationalen Sozialismus nur noch zwei Jahre gewährt bis zu den Folgen, die für ihn die Reichstagswahl von 1903 hatte.

Noch bleibt an dieser Stelle übrig, das Verhältnis zu streifen, welches der nationalsoziale Verein zum Handelsvertragsverein eingenommen hat. Es kam niemals zu einem Verhältnis mit ihm, das den Nationalsozialen Unterstützung gesichert hätte. Selbst bei der Aufstellung eigener Kandidaten für die Wahlen von 1903 fanden keine bindenden Abmachungen statt, aber einzelne Nationalsoziale traten, so gut wie Mitglieder der freisinnigen Parteien, zeitweilig in den Dienst des Handelsvertragsvereins, so vor allem von Gerlach, der deswegen auch auf ein Jahr aus dem Vorstand des nationalsozialen Vereins ausschied.

Haben wir damit das Verhältnis der Nationalsozialen zu anderen politischen Gruppen an der Hand der zeitbewegenden politischen Tagesfragen geschildert und ihre parteipolitische Entwicklung in den Jahren 1898—1903 kennen gelernt, so seien nun noch eine Anzahl von Fragen gestreift, die innerhalb des Vereins in ihrer Klärung fortschritten.

Daß immer noch christliche Gesichtspunkte und allgemein humane Anschauungen mit rein politischen Gedanken rangen, zeigte sich bei Erörterungen über die Orientfrage (Armenien), die Stellung zur Friedenskonferenz des Zaren

und zur Chinapolitik Deutschlands. Ja, in gleichem Sinne gehört hierher auch die Stellung zum Burenkrieg.

Schon bei den Vertretertagen von 1897 und 1898 war die Armenierfrage angesichts der türkischen Greuel gestreift worden; aber erst eine Erörterung Naumanns in den von seiner Orientreise, Herbst 1898, für die „Hilfe" geschriebenen und dann in der „Asia" zusammenfassend veröffentlichten Briefen spitzte die Erörterung auf dem Göttinger Vertretertag 1899 dahin zu, ob die Nationalsozialen aus ethischen und christlichen Gründen für die Armenier oder aus nationalen Machtgründen für die Türken sein sollten. Aber treffend wies Naumann darauf hin,

> daß diese Zuspitzung der Frage irreführend darauf hinauslaufe, als sei die Vertretung der Machtpolitik an sich unmoralisch und unchristlich und der Vertretung der Sympathiepolitik ein moralisches Vorgehen. Tatsächlich aber liegt es so, daß, indem wir des deutschen Volkes Macht vertreten und damit die Verteidigung und Erhaltung großer sittlicher und christlicher Güter übernehmen, für uns die Tatsache entscheidet, daß der ungeschwächte Bestand des Deutschtums in der Welt ungleich wichtiger ist als die gesamte armenische Frage. Eine armenier-freundliche Stellung wäre eine wirkliche, wenn auch ungewollte Unterstützung englischer Weltausdehnungspolitik und darum unseren deutschen Interessen entgegenstehend. Deßhalb war es vom nationalen und ethischen Standpunkt aus richtig, die Haltung unserer Regierung zu billigen. Bei der Burenfrage lag es etwas anders. Hier mochte die Erkenntnis unserer maritimen Schwachheit England gegenüber zur Zurückhaltung der an sich natürlichen Sympathien für das tapfere Volk führen, ganz abgesehen davon, ob nicht das Burenregiment europäerfeindlich wirkte.

Dann die Friedensberatungen und Friedenskonferenz des Zaren. Auch hier war es das Verdienst Naumanns, zur Klärung des Gedanken wesentlich beizutragen, die bei einen Teil der Nationalsozialen unter dem Einfluß humanitärer Friedensliebe standen. Als wenn es die Aufgabe einer politischen Gruppe sein könnte, sich mit gutem Herzen und gutem Willen zu beschäftigen. Hier kann nur die nationale Frage in ihrer ganzen Härte maßgebend sein: Bedeutet diese Bewegung eine Stärkung der deutschen Kraft oder eine Schwächung?

> Das letztere ist der Fall, zumal in Rücksicht auf die schon an sich vorhandene kosmopolitische Neigung des deutschen Volkes, die nur dazu beitragen kann, unsere nationalen Machtaufgaben in der Weltpolitik zu verkennen. Die Weltgeschichte ist ein Kampf der Völker um ihr Dasein. Und von hier aus fällt die Frage der Ernährung eines Volkes für die Volkserhaltung zusammen mit der Frage der Weltmachtstellung, und damit verträgt sich der Geist einer Bertha von Suttner nicht.

Die schwierigste Diskussion dieser Art brachte der Leipziger Parteitag 1900. Naumann wurde zur Rede gestellt wegen seiner Verteidigung der Kaiserworte beim Abgang der Truppen in den Chinafeldzug: „Pardon wird nicht gegeben". Schon in der „Hilfe" hatten mehrere Nationalsoziale ihren ablehnenden Standpunkt hervorgehoben, und es waren einzelne Austrittserklärungen erfolgt. Damaschke brachte für den Vertretertag folgende Resolution ein:

> Der Vertretertag erklärt ausdrücklich, daß die Haltung der „Hilfe" zu dem Wort: „Pardon wird nicht gegeben", eine Privatmeinung der „Hilfe"-Redaktion darstellt, für die die Nationalsozialen als solche die Verantwortung nicht zu tragen haben.

Er wies in der Begründung darauf hin, daß das menschliche Empfinden dem Wort widerspreche, möchten auch militärische oder politische Gründe dafür sprechen. Auch die deutsche Volkszukunft müsse leiden; denn wer dieses Wort befolge, käme leicht nicht ohne Schaden an seiner sittlichen Persönlichkeit zurecht. An die Seite Damaschkes, wenn auch aus formellen Gründen gegen die Resolution, trat u. a. Gottfried Traub, der in dem Wort ein Wort politischer Leidenschaft gesehen hatte und dann auf die ihm widersprechenden völkerrechtlichen Grundsätze hinwies. Dagegen verteidigte Prof. Sohm Naumann, der im wesentlichen nur gesagt habe, „wenn derartige Anweisungen kriegstechnisch richtig sind, d. h. notwendigerweise dazu dienen, den Erfolg herbeizuführen, dann ist vom ethischen Standpunkt aus nichts gegen sie einzuwenden".

> Gibt man überhaupt zu, daß es christlich erlaubt ist, Krieg zu führen, dann muß er auch so geführt werden, daß er Erfolg hat. Die Frage aber, ob Krieg überhaupt sein darf, ist gleichbedeutend mit der andern, ob der Staat sein darf. Darum verneint Tolstoi konsequent beides. Wer dagegen den Staat zugibt, muß auch die anderen Konsequenzen ziehen.

Der Ausgang der Debatte war der, daß Damaschke sich bereit erklärte, seine Resolution zurückzuziehen, wenn der Parteitag eine motivierte Tagesordnung annehme, die seinen Ausführungen gerecht werde. Etwa:

> da in der nationalsozialen Bewegung nur Beschlüsse des Vertretertages für die einzelnen bindend sind, erklärt die Versammlung, daß sie keine Veranlassung hat, zu den Ausführungen der „Hilfe" über das Wort: „Pardon wird nicht gegeben", ihrerseits Stellung zu nehmen.

Und so geschah es. —

Schließlich sei in diesem Abschnitt noch erwähnt, daß auch die Polen- und Dänendebatte immer wieder auftauchte, aber immer mehr in dem schon früher dargelegten Sinne entschieden wurde: Stärkung des Deutschtums in den bedrohten Landesteilen ist notwendig, aber ohne daß die Polen als preußische Staatsbürger das Recht verlieren, vor dem Gesetz wie jeder andere Staatsbürger behandelt zu werden. Und auch die Frage nach der Stellung zu den Deutsch-Österreichern beschäftigte einen Vertretertag. (Göttingen 1899.) Unter Anerkennung der geschichtlichen Tatsache, daß diese Stammesgenossen einem anderen Staatswesen als dem des deutschen Reiches angehören, wies man es als unmöglich ab, daß unsere Reichsregierung sie irgendwie in ihrem Kampf unterstützt. Nur unserer Sympathie im Kampf für ihre Sprache und Sitten, ihren Glauben und ihr Volkstum können wir sie versichern. In diesem Sinne wurde auch eine Resolution angenommen und durch die Presse verbreitet.

d) Der Abschluß des Programmausbaues.

Es erübrigt nun auch aus den fünf Jahren stiller Entwickelung des Vereins (1898—1903) die programmatische Arbeit hervorzuheben, die hier von den Nationalsozialen im Ausbau ihrer Grundlinien geleistet wurde. Sie ist das Dokument dafür, wie ernst diese junge Parteigruppe darauf bedacht war, ihrer ganzen politischen Arbeit, grade auch der Agitation eine feste, wenn ich so sagen darf, wissenschaftliche Begründung zu geben und sich damit davor zu bewahren, daß leere Schlagworte die Leitmotive für die politische Tätigkeit würden. Daraus erklärt sich auch, daß man nicht auf die eigenen Kräfte allein vertraute, sondern bei der Programmarbeit stets die Verbindung mit den Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft auf unseren Universitäten festhielt. Vor allem wurden hier die Professoren Dr. Brentano-München, Dr. Rathgen-Heidelberg, Dr. von Schulze-Gaevernitz-Freiburg und Dr. Weber-Berlin treue Berater, jeder auf einem ihm und seiner Arbeit besonders naheliegenden Gebiet. Mögen hierdurch die prinzipiellen Erörterungeu auf den Vertretertagen häufig einen etwas stark akademischen Charakter angenommen haben, der natürliche Ausgleich erfolgte in der Praxis der Agitation ganz von selbst. Der Gewinn aber blieb, das Programm auf einem guten Fundament aufgebaut zu haben.

Und neben der zünftigen Wissenschaft der Nationalökonomie diente die Berührung mit der Bodenreformbewegung, die von Jahr zu Jahr stärker wurde, dazu, die praktisch durchführbaren, sozialreformerisch von grund aus gesunden Forderungen dieser Form des Sozialismus für den nationalen Sozialismus fruchtbar zu machen. Das Hauptverdienst kommt hier den beiden nationalsozialen Bodenreformern Damaschke und Pohlmann zu, von denen

der erstere vor allem den Entwurf des nationalsozialen Gemeindeprogramms, der letztere den des Landprogramms beeinflußte.

Über den Programmausbau braucht im einzelnen nicht viel gesagt zu werden. Es würde viel zu weit führen, die die Programme stützenden Referate auch nur in ihrem hauptsächlichen Gedankengang zu skizzieren und die sie erörternden Debatten zu berühren. Die Programmsätze sprechen für sich selbst. Wo aber eingehende Erläuterung wünschenswert erscheint, wie bei dem Landprogramm und dem Gemeindeprogramm, sei auf die gedruckt vorliegenden Protokollverhandlungen und auf die Schriften Pfarrer Esenwein's und Landwirt Wolf's zum Landprogramm und Damaschke's über Gemeindepolitik verwiesen. Wir können uns hier auf das notwendigste beschränken.

Zunächst muß der programmatischen Stellungnahme der Nationalsozialen zum Koalitionsrecht der Arbeiter gedacht werden, auf die hin der Kampf gegen die Zuchthausvorlage auch noch über die erste Kampfresolution des Darmstädter Vertretertages 1898 im Jahre 1899 drängte. Das Thema wurde theoretisch von dem gründlichen Kenner der Gewerkschaftsbewegung, Geheimrat Professor Dr. Lujo Brentano-München, und praktisch von dem Gewerkschaftler Schriftsetzer Kuhlmann auf dem Göttinger Vertretertag behandelt und führte zur Annahme folgender Sätze:

1. Es ist dringend nötig, daß jene Gesetze, wonach in einzelnen deutschen Staaten Berufsorganisationen der Arbeiter als politische Vereine behandelt werden und ihnen die Verbindung unter einander untersagt ist, aufgehoben werden. Alle die Frauen betreffenden Ausnahmebestimmungen der Vereinsgesetze, die ihre gewerbliche Organisation erschweren, sind aufzuheben.

2. Ein neues Gesetz über Einigungsverfahren ist nötig, wonach das Einigungsamt aus Vertretern beider Parteien der unmittelbar am Streite beteiligten Gewerbe zu bestehen hat; auch soll das neue Gesetz den Behörden die Befugnis geben, ein Einigungsverfahren einzuleiten.

3. Der § 152, 3 der Gewerbe-Ordnung ist zu beseitigen; dagegen soll der § 105 der G.-O. lauten: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist vorbehaltlich der durch die Reichsgesetze begründeten Beschränkungen Gegenstand freier Übereinkunft. Eine solche kann nicht blos von einzelnen Gewerbetreibenden und einzelnen Arbeitern, sondern auch von Korporationen Gewerbetreibender und von Korporationen von Arbeitern mit Wirkung für ihre Mitglieder rechtsverbindlich abgeschlossen werden. Wo immer eine Korporation von Arbeitgebern und Arbeitern die Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder vereinbart, haftet das Korporationsvermögen für die Erfüllung dieser Arbeitsbedingungen seitens ihrer Mitglieder.

4. An Stelle des bisherigen § 153 der G.-O. ist zu bestimmen, daß alle Vergehen und Verbrechen, begangen von Arbeitgebern oder Arbeitern, um andere zur Teilnahme an Verbindungen oder Verabredungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, zu bestimmen oder von der Teilnahme an solchen Vereinigungen oder Verabredungen abzuhalten, nach Maßgabe der Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches bestraft werden sollen.

Der gleiche Vertretertag beschäftigte sich mit der Aufstellung eines Gemeindeprogramms. Bei ihm war Referent Adolf Damaschke. Vorbearbeitet war der Stoff durch eine Kommunalkommission, deren Einsetzung durch den Vertretertag in Darmstadt 1898 beschlossen worden, war und in der vor allem Stadtpfarrer Dr. Ernst Lehmann in Hornberg (Baden) gewirkt hatte. Aus ihren Beratungen war aus einer Sitzung vom 3. Mai 1899 in Heidelberg ein Entwurf hervorgegangen, den die Kommission aber im Einverständnis mit Damaschke zugunsten seines Entwurfs zurückzog. Andrerseits hatten die Frankfurter Nationalsozialen einen Entwurf vorgelegt, von dem sie wünschten, daß er als Grundlage für die Beratung diene. Dieser Entwurf behandelte die gemeindliche Selbstverwaltung in einer grundsätzlichen Stellungnahme zu den sich hier ergebenden Kardinalfragen, ohne ein in Einzelforderungen detailliertes Gemeindeprogramm aufzustellen. Der Vertreter dieses Entwurfs, Dr. Klumker, bekämpfte darum auch die Menge der Damaschke'schen Einzelforderungen, wie er sich auch gegen den von dem bodenreformerischen Führer hervorgehobenen „Kernpunkt" seines Programms, die Besteuerung der „Zuwachsrente", wandte, weil es ihm verderblich schien, sich an eine bestimmte nationalökonomische Formel zu halten. Auch schien ihm das Damaschke'sche Programm den Landgemeinden zu wenig zu bieten. Der Vertretertag entschied sich aber dafür, Damaschke's Programmentwurf zur Grundlage der Beratung zu machen, denn auch Nicht-Bodenreformer wie Lizentiat Traub anerkannten doch den Wert der praktischen bodenreformerischen Forderungen zur Ausnutzung des Bodenwertes für die Gesamtheit. Eine Debatte rief noch die Forderung des Proportionalwahlsystems hervor. Sie wurde aber in Verbindung mit dem allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht „unter Ausschluß aller an Stand und Besitz gebundenen Sonderrechte und Beschränkungen" aufgenommen.

Das schließliche Resultat war die Annahme folgenden Programms:

I. Wir sehen in den Gemeinden diejenigen politischen Einheiten im Staatsleben, auf deren möglichst selbständiger Entwickelung der gesunde, nationale Aufbau des Volkskörpers beruht. Innerhalb der notwendigen staatlichen Einheit ist deshalb die gemeindliche Selbstverwaltung

in allen ihren Formen frei und selbständig weiter zu bilden. Sie soll nicht nur ein staatliches Verwaltungsorgan sein; sondern auch dem gemeinsamen Nutzen ihrer Glieder, vor allem der schwächeren dienen und sich durch die Mitarbeit aller an der Verwaltung als eine Bildungsstätte des Gemeinsinnes und wahrer staatsbürgerlicher Gesinnung erweisen.

II. Wir fordern demgemäß: Die Wahl der Gemeindevertretungen auf dem Wege des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Ausschluß aller an Stand und Besitz gebundenen Sonderrechte und Beschränkungen, mit der Berechtigung, das Proportionalsystem anzuwenden. Entschädigung der Gemeindevertreter. Die aktive wie die passive bürgerliche Wahlfähigkeit ist an einen mindestens einjährigen Aufenthalt am Orte geknüpft. Weder aus politischen noch aus religiösen Gründen darf die Bestätigung der Gemeindebeamten versagt werden. Richterlichen Entscheid bei verweigerter Bestätigung.

III. Wir halten eine finanziell unabhängige Ausgestaltung der Gemeindeverwaltung für unerläßlich zur Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben. Als Weg dazu sehen wir an:

a) Die Vergemeindung solcher Betriebe, welche den dauernden Bedürfnissen der Gemeinden dienen, und die durch ihren Monopolcharakter an sich einem gesunden Wettbewerb entzogen sind. Wir fordern daher für die Gegenwart: Überführung des städtischen Verkehrswesens (Pferde-, Dampf- oder elektrische Bahnen), des Beleuchtungswesens (Gas- und Elektrizitätswerke), der Wasserversorgung, des Anschlagwesens, des Abfuhrwesens, der Schlachthöfe, der Apotheken und der Sparkassen in Gemeindebesitz.

b) Wir fordern für die Gemeinde ein Vorkaufsrecht für den innerhalb ihres Weichbildes liegenden Grund und Boden. Wir fordern für die Gemeinde das Recht einer möglichst hohen Besteuerung der ohne jede Arbeit des einzelnen entstehenden „Zuwachsrente" und einer Besteuerung des unbebauten Bodens nach dem Werte, der durch Selbsteinschätzung zu bestimmen ist, ein Eigentumsrecht der Gemeinde zu diesem eingeschätzen Werte und eine Umsatzsteuer für Liegenschaften.

c) Die für das Gemeindefinanzwesen nötigen Mittel sind in erster Reihe aus dem möglichst zu vermehrenden Grund-Eigentum, dem Betrieb der kommunalen Unternehmungen, der Zuwachs-, Bauplatz- und Umsatzsteuer und der aufrecht zu erhaltenden Grund- und Gebäudesteuer aufzubringen. Soweit diese nicht genügen, sind sie in erster Reihe durch Zuschläge zu den höheren Stufen der staatlichen Vermögens-, Kapitalrenten- und Einkommensteuer zu beschaffen.

Verbrauchsabgaben (Oktroi), welche notwendige Lebensmittel verteuern, sind unter allen Umständen auszuschließen und, wo sie bestehen, zu beseitigen.

IV. Wir verlangen Verwendung der Gemeinde-Einkünfte in gemeinnütziger Weise:

1. Zur Förderung der Volksbildung:
   a) durch allmählige Einführung der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Lernmittel;
   b) durch Errichtung von Fortbildungs- und Gewerbeschulen, bei denen Abend- und Sonntagsunterricht wegfällt; durch Unterstützung von Haushaltungsschulen;
   c) durch Anlage öffentlicher Bücher- und Lesehallen und, wo angängig, auch städtischer Gallerien und Sammlungen;
   d) durch Förderung guter Theatervorstellungen, öffentlicher Konzerte und anderer volksbildender Bestrebungen;
   e) durch Herstellung von Stadtsälen, die allen Richtungen offen stehen.
2. In hygienischer Beziehung:
   a) durch eine geordnete Wohnungskontrolle;
   b) durch Anstellung von Schulärzten in größeren Gemeinden;
   c) durch Herstellung von Spiel- und Turnplätzen, bezw. Turnhallen, öffentlichen Badeanstalten, Parks und öffentlichen Anlagen;
   d) durch Förderung möglichst billiger und guter Kranken- und Wöchnerinnenpflege, sowohl in eigenen Anstalten wie als Privatpflege.
3. Eine weitblickende Armen- und Waisenpflege unter Anstellung auch weiblicher Pfleger.
4. Neuregelung des Begräbniswesens.

V. Wir fordern ferner, daß die Gemeinden einen sozialen Schutz von Erwerb und Besitz betätigen:

1. Durch Ausgestaltung der kommunalen Betriebe zu Musterbetrieben. Zu diesem Zweck fordern wir im Einzelnen:
   a) Einführung von Arbeitervertretungen;
   b) Einführung einer Gehaltsskala, der Pensionsberechtigung und einer Hinterbliebenenversorgung nach einer billig zu bemessenden Wartefrist;
   c) die Löhne dürfen dabei nicht unter den Durchschnitts-Lohn des betreffenden Gewerbes sinken;
   d) Errichtung von Wohnhäusern für Gemeinde-Angestellte und Beamte.
2. Durch eine Regelung des Submissionswesens, die den berechtigten Wünschen der Gewerbetreibenden entspricht und zugleich auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse der betr. Betriebe einwirkt.
3. Durch Errichtung unparteiischer Arbeits- und Wohnungsnachweise.

4. Durch Hinwirkung auf Herstellung möglichst guter und billiger Wohnungen:
   a) dadurch, daß die Gemeinde die private Verwertung des in städtischem Besitz befindlichen Bodens an Bedingungen knüpft, welche dessen kapitalistische Ausbeutung ausschließen und die Zuwachsrente der Gesamtheit erhalten („Erbbaurecht");
   b) durch Aufstellung solcher Bebauungspläne und Ortsbaustatuten, welche eine übermäßige Ausnützung des Bodens und eine Herstellung ungesunder Wohnungen ausschließen;
   c) durch Förderung solcher Unternehmungen, bei denen, wie bei den Spar- und Bauvereinen, Pachtgärten ꝛc., der dauernd gemeinnützige Charakter gewährleistet ist.

Erklärung zu IV Abs. 1b, (auf demselben Vertretertag beschlossen): Der Unterricht in den städtischen Volksschulen soll nicht in den späten Abendstunden noch an Sonntagen, sondern morgens oder mittags vor Beginn der Arbeitszeit stattfinden.

Zwei Jahre später wurde über die Taktik bei Gemeindewahlen in Frankfurt a. Main 1901 beschlossen:

> Wir machen es unseren Freunden zur dringenden Pflicht, sich in ihren Ortsvereinen ständig und planmäßig mit Gemeindepolitik zu beschäftigen, sowie die Bestrebungen der am Orte befindlichen unpolitischen Vereine, die sich in der Richtung unseres Gemeindeprogramms bewegen (z. B. Mieter-, Bürgervereine usw.) durch Beitritt und rege Mitarbeit zu fördern.
>
> Die von den Nationalsozialen angeregten Gemeindewahlen haben auf grund eines Wahlprogramms zu erfolgen, das im wesentlichen unserem Gemeindeprogramm entspricht, und bei dem unsere Stellung zur Staatspolitik, abgesehen von dem allgemeinen liberalen Grundsatze der Selbstverwaltung der Gemeinden, ausscheidet.
>
> Diesem Grundsatze entsprechend, sind die von Bodenreform- und Mietervereinsgruppen unternommenen Gemeindewahlen mit demselben Programm überall energisch zu unterstützen.

Das Jahr 1900 brachte dann für die Nationalsozialen die Ausarbeitung des Landprogramms (Agrarprogramms). Seine Vorgeschichte reichte bis in das Jahr 1897 zurück oder eigentlich gar bis in die Geschichte der jüngeren Christlichsozialen mit ihrer Stellungnahme gegen das konservative Ostelbiertum und ihrer Forderung einer Kolonisation des Ostens mit Bauerngütern, ein Programmpunkt, den Naumann damals in dem Wort „Das Land der Masse" formulierte. Der Erfurter Vertretertag von 1897 hatte, wie wir berichteten, zu einem Agrarprogramm nicht geführt und zwar deshalb nicht zu ihm führen können, weil die Anschauungen über die wirtschaftspolitische Gesamtauffassung nicht geklärt

genug waren. Die Klärung erfolgte erst in Darmstadt 1898 bei der von uns eingehender geschilderten Stellungnahme zu der Handelsvertragspolitik. Damals hatte man mit der Verwerfung der autonomen Schutzpolitik d. h. der Erhöhung unserer Zölle, insbesondere der Getreidezölle, das Urteil verbunden, daß auch innerhalb einer Handelsvertragspolitik, die diese Zollforderungen verwirft, eine Förderung der Interessen der Landwirtschaft möglich und nach Kräften anzustreben sei. Nun galt es, hierfür in einem Landprogramm, das unter diesen Gesichtspunkten stand, den Beweis zu liefern.

Die Vorarbeit wurde wie bei dem Kommunalprogramm einer Kommission überwiesen, die ein umfassendes Material sammelte und dann während mehrerer Tage im April 1900 in Berlin zu Verhandlungen zusammen kam. Auch hier zeigte es sich, daß außer der Gegnerschaft gegen das Ostelbiertum und der Erkenntnis, daß es sich bei einem nationalsozialen Landprogramm wesentlich nur um ein Programm zu gunsten der Bauern und Landarbeiter handeln könne, die bodenreformerischen Anschauungen bezüglich der ländlichen Kreditverhältnisse als Hauptgesichtspunkte in betracht kamen. Und das bestätigten die Verhandlungen auf dem Vertretertag zu Leipzig 1900, aus denen das nationalsoziale Landprogramm hervorging.

Man hatte hier drei Referenten gewählt. Zu einem einleitenden Vortrag, der die landwirtschaftliche Produktion innerhalb der Gesamtproduktion Deutschlands behandelte, war Dr. Borgius, ein Vertreter des Handelsvertragsvereins, gewonnen worden. Für das eigentliche Programm sprachen Pfarrer Esenwein aus Langenbeutigen in Württemberg, der die bäuerlichen Verhältnisse von Hause aus gründlich kannte, und Rentner Pohlmann aus Hohenaspe. Aus diesen gemeinsamen Ausführungen sowie auf Grund der Vorarbeit der Agrarkommission und der Debatte ergab sich ein sehr eingehendes Programm, das in seinem ersten Teil grundsätzliche Anschauungen vorträgt und dann im zweiten Teil in 6 Paragraphen die Einzelforderungen formuliert. Es lautet:

> Wir erkennen an, daß sich die deutsche Landwirtschaft in einer schweren Notlage befindet, deren Ursache die moderne Industrie- und Verkehrsentwickelung ist, welche die Preise der landwirtschaftlichen Massenartikel nach weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten regelt und den Zustrom der Landbevölkerung in die Industriegebiete lenkt. Diesem Notstand sucht die rückschrittliche Politik dadurch abzuhelfen, daß sie Deutschland von der Weltherrschaft abzuschließen und die freie Bewegung der Bevölkerung zu hemmen bestrebt ist. Eine solche Politik, die sich der natürlichen Gesamtentwickelung widersetzt, kann aber niemals dauernde Erfolge gewinnen und muß sowohl vom Standpunkte der Industrie, wie von dem einer sachkundigen, die Zukunft berücksichtigenden Landwirtschaft aus energisch bekämpft werden. Nur dann nämlich wird die

deutsche Landwirtschaft lebenskräftig sein können, wenn sich ihre Betriebsverhältnisse, Rechtsformen und Gesamtpolitik den wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Neuzeit anpassen.

Aus nationalen Gründen erstreben wir die größtmögliche Nutzbarmachung des Bodens als des wichtigsten und dauerhaftesten Bestandteils unseres Nationalvermögens und verlangen deshalb im Interesse der Gesamtheit, daß der landwirtschaftlich benutzte Teil dieses Bodens — bei gleichzeitiger Hebung der landwirtschaftlichen Produktion auf den höchsten Stand ihrer Leistungsfähigkeit — der größtmöglichen Zahl von Volksgenossen eine gesicherte und menschenwürdige Existenz biete. Da der Großgrundbesitz dieser Entwickelung im Wege steht und sich den heutigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Nation schwer anzupassen vermag, wird er in der deutschen Volkswirtschaft allmählig zurücktreten und in großem Umfange bäuerlicher Gestaltung Platz machen müssen. Ein Bauerntum, das auf den nahen Markt einer immer mehr sich auf das Land ausdehnenden Industrie rechnet, sich den Bedürfnissen dieses Marktes in Wahl der Erzeugnisse anfügt, seinen Kredit und Betrieb kaufmännisch regelt und alle Vorteile genossenschaftlicher Vereinigungen verwendet, ist erfahrungsgemäß in der Lage, die Erwerbssteigerungen der industriellen Bevölkerung als Grundlage seines eigenen wirtschaftlichen Aufsteigens anzusehen und sich darum im wohlverstandenen Eigeninteresse an einer weiteren Ausbildung des deutschen industriellen Lebens und an Erhöhung der Konsumfähigkeit der Arbeiterschaft politisch zu interessieren.

Allerdings wird ein besonderes Bauerntum dann auch seinerseits innerhalb des Rahmens einer wirtschaftlich fortschreitenden Gesamtentwickelung Anerkennung seiner eigentümlichen Lebensbedingungen von den übrigen Volksteilen fordern müssen und zwar eine grundsätzliche Förderung des Bauerntums gegenüber dem Großgrundbesitz und gegenüber dem spekulativen Kapital, namentlich so weit es den Ertrag bäuerlicher Arbeit durch Ausnutzung des Kredit-Bedürfnisses an sich zu ziehen sucht.

Wo im Betrieb großer Güter ein Stand gleichartiger landwirtschaftlicher Arbeiter vorhanden ist, muß deren Gesundheit, persönliche und staatsbürgerliche Ehre und Freiheit durch gesetzliche Garantien geschützt werden.

Von dieser Grundanschauung aus fordern wir:

§ 1. Weitere Ausgestaltung der Handelsvertragspolitik. (Siehe unser Programm über Handelsverträge.) Beseitigung der durch die Besteuerung des Zuckers und des Branntweins beabsichtigten Sondervorteile eines Teiles der landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere Beseitigung der Zuckerausfuhrprämien und der sogenannten Liebesgaben an Branntweinbrennereien. Gleichmäßige Behandlung der Fleischbeschau für in- und ausländisches Fleisch. Anstellung fachkundiger Landwirte bei Gesandtschaften und Generalkonsulaten. Wirksame Maßregeln gegen Einschleppung und Verschleppung von Viehseuchen.

§ 5. Erleichterung des ländlichen Personalkredits durch Förderung von Kreditgenossenschaften. Umgestaltung des Hypothekarkredits in folgender Richtung: allmählich durchzuführende Einschränkung des Beleihungsrechts auf Gemeinde und Staat; Gewährung niedrig verzinslicher unkündbarer Amortisationsdarlehen; Verwendung des aus der Hypothekarreform erzielten Gewinnes zur Erleichterung der Gemeindelasten. Mehrung des Gemeindelandes, Vorkaufsrecht der Gemeinde und des Staates bei Verkäufen außerhalb der Familie zum Zweck der Schaffung bäuerlicher Domänen und Erbpachtungen.

§ 6. Förderung aller Bildungs- und Wohlfahrtsbestrebungen auf dem Lande (Gemeindehaus, Büchereien, ländliche Sparkassen usw.). Staatliche Förderung des Schulwesens auf dem Lande (siehe unser Schulprogramm). Landwirtschaftliche Fachschulen, Winterschulen und Wandervorträge. Hebung der ländlichen Krankenpflege und Gesundheitspflege durch öffentliche Mittel. Möglichste Berücksichtigung des Landes bei Anlage staatlicher Anstalten.

§ 7. Maßnahmen gegen unlautere Konkurrenz von Kunstprodukten mit landwirtschaftlichen Naturprodukten sowie gegen Verfälschung der Düngemittel. Staatliche Förderung rationeller Betriebsweise und Einführung neuer Betriebsarten (Obstbau, Gemüsebau, Geflügelzucht, Bienenzucht). Einrichtung landwirtschaftlicher Versuchsstationen und Ausbildungsanstalten im Anschluß an Staatsdomänen. Obligatorische Einführung der doppelten Buchführung in allen landwirtschaftlichen Betrieben über 150 Hektar.

§ 8. Sicherung des freien Arbeitsvertrages auf dem Lande durch Reichsgesetz. Ermöglichung rechtsfähiger Verbände der Arbeitgeber und der Arbeiter. Regelung des ländlichen Arbeitsnachweises. Errichtung ländlicher Gewerbegerichte. Ablehnung aller Vorschläge, die auf eine Beschränkung des bestehenden Freizügigkeitsrechts hinzielen. Wohnungsinspektion zum Schutze aller Landarbeiter, zumal der Wanderarbeiter.

§ 9. Vertretung der Kleinbauern und Landarbeiter in den Landwirtschaftskammern. Förderung des Genossenschaftswesens (siehe unser Genossenschaftsprogramm). Staatliche Förderung des Versicherungswesens, insbesondere Verstaatlichung der Hagelversicherung. Staatsbeihülfe bei unerwarteten Naturschäden und epidemisch eintretenden Viehseuchen. Ausdehnung der Invaliditäts- und Altersversicherung auf die Gesamtheit unter Aufhebung der Markenpflicht und Übernahme der Lasten auf das Reich.

Damit war die nationalsoziale Bewegung in den Besitz des für ihre Agitation wichtigsten Programms für die 1903 bevorstehenden Wahlen gekommen. Sie hatte im Unterschied von allen Parteien ein wirkliches Landprogramm, das vereinbar war mit der industriellen Entwicklung Deutschlands, und das sich vom Standpunkt des Sozialismus aus ebenfalls rechtfertigen ließ, ja, ihm durchaus entsprach. Wenn es bei den Wahlen dann keinen

größeren Erfolg gehabt, als die Wahl nur eines Abgeordneten in einem ländlichen Kreis, so waren hieran zum teil andere Umstände Schuld, die noch zu erörtern sein werden, teils war es noch nicht gelungen, dem Bauernstand dieses Programm nahe genug zu bringen, oder aber er besaß wie z. B. in Oldenburg unter freisinnigem Einfluß ein zu starkes Mißtrauen gerade gegen die Forderungen bezüglich der Hypothekenreform. Der einzig gewonnene Marburger Wahlkreis aber zeigte, daß gerade mit diesem Programm der Agitation des Bundes der Landwirte in konservativer wie in antisemitischer Form die Wage gehalten werden konnte.

Auf einem ganz anderen Gebiete lag der Programmausbau, der auf dem Vertretertag von 1901 in Frankfurt a. Main sich vollzog. Neben der dort gewonnenen Stellungnahme zum Liberalismus, die wir schon erörtert haben, suchte man die Stellung der Nationalsozialen zur Kolonialpolitik zu klären. Wohl hatte man schon in den Grundlinien von 1896 sich als kolonialfreundlich bekannt. Es hieß dort „wir treten für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien ein.“ Aber zugleich wurde auch gesagt, „im Interesse der vaterländischen Macht und Ehre werden wir Mißstände in unseren kolonialen Einrichtungen stets offen bekämpfen.“ Das erforderte bei der Gründlichkeit, mit der man sich im nationalsozialen Verein über alle politischen Probleme orientieren wollte, den Entwurf eines Kolonialprogramms, zum mindesten in dem Umfang von allgemeinen Richtlinien. Und in diesem Sinne kamen auch vom nationalpolitischen, sozialen und bodenreformerischen Gesichtspunkte aus eine Reihe von Forderungen zustande, nachdem Professor Dr. Rathgen, der längere Zeit in Ostasien geweilt hat, und Adolf Damaschke eingehende Referate gehalten hatten.

Die Forderungen wurden vom Vorstand des Vereins auf Grund der Frankfurter Verhandlungen im Laufe des Jahres 1902 folgendermaßen formuliert:

1. Wir fordern für das Deutsche Reich überseeische Kolonien;
   a) als Stützpunkte überseeischer Macht;
   b) als Feld zur Betätigung für deutsche Unternehmungslust und zur Ermöglichung von deutschen Kapitalanlagen;
   c) zur Erleichterung der Deckung des Bedarfs an tropischen Produkten und des Absatzes heimischer Fabrikate im Auslande.

2. Das Ziel der Kolonialpolitik darf nicht die Ausbeutung des Koloniallandes im einseitigen Interesse einzelner Kapitalistengruppen, sondern soll die Hebung und Erziehung der Kolonialbevölkerung und die möglichste Entwicklung der Hilfsquellen des Koloniallandes sein im Interesse der Gesamtheit der Nation.

3. Von der Kolonialverwaltung fordern wir daher:
   a) eine Behandlung des Grundes und Bodens, die seine Auslieferung an kapitalistische Sonderinteressen verhindert;
   b) Entwicklung der Selbstverwaltung und finanziellen Selbständigkeit der Kolonien;
   c) Förderung und Bildung der Kultur in der Kolonialbevölkerung;
   d) fachmännische Behördenorganisation.

4. Neben der direkten Erwerbung von Kolonien halten wir die Ausdehnung des wirtschaftlichen Interessengebietes, wie sie beispielsweise im Orient betrieben wird, sowie die Unterstützung aller gesunden Bestrebungen des deutschen Unternehmertums in derartigen Gebieten für wünschenswert.

Endlich beschäftigte sich der nationalsoziale Verein noch bei seiner letzten Tagung vor den Wahlen von 1903 mit einer Erscheinung des wirtschaftlichen Lebens, die bei seinem Bekenntnis zu einer industriellen Entwicklung Deutschlands und seiner Stellung zur Arbeiterbewegung für ihn von besonderer Bedeutung war. Er behandelte auf dem Vertretertag 1902 zu Hannover *seine Stellung zu den wirtschaftlichen Kartellen*. Gute Dienste leistete ihm dabei der Bruder Professor Max Webers, Herr Dr. *Alfred Weber* aus Berlin. Das Resultat war die Annahme folgender Sätze, die die Stellungnahme so genau fixieren, daß es eines Eingehens auf die Verhandlungen nicht bedarf.

I. Die Kartelle sind Ausdrucksformen der Konzentrationsbewegungen des Kapitals. Eine Repressivpolitik gegen sie ist unmöglich.

II. Ihr Wesen liegt in dem Streben nach monopolistischer Beherrschung des Marktes. Alle Umstände, die eine solche Beherrschung erleichtern, begünstigen ihre Existenz und erhöhen ihre Macht.

III. Zur Verhütung einer Ausbeutung des Inlandmarkts und einer Schädigung der weiter verarbeitenden Industrie durch ihre Preispolitik ist demnach zu fordern:

1. Die Einführung einer möglichst weitgehenden Publizität der Kartellgebahrung (Kartellregister, Publikation der Kartellbeschlüsse und der Kartellpreise u. s. w.). Es ist prinzipiell ein ebenso weitgehendes Kontroll- und Aufsichtsrecht des Staats gegenüber Kartellen wie gegenüber anderen monopolartigen Instituten (Eisenbahnen) geboten. Eine besondere Kartellbehörde ist zu diesem Zwecke einzurichten;
2. eine Zolltarifrevision mit dem Ziel der Herabsetzung und schließlichen Beseitigung der Zölle auf kartellierte Artikel. Die erzieherische Aufgabe des Schutzzolls ist dort als erledigt anzusehen, wo die entfalteten Produktivkräfte sich zu einer monopolistischen Beherrschung des Inlandmarkts zusammenzuschließen vermögen. Dem

Bundesrat ist im Zolltarifgesetz zunächst mindestens das Recht zuzusprechen, den Zoll für Waren zu suspendieren, die vom Kartell im Inland teurer verkauft werden als im Ausland;

3. die Durchsetzung einer Verkehrspolitik, die den Transport von Massengütern systematisch erleichtert (Kanalbau). Die aus den hohen Transportkosten schwerer Güter hervorgehenden natürlichen Kartellmonopole bedrohen die Allgemeinheit ebenso wie die künstlich durch die Zölle geschaffenen;
4. die Beförderung der Entstehung von Abnehmerverbänden (Konsumvereinen, Bezugsverbänden, Händlervereinen). Es gilt, die Verschiebung der Machtlage im Preiskampf, soweit es geht, auszugleichen und die auswärtige Konkurrenz lebendig zu halten.

IV. Eine parlamentarische Enquete ist darüber zu veranstalten, ob über die unter III gestellten Forderungen hinaus die bestehenden Kartelle Anlaß zu gesetzlichem Eingreifen bieten.

V. Zur Verhütung der Niederdrückung der Arbeiterklasse durch die Kartelle ist die endliche rechtliche Anerkennung der Arbeiterorganisationen und die Beseitigung aller Schranken der Koalitionsfreiheit absolut unerläßlich. — Die Kartellierung bedeutet eine außerordentliche Verstärkung der Übermacht des Kapitals.

VI. Von der fiskalischen Politik des Staats ist zu fordern, daß sie seine Stellung sowohl als Produzent (Bergbau) wie als größter Abnehmer (Schienen, Kohlen u. s. w.) benutzt, um eine ungesunde Kartellpreispolitik zu durchbrechen. Als Voraussetzung für jede dauernde Abwehr der in der Kartellbildung liegenden Gefahren ist die Überführung der großen Verkehrsmittel und der Rohstoffe (Bergbau) in die Kontrolle bezw. das Eigentum der Gesamtheit anzusehen.

VII. Erwünscht ist die Einfügung einer Klausel in die Handelsverträge, die die Erhebung eines Zollzuschlags auf Artikel ermöglicht, welche fremde Kartelle, Trusts oder ähnliche Organisationen mit Hilfe von Exportprämien exportieren.

VIII. Aufgabe unseres Bankwesen wird es sein, unseren weiterverarbeitenden Industrien diejenigen Organisationsformen zu geben, die sie von der Preiserhöhung ihrer Materialien durch die Kartelle befreien und für den internationalen Konkurrenzkampf kräftiger machen. (Finanzierung von Kombinationsunternehmungen, die alle Produktionsstufen umfassen.)

Mit der Annahme dieser Sätze, die bei der Bedeutung des Kartellwesens für die großindustrielle Entwickelung als eine Art vom industriellem Programm angesehen werden können, schloß die nationalsoziale Programmarbeit ab. Ein Jahr darauf stand, durch den ungünstigen Ausfall der Reichstagswahlen veranlaßt, nur noch die Frage nach der Auflösung der nationalsozialen Organisation auf der Tagesordnung. Ohne dieses vorzeitige Ende würde die weitere

Programmarbeit sich voraussichtlich mit den Finanz- und Steuerfragen beschäftigt haben. Über sie besagten auch die Grundlinien nichts. Zum Gesamtbild der politischen Anschauung der Nationalsozialen gehört es aber, daß wir nicht unerwähnt lassen, wie man in der Steuerfrage im großen und ganzen dachte. Und da läßt sich nur sagen, daß man bei der Agitation stets in sehr energischer Weise für eine progressiv steigende Reichserbschaftsteuer eintrat,, die man namentlich auch zur Deckung der vermehrten Flottenausgaben empfahl, sowie, daß man die Einkommensteuern nach dem Gesichtspunkt der weit stärkeren Heranziehung der großen Einkommen, also z. B. in Preußen über 4 % hinaus, reformiert haben wollte. Der Ausbau des indirekten Steuersystems aber wurde verworfen, namentlich soweit diese Steuern Massenartikel der Volkskonsumtion betrafen. Damit ist wenigstens die Richtung angegeben, in der sich ein nationalsoziales Steuerprogramm bewegt haben würde.

Und nun zu den beiden letzten Kapiteln der Geschichte der Nationalsozialen, zu ihrem abermals vergeblichen Kampf um eine parlamentarische Vertretung im Reichstag und der Auflösung des Vereins.

6. Die Reichstagswahlen 1903.

Die Vorbereitung des Wahlkampfes 1903 ist auf nationalsozialer Seite überaus umsichtig gewesen. Man ging vor allem in der Auswahl der Wahlkreise vorsichtig zu Werke. Zunächst mußte man sich entscheiden, welche der schon 1898 berannten Wahlkreise von neuem bearbeitet werden sollten. Dabei schieden mehrere Kreise wie Friedberg-Büdingen, Göttingen, Berlin I und Leipzig-Stadt, in denen die gewonnene Stimmzahl zu gering gewesen war und jetzt auch nicht wesentlich größer zu werden versprach, von vornherein aus. Ebenso solche Kandidaturen wie Frankfurt a. Main und Leipzig-Land, die schon 1898 nur den Charakter von Zählkandidaturen gehabt hatten. Man hätte sie ja als solche auch 1903 wieder bearbeiten und um noch eine weitere Anzahl vermehren können, wodurch sich unschwer eine größere Gesamtziffer der nationalsozialen Stimmen erreichen ließ. Der Gedanke ist auch wiederholt erwogen worden; aber ihm widersprach die Rücksicht auf die Geldverhältnisse der Organisation wie auf die beschränkte Anzahl der vorhandenen agitatorischen Kräfte. Schließlich freilich sind doch noch solche Kandidaturen zustande gekommen in Bentheim-Lingen, Dresden und in den drei Hamburger Wahlkreisen. Diese ließen sich eben ohne finanzielle Belastung der Hauptkasse und ohne auswärtige agitatorische Hilfskräfte bearbeiten.

Von älteren Wahlkreisen hielt man fest den von Anfang an durch die Existenz einer eigenen Tageszeitung aussichtsreichsten Wahlkreis Marburg mit von Gerlach's Kandidatur. Ebenso Dithmarschen, wo aber-

mals Pohlmann kandidierte, und Sangerhausen, wiederum mit Kötzschke als Kandidaten. Auch Jena wurde beibehalten, aber an die Stelle Naumanns trat als Kandidat Damaschke, in dessen früherem Wahlkreis Plön-Oldenburg, den man nur um der darauf verwandten Mühe willen nicht ganz fallen lassen wollte, Lehrer Busch von der Hamburger Seemannsschule aufgestellt wurde. Für Naumann war Oldenburg I ausersehen worden, ein zwar mühsam zu bearbeitender Wahlkreis, da er aus drei Teilen besteht, der Stadt Oldenburg, dem Fürstentum Lübeck an der Ostsee und dem Fürstentum Birkenfeld im Rheinland, aber doch ein Wahlkreis, der durch seine wirtschaftliche und politische Struktur, wie man im Vorstand und bei den Gesinnungsgenossen im Wahlkreis meinte, recht aussichtsreich schien. Ferner hatten die Lübecker Nationalsozialen sich zu einer eigenen Kandidatur entschlossen und Tischendörfer als Kandidaten gewollt, und während des Wahlkampfes kam man aus taktischen Gründen dazu, noch in dem II. Oldenburger Wahlkreis eine Kandidatur aufzustellen, zu deren Annahme sich Dr. Klumker aus Frankfurt a. Main bereit erklärte. Noch mit einer größeren Anzahl von Wahlkreisen, in denen Nationalsoziale eine Kandidatur wünschten, ist verhandelt worden — aber sie verzichteten schließlich darauf, teils um die Agitation nicht zu zersplittern, teils wie es z. B. in Baden der Fall war, weil sich keine geeigneten Kandidaten fanden.

Auch für die Wahlkosten wurde in umsichtiger Weise durch lange vorbereitete Sammlungen gesorgt. Trotzdem haben sie — in einer Höhe von 50—60 000 Mark — gerade nur gelangt. Für die gegen 1898 weit umfassendere Agitation wurde durch das Engagement von mehreren teils berufsmäßigen, teils freiwilligen Hilfskräften gesorgt, die zumal in dem Oldenburger und Marburger Wahlkreis tätig gewesen sind. Schwer litten auch dieses Mal wieder besonders zwei Wahlkreise, Jena und der Birkenfelder Teil des I. Oldenburger Kreises, unter dem Mangel einer eigenen Presse, die dagegen in Marburg mit bestem Erfolg zur Zurückweisung der gegnerischen Angriffe diente.

Der notwendigen Einheitlichkeit der Agitation diente eine in der Osterwoche 1903 zu Berlin abgehaltene Konferenz, an der außer den Kandidaten ihre hauptsächlichsten Hilfskräfte teilnahmen. Hier wurde in eingehender Weise das ganze Gebiet der für den Wahlkampf vor allem in betracht kommenden politischen und wirtschaftlichen Fragen durchgesprochen und ein wichtiges Material von Zahlen und Zitaten aufgestapelt, das dann in einem als Manuskript gedruckten Wahlhandbuch von den einzelnen Hilfskräften bei der Agitation zur Verwendung kam. Es leistete namentlich in Diskussionen mit Gegnern vorzügliche Dienste.

War auch der starke Optimismus, mit dem man in den Wahlkampf von 1898 zog, zu einem guten Teil geschwunden, weil man die Schwierigkeiten zu schätzen gelernt hatte, die sich einer jungen politischen Bewegung im Kampf mit den alten Parteien entgegen stellen, denen vor allem das politische Beharrungsvermögen der großen Masse auch dann noch hilft, wenn in dieser Masse schon die neuen Gedanken zu wirken anfangen, so ging man doch keineswegs mutlos in den Kampf, dessen Aussichten ständigen Schwankungen unterlagen.

So kam der 16. Juni 1903 heran und mit ihm die Entscheidung! Sie bedeutete leider für alle Wahlkreise außer einem die abermalige Erfolglosigkeit des Kampfes der Nationalsozialen um eine Vertretung ihrer Ideen im Reichstag!

Ein schwerer, ein bitter schwerer Schlag!

Nur in Marburg war es gelungen, den nationalsozialen Kandidaten mit dem Konservativen in die Stichwahl zu bringen, Er hatte 3605 Stimmen erhalten, der Konservative 4907, der Antisemit 2385, der Kandidat des Zentrums 1892, der Sozialdemokrat 1490. Damit war die Wahl von Gerlachs in der Stichwahl abhängig von dem Verhalten dreier Parteien, und ihre Haltung war zunächst so ungewiß, daß hier keine Sicherheit für nationalsozialen Sieg bestand.

Das Resultat in den anderen Wahlkreisen war Folgendes:

Jena—Neustadt, Damaschke . . .	5400	Stimmen
Oldenburg I, Naumann	4154	„
Dithmarschen, Pohlmann	3277	„
Sangerhausen, Kötzschke	2948	„
Plön—Oldenburg, Pusch	2863	„
Lübeck, Tischendörfer	2381	„
Bentheim—Lingen, von Gerlach .	1492	„
Dresden (links der Elbe), Naumann	1354	„
Oldenburg II, Klumker.	1295	„
Hamburg I/III, Naumann . . .	1111	„

Rechnet man dazu noch 2373 zersplitterte nationalsoziale Stimmen in verschiedenen Wahlkreisen, in denen man auf Naumanns Namen Stimmzettel abgab, so ergibt sich, daß etwa 30500 nationalsoziale Stimmen abgegeben wurden. Das waren ungefähr 3300 mehr als 1898. Allein, da man ja nicht darauf ausgegangen war eine möglichst hohe Gesamtziffer zu erzielen, so kommt das wenig in betracht. Schwerwiegender war, daß man zwar in den beiden Wahlkreisen Marburg und Jena eine bedeutende Zunahme der Stimmen gegen die Zahl von 1898 erzielt hatte, nämlich in Marburg 1764 (beinahe Ver-

doppelung) und in Jena 1182, daß aber die Stimmen in Dithmarschen bei demselben Kandidaten um 450, in Plön um 1118, in Sangerhausen, ebenfalls bei dem gleichen Kandidaten, um 355 zurückgegangen waren!! Allein auch dies war nicht das Bedeutsame bei dem Resultat des Wahlkampfes. Es kam darauf an, wie man in nationalsozialen Kreisen selbst den Mißerfolg auffaßte, den die Wahl bis auf das Marburger Resultat gezeitigt hatte.

Geschlagen ist nur, wer sich selbst geschlagen fühlt!

Ehe wir hierauf eingehen, sei die Stellungnahme für die Stichwahlen berücksichtigt. Man mußte sich in Jena und in Sangerhausen entscheiden, ob man für einen bündlerischen Nationalliberalen bezw. Freikonservativen oder für einen Sozialdemokraten eintreten wolle. In Oldenburg handelte es sich um die Stichwahl zwischen Freisinniger Volkspartei und Sozialdemokratie, ebenso in Oldenburg II, und in Dithmarschen um die Entscheidung zwischen Freisinniger Vereinigung und Sozialdemokratie. Es kam aber zu keiner grundsätzlichen Entscheidung! Dazu trug vor allem bei, daß Naumann und mit ihm die Mehrheit der Vorstandsmitglieder unter dem Eindruck standen, die selbständige parteipolitische Tätigkeit des nationalsozialen Vereins sei durch den Ausgang der Wahl für die Zukunft so in Frage gestellt, daß es sich hier nur noch darum handeln könne, dem einzelnen Kandidaten die Freiheit der Entscheidung zu überlassen. Und das wurde angenommen. In Folge dessen entschied sich Pohlmann für das Eintreten zu Gunsten der Freisinnigen Vereinigung, die übrigen Kandidaten überließen ihren Wählern die Entscheiduug, nur Naumann gab in einem öffentlichen Brief kund, daß er für seine Person den Sozialdemokraten wählen würde, ohne hierdurch seine Wähler mitbestimmen zu wollen.

Für den Marburger Wahlkreis beschloß man, alle Kräfte einzusetzen, um den Sieg Gerlachs in der Stichwahl zu ermöglichen. Und das gelang in einem abermaligen scharfen Kampf, der am 25. Juni 1903 mit der Wahl von Gerlachs (7815 Stimmen) gegen von Pappenheim (7037 Stimmen) endete. Die Antisemiten hatten sich zwar gegen Gerlach erklärt, aber ein großer Teil ihrer Anhänger stimmte doch für ihn. Das Zentrum gab für ihn die Parole aus, weil er für die Aufhebung vom § 2 des Jesuitengesetzes eingetreten war, während sich Pappenheim hiergegen erklärte. Eine sonderbare Rolle spielte die Marburger Sozialdemokratie, die unter dem Einfluß marxistischer Heißsporne für Stimmenthaltung war. Ein Artikel des Vorwärts aber, der noch in letzter Stunde für Gerlach plaidierte, bewog einen Teil der Sozialdemokraten für den Nationalsozialen ihre Stimme abzugeben.

So war der Wahlkampf doch nicht ganz resultatlos verlaufen. Ein als nationalsozialer Kandidat aufgestellter Abgeordneter zog in den Reichstag ein,

und gemäß seinem im Wahlkampf gegebenen Versprechen, daß er, sollte er der einzige Nationalsoziale sein, nur Hospitant der Freisinnigen Vereinigung werden würde, trat er dann in dieses losere Verhältnis zu der genannten freisinnigen Fraktion.

Düster aber lastete vom Tag der Hauptwahl an über dem nationalsozialen Verein die Frage, wie seine Zukunft sein werde!

Schon oben haben wir daraufhin gedeutet, daß im Vorstand und namentlich bei Naumann der Ausgang der Wahl das Fortbestehen des nationalsozialen Vereins hatte zweifelhaft werden lassen. Und dieser Zweifel verdichtete sich immer mehr zu dem Urteil, daß eine weitere selbständige parteipolitische Tätigkeit für die Nationalsozialen ausgeschlossen sei.

Unter Zustimmung der Mehrheit des Vorstandes schrieb Naumann schon unter dem 28. Juni einen Artikel in die „Hilfe" mit der bezeichnenden Überschrift „Die Niederlage". Und dieser Artikel sprach schon das Todesurteil über den Verein aus, mochte es auch noch von den Verhandlungen der nächsten Wochen abhängen, ob und wie es vollzogen werden würde. Dieser Naumannsche Artikel bekannte offen: wir haben im Wahlkampf getan, was wir tun konnten. Haben wir trotzdem verloren, so bedeutet das: wir sind nicht imstande die neue Partei zu gründen. Den Beweis hierfür ersah er darin, daß trotz „unserer Arbeit überall, auch uns selbst gegenüber die Sozialdemokratie gewachsen ist".

> „Selbst Leute, die meine Politik für mindestens ebenso richtig hielten wie die des Herrn Hug (Naumanns sozialdemokratischer Gegenkandidat), haben ihn und nicht mich gewählt, weil hinter ihm die große Partei steht. Die Gewalt des einmal vorhandenen großen Körpers ist ungeheuer. Die große Welle hat uns verschlungen". Jetzt kann es sich also nicht mehr handeln um den weiteren Versuch, Partei zu sein, sondern „es handelt sich nur noch um die Vertretung eines politischen Gedankengangs, der dadurch nicht stirbt, daß er heute noch keine parteibildende Kraft hat". Jetzt kommt die Herrschaft des Zentrums, dann erst die des nationalen Sozialismus. Bis dahin gilt es die Linke an Zahl und noch mehr an politischer Einsicht zu stärken. Das ist es, was wir wollen. Es ist aber wahrscheinlich, daß wir die Form unserer Arbeit ändern müssen."

Dieser Artikel Naumann's, dessen Inhalt hier angedeutet ist, rief eine gewaltige Erregung in den Reihen der Nationalsozialen wach. Man wollte nicht von der eigenen parteipolitischen Arbeit lassen. Vor allem sträubten sich hiergegen die ehemaligen jüngeren Christlichsozialen, Pfarrer Gros, Dr. Lehmann und der Verfasser dieser Arbeit. Und sie fanden Sukkurs in den Reihen

auch vieler, die ſpäter zum nationalſozialen Verein hinzugekommen waren. Was ſie Naumann entgegen hielten war vor allem, daß die Zeitdauer der bisherigen Arbeit noch viel zu kurz ſei, um nach ihrem Verlauf ſchon von einer endgiltigen Niederlage reden zu können, zumal ein kleiner Erfolg doch in der Wahl Gerlachs vorliege. Daß es lange dauern werde, bis man als Partei Erfolge und Einfluß habe, deſſen ſei man ſich ſtets bewußt geweſen, gerade auch Naumann. Das Wachstum der Sozialdemokratie aber ſei wie eine Welle, auf die auch wieder Rückgang folgen könne, namentlich wenn andere Fragen zur Diskuſſion ſtänden als bei dieſer Wahl z. B. bei einer nationalen Machtforderung. Es ſei darum der gebotene Weg, ruhig und beharrlich weiter fortzuarbeiten, wenn auch nur als die kleine Parteigruppe, die die Wahrheit des nationalen Sozialismus verkündet, und zu deren Mitteln dieſer Verkündigung in Rede und Schrift ja nun auch wenigſtens eine Stimme im Reichstag gekommen ſei!

Wochenlang hat teils in dieſem und ähnlichem Sinne, teils in Zuſtimmung zu Naumann's Gedankengang die Diskuſſion in der „Hilfe“ gewährt. Sie wurde dabei durch einen neuen Vorſchlag des Vorſtandes, der den Anſchluß an den liberalen Wahlverein befürwortete, auf konkretem Boden geführt. Ehe indeß der Vorſtand zu dieſem Vorſchlag kam, wurden in ſeinem Kreis auch noch andere Pläne erörtert, wie die Fortführung des Vereins in anderer Form, mehr als ſozialreformeriſcher wie als politiſcher Verein oder mit einem ſtärker ſozialwiſſenſchaftlichen Charakter. Dazu ſpielte die Geldfrage eine Rolle. Es ſchien unmöglich, die beiden Blätter „Die Hilfe“ und „Die Zeit“ zu erhalten. Es ſchien auch fraglich, ob es gelingen werde, für den Verein nach der Niederlage dauernd die notwendigen Geldmittel zu beſchaffen. Ein Verſuch, der dahin gemacht wurde, indem man durch Rundſchreiben an die Einzelvereine und die Vertrauensmänner zu Zeichnungen für die nächſten Jahre aufforderte, zeigte zwar ein nicht ungünſtiges Reſultat. Immerhin würde es im beſten Fall möglich geweſen ſein, mit der Organiſation eins der beiden Blätter „Hilfe“ oder „Zeit“ zu erhalten. Welches von beiden, darüber gingen die Meinungen auseinander. All dieſe Erörterungen wurden indeſſen gegenſtandslos durch den im Vorſtand mit Stimmenmehrheit durchdringenden Vorſchlag, eine Anfrage an den Wahlverein der Liberalen (freiſinnige Vereinigung) zu richten, wie ſich der Vorſtand dieſes Vereins und die parlamentariſch tätigen Freunde desſelben zu einem etwaigen Anſchluß der Nationalſozialen an den Wahlverein ſtellen würden. Von dieſer Anfrage, die am 21. Juli abging, ſchloſſen ſich ausdrücklich die drei Vorſtandsmitglieder Damaſchke, Maurenbrecher und Wenck aus, während ſie von den übrigen gutgeheißen wurde.

Auf diese Anfrage ging dann folgende Antwort von Seiten des Reichstagsabgeordneten Eisenbahndirektor a. D. Schrader ein, gerichtet an Pfarrer Friedrich Naumann:

Berlin, den 27. Juli 1903.

Hochgeehrter Herr Pfarrer!

Am 21. Juli haben Sie im Auftrage der Mehrzahl der Mitglieder des Vorstandes des nationalsozialen Vereins mir als dem Vorsitzenden des Wahlvereins der Liberalen mitgeteilt:

> Daß Sie auf dem bevorstehenden Delegiertentage des nationalsozialen Vereins den Antrag stellen werden, auf eigene Parteitätigkeit zu verzichten, und bei uns anfragen, wie ich und die parlamentarisch tätigen Freunde uns zu einem etwaigen Anschluß Ihrer Mitglieder und Vereine an den Wahlverein der Liberalen stellen würden.

Darauf erwidere ich Ihnen ganz ergebenst, daß ich von meinen parlamentischen Freunden, denen ich mich anschließe, ermächtigt bin, Ihnen folgende Erklärung abzugeben:

> Wenn die Mitglieder der nationalsozialen Partei unter Aufgabe ihrer Stellung als selbständige politische Partei sich dem Wahlverein der Liberalen durch Eintritt in denselben anschließen, so sind sie uns als vollberechtigte Mitglieder willkommen.

Dieser Erklärung haben ausdrücklich zugestimmt:

1. sämtliche gegenwärtige Mitglieder des Reichstages;
2. sämtliche Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses der Freisinnigen Vereinigung mit Ausnahme der Herren Ernst und Peltasch, die bisher, weil auf Reisen, nicht zu erreichen waren: ich hoffe aber deren Zustimmung noch eher zu erhalten, als Sie von vorstehender Erklärung Gebrauch zu machen haben werden. Es steht selbstverständlich nichts entgegen, daß Sie die Namen der Zustimmenden mit der Erklärung bekannt geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung ganz ergebenst K. Schrader.

Damit war in aller Form die Brücke für den Übergang der Nationalsozialen in den Wahlverein der Liberalen geschlagen d. h. in eine Organisation des bürgerlichen Liberalismus hinein. Und die Entscheidung lag nun bei den Mitgliedern des nationalsozialen Vereins, ob sie diesen Übergang aus ihrer bisherigen politischen Selbständigkeit, einer zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie stehenden Parteigruppe, vollziehen wollten. Um diese Entscheidung herbeiführen zu können, wurde Ende Juli ein Vertretertag für den 29. und 30. August nach Göttingen einberufen.

7. Die Auflösung des nationalsozialen Vereins.

Zunächst schien wenig Aussicht dafür vorhanden zu sein, daß sich eine Mehrheit für den Anschluß an den Wahlverein der Liberalen finden werde. Es regte sich ein starker Widerspruch, vornehmlich in Hessen, Sachsen und den drei süddeutschen Staaten: Baden, Bayern, Württemberg. Man wollte selbständig weiter arbeiten und die parteipolitische Selbständigkeit sich wahren. Was diesen Widerstand erschwerte, war die bündige Erklärung Naumanns wie auch anderer Vorstandsmitglieder, daß sie unter keinen Umständen den nationalsozialen Verein in der bisherigen Form weiter führen würden. Daran mußte auch der energischste Wille zur Fortführung der Arbeit scheitern! Es fand sich niemand, der bereit gewesen wäre, als Nachfolger Naumanns an die Spitze der nationalsozialen Bewegung zu treten. Es fanden sich aber immer mehr, zu denen vor allem auch Geh. Rat Sohm in Leipzig gehörte, die erklärten, wohin Naumann geht, gehen wir mit. Es zeigte sich hier, daß — so wenig dies auch je in Naumanns Sinn gelegen hat — die nationalsoziale Bewegung doch zu einem Teil nicht über eine politische Personalgemeinde Friedrich Naumanns herausgekommen war. Dieses mehr persönliche Element gab bei manchen den Ausschlag. Freilich nicht allein. Auch die sachlichen Gründe, die Naumann für den Anschluß an den liberalen Wahlverein ins Feld führte, übten ihre Wirkung aus. Es war der Hinweis darauf, daß die freisinnige Vereinigung in allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen der letzten Jahre, vor allen im Kampf gegen die Zuchthausvorlage, den Zolltarif und für die Flottenvorlage die gleiche Stellung wie die Nationalsozialen eingenommen haben, und daß in Männern wie Dr. Barth und Direktor Roesicke (der leider dann gerade in diesen Wochen starb) ein weitgehendes sozialpolitisches Verständnis vorhanden sei. Dazu kam dann der Hinweis, daß die nationalsozialen Ortsvereine unbeschadet ihren Namen und ihre Organisation behalten könnten, daß zweifellos auch der bisherige nationalsoziale Führer alsbald in den Vorstand gewählt werden würde, und daß es sich somit im wesentlichen nur um die Aufgabe der eigenen selbständigen Gesamtorganisation handle.

Zwar wiesen demgegenüber die Gegner der Fusion darauf hin, daß es sich bei politischen Parteien doch nicht nur um gleiches Verhalten bei ein und denselben politischen Tagesfragen handle sondern um die politischen Grundsätze. Und diese seien dort und hier ganz verschieden: dort das Bekenntnis zu einem nationalen Sozialismus, hier zum liberalen Bürgertum, und das müsse in der Konsequenz zu Differenzen führen. Ebenso sei es eine Selbsttäuschung, einen Trost in der Beibehaltung des nationalsozialen Namens für die Ortsorganisation zu sehen; denn das sei nach dem Anschluß an den

Wahlverein nur noch ein Aushängeschild, dem der Inhalt nicht entspräche. — Aber diese Gegengründe hatten nicht den Erfolg wie Naumanns Gründe für den Anschluß an den Wahlverein. Gerade Ortsvereine wie Leipzig, Dresden, dann ganze Landesvereine wie Württemberg, die zuerst in scharfem Widerspruch zu dem Fusionsgedanken gestanden hatten, änderten mehr oder weniger plötzlich ihre Anschauung. Als Gegner des Anschlusses blieben dagegen bis zuletzt die Vereine im Großherzogtum und zum Teil die in der Provinz Hessen, hier vor allem Frankfurt a. M. und Marburg, sowie die badischen Nationalsozialen. Ebenso blieb der Widerstand zunächst hartnäckig in Breslau, im Eisenacher Oberland und in Göttingen. Als der Vertretertag herannahte, war es darum noch keineswegs entschieden, welchen Ausgang er nehmen würde.

Nicht übersehen darf dabei werden, daß der Widerstand dadurch sich schroff bemerkbar machte, daß von dem nationalsozialen Hauptverein kurzer Hand die Auflösung verlangt wurde. Es fehlte von seiten des Wahlvereins bezw. der freisinnigen Vereinigung ein Entgegenkommen, welches es ermöglicht hätte, nur in ein festes Kartellverhältnis zu treten unter Aufrechterhaltung der nationalsozialen Hauptorganisation, oder welches sonstwie die Fusion den Nationalsozialen unter Wahrung größerer Selbständigkeit ermöglicht hätte. In diesem Falle würde wohl die Gesamtorganisation der Nationalsozialen zu gewinnen gewesen sein, und es wären schon in Göttingen nur ganz vereinzelte Mitglieder der Fusion fern geblieben. So aber mußte man damit rechnen, daß ein Antrag auf Anschluß an den Wahlverein eventuell mit ganz verschwindender Mehrheit oder überhaupt nicht angenommen werde, je nachdem die Wahlen der Delegierten ausfielen.

Als Referenten für das Thema: „Die Zukunft unseres Vereins“ wurden bestimmt Naumann, der für die Auflösung und die Angliederung an den Wahlverein sprechen sollte, und der Verfasser dieser Arbeit, der die Gegengründe vertreten wollte.

Ursprünglich ging die Absicht Naumanns und der Mehrheit des Vorstandes dahin, die Auflösung des Vereins in dem Sinne zu beantragen, daß die Nationalsozialen in ihrer Gesamtheit sich dem Wahlverein anschließen sollten. Damit wäre eine geschichtliche Kontinuität zwischen dem nationalsozialen Verein und dem Wahlverein der Liberalen hergestellt gewesen, wie es bei der Geschichte der jüngeren Christlichsozialen und dem nationalsozialen Verein ähnlich der Fall war. Den Gegnern der Fusion lag viel daran, dies zu verhindern. Sie wollten und sei es auch nur formell die

Möglichkeit wahren, daß nationalsoziale Vereine auch nach dem Göttinger Vertretertag selbständig blieben, ohne damit auf einem Widerspruch zu einem auf einem nationalsozialen Vertretertag gefaßten Beschluß zu treten! Das wurde durch Verhandlungen zwischen den beiden Referenten vor dem Vertretertag erzielt, indem sich beide auf folgenden Antrag einigten:

> Die bisherige Organisation des nationalsozialen Hauptvereins wird aufgehoben und der bisherige Vorstand beauftragt, bis zum 31. Dezember die Erledigung der vorhandenen Geschäfte zu besorgen. Die Fortdauer und der politische Anschluß unserer Orts- und Landesvereine hängt von deren eigener Entschließung ab.

Damit war für die Gegner der Fusion erreicht, daß vonseiten des Vertretertages kein Anschluß an den liberalen Wahlverein beschlossen werden sollte. Wohl aber war den Freunden der Fusion die Möglichkeit geboten, nach dem Beschluß der Auflösung sich zusammen zu tun und ihrerseits als Privatpersonen einen Anschluß an den Wahlverein zu vollziehen. Und so ist auch der Verlauf des Vertretertages gewesen.

Zunächst erfolgten die beiden Referate, die die Gründe und Gegengründe für Auflösung des Vereins erörterten und über das Verhältnis zum liberalen Wahlverein sich äußerten. Naumanns Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit dem schon oben für das Ende der nationalsozialen Bewegung angeführten Gründen. Er betonte vor allem, daß es nach dieser Niederlage und dem Wachstum der Sozialdemokratie unmöglich sei, den nationalsozialen Verein als eine „Konkurrenzpartei" der Sozialdemokraten fortzuführen.

> Die Fortführung auf weitere fünf Jahre würde eine langsame und blutarme Geschichte werden, mit kleinem Gewinn und kleiner Abbröckelung, mit Müdigkeit und Aufraffung, und nach fünf Jahren würden wir wieder zusammen kommen wie heute — aber dann nicht mehr so gesund und frisch durch den Kampf. Denn heute sind wir nicht die geknickten, in ihrer Idee gebrochenen Menschen, sondern wir sind unsern Weg gegangen und sind dabei an eine Klippe gekommen, über die wir nicht herüber kommen und wir sagen nun: wir gehen einen andern Weg, aber wir bleiben dieselben, die wir sind. In diesem Sinne kann man Ideen, an denen das ganze Herz hängt, am besten retten, wenn man das Gefäß zerbricht, in dem man sie getragen.

Naumann erörterte dann die Möglichkeit, einen Anschluß an die Sozialdemokratie zu suchen. Sie ist für unsere Organisation nicht vorhanden wegen der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie zum Staatsgedanken. Eben so wenig könne er selbst, Naumann, als Einzelner hinüber gehen. Dem widerspreche seine ganze persönliche Entwicklung. Die zweite Möglichkeit sei

die des Verzichts auf politische Betätigung, aber dazu sei das politische Interesse bei den Nationalsozialen schon zu mächtig geworden. Das könne man nur als wissenschaftlicher oder humaner Verein. Die dritte Möglichkeit, die der Resignation, sei ebenfalls bei dem regen politischen Interesse der Nationalsozialen ausgeschlossen. Die letzte Möglichkeit sei die des Anschlusses an den liberalen Wahlverein. Diesen empfiehlt dann Naumann wegen der oben angeführten gleichen Stellung zu den wichtigsten politischen Fragen, unter Hervorhebung der gesicherten Fortführung der „Hilfe" als eines nationalsozialen Wochenblatts innerhalb des Wahlvereins und dem Zugeständnis der Aufrechterhaltung der nationalsozialen Ortsvereine. Zum Schluß wies er darauf hin, daß es eine Härte gegen die Gegner der Fusion sein werde, wenn man darüber abstimmen wolle, ob der Eintritt in den liberalen Wahlverein der Organisation und den einzelnen Mitgliedern zu empfehlen sei. Deswegen trete er für den oben mitgeteilten Antrag ein, der das weitere nach der Auflösung des Vereins der persönlichen Entschließung der Orts- und Landesvereine überläßt.

Wencks Korreferat vertrat genau den entgegengesetzten Standpunkt. Er betonte, daß eine Fortführung der Arbeit in der bisherigen Organisation durchaus möglich sei.

> Es handle sich nicht um eine große Partei, die man herstellen wolle, sondern um die Vortruppe für die Partei des nationalen Sozialismus. Das Wachstum der Sozialdemokratie habe auch seine Grenzen, namentlich bei einer anderen Wahlprobe als der bei dem letzten Wahlkampf. Jeder Anschluß an eine bürgerliche Parteigruppe bedeute die Aufgabe des bisherigen Standpunktes. Wir betrachten — das ist unsere Eigenart — die Arbeiterbewegung nicht vom Standpunkt einer bürgerlichen Partei aus, sondern suchen uns auf den Standpunkt des Arbeiters zu stellen und von ihm sowie von dem Standpunkt der mit ihm in gleicher Lage befindlichen sozialen Schichten aus die öffentlichen Verhältnisse zu beurteilen und auf ihre Besserung hinzuarbeiten. Nur so können wir nach beiden Seiten, der bürgerlichen wie der sozialdemokratischen, befruchtend wirken. Nur so getreu unserer Geschichte unsere Aufgabe erfüllen! Halten wir darum an ihr fest. Aber leider können wir es nicht, weil wir den Widerstand Naumanns und anderer unserer Führer gegen die Fortführung der „kleinen Parteigruppe" nicht zu überwinden vermögen. Daran strandet unsere weitere selbständige Arbeit! Aber das kann uns wohl bewegen, heute unter dem Zwang der Umstände unsere Organisation aufzulösen, aber nicht, Anschluß bei der Freisinnigen Vereinigung zu suchen. Ihr Standpunkt ist nach Geschichte und Grundsätzen ein anderer als der unsrige. Es ist der des bürgerlichen Liberalismus. Von ihm aus treibt sie eine andere Sozialpolitik, als wir treiben müssen, auch unser Landprogramm und unser Gemeindeprogramm

können ihr nicht zusagen. Die unerläßliche Voraussetzung bei einer Verschmelzung zweier Parteigruppen ist eine Wesensgemeinschaft. Die Übereinstimmung in einzelnen Tagesfragen genügt nicht. Dazu kommt, daß wir bei einem Zusammenschluß mit den Freisinnigen deren ganze politische Vergangenheit, die viele soziale Sünden aufweist, mit tragen müssen, daß Männer wie Dr. Barth und Roesicke uns allerdings nahe stehen, aber in ihrer eigenen Parteigruppe isoliert sind, und daß endlich das was man uns dort bietet auch an parlamentarischer Vertretung in der numerischen Stärke überaus bescheiden ist.

Wenck bedauerte dann, daß es keine Mittelwege gebe, die nur ein nahes Verhältnis zum Freisinn herbeiführen statt einer Fusion. Über solche hätte sich reden lassen. So aber stehen wir, die Gegner der Fusion, da mit der Bitte, die Fusion nicht in einem Antrag zu empfehlen. Wir würden sie dann auf das schärfste bekämpfen müssen. Bei der Unmöglichkeit, die bisherige Arbeit weiterzuführen, sind auch wir für Auflösung des Vereins. Aber wohin dann der Einzelne gehen soll, darüber soll kein Beschluß des Vertretertages etwas sagen.

Die Diskussion, die sich an die beiden Referate anschloß, verlief im ganzen ruhig, wenn es auch nicht an einzelnen scharfen Angriffen gegen die Fusionisten fehlte. Gegen die Fusion sprachen sich vor allem aus: Pfarrer Gros, Maurenbrecher, Damaschke, Dr. Stein-Frankfurt a. M., Dr. Cahn-Frankfurt a. M., Haupt-Berlin, Haag-Frankfurt a. M., Lenz-Mannheim. Für die Fusion sprachen: Prof. Sohm, von Gerlach, Dr. Sternberg-Emden, Pohlmann, Assessor Bovensiepen, Dr. Curtius-München, Bayer-Stuttgart, Greiert-Dresden, Erdmannsdörffer-Berlin, Dr. Barge und Dr. Dinkler-Leipzig, Koch und Dr. Berg-Hamburg und Dr. Ruprecht-Göttingen.

Dr. Maurenbrecher gab längere Ausführungen, in denen er begründete, weshalb er sich entschlossen habe, sich der Sozialdemokratie anzuschließen.

Die Abstimmung über den oben abgedruckten Antrag, der die Auflösung der Hauptorganisation wollte, aber den Einzelvereinen überließ, über ihre Fortdauer und ihren politischen Anschluß selbständig zu beschließen, ergab dann einstimmige Annahme.

Es trat hierauf eine Pause in den Verhandlungen ein, die die verschiedenen Gruppen benutzten, um sich zu besprechen. Dabei fanden sich 111 Vertreter zusammen, die für sich den Anschluß an den Wahlverein vollziehen wollten und davon dem Reichstagsabgeordneten Schrader Kenntnis gaben. Andererseits kamen 40—50 Vertreter überein, den Lokal-, Provinzial- und Landesvereinen von jenem Anschluß abzuraten, und sich eine politische

Selbständigkeit als nationalsoziale Vereine zu wahren. Und wieder andere schlossen sich Dr. Maurenbrecher an.

So war das Ende des nationalsozialen Hauptvereins auf einen einheitlichen Beschluß hin gefaßt, aber die Fortsetzung der Bewegung wurde durch diesen Beschluß des Vertretertages nach keiner bestimmten Seite hin geführt. Die Einen wurden Mitglieder des liberalen Wahlvereins, die Anderen schlossen sich der Sozialdemokratie an, wieder Andere suchten in ihren Vereinen eine gewisse nationalsoziale Selbständigkeit zu erhalten, und noch Andere zogen sich von dem parteipolitischen Leben zurück, darunter Damaschke und der Verfasser dieser Arbeit.

Der eigentliche Schluß des Vertretertages war in herzlichen Abschiedsworten enthalten, die von Damaschke, Maurenbrecher und Naumann gesprochen wurden. Sie klangen aus in ein Hoch auf das Vaterland und seine Zukunft.

Die Geschichte einer parteipolitisch selbständigen Bewegung hatte damit am 31. August 1903 ihr Ende gefunden, noch nicht sieben Jahre nach der Gründung des nationalsozialen Vereins bei der Konferenz aller nicht konservativ gesinnten Christlichsozialen in Erfurt! Eine kurze Spanne Zeit innerhalb der politischen Geschichte Deutschlands, aber eine Zeit voll ehrlicher und fleißiger Arbeit im Dienst der Aufgabe, die Gedanken des nationalen Sozialismus auszubauen und zu verkündigen und für sie in heißem Kampf nach rechts und zu streiten. Wer diese Jahre mit durchlebt und mit durcharbeitet hat, dem werden sie unvergessen bleiben. Es waren Jahre reich an Hoffnungen, reicher noch an Enttäuschungen. Aber mögen sie auch nicht reich gekrönt gewesen sein, sie waren auch nicht vergeblich.

Der Gedanke des nationalen Sozialismus hat hier seine ersten Wurzeln geschlagen und mit ihm die Erkenntnis, daß die Zukunft unseres Vaterlandes nur kraftvoll sein kann, wenn sie von einer Volksmasse getragen wird, die Nationalsinn besitzt. Mag denn auch der Sturmwind der politischen Parteikämpfe die Samenkörner der nationalsozialen Idee auseinander getrieben haben, hierhin und dorthin in die verschiedensten politischen Lager, die Hoffnung bleibt, daß sie doch mal aufgehen werden in den Reihen der liberalen bürgerlichen Parteien wie der Sozialdemokratie und dort die Früchte tragen, die den ersten Vorkämpfern des nationalen Sozialismus nicht beschieden gewesen sind.

Verlag der „Hilfe“. Berlin-Schöneberg.

Nationalsoziale Wochenschrift. **Die Hilfe** Notwendig für jeden politisch Gebildeten

kostet durch Buchhandel oder Post vierteljährlich 1.50 Mark. Sie

bringt regelmässig:

- Politische Notizen
- Politische und volkswirtschaftliche Aufsätze
- Soziale Bewegung
- Unsere Bewegung
- Ästhetische u. allgemeinwissenschaftliche Aufsätze
- Novellen, Kunst, Literatur
- Allerlei
- Briefkasten

Ihr Herausgeber ist:

D. Fr. Naumann.

Verlangen Sie unter Bezug auf diese Anzeige kostenloses Probe-Abonnement von der

Geschäftsstelle Berlin-Schöneberg.

35

Neue Hamburger Zeitung

Bestens bekannt und anerkannt als

große liberale

außerordentlich reichhaltige, ○ ○
○ ○ ○ frisch und flott redigierte

täglich zweimal erscheinende Zeitung

Täglich Original-Leitartikel. Vorzügliches Feuilleton. Schnelle und sachliche Börsen-, Handels-, Schiffahrts- und Sport-Berichte

Ausgedehnter Depeschenteil

Insertionsorgan ersten Ranges

da **größte Auflage** von allen in den **besser situierten kaufkräftigen Kreisen** gelesenen Hamburger Tageszeitungen, z. Zt.

38–41000 Exemplare

über 8000 Postabonnenten

Grösste Verbreitung in ganz Norddeutschland

Abonnementspreis Mk. 2.40 pro Quartal exkl. Bestellgeld

Probenummern gratis und franko
durch die Hauptexpedition Hamburg, Gänsemarkt 21/23

Politische Porträts

Von Dr. Theodor Barth.

Inhalt:

Fürst Bismarck ✱ Ludwig Bamberger ✱ Ludwig Windthorst ✱ Graf Caprivi ✱ Georg v. Siemens Franz v. Stauffenberg ✱ Königin Viktoria von England Gladstone ✱ Kaiser Friedrich III. ✱ Georg v. Bunsen Cavour ✱ William Lloyd Garrison ✱ Heinrich Rickert ✱ Theodor Mommsen ✱ Alexander Meyer Karl Schurz.

Geheftet Mk. 2.—, gebunden Mk. 2.80.

Urteile der Presse:

Die Hilfe, 14. 2. 04. ... Es ist in der Darstellung etwas absichtlich knappes und skizzenhaftes, bisweilen mehr Kreidezeichnung mit scharfem feinem Strich, als volles, rundes Porträt. Überall wirkt eine künstlerische Gabe, die den Einzelaugenblick im Leben starker Persönlichkeiten als Enthüllung ihrer Seelen zu erfassen versteht ...

Neue freie Presse, Wien, den 28. 2. 04. ... Die sechzehn politischen „Porträts", die Barth hier in einem Buche vereinigt, kennzeichnen ihn auch als gedankenreichen, formgewandten Essayisten; sie bilden so zu sagen eine interessante und anziehende Gallerie von Bildern ...

Hamburgischer Korrespondent, 8. 5. 04. ... Das vorliegende Werk braucht nicht viel Empfehlung. Auch außerhalb des Kreises, der Dr. Theodor Barths politischer Führung folgt, sind viele Tausende, die ihn als Schriftsteller und Menschen schätzen. Sie alle werden mit Freuden nach diesen klaren und feinen politischen „Porträts" greifen, in denen sich zugleich die anziehende Persönlichkeit des Malers wiederspiegelt ...

Berliner Ztg., 9. 4. 04. ... Der Führer des entschlossenen Liberalismus präsentiert sich in dieser Darbietung als derselbe vornehm-temperamentvolle Politiker und als derselbe glänzende Stilist, als der er uns in seiner Eigenschaft als Parlamentarier und Volksredner bekannt ist.

Pester Lloyd, 2. 3. 04. ... Theodor Barth ist ein Stylist von kerniger und markiger Art, ein Meister in der Art, wie er kurz und bündig, ohne Phrase und ohne Beiwerk, das Charakteristische auch charakteristisch zu sagen weiß. Und was er sagt, kann man ihm unbedingt glauben ...

National-Zeitung, Basel, 19. 5. 04. ... Der Leser aber wird sie nicht blos mit großer Freude an der frischen, flotten Darstellung genießen, sondern auch überrascht sein über die feine Charakteristik, die dem innersten Wesen der dargestellten Persönlichkeiten durchaus gerecht wird ...

Verlag von Georg Reimer in Berlin W. 35, Lützowstrasse 107–8.

Demokratie und Kaisertum.

Ein Handbuch der inneren Politik

von

D. Friedrich Naumann.

3. völlig umgearbeitete Auflage. 8.—14 Tausend. Elegant gebunden 2 Mark.

Das Werk hat bei seinem ersten Erscheinen ungeheures Aufsehen erregt. In kürzester Zeit waren 7000 Exemplare vergriffen. Die neue Auflage ist völlig umgearbeitet und behandelt die gegenwärtige politische Lage von vaterländischem und sozialem Standpunkt aus. Wenn durch den Streit der Parteien viel Unklarheit hervorgerufen wird, so beleuchtet das Buch die Masse politischer Fragen, von großen, einheitlichen Gesichtspunkten aus und wird dadurch zu einem politischen Bildungsmittel von größter Bedeutung. Demokratie und Kaisertum nicht als Gegner, sondern als zwei Faktoren, deren Wirken sich ergänzen soll, das ist die Richtlinie des Buches, nach dem die Gedanken des Buches sich ordnen. Wer sich ein klares politisches Urteil bilden will, greife zu „Demokratie und Kaisertum".

Verlag der „Hilfe", Berlin-Schöneberg.

Einige Presstimmen.

Berliner Tageblatt: Man kann wieder und wieder in dem Naumannschen Buche lesen und wird sich immer von neuem gefesselt fühlen. Es ist etwas Berauschendes in dieser Dialektik des Temperaments, mit der Naumann nicht bloß die großen weltgeschichtlichen Fragen, sondern selbst noch die kleinlichste Pfennigfrage mit dem Nimbus der Ewigkeitsbetrachtung zu umkleiden weiß.

Preußische Jahrbücher (Professor H. Delbrück): „Jedem, der dem Blutlauf der Zeit einmal etwas nachdenklicher den Puls fühlen möchte, angelegentlichst zu empfehlen, ja, wohl unentbehrlich. Es ist nicht nur glänzend, ja hinreißend geschrieben, sondern . . . ein wahres Lehrbuch der Politik."

Sozialist. Monatshefte: Das Buch ist auch für den Gegner der politischen Ansichten Naumanns von der ersten bis zur letzten Seite lesenswert. Ein Kopf, der selbstständig denkt, alle Probleme zu lösen und von einer Grundanschauung zu beleuchten sucht, ist in der Politik heute so selten, daß man das Buch ganz allgemein und ohne Einschränkung zur Lektüre empfehlen kann. Die Arbeiter werden freilich in vielen Partien Naumanns Standpunkt nicht teilen, aber auch dort, wo Naumann die heutige Politik der Sozialdemokratie scharf angreift, geben seine Ausführungen und Bemängelungen jedenfalls zum Nachdenken Anlaß. Rich. Calwer.

National-Zeitung (Prof. Kaufmann, Breslau): Im ganzen bleibt das Buch eine anregende, zum Nachdenken über die wichtigsten Probleme unserer inneren Politik förmlich zwingende Gabe.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Das Buch trägt alle Merkmale einer in der Zergliederung der staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte und Tendenzen äußerst scharfsinnig verfahrenden Ideologie.

Am glücklichsten ist der Verfasser unseres Buches da, wo er das Wesen des modernen Kaisertums schildert.

Darmstädter Zeitung: Das Buch Naumanns wird jedem ernstdenkenden Manne eine Fülle von Anregungen gewähren.

Frankfurter Zeitung: Auch für den, der Naumanns Standpunkt nicht teilt, bietet seine Darlegung interessante Gesichtspunkte.

Generalanzeiger f. Hamburg-Altona: Zu den wenigen Büchern, die es wert sind, daß sie geschrieben wurden, gehört das vom Pfarrer Naumann „Demokratie und Kaisertum".

Hannoverscher Courier: Der Erfolg des Buches ist wohlverdient.

Die deutsche Schule: Auch den deutschen Volksschullehrern sei das packende Buch zum Nachdenken empfohlen.

Die Grenzboten (Carl Jentsch): Man sieht daraus, daß seine Ansichten einen wohlgeordneten, durchsichtigen und folgerichtigen Gedankengang bilden, der noch dazu den Vorzug hat, der stärksten Strömung unserer deutschen Gegenwart zu entsprechen, so daß sein Zukunftstraum eher als jeder andere Aussicht hat, verwirklicht zu werden.

Kartell-Zeitung des Eisenacher Kartells akademisch-theologischer Vereine: Naumanns neuestes Werk steht in seiner epochemachenden Bedeutung als eine Erscheinung ersten Ranges im letzten Jahre neben Harnacks Wesen des Christentums. Auch wer nicht auf Naumanns Standpunkt steht, erfährt durch dies Werk auf jeder Seite reichste Anregung zu selbständigem Nachdenken. Der Kaiser soll der Führer der industriellen Aristokratie sein, der Führer und Vertrauensmann eines freien Volkes, das ist die Quintessenz eines Buches, dessen innerer Wert den klassischen Werken über die Politik aller Zeiten gleichkommt.

Das zwanzigste Jahrhundert: Zweifellos ein epochemachendes Buch auf dem Gebiete der Politik! Frei von Parteihaß, von einem hohen ethischen Standpunkt aus gesehen, entrollt sich vor uns ein klares, überzeugendes Bild von Deutschlands Zukunft. Auf die Einzelheiten einzugehen, würde zu weit führen, denn jeder Satz ist inhaltsschwer. Das vorliegende Buch wird auf niemanden einen tiefen Eindruck verfehlen. Mag der oder jener auch vielleicht Naumanns Anschauungen nicht ganz teilen, es wird ihm neue lichte Perspektiven erschließen.

Nürtinger Tageblatt: Vor allem wertvoll ist noch die pädagogische Heranbildung des Lesers zu einem selbständigen Urteilen in Sachen der Politik. Schon oft habe ich gehört: Erst seitdem ich dieses Buch gelesen habe, darf ich sagen, ich verstehe etwas von Politik.

Neue Vogtländische Zeitung: Naumanns Buch ist das Produkt einer gehobenen Einbildungskraft, ein Erzeugnis erhabenen wirtschaftlichen Denkens, das in weite Fernen weist.

Reinfelder Landbote: Naumann hat das Algebra, das sich im politischen Werdegang der Völker nach ewigen Gesetzen immer gleichbleibt, gefunden und bis in die ältesten Zeiten hinab extrahiert und wendet dieses Elaborat nun sehr geschickt auf die Jetztzeit an.

Straßburger Zeitung (Georg Wolf): Auch das Buch, das wir im vorhergehenden besprochen haben, will im gleichen Sinne wirken als „Saat auf Hoffnung", und „ein Ruf ins deutsche Volk hinein sein, der sein Echo erwartet". Wir werden unsern Lesern seinerzeit berichten, welches Echo das Buch gefunden hat, das uns bei völlig objektiver Betrachtung die bedeutenste Leistung zu sein scheint, die die politische Literatur der letzten Jahrzehnte hervorgebracht hat.

Die neue Zeit (Dr. Fr. Mehring): „Wenn man liest, so hat man immer die Empfindung, einen gescheiten und namentlich auch warmherzigen Mann zu hören, der ohne alles Falsch ist und in seiner aufrichtigen Weise das Beste will".

Neuerscheinungen des „Hilfe"-Verlags.

Die Politik der Gegenwart.

Wissenschaftliche Vorträge in Hamburg und Heidelberg gehalten von D. Friedrich Naumann.

59 Seiten. Broschiert 60 Pfg.

Wer in wenigen Stunden auf leichteste Weise das politische Programm Naumanns kennen lernen will, muß diese Vorträge lesen. Sie wurden vor großen Versammlungen begeisterter Zuhörer gehalten und werden in die allerweitesten Kreise dringen.

Deutsch Südwest-Afrika — ein Ansiedlungsgebiet?

Verfasser **D. Paul Rohrbach,**

Landeskommissar für die wirtschaftlichen Angelegenheiten in Deutsch Südwest-Afrika.

30 Seiten. Elegant broschiert 50 Pfg.

Die beste Arbeit über den wirtschaftlichen Wert von Deutsch Südwest-Afrika D. Paul Rohrbach gibt in Form eines Briefes an einen Landmann, der nach Afrika auswandern will, sachkundige Auskunft. Das Buch ist gerade jetzt aktuell.

Deutschland und die Vorgänge im russischen Reich.

Vorträge der Herren Professor **v. Reusner,** Lehrer des russischen Staatsrechts, **D. Wiener** und **D. Breitscheid** gehalten im Sozialliberalen Verein zu Berlin.

25 Seiten, modern broschiert 50 Pfg.

Die hoch interessanten Vorträge dieser genauen Kenner russischen Staatsrechts und russischer Zustände — Herr Prof. V. Reusner z. B. war es, der durch seine Aussagen über innerrussische Verhältnisse im Königsberger Prozeß die entscheidende Wendung zu Gunsten der Angeklagten herbeiführte — geben uns ein klares Bild von den jüngsten Ereignissen im Zarenreiche und von den historischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Wer die zukünftigen Dinge im russischen Reiche richtig beurteilen will, muß dieses Schriftchen gelesen haben.

„Asia"

Eine Orientreise

von D. Fr. Naumann.

Elegant gebunden und reich illustriert 4 Mk.

Verlag der „Hilfe" Berlin-Schöneberg.

Athen, Konstantinopel
Damaskus, Nazaret, Jerusalem
Kairo, Neapel

Politische, künstlerische und religiöse Betrachtungen

Einige Stichproben aus den zahlreichen Besprechungen:

Krefelder Zeitung (liberal): „. . . Als Künstler kennt Naumann sowohl die Schönheit der Farben als das Geheimnis der Linie. Die kleinen Skizzen, die er beigibt, sind charakteristisch für seine Art zu sehen: meist sind es einige Linien, die ihn gefesselt haben, oder die Verteilung von Licht und Schatten. Ausgezeichnet in der Beziehung ist die Ansicht der Sophienkirche in Konstantinopel. . . Und da das Buch nicht im Parteiinteresse geschrieben ist, so ermöglicht es zugleich die unbefangenste Würdigung Nau:::anns und seiner politischen Bestrebungen. Wir empfehlen es vornehmlich aus ästhetischen Gründen, aber der Reichtum an religiösen und politischen Gedanken gibt dem Buch seinen dauernden Wert."

Christliche Welt (Besprechung in 3 Aufsätzen): Ich habe den höchsten und anspruchvollsten Maßstab an das Buch gelegt, und das um so mehr, als ich selber, mit Ausnahme der eigentlichen Kaisertage in Jerusalem das alles gesehen habe, was Naumann beschreibt — und noch einiges mehr. Trotzdem und gerade darum muß ich sagen, daß mich selten ein Buch so gefesselt hat, und daß ich nur sehr wenige literarische Leistungen so bewundert habe und noch bewundere, wie die „Asia".

Leipziger Zeitung (konserv.): „Ich möchte die Naumannschen Bilder mit denen des berühmten Pierre Loti über das heilige Land vergleichen; hier wie dort neben den gesättigten Farben der Wirklichkeit der süße Schmelz der Intuition."

Hamburgischer Korrespondent (nat.-lib.): „Als den wertvollsten literarischen Niederschlag der großen Kaiserfahrt nach dem Morgenlande und der mit ihr im Zusammenhang stehenden privaten Orientreisen darf man das vorliegende Werk ansehen."

Sächsische Schulzeitung: Der Verfasser ist ein abgesagter Feind hohler Redensarten und gedankenloser Nachbeterei. Mit Geist und Humor weiß er jeder Stadt, jedem Volksstamme den er sah, eine Marke anzuheften, wie sie nur eine scharfe Beobachtungsgabe prägen kann.

Vossische Zeitung (freis.): „. . . Auch wer nicht gerade allen Ansichten des Verfassers zustimmt, wird das Buch mit Vergnügen und Genuß lesen. Auszüge zu geben wäre in diesem Falle müßig. Kaufen ist das Richtige."

Ein Handbuch der auswärtigen Politik.

Höchst aktuell!

Deutschland unter den Weltvölkern.

Von

Lic. Dr. Paul Rohrbach.

Landeskommissar für die wirtschaftlichen Angelegenheiten
in Deutsch-Südwest-Afrika.

Broschiert 2.50 Mk. **Fein gebunden 3.50 Mk.**

In sieben Kapiteln zeigt der Verfasser, der als Landeskommissar von Südwest-Afrika in Windhoek weilt, den Zusammenhang derjenigen politischen Hauptprobleme, die unsere politische Lage gegenwärtig beherrschen. Er behandelt zunächst die Änderung in den materiellen Daseinsbedingungen Deutschlands seit der Epoche der Reichsgründung, beleuchtet die Stellung Deutschlands zu den übrigen Staaten und die der letzteren zu einander, um im Schlußkapitel Deutschlands Hoffnungen und Aussichten zu besprechen und alles in der bekannten und frischen Vortragsweise unseres Freundes. Das Buch wird in demselben Sinne ein Handbuch für auswärtige Politik genannt werden müssen, wie Naumanns „Demokratie und Kaisertum", an das es auch in Format und Ausstattung lebhaft erinnert, im Handbuch für innere Politik ist.

Verlag der „Hilfe". Berlin-Schöneberg.

Wie urteilt die Presse über Dr. Rohrbachs Buch?

Die Grenzboten: Eine Arbeit über alle mit diesem Thema verknüpften Fragen, die eingehender Beachtung wert ist. Die Schrift sollte jedem Abgeordneten auf sein Pult gelegt werden. Vielleicht entschließen sich dann doch einige Volksvertreter, das lehrreiche Buch zu lesen, lehrreich, obgleich es eigentlich nur die nächstliegenden greifbarsten Wahrheiten zusammenfaßt, einheitlich ordnet und logisch weiter entwickelt.

Preußische Jahrbücher (Professor Delbrück): Den hier gekennzeichneten Mängeln in unserem öffentlichen Dasein (freiwillige Unterordnung der deutschen Volksvertreter unter Bureaukratie und Diplomatie, zum andern die Verkennung der internationalen Lage, unserer Machtmittel und Ansprüche durch die Alldeutschen) will das Buch entgegenwirken, und man darf sagen, daß es dazu vorzüglich geeignet ist. Manchen Ansichten möchte ich freilich widersprechen, aber das Ganze, gleich wertvoll durch das Material, das geboten wird, und anziehend durch die flüssige Form des Vortrages kann nicht genug empfohlen werden.

Marine-Rundschau: Rohrbachs Schrift verdient die weitgehendste Beachtung.

Deutsche Handels-Wacht: Wer sich für die große Politik interessiert und aus der oberflächlichen Behandlung, die ihr unsere meisten Tageszeitungen angedeihen lassen, keinen Überblick über ihre beherrschenden Richtlinien zu gewinnen vermag, findet hier eine ganz treffliche Anleitung . . . Jedenfalls muß man ihm für die vorliegende Schrift dankbar sein, weil sie geeignet ist, die sprichwörtliche Unwissenheit unserer meisten Landsleute in Fragen der auswärtigen Politik zu mildern. Das Buch ist durchweg in einer großzügigen Betrachtungsweise gehalten, bringt manche neue Gesichtspunkte und ist frisch und verständlich geschrieben.

Literarisches Zentralblatt: Dieses ganz ausgezeichnete Buch behandelt in knappen, leichtverständlichen Grundzügen die politischen Hauptprobleme, die unsere internationale Lage gegenwärtig beherrschen. Es ist um so dankenswerter, als gerade auf dem Gebiet, auf welchem sich diese Arbeit bewegt, die Durchbildung weiterer Kreise viel zu wünschen übrig läßt und Rohrbach daher mit seiner Schrift geradezu einem Bedürfnis nach besserer Schulung der Öffentlichkeit in unseren auswärtigen Angelegenheiten entgegenkommt. Die Lektüre ist allen, die in politischen Dingen mitreden und mittaten wollen, angelegentlichst zu empfehlen.

Monatsschrift für kirchliche Praxis (Professor Baumgarten): Eine hervorragende Schule im politischen Denken und zur Entwöhnung von Konfusion von Politik und Gemüt bezw. Moral bietet Paul Rohrbach's im Buchverlag der „Hilfe" erschienene Schrift „Deutschland unter den Weltvölkern". Die leidenschaftslose, alle ökonomischen und geographischen Bedingungen wie die Imponderabilien der Stimmung abwägende Behandlung ist zumal angesichts des ostasiatischen Krieges vorzüglich geeignet, einen straffen Wirklichkeitssinn zu erziehen. Wir wissen, daß das Buch von verantwortlichen Stellen hochgeschätzt wird.

Sächsische Schulzeitung: Dem Urteile: „Rohrbach gibt ein plastisches Bild der Weltlage in feingeschliffener Darstellung", schließe ich mich an.

Straßburger Zeitung: Daß unsere Politiker dem Buche viel Belehrung entnehmen können, bedarf keiner Begründung. Besonders erfreulich ist, daß unsere Staatsmänner es studieren werden, denn sie hätten den Verfasser kaum mit der Stellung, die er jetzt inne hat, betraut, wenn sie nicht durch seine schriftstellerische Tätigkeit auf ihn aufmerksam geworden wären und sein Urteil hätten schätzen lernen.

Briefe über Religion

von

D. Fr. Naumann.

3. umgearbeitete und erweiterte Auflage, fein kartonniert 1.50 Mark.

In diesen Briefen legt der durch seine Sonntags-Andachten („Gotteshilfe") in weitesten Kreisen bekannt gewordene Verfasser seine grundsätzliche Stellung zum Christentum dar und erklärt, wie man gleichzeitig Christ, Darwinist und „Flottenschwärmer" sein kann. Von allen Schriften Naumanns haben die Briefe über Religion die zahlreichsten und günstigsten Besprechungen in der Presse gefunden. Hier können natürlich nur

einige Urteile

folgen.

Die Kirche: Diese Briefe würden es allein schon rechtfertigen, daß die Heidelberger Fakultät an ihrem Jubeltage Naumann zum Ehrendoktor der Theologie ernannt hat. Hier wird ein Neues gepflügt. Hier redet ein Mann, der nicht blos den Geist Christi, sondern auch den Geist der Zeit in seinen Tiefen erfaßt hat; und er weist den Weg, auf dem wir uns aus den verwickelten und bedrückenden Verhältnissen der Gegenwart in eine klare und gegründete Zukunft hineinarbeiten können. Es wird keiner, der in der heutigen Geisterbewegung steht, diese Briefe ungelesen lassen dürfen.

Die christliche Welt: Die Seele wogt im großen Sturme und dabei offenbart sie wundervolle Tiefen. Und was das Denken und Begriffemachen nicht zur Einheit bringt, das preßt, mit heißer Liebe die Gegensätze beide gleich umfassend, Persönlichkeit und Wille doch zusammen. — Endlich: wer so zu reden weiß, darf nicht den Mund schließen wollen, wie das Ende der Briefe befürchten macht. Seine Gabe verpflichtet ihn und der Dank derer, die auf ihn sehen.

Kirchenblatt: Sie regen mehr zum Denken an, als manche dicke dogmatische Untersuchung.

Theologische Rundschau: Das mag ein typisches Beispiel sein, wie N. auch dadurch, daß er zum Widerspruch reizt, anregt und zum Dank verpflichtet. Von den zahllosen wertvollen, hilfreichen und fruchtbaren Gedanken seines Buches ganz zu schweigen. Die Stärke liegt bei Naumann's „Briefen über Religion" in der zergliedernden Ehrlichkeit und der bunten Fülle der Anregungen.

Monatlicher Anzeiger des christlichen Vereins junger Männer, Leipzig: Glänzend geschrieben, ein echter Naumann.

Deutsche Monatshefte: Naumann will keine definitiven Antworten geben, er will nur mit der ihm eigenen großen Ehrlichkeit auf die große Spannung hinweisen, in der sich das vulgäre Christentum und unser Zeitbedürfnis befinden. Damit wird freilich sein Buch, das in jeder Zeile den tiefreligiösen Menschen verrät, ganz von selbst zu einem lebhaften Appell an uns alle.

Allgemeine Deutsche Lehrer-Zeitung: Wir bewundern Naumanns Freimut und Überzeugungstreue und gestehen gern, daß uns die Lektüre der Briefe reichen Genuß für Geist und Gemüt bereitet hat.

Preußische Lehrerzeitung: „Wenn Freude Schaffungsmut ist, dann ist alles in und an dem Buche freudig. Hier fügt sich das treffende Wort nur zum tapfern und befreienden Gedanken. Nach diesen sucht man in den Briefen nicht vergebens. Überall sind die Fragen so sicher vorgestellt und so mutig beschaut, daß die Übel schwinden und das Licht durchbricht. Jeder der 27 Briefe hat seinen eigenen Sonnenstrahl, ein aufleuchtendes Bild, gesättigt mit Wahrheit und Kraft."

Leipziger Lehrerzeitung: Wer also wissen will, wie sich die religiösen Lebensprobleme in dem Herzen eines ehrlichen, tiefgrabenden Wahrheitssuchers gestalten, der greife nach diesem schön geschriebenen Büchlein.

Süddeutsche Arbeiter-Zeitung: Naumann schreibt für „Suchende". Wer sich aber zu diesen rechnen darf, d[illegible] wird mit wirklicher Spannung die Wege mitgehen, die er hier gefährt wird. Und an vielen Stellen wird sich ihm sicher die Spannung des Suchens in die Freude des Entdeckens verwandeln. Insbesondere fällt auch aus diesen Briefen viel helles, klärendes Licht auf die Entwicklung in der Religion, von welcher, aus Anlaß des Bibel- und Babel-Streites, so viel die Rede war.

Verlag der „Hilfe", Berlin-Schöneberg.

Im vorderen Asien.

Politische und andere Fahrten durch Rußland, Transkaukasien, Russ. Turkestan. Armenier, Nestorianer, Kurden. Mesopotamien, Syrien. Die Bagdadbahn. Iran.

Von **Dr. Paul Rohrbach,**

Landeskommissar für die wirtschaftlichen Angelegenheiten in Deutsch-Südwest-Afrika.

142 Seiten. 8°. Reichillustriert. Mit einer guten Landkarte versehen. Eleganter Einband 4 Mk.

Einige Besprechungen:

Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik, Wien: Was Dr. Rohrbachs Buch eigenen Wert verleiht, sind hauptsächlich die politischen und nationalökonomischen Erörterungen und Bemerkungen, welche er mit den Reiseschilderungen verknüpft. Sie sind aus den an Ort und Stelle gemachten Beobachtungen, aber auch aus vorausgegangener Beschäftigung mit den Ländern Vorder-Asiens geschöpft und haben ihre volle Berechtigung. Der Titel verschweigt, daß das Buch hübsch illustriert und mit einer guten Karte ausgestattet ist.

Geographische Zeitschrift: . . . Es sind nicht Reisebriefe im gewöhnlichen Sinn; neben der eigentlichen Schilderung nehmen Besprechungen wichtiger politischer und volkswirtschaftlicher Probleme einen breiten Raum ein. . . . Wie ein roter Faden zieht sich durch die Rohrbach'schen Briefe die Mahnung, daß die Deutschen sich diesmal die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen sollten, Kapital unterzubringen, um für die Produkte ihrer Industrie neue Absatzgebiete zu eröffnen.

Luzac's Oriental List, London:

„Im Vorderen Asien" ist eine Beschreibung der politischen und archäologischen Reisen Dr. Paul Rohrbachs, welche er im Interesse beider, Rußlands und seines eigenen Vaterlandes, im Herbst des letzten und im Frühjahr des laufenden Jahres unternahm. Rußland, der Kaukasus, Turkestan, Mesopotamien und Persien wurden aufgesucht, und die flüchtigen Eindrücke eines reisenden deutschen Politikers werden hier mit Geschick für die Erziehung einer westlichen Welt beherzigt. Die, denen jene Länder im wesentlichen unbekannt sind, werden vieles finden, was sie interessiert, zumal die Illustrationen gut sind. Die Karte ist sogar ausgezeichnet.

Neue Bahnen, Monatsschrift für wissenschaftliche und praktische Pädagogik:

Der geplante Bau der Bagdadbahn und die Funde in Babel haben in neuerer Zeit die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf Vorder-Asien gelenkt; Dr. Paul Rohrbach hat dasselbe bereist und schildert seine diesbezüglichen Erlebnisse in dieser Schrift. Er beschränkt sich nicht auf die Schilderung von Land und Leuten und seiner Erlebnisse, sondern bespricht auch die für die Orientpolitik des modernen europäischen Staatensystems wichtigen und aktuellen Probleme; die briefartige Stilisierung macht die Darstellung lebendig.

Theologischer Literaturbericht: Auch in Rohrbachs flottgeschriebenen Reiseschilderungen „Im vorderen Asien" werden die kirchlichen Verhältnisse und die Frage der Christianisierung des noch türkischen Orients gelegentlich erörtert. Einwürfen nüchterner Alltagsweisheit zum Trotz, die die christliche Orientmission als vergeblich oder doch als verfrüht ansieht, erkennt R. in dem christlichen Hilfswerk wenigstens eines der wenigen sicheren Symptome, daß das Christentum bei uns in Deutschland überhaupt noch eine lebendige Religion ist (S. 68).

Wiener Allgemeine Zeitung: Ein prächtig ausgestattetes Buch, welches gerade jetzt zu günstiger Stunde kommt; denn die interessanten Gegenden des vorderen Asiens, durch welche der Verfasser gefahren ist und die er beschreibt, sind reich an geschichtlichen Ausblicken und politischen Zukunftsaussichten. Auf jedem Schritte begegnet man dort Merkmalen einer großen Vergangenheit zugleich mit den Anzeichen, daß in nicht allzu ferner Zeit an derselben Stelle wieder neues Kulturleben aufkeimen wird. Der Autor hat es in anregender Weise verstanden, Geschichte mit Politik zu verbinden. Im ersten Kapitel wird manch Bemerkenswertes über die politischen Absichten Rußlands gesagt, im siebenten Abschnitte ist von der Bagdadbahn, der brennenden Frage Vorder-Asiens, die Rede, aber auch die Kapitel über Transkaukasien, über das russische Turkestan, über Armenier, Nestorianer und Kurden, über Mesopotamien und Nord-Syrien enthalten viel Belehrendes und Merkwürdiges aus jenem Gebiete, das einst der Mittelpunkt des geschichtlichen Lebens war und das dann so viele Jahrhunderte lang abseits der großen Weltereignisse ein zwar nicht ruhiges, aber für Europa uninteressantes Dasein führte. Jetzt soll das freilich etwas anders werden.

Verlag der „Hilfe", Berlin-Schöneberg.